

MITTWOCH, 4. FEBRUAR 2009

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. – Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

3. – 2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Karl-Heinz Florenz im Namen des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel über 2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik (2008/2105(INI)) (A6-0495/2008).

Karl-Heinz Florenz, Berichterstatter. – (DE) Herr Präsident, liebe Kollegen! Insbesondere guten Morgen den lieben Kollegen, die seit Monaten an diesem Klimabericht gearbeitet haben! Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in sehr fairer und kooperativer Weise diesen Bericht mit mir zusammengestellt haben.

Die Vorgehensweise in einem horizontalen Ausschuss war neu. Wir haben nicht mit Fachleuten in einer Gruppe diskutiert, sondern wir haben mit Leuten aus dem Verkehrsbereich diskutiert, wir haben richtigerweise mit Leuten aus dem Wirtschaftsbereich diskutiert und natürlich auch mit Leuten aus dem Energiebereich. Da war ganz klar, dass die ersten Stunden und Tage der Debatte etwas rauer waren, weil das ein neues Thema war. An dieser Stelle möchte ich nochmals unserem Vorsitzenden und meinem guten Freund, Guido Sacconi, danken, der das immer sehr exzellent und fair gemanagt hat.

Im Grunde ist das heutige Ergebnis, dass wir gemerkt haben, dass diese horizontale Zusammenarbeit eine ganz große Chance ist, und wir sollten bei der nächsten Zusammensetzung des Parlaments darauf achten, dass Menschen mehr miteinander sprechen und nicht einzelne Gruppen gegeneinander.

Das ist der größte Vorteil dieses Ausschusses gewesen. Wir hatten ganz hochrangige Experten eingeladen – Friedensnobelpreisträger Pachauri, die Wissenschaft, die Forschung, die Politik natürlich. Am Ende haben wir heute ein Ergebnis in der Hand, das uns zeigt, dass der Bericht sehr positiv ausgefallen ist.

Wir wissen sehr genau, dass mit Verboten, mit Sanktionen und mit Verzichten relativ wenig zu erreichen ist. Wir müssen vielmehr Bewusstseinsänderungen, Innovation und Motivation fördern. Unser Ziel muss sein, dass die Ingenieure in Europa jeden Morgen mit großer Freude aufstehen und versuchen, effizientere Maschinen in dieser Welt zu bauen, um die Rohstoffe unserer Kinder besser und wesentlich effizienter zu nutzen.

Der Bericht ist auch ehrlich. Wir haben geschrieben, dass es keine Wunderwaffe gibt. Es gibt nicht den Schalter, den man umstellen kann, weder in Brüssel noch in Bali noch im Dezember in Polen, sondern es ist eine Vielzahl von Maßnahmen. Genau darin liegt die Chance: die Chance nämlich, dem Bürger klar zu machen, dass er selbst auch mit einem Drittel an diesem Klimawandel beteiligt ist, zum Beispiel mit seiner Heizung im Haus. Wir sind als Bürger aber auch aufgrund der Mobilität und all dessen, was sich darum herum rankt, zu einem Drittel beteiligt, und auch die Industrie ist mit einem Drittel beteiligt. Wir sind also alle angesprochen. Das ist das Schöne. Wir brauchen nicht einen Bösewicht zu suchen, sondern wir sind alle aufgefordert, in eine innovative Richtung zu diskutieren. Das freut mich ganz besonders.

Es ist auch klar, dass dieser Bericht ausgewogen ist – das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen –, weil er eben keine Parteiprogramme darstellt. Er verdammt auch keine Bereiche, sondern wir weisen darauf hin, dass es in bestimmten Bereichen mehr Möglichkeiten gibt, es gibt aber auch Bereiche, in denen wir weniger Möglichkeiten haben. Deswegen sagt der Bericht auch letztlich, dass er wegweisend ist und Wege aufzeigt – gerade auch für Europa, denn wir haben in Europa eine riesengroße Umwelttechnologie, deren Volumen mit dem der europäischen Automobilindustrie vergleichbar ist. Dieser Anteil wird steigen, und über Innovation müssen wir daran arbeiten.

Ich hatte gerade gesagt, dass wir die Bürger beteiligen sollten, damit sie an ihren eigenen Häusern etwas tun können. Da kann die lokale Politik, da können die Industrie- und Handelskammern und die Handwerksverbände eine Menge an Motivation und Informationsarbeit leisten.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die vielen Vorteile, die wir in diesem Bericht aufgezeigt haben, sollten uns das Bewusstsein geben, dass Innovation die Chance ist und nicht Depression. Wenn wir das verstehen, dann hat sich diese Aufgabe gelohnt.

Der Präsident. – Herr Florenz, herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie geleistet haben, und für Ihren Bericht.

Martin Bursík, *amtierender Präsident des Rates*. – Herr Präsident, es ist mir ein Vergnügen, heute hier anwesend zu sein und einige Gedanken über das wichtige Jahr, das uns bevorsteht, auszutauschen. Zuerst möchte ich dem Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel zu all der Arbeit gratulieren, die er geleistet hat, seit er im April 2007 ins Leben gerufen wurde: Anhörungen, Konferenzen, Berichte, Entschlüsse und der Austausch mit Dritten. Die unermüdlichen Anstrengungen der Mitglieder dieses Ausschusses haben stark dazu beigetragen, die Haltung der EU in Sachen Klimawandel zu beeinflussen.

Die neueste Entschlüsse, „2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“, die vom Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel am 2. Dezember 2008 angenommen wurde und von Ihnen im Rahmen dieser Tagung verabschiedet werden wird, wird erneut eine äußerst nützliche Grundlage für die Diskussion der Optionen bieten, die im Hinblick auf eine Klimavereinbarung für die Zeit nach 2012 und die Intensivierung der Klimapolitik der EU vorhanden sind.

Wie Sie wissen, wird man sich während der Präsidentschaft auf den internationalen Verhandlungsprozess konzentrieren. Ich werde heute übrigens von Straßburg nach Delhi fliegen, um dort mit der indischen Regierung und mit indischen Interessenvertretern zu sprechen. Zwei Wochen später haben wir in Nairobi, Kenia, ein Treffen zwischen der EU und Afrika, und auch mit der US-Regierung haben wir bereits Kontakt aufgenommen, aber darauf werde ich später eingehen.

Durch die Annahme des Gesetzespakets für Klima und Umwelt Ende 2008 sendet die EU ein äußerst starkes politisches Signal an unsere weltweiten Partner. Durch die Annahme dieses Pakets in einigen Monaten wird die EU zeigen, dass ihr Engagement und ihre Führungsposition im globalen Kampf gegen Klimawandel nicht nachgelassen hat. Die EU wird sogar die erste Region der Welt sein, in der man sich einseitig dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % zu senken.

Wie Sie wissen, wird das Klima- und Energiepaket ab 2013 dafür sorgen, dass das EU-ETS (Emissionshandelssystem) reformiert, Grenzwerte für Emissionen außerhalb des Emissionshandelssystems festgelegt, Technologie zum Abscheiden und Speichern von CO₂ gefördert und der Einsatz von erneuerbarer Energie intensiviert werden.

Was das ETS angeht, werden ein einheitlicher EU-Grenzwert mit linearem Abwärtsverlauf festgelegt, nach und nach die Versteigerung als Methode für die Zuweisung von Emissionsrechten und die Überwachung der Berichterstattung eingeführt sowie die Überprüfung intensiviert. Die EU hat jedoch schon öfter darauf hingewiesen, dass wir uns mit 20 % nicht zufrieden geben: Wir wollen 30 %, und daher hoffen wir, dass in Kopenhagen eine ehrgeizige und umfassende globale Vereinbarung zustande kommt.

Bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen haben wir nur noch 10 Monate Zeit. Bei der Klimakonferenz in Posen wurde im Dezember 2008 ein Arbeitsprogramm für 2009 festgelegt, im Rahmen dessen deutliche Schritte aufgeführt wurden, die bis Kopenhagen durchzuführen sind. Die in Posen über die Operationalisierung des Anpassungsfonds getroffene Entscheidung stellt hinsichtlich der Verhandlungen über den Finanzierungsbestandteil, einem der Hauptelemente aller umfassenden globalen Vereinbarungen, einen wichtigen Schritt dar.

Am Runden Tisch der Minister wurde in Posen auch bestätigt, dass sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer bereit sind, eine wirksame, global vereinbarte Antwort auf gefährliche klimatische Veränderungen für die Zeit nach 2012 zu finden. Dazu zählen weitere Bemühungen zur Schadensminderung, Maßnahmen zur Anpassung sowie finanzielle und technologische Mittel, durch die sich diese Antwort umsetzen lässt.

Posen hat auch die Nachricht verbreitet, dass die derzeitige Finanzkrise nicht als Hindernis für weitere Maßnahmen in Sachen Klimawandel, sondern stattdessen als eine weitere Chance dafür betrachtet werden soll, unser Wirtschaftssystem von Grund auf zu transformieren und uns entschieden für eine CO₂-arme Wirtschaft einzusetzen.

Die tschechische Präsidentschaft beabsichtigt, auf solchen wichtigen Errungenschaften aufzubauen und sich international darum zu bemühen, dass im Dezember 2009 in Kopenhagen eine erfolgreiche Übereinkunft zustande kommt.

Am 2. März 2009 werden der Umweltrat und später der ECOFIN und im Frühjahr der Europäische Rat erste Gelegenheiten haben, auf die Haltung der EU in dieser Hinsicht Einfluss zu nehmen. Dabei gelten die Mitteilung der Kommission für eine umfassende Klimaeinigung in Kopenhagen, die wir vor einer Woche erhalten haben, und Ihre Beiträge als Grundlage.

Neben der gemeinsamen Vision für langfristige Aktion in Sachen Technologie zur Schadensminderung und Anpassung wird bei den künftigen EU-Verhandlungen die Bestimmung geeigneter Mittel für die Finanzierung wirksamer, langfristig angelegter Klimapolitik im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang kann ich nur wiederholen, worum der Ausschuss für Klimaänderung die Kommission und die Mitgliedstaaten gebeten hat, nämlich „auf bilateraler Ebene bei den Verhandlungen im Hinblick auf eine Einigung für die Zeit nach 2012 eine Vermittlerrolle zwischen Industrieländern einzunehmen, damit sich durch einen Ausgleich der Interessen der Erfolg der Klimaverhandlungen, an denen sich alle wichtigen Verursacher von Treibhausgasemissionen beteiligen, gewährleisten lässt“.

Die EU wird sich auch weiterhin aktiv um die Zusammenarbeit mit wichtigen Verhandlungspartnern und bedeutenden Schwellenländern, aber auch mit der neuen US-Regierung bemühen. Ich habe mit Carol Browner, der Assistentin des Präsidenten für Energie und Klimawandel telefoniert. Dabei habe ich ihr einen ersten Vorschlag unterbreitet, für Anfang März – wahrscheinlich zwischen dem 2. und dem 6. März – eine Zusammenkunft von hochrangigen Vertretern der US-Regierung und der EU-Kommission anzuberaumen. Die EU-Kommission würde dabei durch den Kommissar Dimas, die tschechische Präsidentschaft und die darauffolgende schwedische Präsidentschaft – also die Troika – vertreten werden.

Ich habe ihr mitgeteilt, dass die EU im Hinblick auf die Entstehung und Verknüpfung der Kohlendioxidmärkte so eng wie möglich mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten möchte. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Kongressabgeordnete Waxman erklärt hat, dass er versuchen wird, das Gesetz über den Emissionshandel mit festen Obergrenzen von seinem Ausschuss Ende Mai verabschieden zu lassen. Dies ist eine recht ermutigende Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Aktivitäten der Europäischen Union.

Wir verlassen uns auch darauf, dass das Europäische Parlament dafür sorgen wird, dass die Stimme der EU häufiger wahrgenommen wird, und schätzen die Bemühungen, die es bereits in Sachen Öffentlichkeitsarbeit unternommen hat. Ich kann Sie nur dazu ermutigen, diesen Pfad weiter zu verfolgen, und wünsche Ihnen für das nächste Jahr viel Glück.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Herr Präsident, verehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Abschlussbericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, bei dem Karl-Heinz Florenz als Berichterstatter fungierte, enthält ehrgeizige Ziele und deckt ein breites Spektrum von Themen ab. Daran erkennt man, welche große Bedeutung das Europäische Parlament dem Klimawandel zuschreibt. Ich möchte dem Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel und vor allem dem Berichterstatter Karl-Heinz Florenz zu ihrer hervorragenden Arbeit gratulieren.

Letztes Jahr lag unsere Priorität beim Maßnahmenpaket für Klimawandel und Energie. Unsere Bemühungen waren erfolgreich, und wir können jetzt auf dieses wichtige Paket von legislativen Maßnahmen stolz sein. Dieses Jahr sollten wir uns vor allem in der Europäischen Union darauf konzentrieren, die Maßnahmen zur Umsetzung dieses Pakets vorzubereiten. Aus internationaler Sicht werden wir uns auf Verhandlungen über Klimawechsel konzentrieren, die in Vorbereitung auf die Konferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen intensiviert werden. Wie Sie bereits vernommen haben, legt die tschechische Präsidentschaft großen Wert auf diese Verhandlungen, und sie hat eine Reihe bilateraler und multilateraler Treffen und Verhandlungen geplant. Ihr Bericht wurde daher genau zum richtigen Zeitpunkt vorgelegt. Bei der Vorbereitung auf Kopenhagen müssen wir all unsere Kräfte vereinen und zusammenarbeiten, damit wir angesichts der besonderen Rolle, die Europa hat, bestmögliche Ergebnisse erzielen.

Ich bin darüber erfreut, dass in Ihrem Bericht betont wird, dass – in Einklang mit der Analyse der Kommission – die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht als Ausrede verwendet werden soll, Maßnahmen zur Milderung des Klimawandels hinauszuzögern. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass Maßnahmen, die aufgrund des Klimawandels ergriffen werden, ein Teil der Lösung sind, die für die derzeitige Wirtschaftskrise erforderlich ist.

Durch das Maßnahmenpaket für Klimawandel und Energie befindet sich Europa nun auf dem Weg in Richtung einer Wirtschaft, die sich durch niedrige Kohlendioxidemissionen auszeichnet. Gleichzeitig wird dies dazu beitragen, dass Europa weniger stark von importierter Energie abhängig ist. Durch die Erdgaskrise, die sich vor Kurzem ereignet hat, wurde uns wieder einmal bewusst, dass dieser Vorteil genauso wichtig ist. Wenn wir das Ziel, die Emission von Treibhausgasen um 20 oder gar 30 % zu reduzieren, verwirklichen und die anderen Industrieländer diese Senkung im Rahmen der internationalen Vereinbarung akzeptieren, werden wir zweifelsohne ehrgeiziger sein als andere Länder oder Gruppen von Ländern. Wir dienen weltweit als Beispiel, was sich positiv auf internationale Verhandlungen auswirken wird.

Bevor wir näher auf die internationalen Verhandlungen eingehen, möchte ich kurz etwas über einen Punkt sagen, der zu Recht im Bericht betont wurde. Der Bericht enthält wertvolle Vorschläge dafür, was zu tun ist, um natürliche Ressourcen effizienter und effektiver zu nutzen, die Emission von Treibhausgasen zu senken und weniger Energie zu verbrauchen.

Letztes Jahr unternahm die Kommission einen ersten Schritt in diese Richtung, indem sie dem Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch zustimmte. In jüngster Vergangenheit hat sie sich durch Maßnahmen, durch die das Aktionspaket für Klimawandel und Energie ergänzt wird, verstärkt für geringeren Energieverbrauch und die effizientere Nutzung von Energie eingesetzt. Aber wie dies auch sei, im Hinblick auf die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen ist noch viel zu unternehmen, und es ist natürlich auch noch sehr großes Potenzial vorhanden, was die effizientere Nutzung von Energie betrifft. Ein Beispiel, durch das dies gut veranschaulicht wird, ist der kürzlich von der Kommission eingereichte Vorschlag, bei dem es um die Energieeffizienz von Gebäuden geht. In diesem Bereich kann man auf unterschiedliche Weise ansetzen, da sich bedeutende Vorteile in Sachen Energiesparmaßnahmen und Klimaschutz erzielen lassen sowie gleichzeitig Arbeitsplätze geschaffen werden können und dazu beigetragen wird, dass die technologische Innovation vorangetrieben wird.

Mehr als je zuvor müssen wir unsere Volkswirtschaften jetzt auf Trab bringen und stärken, indem wir Maßnahmen ergreifen, durch die sich die Annahme und Nutzung sauberer Technologien beschleunigen lässt. Dadurch wird auch die Schaffung von umweltfreundlichen Arbeitsplätzen erleichtert. Gleichzeitig werden sich für den Außenhandel wichtige Chancen ergeben, da die Märkte für umweltfreundliche Technologien schnell anwachsen. In Anbetracht dieser Punkte schlug die Kommission im Dezember letzten Jahres unter anderem spezifische Maßnahmen im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms vor.

Im Hinblick auf internationale Verhandlungen in Sachen Klimawandel hat das Maßnahmenpaket für Klimawandel und Energie unsere Argumente und Bemühungen, unsere internationalen Partner davon zu überzeugen, dass wirksame Maßnahmen nicht nur ergriffen werden müssen, sondern dies auch wirklich machbar ist, zweifelsohne Kraft verliehen. Natürlich wissen wir, dass es nicht leicht sein wird, internationale Verhandlungen zu führen, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass diese Gespräche so komplex sind. Dennoch glaube ich, dass wir in Kopenhagen zu einer Übereinkunft kommen werden. Wir können und müssen zu einer Übereinkunft kommen, denn es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Es geht hier um politischen Willen, und ich bin der Meinung, dass dieser Wille vorhanden ist.

Im Zuge der Intensivierung der internationalen Verhandlungen hat die Kommission letzte Woche eine Mitteilung veröffentlicht, aus der ihre Haltung im Hinblick auf die wichtigsten Verhandlungspunkte hervorgeht. Zu allererst werden die Industrieländer aufgefordert, auch weiterhin eine Führungsrolle zu übernehmen. Aus den Vereinigten Staaten kommen positive Zeichen, da, wie der tschechische Minister bereits erwähnt hat, Präsident Obama versprochen hat, dass sich die USA an den internationalen Verhandlungen aktiv beteiligen werden. Auch hat er angekündigt, dass in den Vereinigten Staaten ein Programm für den Handel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase eingeführt werden wird, und dass es bis 2050 im Vergleich zu 1990 zu einer Senkung von 80 % kommen wird.

All dies klingt recht positiv, aber wir wollen sehen, dass diese Punkte schnell umgesetzt werden, nämlich noch dieses Jahr. Wir müssen uns in Kopenhagen Ende dieses Jahres einigen. Die Vereinigten Staaten verfügen über eine Schuld und müssen, gemäß der Aussage von Präsident Obama, zusammen mit der Europäischen Union einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass wir in Kopenhagen ein Abkommen abschließen können. Natürlich begrüßen wir die Debatte, die derzeit in den Vereinigten Staaten geführt und die zur Folge haben wird, dass verschiedene andere entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen werden. Ein Element, durch das sich dies veranschaulichen lässt, sind die Maßnahmen, die kürzlich für Autos angekündigt worden sind.

Durch die Mitteilung der Europäischen Kommission werden das Ziel bestätigt, Emissionen in den Industrieländern insgesamt um 30 % zu senken, und das Konzept der Vergleichbarkeit der Bemühungen

definiert. Die Vergleichbarkeit wird von entscheidender Bedeutung sein, und zwar sowohl im Hinblick auf das Erreichen der Umweltziele als auch beim Gewährleisten gerechter Wettbewerbsbedingungen. Die Kommission hat eine Reihe von Kriterien vorgeschlagen, die beim Definieren von Vergleichbarkeit Anwendung finden sollten.

Im Hinblick auf Entwicklungsländer lässt sich sagen, dass zwar keine Bemühungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs wie die der Industrieländer erforderlich sind, es aber dennoch wichtig ist, dass sie weiterhin Maßnahmen ergreifen, damit bei der notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung weniger Kohlendioxide freigegeben werden. Wenn wir das Ziel von einer Erwärmung von maximal 2 Grad Celsius bis 2050 erreichen wollen, muss in Entwicklungsländern die Zunahme der Emissionen um 15 bis 30 % unter dem Wert liegen, der verzeichnet werden würde, wenn sie sich bis 2020 nicht um eine Senkung bemühen würden. Selbstverständlich hängen die Bemühungen, die von den einzelnen Entwicklungsländern zu vollbringen sind, vom jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand und den vorhandenen Ressourcen ab. Deshalb sollten wir natürlich mehr von den sich schnell entwickelnden Volkswirtschaften erwarten als von den anderen.

Wir alle wissen, dass wir die gewünschten Ergebnisse in Kopenhagen nur erzielen können, wenn wir es schaffen, für mehr Investitionen zu sorgen und mehr Mittel für die Senkung der Emissionen und Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen. Natürlich wird ein Teil der benötigten Investitionen – selbst in Entwicklungsländern – vom privaten Sektor der unterschiedlichen Länder stammen, wohingegen laut den Schätzungen der Kommission etwa ein Drittel vom Kohlendioxidmarkt kommen wird. Darüber hinaus ist ein Teil aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, und wir müssen herausfinden, wie wir diese Mittel auftreiben können. Inmitten der Krise wird dies nicht gerade leicht werden. Dennoch müssen wir vorbereitet sein und für diese Aussprache Argumente bereithalten, bei denen zu berücksichtigen ist, dass die Kosten des Nichtstuns wesentlich höher ausfallen würden als die Kosten, die durch das Ergreifen von Maßnahmen entstehen.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass in der Mitteilung der Kommission betont wird, wie wichtig ein globaler Kohlendioxidmarkt und die Einrichtung kompatibler Handelssysteme zwischen den Ländern der OECD bis 2015 sind. Für die aus wirtschaftlicher Sicht besser vorbereiteten Entwicklungsländer wird jedoch vorgeschlagen, dass dies erst bis 2020 erfolgen sollte.

Dies sind die Hauptaussagen der Mitteilung der Kommission, und ich bin auf Ihre Ansichten gespannt. Mit den internationalen Verhandlungen werden wir rasch fortfahren, und unsererseits sind dieses Jahr auch intensive diplomatische Bemühungen erforderlich. Ich begrüße Ihren Beitrag zu diesem wichtigen Thema.

Romana Jordan Cizelj, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – (SL) Klimawandel umfasst einen riesigen Bereich, und ich stimme dem Berichtersteller dahingehend zu, dass wir, die Mitglieder des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, innovative Wege finden mussten, um die ganze Breite und Tiefe dieses Themas abdecken zu können. Nachdem unsere Arbeit geleistet ist, kann ich bestätigen, dass wir in der Tat zahlreiche Gelegenheiten hatten, viele unterschiedliche Meinungen und Ansichten auszutauschen sowie verschiedene Vorschläge für künftige Maßnahmen zu unterbreiten. Unsere Diskussionen waren zeitweise recht hitzig, und zwar genau weil die zum Ausdruck gebrachten Meinungen so unterschiedlich waren. Infolgedessen enthält der Bericht ein breites Spektrum von Meinungen und viele gute Vorschläge, er ermöglicht es uns aber auch, unsere kontinuierliche Arbeit in den ständigen Ausschüssen im Hinblick auf die Ausarbeitung unterschiedlicher sektoraler Politikbereiche zu koordinieren. Ich persönlich denke, dass es gut wäre, wenn wir diese bestimmte Methodologie weiter verfolgen würden.

Die bereits erwähnten Bereiche, wie Energie, Transport und Industrie, boten die besten Handlungsmöglichkeiten, aber andere Bereiche waren ebenfalls wichtig. Dabei beziehe ich mich beispielsweise auf Landwirtschaft, Viehzucht, nachhaltige Fortwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Entwicklungspolitik der EU im Hinblick auf Drittländer.

Der Übergang zu einer Gesellschaft mit niedrigen Kohlendioxidemissionen wird natürlich möglich sein, wenn wir weiterhin in Forschung investieren, Entwicklung und Innovation schneller vorantreiben und die anderen in der Lissabon-Strategie definierten Ziele weiter verfolgen. Dies allein wird jedoch nicht genügen. Wir müssen auch unseren Lebensstil ändern, aber dies wird nur möglich sein, wenn die Menschen Umweltschutz als einen echten Wert einstufen. In dieser Hinsicht müssen wir durch Informationskampagnen und Bewusstseinsförderung wesentlich mehr erreichen.

Auch den Bemerkungen, die über den Zusammenhang zwischen Finanzkrise und Klimawandel gemacht wurden, stimme ich zu. Allerdings stellt selbst dies eine Chance dar, und Bedenken, dass der Klimawandel nach der Finanzkrise an zweiter Stelle steht, sind unbegründet, weil unsere Maßnahmen zur wirtschaftlichen

Belebung so entworfen werden müssen, dass die nachhaltige Entwicklung gefördert wird und nicht nur die Ausgaben der Verbraucher.

Da unser Ziel darin besteht, global den Temperaturanstieg einzudämmen, müssen wir natürlich auch international handeln. In dieser Hinsicht muss Europa den Dialog mit Industrieländern etablieren und intensivieren, weil wir gemeinsam die Last unserer historisch hohen Emissionen reduzieren und eliminieren müssen. Gleichzeitig müssen wir aber den Entwicklungsländern und den ärmsten Ländern zuhören und ihnen die nachhaltige Entwicklung ermöglichen – selbst wenn dies teurer wird.

Abschließend möchte ich dem Berichterstatter, Karl-Heinz Florenz, zur Offenheit gratulieren, die er im Rahmen unserer Arbeit gezeigt hat.

Dorette Corbey, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (NL) Ich möchte zu Beginn Karl-Heinz Florenz von ganzem Herzen für seine völlige Hingabe und Entschlossenheit danken, die er beim Verfassen dieses Berichts an den Tag gelegt hat. Meines Erachtens ist dies ein allumfassender Bericht mit nahezu 200 Empfehlungen geworden, der sich wirklich gelohnt hat. Er enthält zahlreiche gute Empfehlungen, die dem nächsten Parlament, den nationalen Parlamenten und den lokalen Behörden als Quelle der Inspiration dienen können.

Ich möchte auf fünf Hauptthemen eingehen, die für unsere Fraktion von großer Bedeutung sind. Zuerst wird in diesem Bericht anerkannt, dass Klimawandel ein umfangreiches Thema ist, das alle Sektoren betrifft und nicht nur Industrie, Transport und Energie, für die wir bereits Regeln festgelegt haben. Er betrifft auch Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technologie, IKT, Bildung sowie die Nutzung von Boden, Wasser und Land. All diese Bereiche verdienen unsere volle Aufmerksamkeit und eine wirksame Lösung.

Zweitens: Klimapolitik sollte auch eine soziale Dimension haben, und man sollte Solidarität zeigen. Wir müssen Themen wie Beschäftigung, Einkommensaspekte und Energiearmut angehen. Wir müssen herausfinden, wie neue Technologie bezahlt werden wird und wer diese Kosten trägt. Wir möchten wissen, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden können und ob Stellen verloren gehen. Wir wollen Umschulungsprogramme für die Arbeitskräfte, die in den neuen Berufen für Umweltschutz eingesetzt werden. Ohne vollkommenes soziales Engagement wird es äußerst schwierig sein, die politische Unterstützung für Klimapolitik aufrechtzuerhalten.

Unser drittes Hauptthema bezieht sich auf die Wirtschaftskrise, für die wir ebenfalls eine umfassende Lösung brauchen. Der *Green New Deal* ist inzwischen zu einem Konzept geworden, und zwar eines, das wir von ganzem Herzen unterstützen. Dazu sind beträchtliche Investitionen erforderlich. Interventionen zur Unterstützung von Banken und Unternehmen sollten zumindest eine Nachhaltigkeitskomponente aufweisen. Investitionen in Häuser und Wohnblöcke in Osteuropa sollte dabei eine höhere Priorität zukommen, da dies in Sachen Beschäftigung, Energieversorgungssicherheit und Klima Vorteile bringen wird.

Unser viertes Hauptthema ist die Landwirtschaft. Dieses Thema wird in Zusammenhang mit dem Klima nur selten angesprochen. Heute zeigen wir auf, dass dies in der Tat notwendig ist, und dies hat sich als kontroverses Thema erwiesen. Schon lange diskutieren wir darüber, ob für die Landwirtschaft verbindliche Ziele gelten sollten, und sind uns einig, dass wir dies ernsthaft in Betracht ziehen sollten. Auch ist klar, dass Landwirtschaft nicht nur ein Problem darstellt, sondern auch Lösungen bietet. Treibhausgase lassen sich durch gute Landwirtschaft, effektive Landnutzung und die angemessene Nutzung von Biomasse reduzieren.

Bei unserem fünften Hauptthema geht es letztendlich darum, die Menschen einzubeziehen. Dazu sind Informationen und Transparenz erforderlich. Wenn wir unser Konsumverhalten ändern wollen, müssen wir genau wissen, welche Produkte viele Treibhausgase freigegeben, und unser Verhalten dann entsprechend anpassen. Dies ist natürlich nicht leicht, aber, wie Karl-Heinz Florenz gerade betont hat, kann das Problem des Klimawandels nicht nur durch ein paar technische Tricks gelöst werden. Wir werden auf alle Fälle versuchen müssen, so viele Menschen wie möglich einzubeziehen, um für diese großen Herausforderungen, denen wir uns ausgesetzt sehen, gewappnet zu sein. Lokale Initiativen sind in dieser Hinsicht äußerst wertvoll. Kostenlose Energieaudits für Häuser, besserer öffentlicher Verkehr sowie lokale und regionale Lebensmittelproduktion. Gemeinsam können wir viel bewirken.

Dieses Maßnahmenpaket sorgt auch für Grund zu Optimismus. Treibhausgase können reduziert werden, und dadurch wird ein Beitrag in Sachen Innovation, Wirtschaftswachstum, bessere Energieversorgung, bessere Lebensmittelproduktion, mehr Beschäftigung und ein stabileres Klima geleistet. Ich bin all meinen Kollegen dankbar, die sich in dieser Angelegenheit beteiligt haben.

Chris Davies, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, bei dieser Aussprache wird ein entscheidender Punkt übersehen, den wir wohl nicht gern zur Sprache bringen. In diesem Bericht wird praktisch gar nicht darauf hingewiesen, und auch in der umfassenden Strategie der Kommission zum Erreichen eines Abkommens zum Klimawandel in Kopenhagen wird er nur ganz kurz erwähnt. Es ist eine Tatsache, dass die menschliche Bevölkerung schneller zunimmt als je zuvor und dass dieses Wachstum nicht nachhaltig ist. Im Leben vieler von uns hier im Saal wird sich die auf diesem Planet lebende Bevölkerung verdreifachen. Sie nimmt weiterhin um 200 000 Menschen pro Tag und somit 80 Million Menschen pro Jahr zu.

Weshalb benötigt China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk? Weil sich die Bevölkerung des Landes innerhalb von 50 Jahren mehr als verdoppelt hat und sie auch weiterhin schnell zunimmt. Die Nachfrage nach Energie steigt dadurch ebenfalls an, und die Chinesen wollen das, was wir hier im Westen bereits haben – natürlich zu Recht. Der Minister fliegt heute nach Indien. Die Bevölkerung nimmt dort sogar noch schneller zu, und auch sie nutzen Kohle als Energiequelle.

Die Ressourcen dieses Planeten werden jedoch irgendwann aufgebraucht sein. Wir müssen das Bevölkerungswachstum verlangsamen und die Tendenz umkehren. Dabei müssen wir völlig ohne Zwang vorgehen, und wir dürfen niemals so arrogant sein zu vergessen, dass wir hier in den Industrieländern wesentlich stärker für den Klimawandel verantwortlich sind als die Menschen in Entwicklungsländern.

Laut dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen werden weltweit pro Minute 380 Frauen schwanger, wobei 50 % dieser Frauen die Schwangerschaft nicht geplant haben. Empfängnisverhütung muss für alle erhältlich sein. Frauen müssen in Sachen Fortpflanzung selbst entscheiden können, denn das ist wesentlich besser als die Alternative der unsicheren Abtreibung.

Die medizinischen Ressourcen müssen verbessert werden, damit Frauen Schwangerschaften problemlos auf später verschieben können, aber vor allem muss dieses Thema in die politische Agenda aufgenommen werden. Es ist die größte Torheit, dass wir dies nicht tun wollen. Familien auf der ganzen Welt sollten sich darüber unterhalten. Regierungen sollten Ziele für die Stabilisierung oder Reduzierung der Bevölkerung setzen. Um etwas gegen das Bevölkerungswachstum unternehmen zu können, müssen wir unbedingt zugeben, dass es eine zentrale Rolle spielt. Anderenfalls werden wir es auch nicht schaffen, etwas gegen den Klimawandel zu tun oder nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Liam Aylward, *im Namen der UEN-Fraktion*. – Herr Präsident, auch ich möchte Karl-Heinz Florenz gratulieren: Er hat sich beim Erstellen dieses Berichts stark eingesetzt und viel Engagement gezeigt. Außerdem hat er gut zugehört und für die vielen unterschiedlichen Meinungen Verständnis aufgebracht.

Als Gesetzgeber ist es mitten in einem starken wirtschaftlichen Abschwung vorrangig, im Hinblick auf umweltfreundliche Energietechnologie Erfolge zu verzeichnen. Wir sind in der Lage, auf den Gebieten der unterschiedlichen erneuerbaren Energien weltweit eine Führungsrolle einzunehmen, wodurch eine straffe, wirksame und koordinierte Strategie ermöglicht wird, an der sich Regierungen, nichtstaatliche Organisationen, Universitäten, Unternehmen und zukunftsorientierte Menschen beteiligen und die nicht darauf abzielt, nur zu reden, sondern Probleme zu lösen. Wir müssen die Bürokratie reduzieren sowie KMU und Technologieentwickler unterstützen.

Der Markt ist vorhanden. Der Rechtsrahmen ist klar. Wir haben die Ziele für erneuerbare Energie festgelegt. Obwohl die finanziellen Mittel knapp sind, sind sie für die Entwicklung von Technologie und zum Erhalt von Fachwissen von entscheidender Bedeutung. Banken und Finanzierer werden bei Unternehmensgründungen für umweltfreundliche Technologie Risiken eingehen müssen. Langfristig gesehen werden wir davon profitieren, wenn wir die Markierung etwas höher ansetzen. Arbeitsplätze und Wohlstand werden folgen. Wenn wir jedoch zu diesem wichtigen Zeitpunkt zu langsam reagieren, werden wir Nachteile erleiden und andere Länder werden diese Chance nur zu gern nutzen.

Irland könnte beispielsweise in Sachen Meeresswellentechnologie die Rolle einnehmen, die Finnland bei der Mobiltelefonentechnologie innehat. Wir haben aufgrund unseres Wetters und unserer Lage im Atlantik ein unumstrittenes Potenzial. Wir haben die Technologie patentiert. Wir verfügen vor Ort über die erforderlichen Fachkenntnisse, und wir haben den rechtlichen Zielrahmen. Der Markt ist deutlich abgesteckt, und dies ist daher eine hervorragende Chance für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Senkung des Energiepreises, die Energieversorgungssicherheit und die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen – ganz abgesehen von Patenteinnahmen.

Wir müssen uns jetzt hinter unsere Unternehmen stellen, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt dafür einsetzen, dass wir überhaupt soweit gekommen sind. Sie sind Risiken eingegangen, und wir müssen sie

durch höhere Finanzierung unterstützen. Verzögerungen würden sich jetzt nachteilig auswirken. Umwelttechnologie ist unsere Zukunft. Diese Chance bietet sich uns jetzt, und wir müssen sie beim Schopfe packen.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Herr Präsident! Ich möchte mich auch beim Kollegen Florenz bedanken, insbesondere für seine Geduld in den Verhandlungen. Die Länge des Berichts macht ja deutlich, dass da sehr viele Themen auf den Tisch gekommen sind.

Ich möchte aber gleichzeitig die Frage stellen, wie weit die Einigkeit, die dieser Bericht jetzt zu Beginn dieses Jahres signalisiert, tragfähig ist. Ich erinnere mich sehr gut an die internationale Klimakonferenz in Posen und die sehr schwache Rolle, die die Europäer in Posen gespielt haben, weil sie damit beschäftigt waren, ihre ehrgeizigen Versprechen und ehrgeizigen Ankündigungen aus der internationalen Verhandlungsrunde in Bali nach unten zu korrigieren, und wie sie angesichts der anbrechenden Finanz- und Wirtschaftskrise damit beschäftigt waren, die Klimapolitik in die zweite Reihe zu rücken.

Ich glaube, dass im nächsten Jahr die Entscheidung getroffen werden wird, ob wir tatsächlich bereit sind, wegen der Erkenntnisse über den Klimawandel unsere Art des Wirtschaftens, an die wir uns in den Industrieländern gewöhnt haben, so zu korrigieren, wie wir das jetzt immer wieder versprechen. Ich glaube, dass die Entscheidung darüber, ob wir uns in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln oder nicht, noch nicht getroffen ist.

Ban Ki-Moon und Achim Steiner haben in Posen in sehr eindringlicher Weise appelliert, jetzt alle Maßnahmen, die die Staaten mit ihren Konjunkturprogrammen, mit ihren Bankenrettungspaketen ergreifen, mit der Programmatik gegen die Armut in den Entwicklungsländern und gegen die schrecklichen Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern, aber auch mit Maßnahmen für einen wirklich ehrgeizigen Klimaschutz und eine neue Energiepolitik zu verbinden.

Ich stelle fest, dass in jeder Gesetzgebung auf europäischer Ebene, die damit zu tun hat, der Weg neu entschieden wird. Es ist keineswegs ausgemacht, dass Europa sich auf den Weg in die moderne Gesellschaft der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien befindet. Es geht nach wie vor um die Entscheidung: Machen wir weiter mit dem alten Mix Kohle und Atom oder gehen wir ehrgeizig neue Wege? Ich hoffe, dass wir uns weiter so konstruktiv darüber auseinandersetzen wie im Klimaausschuss, aber sicher bin ich da nicht.

Jens Holm, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (SV) Nach mehr als 18 Monaten Arbeit werden wir endlich hinsichtlich dieser Klimaentschließung eine Entscheidung treffen. Ich möchte vor allem auf drei Punkte hinweisen.

Die langfristigen Reduzierungsziele: In Absatz 3 fordern wir, dass die Emissionen in der EU bis 2020 um zwischen 25 und 40 % und bis 2050 um mindestens 80 % reduziert werden. Das ist gut so und bedeutet, dass wir höhere Anforderungen stellen als letztes Jahr im Rahmen des EU-Klimapakets.

Wir fordern auch Maßnahmen, die für die Fleischindustrie zu ergreifen sind. Gemäß „Livestock's long shadow“, einem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), sind 18 % der weltweiten Emissionen auf die Fleischindustrie zurückzuführen. Dies ist etwas, das in diesem Bericht widerspiegelt wird, und wir fordern einen niedrigeren Fleischkonsum. Dies ist eine mutige und in gewisser Hinsicht historische Entscheidung eines Parlaments, das normalerweise eher Subventionen für diese Branche unterstützt, aber es ist auch eine Schande, dass vor allem die Gruppe der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischen Demokraten für die Beseitigung dieser Forderungen stimmen will. Genauso wie wir die Nutzung von Kraftfahrzeugen einschränken müssen, sollten wir es auch wagen, darauf hinzuweisen, dass der stark ansteigende Fleischkonsum nicht nachhaltig ist.

Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, dass die Fleischindustrie die Hauptursache für die Zerstörung des Regenwalds im Amazonas ist, da dort Weideland für Tiere und Felder, auf denen Futtermittel angebaut werden, entstehen. Ein Großteil dieser Futtermittel wird in Form von Soja nach Europa exportiert. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig.

Die Autoindustrie ist ein anderes immer akuter werdendes Problem. Zwischen 1990 und 2005 nahmen die Emissionen, die auf den europäischen Transportsektor zurückzuführen sind, um 32 % zu. Es muss intensiv in öffentliche Verkehrsmittel und umweltfreundlichen Transport anderer Natur investiert werden. Autos, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, müssen durch Elektroautos und in Zukunft vielleicht auch durch mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge ersetzt werden. Wir müssen uns selbst fragen, ob die Situation

mit all diesen Arten des Transports nachhaltig sein wird. Sollten wir uns stattdessen nicht verstärkt für lokale Produktion und lokalen Verbrauch einsetzen?

Abschließend möchte ich hinsichtlich der Änderungsanträge 12 und 28 warnen, da für sie eine Zunahme der Atomenergie erforderlich ist. Sollten sie angenommen werden, wird meine Fraktion nicht in der Lage sein, diese Entschließung zu unterstützen. Aus diesem Grund stimmen wir gegen die Änderungsanträge 12 und 28. Vielen Dank.

Johannes Blokland, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (NL) Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil Westeuropas momentan eine Kältephase erlebt, ist es vielleicht nicht gerade der richtige Zeitpunkt für eine Aussprache über die globale Erwärmung. Am Titel des vorgeschlagenen Berichts erkennen wir aber bereits, dass es bei dieser Aussprache um die langfristige Perspektive geht. Wir sollten uns daher nicht zu sehr an kurzzeitigen Ereignissen festbeißen. Der Abschlussbericht von Karl-Heinz Florenz ist gut durchdacht, solide verfasst und sendet ein starkes Signal aus.

Wenn die negativen Auswirkungen des Klimawandels reduziert oder gar vermieden werden sollen, müssen breitflächig einschneidende Maßnahmen ergriffen werden. Für den Zeitraum von 2020 bis 2050 brauchen wir hochgesteckte Ziele. Nicht ein Bereich unserer Gesellschaft sollte von den Bemühungen ausgenommen werden. Im Rahmen der Vorbereitung auf die Klimakonferenz in Kopenhagen müssen wir an unserem Ehrgeiz festhalten und ihm durch eine breite Palette von Maßnahmen Kraft verleihen. Dieser Bericht leistet in dieser Hinsicht einen besonders wertvollen Beitrag.

Roger Helmer (NI). – Herr Präsident, vor 500 Jahren waren sich gebildete Menschen darüber einig, dass die Welt flach ist. Sie lagen falsch. In den 1970er Jahren, also nach drei Jahrzehnten der globalen Abkühlung, waren sich Wissenschaftler darüber einig, dass uns eine neue Eiszeit bevorsteht. Sie lagen falsch. 1999 war jeder davon überzeugt, dass der Jahrtausendfehler ein weltweites Desaster anrichten wird, indem durch ihn Computersysteme auf der ganzen Welt heruntergefahren werden. Waffensysteme würden Probleme aufweisen, der Handel würde zum Stillstand kommen, und Flugzeuge würden vom Himmel fallen. Sie lagen falsch. Es geschah absolut nichts.

Heute erzählt man uns, dass hinsichtlich der katastrophalen, durch die Menschen ausgelösten globalen Erwärmung ein Konsens besteht. Und auch hier liegt man falsch. Von einem Konsens kann man nicht sprechen. Der Mythos vom Konsens ist ein Werbeerfolg für Panikmacher, aber immer wieder kommen Umfragen ans Tageslicht – und zwar sowohl aus der wissenschaftlichen Literatur als auch von aktiven Klimawissenschaftlern –, aus denen hervorgeht, dass auf beiden Seiten der Debatte viele unterschiedliche Meinungen vertreten werden und viele der Auffassung sind, dass ein Urteil noch aussteht.

Es stimmt, dass sich die Welt während der vergangenen 150 Jahre leicht erwärmt hat, wenn auch sehr langsam und stoßweise, aber dies findet vollkommen in Einklang mit den uns bekannten, langfristigen Klimazyklen der Natur statt, durch die auch das Römische Optimum, die mittelalterliche Wärmezeit und die Kleine Eiszeit entstanden sind. Es liegen klare Beweise dafür vor, dass sich nicht nur die Welt leicht erwärmt hat, sondern dies auch bei anderen Körpern im Sonnensystem der Fall gewesen ist. Auf dem Mars sind die Eiskappen kleiner geworden, aber niemand würde auf die Idee kommen, dass dies auf industrielle Emissionen oder Allradfahrzeuge zurückzuführen sei.

Wir planen jetzt, Geldsummen, die man sich gar nicht vorstellen kann, für abschwächende Maßnahmen auszugeben, die einfach keine Wirkung zeigen werden. Dies wird außerdem unseren Volkswirtschaften schaden. Die Gelder, die wir für echte Umweltprobleme brauchen, werden uns dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Christopher Booker hat in seiner Funktion als britischer Journalist darauf hingewiesen, dass es sich bei der Panik, die hinsichtlich der globalen Erwärmung verbreitet wird, um die größte kollektive Flucht vor der Realität handelt, die es in der Geschichte der Menschheit je gegeben hat.

Pilar del Castillo Vera (PPE-DE). – (ES) Herr Präsident, zuerst möchte ich Karl-Heinz Florenz für die von ihm geleistete Arbeit danken und natürlich auch dem Vorsitzenden sowie all den Koordinatoren und Mitgliedern des Ausschusses.

Dieser Bericht bringt wieder einmal zum Ausdruck, um was sich die Europäische Union schon länger sorgt, nämlich den Klimawandel und seine Folgen.

Das kürzlich genehmigte Energiepaket ist die letzte dieser Maßnahmenreihen. Der heute von uns besprochene Bericht spiegelt denselben Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels und dieselben Sorgen wider, die auch die Europäische Union hat.

Der vor uns liegende Bericht enthält, wie bereits erwähnt wurde, eine Reihe von Empfehlungen. Dabei handelt es sich um eine umfassende Palette unterschiedlicher Maßnahmen und Empfehlungen, die wiederum verschiedene Leitfäden enthalten, die auf die unterschiedlichen Bereiche wie beispielsweise Fischerei, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Forstwirtschaft Anwendung finden. Bei all diesen Leitfäden werden dieselben Ziele verfolgt, aber es müssen jeweils andere Maßnahme ausgearbeitet werden.

Ich möchte mich jedoch auf das Grundprinzip beschränken, das meiner Meinung nach eingehalten werden muss, damit man etwas bewirken kann. Angesichts des Klimawandels müssen wir die Effizienz steigern. Dies muss meiner Ansicht nach das Grundprinzip sein, auf dem die von uns ergriffenen Maßnahmen basieren.

Möchte man in Sachen Effizienz für Verbesserungen sorgen, muss technologische Innovation im Vordergrund stehen. Außerdem sind unter anderem bei der Vergabe von Unterstützungsleistungen und Subventionen sowie beim Gewähren bestimmter Steuervorteile Effizienzziele vorzugeben. Wir können nur dann wirksam handeln, wenn wir für mehr Effizienz sorgen.

Guido Sacconi (PSE). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Kollegen, die vor mir sprachen, haben aufgezeigt, wie erfolgreich wir äußerst unterschiedliche Ansichten auf einen Nenner gebracht und in einem gemeinsam verfassten Entwurf vereint haben.

Beim Florenz-Bericht – der Anerkennung verdient, weil man es geschafft hat, aufmerksam allen Meinungen zuzuhören und sie zu einem Konsens zu verschmelzen – geht es letztendlich um Energierückwandlung und allgemeine Veränderungen im Hinblick auf die Produktionssysteme, den Lebensstil und den Verbrauch. Dies ist mehr als nur eine philosophische Aussage, und wir wissen, dass es nicht leicht werden wird. Es ist jedoch vorgesehen, dass es phasenweise zur Annäherung kommt. Beispielsweise weisen wir im Vermächtnis, das wir für das nächste Parlament hinterlassen, darauf hin, was unserer Meinung nach in der nächsten Wahlperiode, als Vorbereitung auf Kopenhagen und auch danach prioritär getan werden sollte.

Ich möchte mich aber lieber auf den Inhalt konzentrieren. Ich denke, dass es meine Pflicht ist, zuerst denjenigen zu danken, die bei dieser Arbeit eine wichtige Rolle gespielt haben, und dem Sekretariat. Ich habe hier einige Statistiken über Ihre Arbeit. Um Ihnen einen Eindruck von der Bedeutung ihrer Arbeit zu vermitteln, muss ich nur darauf hinweisen, dass sie acht thematische Sitzungen mit 60 weltweit führenden Experten organisiert haben.

Vor allem möchte ich jetzt aber eine dringende Bitte aussprechen, und zwar möchte ich meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, die ich an das neue Parlament hege. Präsident Pöttering, Sie selbst haben Ihren Glauben daran unter Beweis gestellt, dass sich das Risiko, das dieser Ausschuss eingegangen ist, auszahlen würde – obwohl man zugeben muss, dass hier in diesem Parlament nicht jeder davon überzeugt war, als der Ausschuss vor 18 Monaten gegründet wurde. Sie haben sich in zwei unterschiedlichen Situationen an das Parlament gewandt und dadurch zum Ausdruck gebracht, dass Sie dieses Thema und unsere Arbeit persönlich unterstützen. Wenn Sie es mir erlauben, möchte ich mich daher direkt an Sie wenden. Es wäre eine Schande, wenn das nächste Parlament in der kommenden Wahlperiode nicht ein ähnliches Instrument schaffen würde. Dies ist schon allein deshalb der Fall, weil zwischenzeitlich viele nationale Parlamente und Regierungen ihre Arbeit umstrukturiert und den Klimawandel als eigenen Bereich eingeführt haben. Aus diesem Grund hoffe ich, dass das nächste Parlament nicht wieder zur strengen Bereichstrennung zurückkehren wird, durch die in Zusammenhang stehende Bereiche von unterschiedlichen Ausschüssen behandelt werden. Stattdessen hoffe ich, dass es sich entsprechend unserer Empfehlungen auf eine lange Reise vorbereitet, deren Ziel darin besteht, eine Wirtschaft mit niedrigen Kohlendioxidemissionen zu haben.

Vittorio Prodi (ALDE). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Karl-Heinz Florenz für die von ihm geleistete Arbeit danken.

Endlich kommen wir zur Abstimmung über diesen Bericht, der für 18 Monate Arbeit des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel steht. Ich persönlich würde mich der Meinung anschließen, dass dies ein Erfolg ist, wenn auch nur ein mäßiger. Ein Erfolg deshalb, weil sich das Parlament als eine der zugänglichsten Institutionen herausgestellt hat, die ein Ad-hoc-Instrument – nämlich den nichtständigen Ausschuss – einrichten kann, um Daten und Ideen über eine Frage zu sammeln, die uns alle betrifft und deren Auswirkungen wir uns jetzt und in Zukunft gemeinsam ausgesetzt sehen. Ein mäßiger Erfolg, weil das Ergebnis trotz all unserer Bemühungen sowie der Qualität der Zusammenarbeit und der durchgeführten Studien noch nicht die durchschlagende Wirkung hat, die eine Entschließung für dieses Thema haben sollte.

Klimawandel ist, wie ich bereits mehrmals gesagt habe, eine dringliche und ernstzunehmende Angelegenheit, und man benötigt gezielt eingesetzte, wirksame Instrumente. Einer der Hauptgründe für die Schaffung dieses

Ausschusses war es, dass Politikbereiche miteinander vereint werden sollten, die bisher getrennt betrachtet worden waren. Ich hoffe, dass diese Verschmelzung auch vom nächsten Parlament fortgeführt werden kann und dass sich dieses Haus auch in Zukunft an den Kopenhagen-Verhandlungen beteiligen wird.

Wir benötigen einen globalen Konsens, und dazu müssen wir etwas zu bieten haben – vor allem den Entwicklungsländern. Momentan fehlen noch die gleichen Bedingungen, mit denen man Menschen in Entwicklungsländern überzeugen könnte, diese Politik zu unterstützen. Sie ist etwas zu eurozentrisch und auch etwas zu sehr in Bereiche eingeteilt. Es geht hier um die Änderung unseres Lebensstils. Politisch müssen wir Vorschläge unterbreiten, bei denen zuerst diese Politik im Mittelgrund steht und an zweiter Stelle die schrittweise Entmaterialisierung unseres Lebensstils kommt. Anderenfalls ließe sich keine Nachhaltigkeit gewährleisten.

Alessandro Foglietta (UEN). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich gratulieren dem Präsidenten Florenz. Indem ich ihn mit „Präsident“ anspreche, möchte ich die Hochachtung und das Ansehen zum Ausdruck bringen, die ich ihm für sein Engagement zolle, das er stets für das Parlament gezeigt hat.

Durch die Annahme des Klima- und Energiepakets steht der Europäischen Union ein Rechtsrahmen zur Verfügung, der ihr die Legitimation verleiht, eine Führungsrolle einzunehmen. Die von der neuen US-Regierung in letzter Zeit an den Tag gelegte Offenheit gibt uns Hoffnung, dass wir uns in Zukunft zusammen mit den Vereinigten Staaten dafür einsetzen können, die Folgen des Klimawandels aufzuhalten.

Das Ausmaß des Erfolgs dieser Initiative wird jedoch durch die Beteiligung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer wie China und Indien bestimmt werden. Wie der chinesische Umweltminister bereits bei seinem Treffen mit der Delegation des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel deutlich gemacht hat, wird dies nur möglich sein, wenn die reicheren Länder zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung angemessene finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen und dieses Vorhaben dadurch unterstützen.

In diesem Bereich wurden bereits durch die Posen-Konferenz und durch die Entscheidung, den Anpassungsfonds einzuführen, Fortschritte erzielt. Darüber hinaus konnte durch den Betrag von 50 Millionen Euro, der Entwicklungsländern für Forschung und technologische Entwicklung zur Verfügung gestellt wurde, die weltweite Entwicklung von Umwelttechnologien gefördert werden.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Kopenhagen zu einem Wendepunkt in Sachen praktischer Zusammenarbeit wird, indem die stärkeren Volkswirtschaften einen Fonds einführen, durch den sich die kontinuierliche Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung in Schwellenländer gewährleisten lässt. Die Umwelt kann nur davor bewahrt werden, nicht umkehrbare Folgen zu erleiden, wenn auf internationaler Ebene Engagement vereinbart wird und sich Schwellenländer daran beteiligen. Gleichzeitig wird dadurch die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen vor den Auswirkungen und den sozioökonomischen Kosten des Umweltdumpings auf dem Weltmarkt bewahrt.

Caroline Lucas (Verts/ALE). – Herr Präsident, auch ich möchte mich bei Karl-Heinz Florenz für seinen Bericht bedanken, danke jedoch, dass wir vor lauter Glückwünschen an den Berichterstatter und den Ausschuss knallharte Fakten vergessen: Die EU handelt nicht nur zu wenig, sondern auch zu spät.

Ich gehe nicht davon aus, dass ich mich durch diese Bemerkung beliebt mache, aber wir müssen den Fortschritt der EU nicht am Fortschritt anderer Länder messen, sondern daran, was getan werden muss. Tun wir dies, dann schneiden wir noch schlecht ab.

Wir sind bei dieser Aussprache nicht ehrgeizig genug. Aus den neuesten wissenschaftlichen Daten geht hervor, dass wir die Emissionen jährlich um etwa 9 % senken müssen. Die in diesem Bericht und im Klimapaket der EU aufgeführten Ziele sind einfach nicht ehrgeizig genug.

Die Dringlichkeit geht bei dieser Aussprache etwas verloren. Wenn wir innerhalb der nächsten acht bis zehn Jahre keine einschneidenden Fortschritte erzielen, um unsere Wirtschaft kohlendioxidfrei zu machen, werden wir die Chance verpasst haben, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern.

Wir handeln auch nicht kohärent. Heute sprechen wir über erneuerbare Energien und Energieeffizienz, und gestern hat eine Mehrheit hier in diesem Haus den Laperrouze-Bericht angenommen, bei dem die Rolle, die Kohle in Europa spielt, voller Stolz gestärkt wird.

Wir versagen auch, indem wir den Eindruck vermitteln, dass es beim Klimawandel darum geht, Dinge aufzugeben und ohne sie auszukommen. Wir müssen dazulernen und echte politische Führung übernehmen. Wir müssen aufzeigen, dass das Ergreifen von Maßnahmen in Sachen Klimawandel dazu führen wird, dass

wir eine bessere Lebensqualität genießen können. Hier geht es nicht darum, dass wir in einer Höhle um eine Kerze herumsitzen werden und frösteln, sondern um eine Zukunft, die positiver und attraktiver sein kann als die Gegenwart.

Ich empfehle Ihnen daher, einen „Green New Deal“ für Europa einzugehen, um sowohl etwas gegen die Wirtschaftskrise als auch gegen die Klimakrise zu unternehmen. Dabei müssen viele Mittel in Energieeffizienz und erneuerbare Energien fließen, wodurch in Europa Millionen von neuen Arbeitsplätzen entstehen würden.

Es geht jedoch nicht darum, das Wirtschaftswachstum wie sonst üblich anzukurbeln, sondern um eine dringend erforderliche Transition. Europa soll nicht mehr immer mehr natürliche Ressourcen verbrauchen, sondern eine stabile Wirtschaft aufweisen. Wir wollen kein weiteres quantitatives Gesamtwachstum, sondern echte qualitative Entwicklung. Diese Debatte muss so schnell wie möglich eingeleitet werden, und die EU befindet sich dafür in einer hervorragenden Position.

Roberto Musacchio (GUE/NGL). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Karl-Heinz Florenz zu seiner hervorragenden Arbeit gratulieren. Dieser Bericht zollt seiner kontinuierlichen Gegenwart, Aufmerksamkeit und Beteiligung Tribut.

Er spiegelt den Beitrag wider, den er bei der Arbeit des Ausschusses, der von Guido Sacconi gekonnt geleitet wurde, geleistet hat. Dabei wurden Themen im Detail analysiert und debattiert. Auch ist zu betonen, dass dieser Bericht die Rolle beeinflusst hat, die dieses Parlament im Hinblick auf die Annahme des Klimapakets spielte. Präsident Pötering, auch ich möchte Sie bitten, sich darüber Gedanken zu machen, wie sich unsere Arbeit bei der Vorbereitung auf Kopenhagen weiterentwickeln könnte und sollte.

Im Hinblick auf den Florenz-Bericht glaube ich, dass es im Augenblick nicht angebracht wäre, durch ideologische Änderungen bezüglich der Frage der Atomkraft ein Ungleichgewicht zu verursachen. Nur in den Köpfen der Befürworter erscheinen diese Änderungen sinnvoll und ändern unsere gemeinsame Position. Ich möchte meine Kollegen jedoch bitten, die Berücksichtigung eines Änderungsantrags in Erwägung zu ziehen, den ich über die Beziehung zwischen Klimawandel und Wasser eingebracht habe. Ich bin der Auffassung, dass dies ein wertvoller Bereich ist, dem von internationalen Organisationen wie der Zwischenstaatlichen Gruppe für Klimaveränderungen und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen immer mehr Aufmerksamkeit zukommt. Diese Organisationen haben darauf hingewiesen, dass dieser Bereich in Zukunft entscheidend sein wird, und dies wird auch durch das bald in Istanbul stattfindende Weltwasserforum widergespiegelt.

Jim Allister (NI). – Herr Präsident, ich möchte bei dieser hitzigen Aussprache über den Klimawandel eine Sorge und Warnung zur Sprache bringen, vor allem, weil sich dies auf die Lebensmittelproduktion auswirken könnte. Wir haben erfahren, dass die Bevölkerung weltweit bis 2050 auf neun Milliarden Menschen ansteigen wird. Wir müssen daher mehr Lebensmittel produzieren. Im Rahmen dieses Klimawandelpakets, das hier vorgeschlagen wird, werden jedoch Forderungen nach geringeren Emissionen gestellt. Sollten wir diesen Forderungen gerecht werden, würde die Lebensmittelproduktion gerade dann niedriger ausfallen, wenn wir verstärkt darauf angewiesen sind.

Ich beziehe mich vor allem auf die Ziele, die für Methan und Stickoxid gesteckt wurden, und auf die Kritik des Konsums von Fleisch- und Milchprodukten. Diese Reduzierungsziele können nur erreicht werden, wenn die Lebensmittelproduktion stark reduziert wird. Hätte ich die Wahl zwischen „Lebensmittel für alle“ und „Ankreuzen von Maßnahmen gegen Klimawandel“, würde ich mich gezwungen sehen, mich für den gesunden Menschenverstand und die Notwendigkeit zu entscheiden.

John Bowis (PPE-DE). – Herr Präsident, wir bewegen uns jetzt auf Kopenhagen zu, und der hervorragende Bericht meines verehrten Freundes ist – wenn ich das so sagen darf – ein guter Fahrplan.

20 Prozent bis 2020 war ein Anfang, aber auch nicht mehr. Das Klimamaßnahmenpaket hätte vielleicht noch umfangreicher ausfallen können, aber es war ein Beginn und somit ein Schritt nach vorn. Durch die Veränderungen in der Regierung der Vereinigten Staaten können wir uns jetzt nicht mehr hinter der Weigerung dieses Landes zur Zusammenarbeit verstecken. Durch die Präsidentschaft von Obama haben wir die Gelegenheit, mit dem Austauschen von Worten aufzuhören und mit dem Austauschen von Ideen zu beginnen. Wir haben erfahren, dass am 6. März 2009 ein Treffen stattfinden wird. In der darauffolgenden Woche werden wir uns hier wieder treffen, und ich hoffe, dass wir dann vom Rat eine Aussage über die Ergebnisse dieses Treffens in Washington erhalten werden. Zusammen mit den Vereinigten Staaten können wir jetzt ein Ziel von 30 % oder gar noch höher anvisieren.

Wir machen jetzt mit dem Ökodesign weiter und erkennen an, dass sich auch in diesem Bereich große neue Chancen für Innovation und Beschäftigung auftun. Wir müssen noch die Schifffahrt und landwirtschaftliche Emissionen besprechen. Der Kommissar hat auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, mit den ärmeren Staaten unter den Entwicklungsländern in Dialog zu treten. Sie werden zerstört werden, obwohl sie für dieses Problem keine Schuld tragen. Inseln werden unter den Wellen versinken, und Malaria, Atemwegserkrankungen, Hautkrebs und Augenerkrankungen sind bereits heute verbreitet. Die Landwirtschaft wird zerstört werden. Diese Länder müssen handeln, brauchen dazu aber unsere Unterstützung.

Wissenschaftler können sich natürlich irren, und das trifft auch auf Politiker zu, wie wir bei Mbeki und AIDS festgestellt haben. Vielleicht liege ich mit der Grippeepidemie, die über uns hereinbrechen könnte, ja falsch. Auch hinsichtlich der Folgen, die die globale Erwärmung wohl haben wird, könnte ich mich irren. Allerdings können wir davon ausgehen, dass die Mehrheit der Wissenschaftler richtig liegt und auch die Mehrheit der Politiker. Wir, und das schließt mich mit ein, werden schuldig sein, wenn wir keine Maßnahmen ergreifen, durch die sich beide Ereignisse vermeiden lassen.

VORSITZ: MARTINE ROURE

Vizepräsidentin

Riitta Myller (PSE). – (FI) Frau Präsidentin, die im Frühjahr 2007 entstandene Initiative der Sozialdemokraten, den Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel einzurichten, trägt jetzt Früchte. Die interfraktionellen Verhandlungen und Diskussionen führten zu einer neuen ehrgeizigen und langfristig angelegten Agenda für Maßnahmen, durch die sich der Klimawandel reduzieren lässt. Dafür möchte ich dem Berichterstatter, Karl-Heinz Florenz, und den Schattenberichterstattern aller Fraktionen danken, die in dieser Angelegenheit hervorragend zusammengearbeitet haben.

Viele sind skeptisch, ob der Ausschuss zum Klimawandel die Arbeit des Parlaments bereichern wird. Heute sehen wir, welche Vorteile es bringt, wenn Parlamentarier, die unterschiedliche Ansichten vertreten, zusammenarbeiten und sich gemeinsam die Meinung von weltweit renommierten Sachverständigen anhören. Wie wir sehen, führt dies zu glaubwürdigen Ergebnissen.

Ich bin mir auch sicher, dass schon allein die Existenz des Ausschusses und seiner Arbeit getrennt dazu beigetragen hat, dass das Klimapakete im letzten Dezember so problemlos und schnell verabschiedet wurde. Ich unterstütze den Aufruf von Guido Sacconi, dem Vorsitzenden des Ausschusses, nachdrücklich, bei dem es darum geht, dass das neu gewählte Parlament diese Angelegenheit behandeln und gewährleisten sollte, dass in Sachen Klimawandel der robusteste Ansatz verfolgt wird.

In der Europäischen Union ist man schon seit langem der Meinung, dass wir etwas gegen Klimawandel tun müssen. Bisher fehlten jedoch die Finanzinstrumente. Beim Klimafonds, der inzwischen vorgeschlagen wurde und der durch die Erlöse aus Emissionsrechteauktionen finanziert werden wird, handelt es sich um eine wichtige Initiative, und ich hoffe, dass sie in Zukunft Erfolge aufweisen wird. Wir brauchen diese Initiative, um in unserer industriellen Struktur Änderungen zu bewirken und mit diesem „New Green Deal“ überhaupt etwas zu erreichen.

Lena Ek (ALDE). – (SV) Dieser Bericht weckt große Hoffnungen. Er enthält praktisch alle Themen, die in den letzten mindestens zwei Jahren im Rahmen der Debatte über den Klimawandel erwähnt worden sind. Dennoch denke ich, dass ihm die Durchschlagkraft und die Energie fehlen, die wir aber brauchen, um die politische Linie, die wir in Europa in Klimathemen eingeleitet haben, weiter zu verfolgen.

Für den Schutz von Land und Boden wurden keine Maßnahmen vorgeschlagen. Für Wasserressourcen wurde im Rahmen des Weltwasserforums ein ganzes Paket von Vorschlägen gemacht, die berücksichtigt hätten werden können. Was die Energieeffizienz angeht, gibt es Optionen, die nicht aufgenommen wurden, obwohl es sich um Bereiche handelt, für die wir im Parlament Entscheidungen treffen können. Auch alternative Kraftstoffe wurden mit viel zu viel Zurückhaltung behandelt. In einem äußerst wichtigen Bereich, der Gesundheit, konzentriert man sich im Bericht auf das Erfassen von Fakten und die Kontrolle von Mückenstichen, obwohl wir in Europa stattdessen wichtige strategische Entscheidungen brauchen, um den Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der Menschen Einhalt zu gebieten.

Es gibt hier auch Optionen. In dieser Hinsicht müssen wir bezüglich Wachstum und Beschäftigung mehr bieten. Natürlich lassen sich in Europa Stellen schaffen. Sie werden hier gebraucht.

Wir müssen die Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik verankern. In einigen Wochen wird der Ministerrat zusammenkommen, um die Finanzierung der Entscheidungen zu diskutieren, die man in Kopenhagen treffen

wird. Dies sind äußerst wichtige Entscheidungen, auf die wir hier im Parlament recht großen Einfluss hätten nehmen können. Erfolgt keine solche Verankerung in der Wirtschaftspolitik und in einer Politik für Arbeit und Wachstum, besteht die Gefahr, dass dieser Bericht zu einer „Kerze im Wind“ wird, also zu einem netten Dokument, dem jedoch die Kraft und Entschiedenheit fehlen, ohne die es bei diesen Themen nicht geht.

Bogdan Pęk (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, ich habe den Eindruck, einer Konferenz zur Vorstellung einer neu gegründeten Religion beizuwohnen, einer falschen Religion, bei der es vor falschen Propheten und Ideen nur so wimmelt.

Gerade die politischen Mächte, die sich für die drastische Reduzierung der Kohlendioxidemissionen einsetzen, obwohl es dafür keine wissenschaftliche Grundlage gibt und eine solche Reduzierung die menschliche Entwicklung einschränken wird, sind diejenigen, die für diese Krise verantwortlich sind. Die Schuld für diese Situation ist denjenigen zuzuschreiben, die entlang des Pfades, den die Gesellschaft in Richtung Fortschritt verfolgt, eine globale Regierung einrichten möchte, der genau die Stellen angehören, die vom Emissionshandel riesige Profite machen und die gleichzeitig die kleinen Leute durch die Bedrohung des Klimawandels einer Gehirnwäsche unterziehen.

Wir müssen eine Grundlage für die Entwicklung auf dem Gebiet der Energie schaffen. Um überleben und sich entwickeln zu können, braucht die Menschheit neue, leistungsstarke Energiequellen, und Europa benötigt im Hinblick auf die Energieversorgung Gleichgewicht und Autarkie. Verstehen Sie das nicht? Wenn Sie den heute getroffenen Beschluss umsetzen, vermindern Sie die Chance Europas, mit dem Rest der Welt konkurrieren zu können.

Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, der Florenz-Bericht unterstützt die von Wissenschaftlern angefertigten Analysen und spiegelt weitgehend die Bedenken wider, die auch die Bürger hegen. Er geht einen Schritt weiter als das im Dezember vom Rat verabschiedete Energiepaket, aber wir brauchen neben Analysen jetzt auch bestimmte Maßnahmen, Verordnungen und Zeitpläne, weil der Klimawandel bereits begonnen hat und seine Folgen schon zu spüren sind. Für weitere Verzögerungen haben wir keine Zeit.

Wir müssen aufpassen, dass sich das Thema der Atomkraft, das mit diesem Bericht nichts zu tun hat, nicht durch clevere Änderungsanträge, die von einigen Regierungen angestrebt werden, durch die Hintertür einschleicht. Wir müssen gewährleisten, dass dieser Bericht – ohne Änderungen, durch die sich sein Gleichgewicht verschieben würde – den Rat und die Kommission davon überzeugt, einen weiteren Schritt zu unternehmen und die Wirtschaftskrise nicht als Ausrede dafür zu verwenden, die bereits gemachten Bemühungen zu untergraben. Wirtschaftskrise und Umweltpolitik können Hand in Hand gehen und sowohl in Umweltfragen als auch beim Schaffen von Arbeitsplätzen positive Ergebnisse bewirken.

Urszula Krupa (IND/DEM). – (PL) Frau Präsidentin, das Hauptziel von Umweltschutzpolitik – ähnlich wie beim Energie- und Klimapolitikpaket, das eine einschneidende Reduzierung der Treibhausgasemissionen enthält, – ist es, nationale Volkswirtschaften zu kontrollieren und in etwas zu verwandeln, das wir basierend auf unserer historischen Erfahrung als zentrale Planwirtschaft kennen. Das abstrakte Konzept des menschlichen Einflusses auf unser Klima wird die Entwicklung einschränken, und dies trifft auch auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zu. Und es wird gefährliche CCS-Technologie eingeführt, wodurch es im Falle Polens schwieriger werden wird, unsere natürlichen Ressourcen zu erschließen, selbst die reichhaltigen geothermalen Energiequellen.

Jetzt wo die Industrie Polens stillgelegt wurde, damit die Anforderungen der Europäischen Union erfüllt werden, bemüht man sich nicht nur, die polnische Bevölkerung zur Emigration zu zwingen, sondern sorgt auch darum, dass diejenigen, die zuhause bleiben, verarmen, indem Energiepreise verlangt werden, die höher sind als die aller anderen Mitgliedstaaten. Eine rhetorische Frage bleibt noch unbeantwortet: Zielt die Politik der Europäischen Union hauptsächlich darauf ab, meine Landsleute in den Bankrott zu treiben und Polen von der europäischen Landkarte verschwinden zu lassen?

Irena Belohorská (NI). – (SK) Meine Damen und Herren, zuerst möchte ich dem Berichterstatter, Karl-Heinz Florenz, für einen hervorragenden und breitgefächerten Bericht danken. In ihm werden alle wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens abgedeckt, die einen Einfluss auf die dramatische Zunahme des Klimawandels haben. Es ist höchste Zeit, dass wir im EU-Kontext Maßnahmen vorbereiten, die in dieser Hinsicht erforderlich sind.

Als Arzt interessieren mich besonders die Veränderungen, die sich in gesundheitlicher Hinsicht ergeben, wie die Zunahme von Krankheit, die normalerweise mit tropischen Gebieten assoziiert werden. Wir sollten diese

Tatsache berücksichtigen, wenn wir die Pharmaindustrie unterstützen, Krankenhäuser und Einrichtungen für die stationäre Behandlung planen sowie im Gesundheitswesen tätige Menschen schulen. Und vor allem sollten wir die Öffentlichkeit systematisch darüber informieren. Da diese Krankheiten in unserem Teil der Welt bisher selten aufgetreten sind, können wir davon ausgehen, dass sie wesentlich dramatischere Auswirkungen haben werden.

In der Landwirtschaft und beim Gewährleisten, dass für die Menschen genügend Lebensmittel zur Verfügung stehen, werden auch ernsthafte Probleme auftreten. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Bericht wesentlich wichtiger ist als all die anderen Berichte, die wir durch Eigeninitiative erstellt haben, und dass er für künftige Parlamente, die sich mit den eigentlichen Auswirkungen des Klimawandels auseinandersetzen müssen, eine gute Grundlage bieten wird.

Avril Doyle (PPE-DE). – Frau Präsidentin, die Zeit, die wir mit Reden verbringen können, ist abgelaufen, und wir wissen jetzt, was zu tun ist. Zumindest diejenigen unter uns, die die von Experten geprüfte Wissenschaft über die Ursachen der beispiellosen Geschwindigkeit der globalen Erwärmung und ihre gefährlichen Auswirkungen auf alle Aspekte der biologischen Vielfalt – vor allem für die ärmsten und bevölkerungsreichsten Gegenden der Welt – akzeptieren. Den Kollegen, die in Klimafragen skeptisch sind, möchte ich sagen, dass man hier dem Prinzip der Vorbeugung gerecht werden sollte. Ich würde es ihnen empfehlen.

Ich möchte Karl-Heinz Florenz für seinen Bericht danken. Er bereichert unseren Wissensstand und repräsentiert die horizontalen Ansichten, die in den unterschiedlichen Ausschüssen dieses Hauses vertreten werden. Nur ein Ausschuss wurde ausgelassen: der Fischereiausschuss. Dies ist angesichts der großen Bedeutung der zunehmenden Versäuerung unserer Meere und Ozeane durch höhere CO₂-Emissionen in der Atmosphäre gravierend.

Ich möchte dem Kommissar Stavros Dimas eine Frage stellen: Könnte der Kommissar nach unserer Übereinkunft, die nach der ersten Lesung für meinen Bericht über die überarbeitete Version der EU-ETS-Richtlinie vor sechs Wochen getroffen wurde, heute zu Protokoll geben, welches Arbeitsprogramm für die Vorbereitung der Komitologiebeschlüsse genau ansteht? Besonders interessieren mich die zeitliche Planung sowie die Beteiligung dieses Parlaments und der Interessenvertreter.

Abschließend möchte ich sagen, dass es unser Ziel sein muss, die CO₂-Emissionen im Rahmen der für die Zeit nach 2012 getroffenen globalen Übereinkunft bis 2020 um mindestens 30 % zu reduzieren und, was noch wichtiger ist, bis 2050 um mindestens 80 %. Das Ergebnis der nächsten acht Monate der Klimadiplomatie wird über Generationen hinaus Thema unserer Geschichtsbücher sein, und sowohl als politische Entscheidungsträger in unseren eigenen Ländern als auch kollektiv können wir unsere Verantwortung nicht verleugnen.

Herr Kommissar, unser Klima- und Energiepaket muss von realistischen Mitteln begleitet werden, und wir hoffen, dass unsere 27 Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel im März, also in sechs Wochen, diese Nachricht vermitteln und uns, die Bürger der EU sowie die ärmsten und klimatisch am anfälligsten Länder unserer Welt nicht enttäuschen.

Linda McAvan (PSE). – Frau Präsidentin, da die Arbeit des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel hiermit ein Ende findet, möchte ich zuerst Karl-Heinz Florenz für seinen Beitrag danken, aber auch in meiner eigenen Fraktion, der sozialistischen Fraktion, Riitta Myller, Dorette Corbey und unserem Vorsitzenden Guido Sacconi. Sie alle haben hervorragend gearbeitet und eine gute Grundlage für die Arbeit geschaffen, der man sich im künftigen Parlament annehmen wird.

Der vor uns liegende Bericht ist lang und enthält zahlreiche Punkte. Ich möchte mich auf einen Punkt beschränken, über den einige Kollegen bereits gesprochen haben, und zwar den wichtigen Zusammenhang, den wir zwischen Arbeitsplätzen und der Bekämpfung des Klimawandels herstellen müssen, und was zu tun ist, um sowohl die Wirtschaftskrise zu überwinden als auch etwas gegen den Klimawandel zu tun. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht herstellen und bei den Konjunkturprogrammen Fehler machen, werden die Menschen sagen – und dies ist bereits jetzt der Fall –, dass die Sache mit dem Klimawandel ja in Ordnung war, als wir noch ein Wirtschaftswachstum verzeichneten, dass wir uns all diese Investitionen jetzt aber nicht mehr leisten können.

Wir müssen vehement den Standpunkt vertreten, wie es einige bereits tun, dass wir es uns nicht leisten können, diese Investitionen *nicht* zu tätigen. Ich denke, dass diejenigen, die über den Ruin ihrer Länder sprachen, völlig falsch liegen. Ihre Länder werden pleite gehen, wenn wir nicht in erneuerbare Energien

investieren und wenn wir unsere Abhängigkeit von unsicheren Energiequellen für fossile Brennstoffe nicht reduzieren. Wir müssen daher ein angemessenes Maßnahmenpaket schnüren.

Präsident Obama hat diese Verknüpfung bereits in seiner Rede über das Konjunkturprogramm der Vereinigten Staaten hergestellt, und wir müssen es hier tun. Dorette Corbey sprach darüber, was in Sachen Energieeffizienz getan werden kann. Wenn ich mich in meinem eigenen Wahlkreis – Yorkshire – umsehe, kann ich bereits beträchtliche Investitionen in erneuerbare Technologien und in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unterschiedlicher Unternehmen erkennen. Jetzt haben wir Pläne, in vielen unserer Kraftwerke und Schlüsselindustrien CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu entwickeln. So lassen sich Stellen schaffen und unsere Emissionen reduzieren, worum es natürlich bei all der von uns geleisteten Arbeit geht.

Johannes Lebech (ALDE). – (DA) Frau Präsidentin, wie ebenfalls im Bericht erwähnt wird, muss die Verhinderung des Klimawandels unser Denken durchdringen, wenn wir an entsprechenden Gesetzgebungsbereichen wie Landwirtschaft, Fischerei, Bauwesen, Entwicklung und Außenpolitik arbeiten. Klimapolitik kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss in allen Bereichen der Gesetzgebung berücksichtigt werden.

Die Staats- und Regierungschefs der EU entschieden vor fast zwei Jahren, dass die EU eine Führungsrolle einnehmen sollte, damit man in Kopenhagen zu einer globalen Klimavereinbarung kommt. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr. Wir haben das Klimapaket der EU jetzt hier im Parlament verabschiedet. Es hätte etwas ehrgeiziger sein können, aber es ist verabschiedet. Und jetzt müssen wir die europäischen Verhandlungsführer dahingehend unterstützen, dass in Kopenhagen ein noch höher gestecktes Ziel erreicht wird. Beim Paket geht es um die Zeit bis 2020, in diesem Bericht betonen wir jedoch, dass wir schon jetzt für die Zeit nach 2020 planen müssen. Die Regierungen der EU müssen dies zur Kenntnis nehmen. Wir müssen langfristig denken. Die Finanzkrise macht die Dinge nicht leichter, aber wir müssen diese Krise als dynamische Herausforderung betrachten. Wir sollten die Krise als Chance sehen, um endlich die dringend erforderliche Entwicklung im Hinblick auf erneuerbare Energien und Energiespartechnologien in Gang zu bringen. Wir sollten Arbeitsplätze in den umweltfreundlichen Industrien der Zukunft schaffen anstatt uns für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den alten Industrien der Vergangenheit einzusetzen.

Und abschließend möchte ich sagen, dass ich mich freue, dass betont wird, wie wichtig die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ist, da es sich die EU zum spezifischen Ziel machen muss, Maßnahmen gegen den Klimawandel auf internationaler Ebene in Einklang mit diesem Vertrag zu ergreifen.

Inese Vaidere (UEN). – (LV) Meine Damen und Herren, das Aufstellen einer Klimapolitik ist äußerst wichtig, und zwar sowohl aus umweltpolitischer Sicht als auch in Anbetracht der Notwendigkeit, den Energiesektor zu modernisieren. Wir sollten es begrüßen, wie der Kyoto-Prozess für die Länder berücksichtigt wurde, die ihre Emissionen seit 1990 um mehr als 20 % gesenkt haben, und auch die Auswirkung der Schließung von Ignalina auf die Energieversorgung Litauens und Lettlands, indem die Möglichkeit der Entschädigung angeboten wurde, aber jeder einzelne Mitgliedstaat muss eine klare Energieeffizienzstrategie vorbereiten. Zusätzliche Kontingente für die Industrie und die gleichzeitige Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit machen es jedoch dennoch schwierig, die Mittel aufzutreiben. Ich begrüße den Plan, die Verfahrensweisen für die Zuweisung von Mitteln von der Europäischen Union zu vereinfachen und den Kreditrahmen der Europäischen Investitionsbank – besonders für kleine und mittelständische Unternehmen – auszuweiten. Um die für 2020 gesteckten Ziele zu erreichen, müssen wir ein wirksames EU-weites Anreizsystem erstellen, durch das Unternehmen und Privatpersonen unterstützt werden, die erneuerbare Energieressourcen nutzen oder einführen. Dies könnte zentral erfolgen, indem ein Teil der für die Änderungen anfallenden Kosten gedeckt werden. Die Kommission muss sich aktiv dafür einsetzen, dass der Rest der Welt unserem Beispiel folgt und unsere Technologien auch Entwicklungsländern zur Verfügung stehen. Danke.

Bairbre de Brún (GUE/NGL). – (GA) Frau Präsident, ich begrüße den klar umrissenen, gründlichen Bericht, den Karl-Heinz Florenz und der Nichtständige Ausschuss zum Klimawandel verfasst haben.

Der Klimawandel fordert uns heraus, unsere Ansichten im Hinblick auf Transport, Landnutzung, Abfallwirtschaft, Baumaßnahmen und Energienutzung zu überdenken. Die Entwicklungsländer haben die Bedingungen, die nicht mehr gutzumachenden Schaden anrichten, zwar nicht mit verursacht, aber sie sind diejenigen, die am meisten unter diesem Schaden leiden. Europa muss als Vorreiter agieren und sich international für realistische, notwendige Maßnahmen einsetzen.

Weniger progressive Kräfte haben versucht, den Konjunkturabschwung als Ausrede dafür heranzuziehen, die erforderlichen Klimaverpflichtungen nicht einzuhalten. Dies ist völlig kurzsichtig.

Leider gehört auch der Umweltminister meines eigenen Wahlkreises, Sammy Wilson, zu diesen kurzsichtigen Politikern, die die wissenschaftlichen und politischen Realitäten des Klimawandels nicht verstehen. Ich hoffe, dass der Minister zur Einsicht kommt und das Thema angeht, denn der Rest Europas hat ihm bereits Priorität gewährt.

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Frau Präsidentin, wir haben hier einen ehrgeizigen Plan. Einen Plan, bei dem es darum geht, die Welt zu retten, und das ist selbst in guten Zeiten nicht ganz einfach. Wenn der Berichtentwurf dem Ausschuss von Karl-Heinz Florenz zum ersten Mal vorgelegt wurde, bestand sein erster Aufruf zum Handeln darin, dass wir uns daran erinnern sollten, dass wir Menschen die Beschützer der Schöpfung sind. Diese schlichte Aussage war die erste, die angegriffen und entfernt wurde. Was fand der Ausschuss daran so anstößig? Das Wort „Schöpfung“. Warum? Weil hinter der Schöpfung ein Schöpfer steht.

Es macht für mich keinen Unterschied, wie das Universum geschaffen wurde oder wie lange es gedauert hat. Für mich ist es jedoch wichtig, dass es einen Gott gibt und dass wir Betreuer sind, die, wie es auch in Änderungsantrag 22 steht, die Schöpfung bewahren müssen. Wenn wir uns also, wie ich es ausdrücke, die Aufgabe vornehmen, die Welt zu retten, wenn wir eine Reihe von Maßnahmen festlegen, für die die Zusammenarbeit und das Opfer aller Menschen auf der ganzen Welt erforderlich sind, dann wird für die erfolgreiche Durchführung dieser Aufgabe auch die Unterstützung der Winde, des Wassers und der Sonne benötigt. Obwohl wir dies wissen, stellen wir es – wie wir es bereits in der Vergangenheit angesichts anderer großer Herausforderungen getan haben – klar, dass wir glauben, die enormen und dringenden Herausforderungen, denen sich die Menschheit ausgesetzt sieht, ohne Hilfe von oben angehen zu können. Nun, da kann ich nur eines sagen: Viel Glück und auf dass Gott schonend mit uns umgeht.

Jerzy Buzek (PPE-DE). – (PL) Frau Präsidentin, auch ich möchte Karl-Heinz Florenz danken und ihm zu seinem hervorragenden Bericht gratulieren. Ich möchte nicht die Einzelheiten dieses Berichts diskutieren. Meiner Meinung nach sollte er einfach angenommen werden.

Ich möchte nur kurz zum Thema Paket zum Klimawandel zurückkehren, das im Dezember angenommen wurde, und betonen, dass die Europäische Union wirklich über ein sehr ausgewogenes Paket verfügt, das aus wirtschaftlicher Sicht keine Bedrohung darstellt. Das Thema wurde einige Monate lang diskutiert, was zu weitgehenden Änderungsanträgen für dieses Paket führte. Dies war unsere große Errungenschaft. Ich möchte nun sagen, was meiner Meinung nach die größten Herausforderungen sind, denen sich die Europäische Union ausgesetzt sieht. Die erste Aufgabe, die uns bevorsteht, besteht darin, für das angenommene Paket angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen, und auch die Finanzierung, die im Bericht von Karl-Heinz Florenz erwähnt wurde.

Ich war letztes Jahr der Berichtersteller für den SET-Plan, und wir besprachen vorwiegend die Tatsache, dass neue Technologien, durch die die europäische Wirtschaft von Innovation und von einem neuen wirtschaftlichen Anreiz profitieren könnte, zuerst auf europäischer Ebene finanziert werden müssen. Deshalb wollte ich Kommissar Dimas im Namen der Kommission von ganzem Herzen gratulieren, weil er entschied, 3,5 Milliarden Euro aus noch nicht verwendeten Fonds für die Investition in Forschung für Energietechnologie zur Verfügung zu stellen, was auch für den Umweltschutz gut wäre. Kommissar, dies ist eine hervorragende Entscheidung. Wir müssen sie jetzt schnell im Parlament untersuchen. Jetzt möchte ich mich an Minister Martin Bursik wenden: Der Rat muss auch diese vorläufige Entscheidung der Europäischen Kommission schnell untersuchen.

Ein anderer sehr wichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass unsere Arbeit auf einer globalen Vereinbarung basieren muss. Dies ist die Annahme, die hinter dem Bericht von Karl-Heinz Florenz steht. Bilaterale Verhandlungen zwischen zwei Ländern – Polen und Dänemark als Gastgeberländer von COP 14 und COP 15 – genügen nicht. Wir alle müssen einen Beitrag leisten, und dies schließt europäische Diplomaten und die Vertreter der tschechischen Präsidentschaft ein. Unsere Diplomaten sollten sich weltweit an Verhandlungen beteiligen, denn ohne diese globale Vereinbarung wird unser Paket und der Bericht von Karl-Heinz Florenz wenig bewirken. Das ist es, was heute für uns am wichtigsten ist.

Catherine Guy-Quint (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr amtierender Präsident des Rates, meine Damen und Herren, der Bericht unseres Kollegen Karl-Heinz Florenz fasst die Ergebnisse unserer langen Diskussionen über dieses große Problem der globalen Erwärmung hervorragend zusammen.

Wir alle wissen, dass die durchzuführenden Pläne sehr umfangreich sind und dass wir uns vor allem selbst dazu befähigen müssen, unsere Kultur der ungezügelten Entwicklung zu ändern, indem wir uns für Änderungen in unserer Wirtschaft einsetzen.

Die Frage ist jetzt, wie wir all die im Bericht aufgeführten Empfehlungen umsetzen können. Wir müssen dringend Wege finden, dem Klimawandel den Kampf anzusagen. Der derzeitige Haushalt der Europäischen Union reicht nicht aus, um die entsprechenden Ziele zu erreichen. Dieses schwerwiegende Finanzierungsproblem wird sich auch nicht lösen lassen, wenn wir nationale oder private Mittel fordern.

Die Europäische Kommission schätzt, dass für den Kampf gegen die globale Erwärmung jährlich Investitionen in Höhe von 175 Milliarden Euro erforderlich sind. Mit einem Haushalt von 76 Milliarden Euro sind wir weit davon entfernt. Die Kommission wird daher ein Inventar aller zur Verfügung stehenden Instrumente erstellen, aber es wird nicht leicht werden, Vorschläge zu unterbreiten, wie der Finanzrahmen in Zukunft aussehen soll.

Um all unsere Aktionen in Bezug auf diese Klimakrise zu optimieren, benötigen wir neue Ressourcen. Wir sollten einen Europäischen Fonds für Klimawandel einrichten, der durch das Emissionshandelssystem finanziert und zur Unterstützung folgender Maßnahmen genutzt werden kann: Anpassung, Abschwächung, nachhaltiger Verbrauch und Energieeffizienz. Ein Großteil der Mittel muss daher für die ärmsten Länder ausgegeben werden.

Dazu ist seitens des Rates, der Kommission und der Parlamentarier politischer Mut erforderlich, aber dies ist eine Bedingung, der wir gerecht werden müssen, wenn der Planet dieser Herausforderung standhalten soll.

Wenn wir als Europäer keine Maßnahmen ergreifen, durch die sich das Klima durch Selbstdisziplin stabilisieren lässt, wird es für unsere Zivilisation keine Zukunft geben. Dies ist ein wichtiger politischer Akt, ohne den nicht nur unserem Kontinent eine instabile Zukunft bevorstehen wird ...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)

Holger Krahmer (ALDE). – (DE) Frau Präsidentin! Ich danke dem Kollegen Karl-Heinz Florenz sehr für seinen Bericht, der leider nicht der große Wurf geworden ist, was wohl auch damit zu tun hat, dass er sehr im Schatten des Gesetzespakets zum Klimawandel diskutiert wurde.

Wir müssen uns den Folgen des Klimawandels stellen, keine Frage. Nur bei der Wahl der Mittel kann ich dem Bericht nicht in allen Punkten zustimmen. Erstens ist es richtig, dass die EU die ersten Schritte beim Klimaschutz macht, aber es ist nicht konstruktiv, einsam vorauszuweichen, ohne Partner mit einzubeziehen. Europas Vorreiterrolle allein wird den Rest der Welt nicht überzeugen. Ein tragfähiger Ansatz muss die Industriestaaten sowie mindestens China, Indien und Brasilien einbeziehen. Sonst bleibt Europas Wirtschaft einseitig belastet, ohne dass es messbare Auswirkungen auf die globale CO₂-Emission gibt. Zweitens können erneuerbare Energien nach heutigem Kenntnisstand die fossilen Energieträger nicht vollständig ersetzen. Es mag politisch motivierend sein, das zu fordern, realistisch ist es dennoch nicht. Der politische Wille, und sei er auch noch so groß, setzt keine physikalischen Gesetze außer Kraft. Drittens werden biologische Kraftstoffe als umweltschonende Alternative gepriesen. Bislang sind deren negativen Nebeneffekte auf Nahrungsmittelpreise, die dadurch steigen, oder Regenwälder, die abgeholzt werden, nicht unter Kontrolle. Viertens ist eine langfristig Ressourcen schonende Mobilität ein sinnvolles Ziel. Anreize zu setzen kann helfen, dieses Ziel zu erreichen. Nur sollten wir uns überlegen, wann staatliche Eingriffe zu weit führen und ab welchem Punkt wir uns Wissen anmaßen, das wir heute nicht haben.

Heute weiß niemand, welche Technologien das Bedürfnis nach individueller Mobilität in 50 Jahren am besten erfüllen werden. Schon gar nicht wissen es Politiker besser als Ingenieure.

Begonnen mit guten Absichten ist nun leider ein Bericht übrig geblieben mit viel niedergeschriebenem Wunschdenken, mit moralischen Appellen und erhobenem Zeigefinger. Die Zustimmung der deutschen Liberalen kann das so leider nicht finden.

Bogusław Rogalski (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, es wird noch eine gute Weile dauern, bis die Politiker verstehen, dass das Phänomen des Klimawandels nicht auf das Verbrennen von Kohle zurückzuführen ist, sondern auf die Sonnenaktivität. Und es wird noch länger dauern, die Menschen von dieser Wahrheit zu überzeugen, da sie durch aggressive Umweltpropaganda einer Gehirnwäsche unterzogen worden sind.

Angeichts der Tatsache, dass sich Ereignisse, die sich im Weltraum zutragen, auf das Klima der Erde auswirken, müssen wir zur Einsicht kommen, dass menschliche Versuche, das Klima zu beeinflussen, zum Scheitern verurteilt sind. Die Erde hat bereits mehrmals Perioden der globalen Erwärmung und eine Zunahme der Konzentration an Kohlendioxid in der Luft erlebt. Die globale Erwärmung begann dabei jedoch stets etwa ein Dutzend Jahrhunderte vor dem Anstieg des Kohlendioxidspiegels. Während einer Periode, in der es zu

einem dramatischen Abfall der Temperatur kam, ließ sich die Abkühlung des Klimas niemals dadurch verhindern, dass zu diesem Zeitpunkt bis zu 10 % weniger Kohlendioxid oder gar noch weniger in der Luft war als jetzt.

Wenn wir diese Tatsache anerkennen, könnte die Menschheit Milliarden von Dollar sparen, die sonst in sinnlose Aktivitäten investiert werden würden. Das Geld, das man dadurch sparen würde, könnte stattdessen für Armutsbekämpfung und für neue Technologien ausgegeben werden. Wenn wir nicht wissen, um was es bei diesem Deal geht, dann entscheiden wir einfach, dass es sich um Geld und Emissionshandel dreht. Bravo! Was für ein klimatisches Meisterstück.

Derek Roland Clark (IND/DEM). – Frau Präsidentin, um diese angebliche globale Erwärmung ist ein geheimnisvoller Nimbus entstanden, der schon fast an einem Glaubensbekenntnis grenzt. Der Umweltwissenschaftler hatte seinen großen Tag, aber die Natur folgt den Gesetzen der Physik und Chemie, und ich habe diese Fächer 39 Jahre lang unterrichtet.

Durch die Theorie der globalen Erwärmung wurde aus CO₂, einem natürlichen Bestandteil der Atmosphäre, ein Teufelsgas. Es führt wirklich dazu – wenn auch nur leicht –, dass um die Welt herum Hitze eingeschlossen wird, aber wie? Man müsste ein Diagramm zeichnen, aus dem hervorgeht, wie CO₂ unter Umständen zur Erwärmung beiträgt.

Ist dies ein arithmetisches Diagramm – ich muss hier technische Begriffe verwenden –, bei dem durch die Zunahme von CO₂ eine Erwärmung des gleichen Ausmaßes herbeigeführt wird? Oder ist es ein exponentielles Diagramm – ein Ausreißer –, bei dem zusätzliches CO₂ dazu führt, dass die globale Erwärmung immer mehr zunimmt? Oder ist es ein logarithmisches Diagramm, bei dem zusätzliches CO₂ dazu führt, dass die Zunahme der globalen Erwärmung immer mehr nachlässt und letztendlich eine flache Linie entsteht?

Ich denke, dass es sich um das letzte Diagramm handeln wird, und das Hadley Centre, die im Vereinigten Königreich auf diesem Gebiet führende Autorität, hat dies bestätigt. Die flache Linie steht kurz bevor, wenn wir sie nicht schon erreicht haben. Zusätzliches CO₂ wird keine weiteren Auswirkungen mehr haben. Wir haben also kein Problem.

Anders Wijkman (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich möchte Karl-Heinz Florenz meinen Dank aussprechen. Dies ist ein inhaltsreicher Bericht, der eine große Anzahl konkreter Vorschläge aufzeigt. Es wird ein spezifischer Aufruf gemacht, die weltweit eingeführten Konjunkturpakete zur Förderung sauberer Energie und umweltfreundlicher Technologien zu verwenden, wobei betont wird, dass die Finanzkrise und die Klimakrise dieselben Ursachen haben, nämlich die nicht nachhaltige Nutzung der Ressourcen.

Obwohl ich den Bericht unterstütze, wäre es mir – wie Caroline Lucas – recht gewesen, wenn den jüngsten Zeichen, die darauf hinweisen, dass der Klimawandel schneller und intensiver stattfindet als wir noch vor wenigen Jahren dachten, mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre. Dies steht im Gegensatz zu dem, was Kollegen und vor allem Roger Helmer gesagt haben. Übrigens stellte sich im Rahmen einer Expertenbegutachtung, bei der über 900 Artikel analysiert wurden, die in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht worden waren, heraus, dass in nicht einem dieser Artikel die Hauptaussage des IPCC in Frage gestellt wurde.

Es sind nicht die CO₂-Emissionen an sich, um die ich mich besonders Sorge, sondern die positiven Feedbackmechanismen, die jetzt im Planetensystem festzustellen sind, wie die Versäuerung der Ozeane, das geringere Rückstrahlvermögen und das mögliche Austreten von Methan aus der auftauenden Tundra. Die Erwärmung wird durch all diese Faktoren zunehmen. Emissionen können wir kontrollieren, diese Faktoren jedoch nicht.

Meiner Meinung nach ist dies der Hauptgrund dafür, dass Emissionen in naher Zukunft wesentlich stärker reduziert werden müssen als dies von der EU und der UN derzeit diskutiert wird.

Dies bedeutet übrigens, dass das Ziel von 2 Grad Celsius noch einmal überdacht und die Konzentrationen von Treibhausgasen gesenkt werden müssen anstatt dass man sie weiter ansteigen lassen kann. Aus diesem Grund stimmen einige von uns entschieden für das 350-ppm-Ziel. Die Dimension des Problems wird im Bericht angesprochen, allerdings nur kurz. Mir wäre es recht, wenn sie den Kern des Berichts ausmachen würde. Ich schätze, dass in nur wenigen Jahren die von mir erwähnten Feedbackmechanismen im Mittelpunkt der Debatte stehen werden.

Lassen Sie mich abschließend der Aussage von Guido Sacconi beipflichten. Trotz seiner Defizite war ein nichtständiger Ausschuss für eine horizontale Angelegenheit wie diese das richtige Gremium. Ich hoffe, dass das nächste Parlamente von unserer Erfahrung profitieren wird und in Sachen Klimawandel und Nachhaltigkeit ähnlich vorgeht.

Katerina Batzeli (PSE). – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, wir sind uns alle dahingehend einig, dass Kopenhagen erfolgreich sein muss, und zwar nicht nur, damit die politische Welt nicht an Glaubwürdigkeit verliert, sondern auch, weil es um die Zukunft künftiger Generationen geht. Bei unseren Vorschlägen muss es um Entwicklung, Beschäftigung und Solidarität gehen, den drei Schlagwörtern, durch die die Zukunft künftiger Generationen bestimmt werden wird. Und was wird von uns jetzt erwartet? Verantwortung und Entschiedenheit sind erforderlich, damit dieser umfangreiche Entwicklungsplan für Klimawandel angemessen finanziert werden kann. Außerdem brauchen wir neue dynamische Entwicklungsabkommen, die über restriktive Handelsabkommen hinausgehen und getrennt von ihnen abgeschlossen werden.

Allerdings ist da ein Punkt, über den ich mir im Hinblick auf unsere Taktik Sorgen mache: Zuerst müssen wir die Gesellschaft insgesamt überzeugen und dann auf dynamische Weise damit weitermachen, bestimmte Produktionsbereiche in den Quantensprung der Landwirtschaft einzubinden. Daher dürfen wir nicht vergessen, dass die Landwirtschaft im Rahmen der nationalen Verpflichtungen, die Emissionen bis 2020 um 10 % zu reduzieren, bereits berücksichtigt worden ist, dass bereits wichtige GAP-Vorschläge für umweltfreundliche landwirtschaftliche Praktiken vorliegen und dass internationale Abkommen für die Landwirtschaft für alle internationalen Partner wechselseitig wirken müssen.

Herr Kommissar, das Lebensmittelmodell ist mit dem Klimamodell direkt verknüpft, und wir müssen die Gesellschaft hier lediglich bewusst davon überzeugen. Durch den Klimawandel wird sich die Gesellschaft, die unterschiedliche kulturelle Werte lebt, in mehreren Bereichen demokratisch beteiligen.

Lambert van Nistelrooij (PPE-DE). – (NL) Die Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Florenz und den anderen Mitgliedern des nichtständigen Ausschusses hat mir große Freude bereitet. Wir haben die dringend erforderliche Grundlage für eine Strategie geschaffen, die in Zukunft für mehr Integration und höhere Ziele sorgen wird, und können mit breiter Unterstützung rechnen, auch hier im Parlament im Rahmen des 20-20-20-Ziels.

Die Antwort lautet folgendermaßen: Die Wirtschaft muss umweltfreundlich und Unternehmen, Haushalte und Regierungen müssen nachhaltig werden. Unternehmer, die sich für einen derartigen Ansatz, also die Entwicklung von nachhaltigen Initiativen für diese umweltfreundliche Technologie, einsetzen, sehen sich noch immer mit einer riesigen Anzahl von Hürden konfrontiert. Wenn sie Qualifikationen für Arbeitskräfte fordern, stoßen sie auf eine Politik, die sehr stark in Bereiche eingeteilt ist. In diesem Bericht wird ein integrierter Ansatz gefordert, bei dem auch die einzelnen Gegenden berücksichtigt werden. Geht man nicht entsprechend vor, wird man letztendlich den Kürzeren ziehen.

Glücklicherweise wurde der von mir vorgeschlagene Änderungsantrag über die Nutzung von Regionen und Städten angenommen. Nächste Woche werden im Gebäude des Parlaments 150 Städte mit der Kommission eine Bürgermeistervereinbarung abschließen. Sie werden die Schlussfolgerungen dieses Berichts berücksichtigen sowie in Bürger- und Unternehmensnähe handeln. Meiner Ansicht nach ist dies der richtige Ansatz, und deshalb werde ich ihn auch unterstützen. Ich bin jedoch gegen den in Absatz 189 aufgeführten zu stark vereinfachten Ansatz in Sachen Landwirtschaft. Die Gruppe der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten ist nicht gegen den Verzehr von Fleisch, und das zurecht. Wir lehnen diesen Paragraphen daher ab.

Abschließend möchte ich die Kommission auffordern, in Zukunft einen stärker integrierten Ansatz zu verfolgen und die Bereichstrennung auf ein Minimum zu beschränken. Gemeinsam mit dem Parlament könnte ein bedeutender Meilenstein erreicht werden, und zwar durch die Kombination aus Gesetzgebung, Stimulierung der politischen Linie und Aktivierung auf dezentralisierter Ebene. In diesen Bereichen könnte ziemlich viel erreicht werden.

Inés Ayala Sender (PSE). – (ES) Frau Präsidentin, zuerst möchte ich Karl-Heinz Florenz für seine Großzügigkeit und Offenheit danken, aber auch den Fraktionen, die sich an dieser politischen Übung und an der Aussprache über beide Hintergrundthemen und die Zukunft beteiligt haben, möchte ich meinen Dank aussprechen. Dies hatte den Vorteil, dass uns nun die Informationen und Klarstellungen zur Verfügung stehen und wir den erforderlichen Mut zusammen mit der entsprechenden Besonnenheit haben, um andere wichtige parallel durchzuführende gesetzgeberische Handlungen durchzuführen, bei denen es ebenfalls um

höchst riskante Themen geht. Damit meine ich beispielsweise das Klimawandelpaket, die Richtlinie für Fahrzeuge, die Lissabon-Strategie und Bereiche wie Energie, Transport, Industrie und Tourismus.

Ich denke, dass dies eine gute Übung war, und vor allem eine Methode, uns unabänderlich auf das 21. Jahrhundert einzustellen. Und, wie der Kommissar bereits sagte, konnten wir mit einem Beispiel vorangehen, das uns in Zukunft wichtig sein wird.

Diese Übung war ein Beispiel für Vergleich und Großzügigkeit und war genau zum richtigen Zeitpunkt durchzuführen: im Moment der Krise, als beträchtliche gesellschaftliche Risiken vorhanden waren und die Möglichkeit bestand, dass Protektionismus aufkeimt und man einen Schritt zurück macht. Auch herrscht eine ziemliche Ungewissheit, was bedeutet, dass Sicherheitsaspekte besonders wichtig sind. Wir müssen jedoch auch nach vorn schauen.

Wie erwähnt wurde, ist dies für die Vereinigten Staaten eine neue Ära, und wir hoffen, dass dies auch für die Europäische Union zutreffen wird, sobald der Vertrag von Lissabon ratifiziert ist.

Man sollte auch nicht vergessen, dass dies eine neue Ära ist, in der in wichtigen neuen Bereichen und politischen Aufgabenfeldern zwar Risiken vorhanden sind, aber auch immense Chancen. Dies ist in Brasilien, China und Russland der Fall, die großen aufstrebenden Mächte, aber auch in wichtigen Gegenden wie Lateinamerika und in Entwicklungsländern, besonders in Afrika.

Ich glaube, dass dies ein entscheidender Schritt in Richtung eines neuen Modells für Entwicklung sowie wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Wachstum ist, aber Nachhaltigkeit und die Verringerung negativer Auswirkungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Herr Kommissar, Frau Präsidentin, wir stehen jedoch immer noch vor der Herausforderung, dies unseren Bürgern zu vermitteln.

Abschließend möchte ich nur noch die Fortschritte betonen, die wir bei der Einführung von Anpassungsmaßnahmen für Wasserversorgung und Dürren sowie im Hinblick auf die nachhaltige Mobilität gemacht haben, die wir meiner Auffassung nach ...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)

Markus Pieper (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin! Der Bericht Florenz enthält wirklich viele gute Anregungen. Ein Gutes der Klimadiskussion ist, dass sie als Katalysator für den Übergang ins Zeitalter der erneuerbaren Energien wirkt. Das ist im Bericht auch mit vielen Chancen für neue Technologien und Wirtschaftsentwicklung sehr gut herausgearbeitet.

Schade finde ich aber, dass wir große Teile der Wissenschaft ausgegrenzt haben. Studien und Wissenschaftler, die sich dem Thema Klimawandel mit weniger düsteren Szenarien oder vielleicht sogar positiv nähern, wurden im Ausschuss einfach nicht gehört. Entsprechende Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt, basta! Wissenschaft ist nur das, was politisch ins Konzept passt. Das geht schief, weil Wissenschaft sich nicht manipulieren lässt. So bekommt der Bericht am Ende leider eine Schieflage.

Wer auf dieser Basis eine CO₂-Reduzierung von 80 % und mehr fordert, der stellt Wirtschaft und soziale Errungenschaften grundsätzlich in Frage. Wer gleichzeitig den Ausstieg aus der Kernkraft fordert, verschließt bewusst die Augen vor der Realität. Wer Rechnungslegungsgrundsätze für alle Bereiche des menschlichen Lebens fordert, steht mit dem freiheitlichen Grundgedanken auf Kriegsfuß. Wer neue Gesetze für den Boden und die Landwirtschaft fordert, der missbraucht die Klimadebatte für Maßregelungen, die er oder sie schon immer durchsetzen wollte, die aber mit dem Schutz des Klimas nichts zu tun haben. Und wer gar Schutzanzüge gegen Klimaauswirkungen fordert, der will bewusst Ängste schüren.

Ich hoffe, dass diese radikalen und zweckfremden Ideologien in dem Bericht keinen Platz finden. Dann kann ich dem Bericht auch zustimmen, weil mir der Umweltschutz am Herzen liegt – am besten, wenn er sich mit sozialen Errungenschaften und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit verbinden lässt.

Matthias Groote (PSE). – (DE) Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimaausschuss hat gute Arbeit geleistet. Heute liegt uns der Abschlussbericht zur Abstimmung vor, wie wir uns als Europäisches Parlament die zukünftige Klimapolitik vorstellen, welche Maßnahmen in Sachen Anpassung an den Klimawandel ergriffen werden müssen.

Ich hoffe, dass, wenn die nächsten Gesetzgebungsverfahren anstehen, wir hier im Parlament auch eine so große Einigkeit haben, dass das aufgegriffen wird, was wir in diesem Bericht dokumentiert haben. In dem Bericht ist es durch die Arbeitsweise des Ausschusses gelungen, eine horizontale Sichtweise hinzubekommen.

Ich muss sagen, die Arbeitsweise dieses Ausschusses sollten wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode bewahren, so wie Guido Sacconi das gerade schon angemahnt hat.

Der Kampf gegen den Klimawandel kann nicht nur alleine durch Europa geführt werden, sondern andere Kontinente und andere Länder müssen mit ins Boot geholt werden. Hier hat der Ausschuss auch sehr gut gearbeitet, weil wir als Parlament in Sachen Klimadiplomatie zum ersten Mal sichtbar geworden sind, und das möchte ich hier an dieser Stelle noch einmal unterstreichen.

Wenn wir über Anpassungsmaßnahmen sprechen, dann sind wir auch beim Thema Finanzen. Hier möchte ich noch einmal an die anderen beiden Institutionen, an die Kommission und an den Rat, den Appell richten, bei der nächsten finanziellen Vorausschau diesem Thema oberste Priorität einräumen.

Wir können hier die schönsten Berichte beschließen, aber wenn kein Geld für Maßnahmen zur Verfügung steht, dann wäre dieser Bericht umsonst. Auch sollten wir einmal überprüfen, inwieweit die finanziellen Maßnahmen, die wir jetzt schon ergreifen, Wirkung zeigen, und das bitte einmal in einem Audit zusammenfassen.

Zita Pleštinšká (PPE-DE). – (SK) Meine Damen und Herren, da die Europäische Union die Führungsrolle beim internationalen Kampf gegen die globale Erwärmung übernehmen möchte, reicht es nicht, Klimaschutzziele aufzustellen, sondern sie müssen auch durch politische Maßnahmen umgesetzt werden. Im bereichsübergreifenden Bericht von Karl-Heinz Florenz wird bestätigt, dass der Kampf gegen den Klimawandel auf einem horizontalen Ansatz basieren muss und dass er bei allen rechtlichen Bestimmungen zu berücksichtigen ist.

Wasser spielt beim Klimawandel eine zentrale Rolle. Wir müssen erkennen, dass die Folgen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt einen Dominoeffekt auslösen und sich auch auf andere Bereiche der Wirtschaft auswirken könnten. Für die weltweiten Wasserprobleme, die ständig an Intensität zunehmen, ist es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten eine koordinierte Wasserwirtschaftspolitik verfolgen und Umweltprinzipien in eine integrierte Verwaltung der Wasserressourcen aufgenommen werden.

Wir müssen Programme initiieren, durch die die oberirdische Speicherung von Regenwasser in bewaldeten, landwirtschaftlichen und städtischen Gegenden möglich wird, und zwar durch legislative Instrumente und durch Maßnahmen, die die Investition in bestimmte Bereiche je nach Bedarf fördern bzw. hindern. So lässt sich hinsichtlich der Regenwasserspeicherung auf dem Land ein fundamentaler Beitrag leisten. Bisher wurde Regenwasser als Abwasser betrachtet, das so schnell wie möglich entsorgt werden muss. Der neue für Wasser verfolgte Ansatz basiert auf dem Prinzip, dass Regenwasser der Schlüssel zum Leben ist. Ich freue mich, dass dieser Ansatz von einer Expertengruppe aus tschechischen und slowakischen Wissenschaftlern eingeführt wird. Dies ist ein interessanter Ansatz, Minister Bursík. Ich glaube, dass er Ihre Unterstützung erhalten wird.

Unsere Lebensart lässt sich nur dann nachhaltig gestalten, wenn auch die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Medien, der Freiwilligensektor und die Bürger einen Beitrag leisten. Wir dürfen bei so einem komplexen Problem keinesfalls die Flinte ins Korn werfen. Wir sehen uns einer Herausforderung ausgesetzt und müssen jetzt handeln, weil unsere Zukunft durch unsere Handlungen bestimmt wird. Unser Hauptziel muss darin bestehen, künftigen Generationen die Grundlagen des Lebens, die wir von Gott erhalten haben, nicht vorzuenthalten.

Wir werden auf dem Weltmarkt nur wettbewerbsfähig sein, wenn wir auf transparente Weise und ohne bürokratische Hürden effiziente, innovative und intelligente Technologien auf den Markt bringen. Wir werden nur die Vorderhand behalten, wenn wir sämtlichen progressiven Lösungen in Europa das grüne Licht geben.

Justas Vincas Paleckis (PSE). – (LT) Ich gratuliere dem Berichterstatter und allen gleichgesinnten Menschen, die der Bedrohung des Klimawandels Einhalt gebieten wollen. Die Einwohner Litauens und der anderen baltischen Staaten sehnen sich wirklich nach einem europäischen Netzwerk für elektrische Energie. Sollte dieses Netzwerk nicht innerhalb weniger Jahre etabliert werden, wird man die Taten vermissen, die auf die Worte über Energieversorgungssicherheit folgen sollten. Es muss unbedingt gefordert werden, dass im Rahmen des Strukturfonds mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Wohnblocks zu heizen. Wunder geschehen nur selten. Die Verlängerung der Betriebsdauer des Kernkraftwerks Ignalina – ein Wunder, auf das man in Litauen noch immer hofft –, würde die Umweltverschmutzung senken und das BIP jährlich bei 4 bis 5 % belassen. Dies wäre besonders für ein Land wichtig, das unter der Wirtschaftskrise sehr stark gelitten hat. Durch die Krise denken immer mehr EU-Bürger eher ans Überleben als ans Stoppen des Klimawandels. Wenn wir es aber schaffen, unserer verschwenderischen Lebensweise Adieu zu sagen und sparsamer zu

werden, wird dies nicht nur der Umwelt gut tun und unserem Planeten die Überhitzung ersparen, sondern es wird auch wieder Geld in unsere Geldbeutel gelangen. Macht man bei der Ressourcennutzung im Alltag einschneidende Einsparungen und gibt man kurze Autofahrten auf, lassen sich in einem Jahr bis zu 1 000 Euro sparen.

Françoise Grossetête (PPE-DE). – (FR) Frau Präsidentin, nach der Abstimmung über das Energie- und Klimawandelpaket im Dezember letzten Jahres könnte man sagen, dass dieser Bericht überflüssig war. Dennoch hat dieser Bericht den Vorteil, dass es sich bei ihm um eine hervorragende Zusammenfassung der Aspekte handelt, die wir beim Kampf gegen den Klimawandel beachten müssen. Außerdem möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um dem Berichterstatter, Karl-Heinz Florenz, zu gratulieren, der beim Verfassen dieses Berichts viel Vision an den Tag gelegt hat.

Lassen Sie uns jedoch mehr tun als nur zu diskutieren. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten eine solide Verpflichtung eingehen. Ich bin mit meinen Kollegen einer Meinung, wenn es darum geht, dass wir einen Haushalt benötigen, im Rahmen dessen wir unsere Ziele erreichen können. Nach der Erfolgsgeschichte, die das Energie- und Klimawandelpaket unter der französischen Präsidentschaft darstellte, müssen wir nun alles in unserer Macht stehende tun, damit in Kopenhagen eine zufriedenstellende internationale Übereinkunft getroffen wird.

Ja, über einen Punkt sollten wir uns Sorgen machen. 2009, das Jahr, in dem die Europäische Kommission ausgetauscht wird, ist auch ein europäisches Wahljahr. Wir finden es äußerst besorgniserregend, wenn wir Aussagen des Präsidenten der Tschechischen Republik lesen, in denen behauptet wird, dass keine globale Erwärmung stattfindet.

Selbst falls er damit Recht haben sollte, ist unser Plan zur Bekämpfung des Klimawandels eine Reaktion auf die ernsthafte Wirtschaftskrise, die wir gerade erleben. Die in immer geringerer Menge vorhandenen Energieressourcen, die Notwendigkeit der Energieversorgungssicherheit, Abholzung, das Ersticken unserer Großstädte, in denen die Mehrheit der Bevölkerung lebt, der daraus entstehende Bedarf an nachhaltigem Transport, die endlose Hungersnot in verschiedenen Teilen dieser Welt und unsere Pflicht, Lebensmittel für alle Erdenbürger bereitzustellen ... Aus all diesen Gründen müssen wir die Lösungen unterstützen, die zur Bekämpfung des Klimawandels vorgeschlagen worden sind.

Wir treten jetzt in die Ära des nachhaltigen Wachstums ein. Dies ist die dritte industrielle Revolution, und unsere Unternehmen werden im Hinblick auf Forschung, Innovation, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit von ihr profitieren. Die Energieeffizienz sollte bereits Teil aller Konjunkturpläne sein, weil sie von innovativen Technologien abhängt. Dadurch lässt sich die Stromrechnung reduzieren, worüber sich Verbraucher freuen werden. Durch die Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe macht sich die Europäische Union unabhängiger und es wird weniger Kohlendioxid freigesetzt. Darüber hinaus könnten dadurch Tausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Ja, der Kampf gegen den Klimawandel ist eine der Reaktionen auf die Wirtschaftskrise. Man wird ihn gewinnen können, wenn wir eine umweltfreundliche Wirtschaft entwickeln, die von örtlichen Gemeinden, Unternehmen, Wissenschaftlern und allen Bürgern unterstützt wird.

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Der Bericht enthält wissenschaftliche Daten und Empfehlungen für den Kampf gegen den Klimawandel, und zwar sowohl für Anpassungsmaßnahmen als auch für Dinge, die getan werden können, um den Ursachen dieses Problems Einhalt zu gebieten. Der Kampf gegen den Klimawandel ist nicht nur eine Pflicht, wenn es darum geht, die Zukunft künftiger Generationen zu gewährleisten, sondern auch eine Chance im Hinblick auf die wirtschaftliche Belebung.

Ich möchte dringend darauf hinweisen, dass die Bedeutung von Energieeffizienz im Gemeinschaftshaushalt und in den zur Verfügung stehenden Finanzinstrumenten widerspiegelt werden muss. Wenn wir den Transport durch die Nutzung intelligenter Transportsysteme effizienter gestalten, den Bahn- und Schiffstransport fördern sowie den kombinierten Verkehr und Investitionen in umweltfreundliche Autos fördern, können wir die von diesem Sektor verursachten Emissionen senken.

Ich habe den Ausbau umweltfreundlicherer Arten des Tourismus wie Sport- und Kulturtourismus empfohlen. Auch möchte ich betonen, dass die Orte als touristische Ziele par excellence gelten sollten, an denen die Umwelt geachtet und geschützt wird. Ich denke, dass wir darüber nachdenken sollten, einen internationalen Fonds zu gründen, um mit den Mitteln Bäume auf ungenutzter Landmasse zu pflanzen.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir in den Bereichen Medizinwissenschaft und Pharmaindustrie Forschung betreiben müssen, um Medikamente und Impfungen anbieten zu können, die dann von allen Menschen, die an bestimmten Krankheiten leiden, zu einem erschwinglichen Preis genutzt werden können.

Etelka Barsi-Pataky (PPE-DE). – (HU) Frau Präsidentin, Klimawandel und Transport sind inzwischen untrennbar. Gleichzeitig ist es nur möglich, unsere hart erkämpfte und sorgsam gehütete Mobilität sowie den freien Personen-, Waren- und Kapitalverkehr auch in Zukunft zu gewährleisten, wenn wir Änderungen bewirken und in dieser Hinsicht entschlossen handeln. Als Themenleiter für das fünfte Hauptthema, Transport, im Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel bin ich für die Annahme und gleichzeitige Umsetzung eines umfassenden Pakets.

Was ist dazu erforderlich? Zuerst muss das wirtschaftliche Umfeld transformiert werden, wobei zwei Ziele verfolgt werden: Einerseits soll ökologische Innovation durch Steuer und öffentliche Aufträge unterstützt und andererseits soll das Prinzip „Verursacher zahlt“ in der Praxis angewandt werden. Ökologische Innovation wird für Fahrzeugtechnologie zum Entwickeln alternativer Kraftstoffe für diesen Sektor benötigt, aber auch für intelligente Transportlösungen und für Logistikmanagementsysteme. Das Prinzip „Verursacher zahlt“ muss für alle Fahrzeuge sowie beim Emissionshandel und bei der Internalisierung externer Kosten Anwendung finden.

Die von uns eingeleiteten Initiativen müssen schneller durchgeführt werden. Es reicht nicht, nur über diese Aspekte zu sprechen, sondern wir müssen sie auch in die Tat umsetzen. Was zum Beispiel? Ein gemeinsamer europäischer Luftraum und unsere Managementsysteme. Sie müssen effektiv umgesetzt werden, weil wir nach Durchführung unserer eigenen Aufgaben Industrie und Verbrauch regulieren können.

Vor allem müssen wir uns um unsere Städte und andere problembehaftete Gegenden kümmern. Und dies ist vielleicht die schwierigste Aufgabe überhaupt. Wir müssen eine neue Transportkultur fördern und uns um eine wesentlich wirksamere Nutzung der uns derzeit zur Verfügung stehenden Hilfsmittel bemühen. Wir möchten Karl-Heinz Florenz danken, weil uns durch diesen Bericht nun ein glaubwürdiger, vielschichtiger Plan vorliegt, der die Grundlage für die Umsetzung unserer Ziele bietet. Darüber hinaus können wir uns in Kopenhagen an den Verhandlungstisch setzen und die anderen Parteien kühn auffordern mitzumachen.

Adam Gierke (PSE). – (PL) Frau Präsidentin, in der Präambel zum heute besprochenen Florenz-Bericht verweist der Verfasser auf seinen früher veröffentlichten Bericht über die wissenschaftlichen Fakten, die hinter dem Klimawandel stehen. Leider fand ich in diesem Bericht keine Fakten, sondern nur eine Meinung über die Unfehlbarkeit der IPCC-Berichte. Weder die vorliegende Entschließung noch die vom Mai 2008 können daher die politischen Entscheidungen der Europäischen Kommission auf irgendeine Weise legitimieren, da sie nicht auf einem objektiven, wissenschaftlichen Ansatz basieren. Diese Entscheidungen ließen sich lediglich durch ein kohärentes Modell für den Klimawandel rechtfertigen, bei dem alle Variablen wie der Einfluss von Treibhausgasen, suspendierte Partikel und vor allem die Sonnenaktivität berücksichtigt werden.

Beim Bericht, der einseitige Informationen enthält, die die hypothetischen Mechanismen hinter der globalen Erwärmung wie CO₂-Emissionen beleuchtet, wird die Notwendigkeit ignoriert, die echte Auswirkung des Klimawandels auf internationaler Ebene zu bekämpfen. Der Nichtständige Ausschuss zum Klimawandel war voreingenommen und hat sich auf das Problem der Senkung der Treibhausgasemissionen konzentriert und nur kurz den Kampf gegen die echte Auswirkung des Klimawandels erwähnt.

Agnes Schierhuber (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich auch dem Berichtersteller meinen Dank aussprechen, der hier wirklich versucht hat, das Möglichste für uns alle zu erreichen.

Die Landwirtschaft ist besonders vom Klimawandel betroffen, da unter freiem Himmel produziert wird. Man denke an Dürre und Wüstenbildungen, wie wir es zum Beispiel in Süditalien beobachten, oder an andere extreme Wetterphänomene, wie unerwartete Regen- und Hagelschauer oder Überschwemmungen, die oftmals die Existenzgrundlage unserer Bauern betreffen.

Die Landwirtschaft wird oft als großer Verursacher des Klimawandels hingestellt. Ca. 10 % der globalen Treibhausgase werden in der Landwirtschaft produziert, die meisten davon sind aber Gase natürlichen Ursprungs, wie zum Beispiel Methan.

Die Landwirtschaft nimmt meiner Meinung nach vielmehr eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel ein. Ich möchte hier anhand einer Studie aus Österreich aus dem Jahr 2008 Folgendes dokumentieren: Die Land- und Forstwirtschaft verbraucht durch Pflanzen wie Gras, Mais, Getreide und den

Boden wesentlich mehr Klimagase und bindet sie, als sie erzeugt. Nach der Studie von 2008 steht den Emissionen der Land- und Forstwirtschaft von ca. 8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent im Jahr insgesamt etwa eine Bindungswirkung von 58 Millionen Tonnen CO₂ bzw. CO₂-Äquivalent gegenüber. Das zeigt, dass die Landwirtschaft nicht als Umweltsünder hingestellt werden darf. Im Gegenteil: Noch eine Zahl: Seit 1990 hat die Landwirtschaft in Österreich die CO₂-Emissionen um 1,3 Millionen Tonnen reduziert.

Der Bereich Energie ist ein weiterer wichtiger Beitrag der Landwirtschaft gegen den Klimawandel. Zum Beispiel verbraucht die Landwirtschaft in Österreich ca. 2,2 % der Energie, die erzeugt wird. Der Anteil von erneuerbarer Energie ist 23 %, woran auch wieder die Landwirtschaft einen großen Anteil hat.

Abschließend darf ich Folgendes sagen. Großer Wert muss ...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Satu Hassi (Verts/ALE). – (FI) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte Karl-Heinz Florenz von ganzem Herzen für die hervorragende Arbeit danken, die er als Berichterstatter geleistet hat. Unsere größte Herausforderung besteht jetzt darin, den nächsten internationalen Klimavertrag abzuschließen. Die beiden heikelsten Themen dieses Vertrags sind dabei die Ziele unterschiedlicher Länder für die Emissionssenkung und die Art und Weise, wie Industrieländer zur Finanzierung von Investitionen in klimaschonende Maßnahmen in den Entwicklungsländern beisteuern können. In diesen beiden Angelegenheiten muss die EU anspruchsvoller denken, obwohl wir theoretisch auf die Tatsache stolz sein können, dass wir in Sachen Klimaschutz schon immer eine Führungsrolle eingenommen haben.

Aus den neuesten Studien geht hervor, dass eine Emissionsreduzierung um 30 % bis 2020 nicht genügen wird: Die Ziele müssen höher gesteckt werden. Hinsichtlich der Finanzierung von Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern bedauere ich es, dass die Kommission in ihrer neuen Kommunikation auch jetzt noch ganz allgemeine Beobachtungen darlegt und keine hinreichend konkreten Modelle vorschlägt.

In unterschiedlichen Kontexten, unter anderem bei der Aussprache über das Klimapaket, haben wir hier im Parlament gezeigt, dass wir bereit sind, entscheidend dazu beizutragen, dass Entwicklungsländer Emissionen senken können. Dies ist einer der Bereiche, in denen die EU auch den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten dazu auffordern sollte, eine neue Linie zu verfolgen. Bisher haben sich die Vereinigten Staaten noch nicht dazu geäußert, inwieweit sie bereit sind, Entwicklungsländer beim Erreichen ihrer Emissionssenkungsziele zu unterstützen. Klimaschutz ist machbar, aber die Maßnahmen müssen schnell durchgeführt werden und kohärent sein.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich möchte dem Berichterstatter meinen Dank aussprechen. Im Hinblick auf Landwirtschaft und zwei Paragraphen des Berichts, die meiner Meinung nach nicht notwendig waren, will ich ganz direkt sein. Der Bericht wäre vielleicht besser, wenn sie nicht enthalten wären. Sie beziehen sich ganz speziell auf den Fleischverbrauch, und ich denke nicht, dass dieses Thema in den Bericht passt.

Beim darauffolgenden Paragraphen über Futterrationen wird die Realität der Forschung ignoriert, die schon seit vielen Jahren in zahlreichen Mitgliedstaaten durchgeführt wird und bei der man genau das beabsichtigt, was in diesem Paragraphen beschrieben wird. Er entspricht daher nicht mehr der Realität.

Einer der Bereiche, in dem meiner Ansicht nach Verbesserungen möglich sind, ist die Kommunikation darüber, wie Landwirte und diejenigen, die das Land nutzen, auf eine klimafreundlichere Art und Weise Landwirtschaft betreiben können. Ich denke, dass Forscher und Landwirte nicht zusammengearbeitet haben und dass wir uns stärker um Erweiterungsdienste bemühen müssen, damit die Nachricht durch Ermutigung und nicht durch Zwang vermittelt wird.

Marusya Ivanova Lyubcheva (PSE). – (BG) Meine Damen und Herren, der Klimawandel steht offensichtlich im Mittelpunkt der europäischen und nicht nur der europäischen Politik.

Weder ein Land noch eine Gruppe von Ländern kann sich den Herausforderungen, denen wir aufgrund des Klimawandels ausgesetzt sind, allein und unabhängig stellen. Aus diesem Grund müssen wir Politikbereiche horizontal und vertikal integrieren. Politik, Gesetzgebung und Finanzierung müssen zusammenspielen. Der Bericht bietet eine fantastische Plattform für dieses Zusammenspiel.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Tatsachen richten, ohne die wir nicht in der Lage sind, uns im Kampf gegen den Klimawandel zu engagieren. Wissenschaft: Im Bericht wird besonders auf neue Technologien hingewiesen, wir müssen jedoch verstärkt über Wissenschaft und zielgerichtete Investitionen in Wissenschaft

sprechen, die es ermöglichen müssen, dass Lösungen gefunden werden. Anderenfalls würde es bei gehaltlosen und profanen Aussagen bleiben.

Unsere Grundlage besteht aus wissenschaftlicher Forschung. Unsere Zukunft zeichnet sich durch neue Technologien aus, die von Unternehmen und der wissenschaftlichen Welt gemeinsam entwickelt werden. Ich fordere, dass in Wissenschaft investiert und der Klimawandel für alle wissenschaftlichen EU-Programme zur wichtigen Priorität erklärt wird.

Danutė Budreikaitė (ALDE). – (LT) Im Kampf gegen den Klimawandel müssen wir besonders auf den Transportsektor achten, da derzeit fast ein Drittel der CO₂-Emissionen der EU auf diesen Sektor zurückzuführen sind. Im Transportsektor müssen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 % zurückgehen. Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, muss ein solides Maßnahmenpaket für die Transportpolitik umgesetzt werden, bei dem es unter anderem um ökologische Innovationen, die Besteuerung von CO₂-Emissionen sowie Veränderungen bei den Fahrgewohnheiten und bei der Nutzung von Autos geht. Ich möchte Sie auf die Tatsache aufmerksam machen, dass in einigen Mitgliedstaaten die Mehrwertsteuer aufgrund der Finanzkrise und der Rezession angehoben wird. Dies führt dazu, dass es für manche Menschen günstiger ist, mit dem Auto zu fahren, als öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Aus diesem Grund möchte ich die Länder bitten, Steueranreize zu bieten, durch die die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln gefördert wird. Zudem muss durch Investitionen in den Ausbau der Bahninfrastruktur die Nutzung von Zügen gefördert werden. Ich möchte daran erinnern, dass ein Zug pro Kilometer durchschnittlich dreimal weniger CO₂ ausstößt als ein Auto und bis zu achtmal weniger als ein Flugzeug.

Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir können uns hier selbst zu einem breiten Konsens gratulieren, aber trotzdem arbeiten wir noch getrennt voneinander: Herr Umweltkommissar, sehr geehrte Umweltminister und -ministerinnen, welchen Stellenwert haben Umweltfragen für die Kommission, die Räte und die Regierungen? Wir wissen, wie wichtig sie sind.

Ich selbst war überhaupt nicht für die Einrichtung dieses neuen Ausschusses, weil ich der Auffassung bin, dass dadurch noch mehr Distanz geschaffen wird. In Frankreich sprechen wir von einem „Théodule-Ausschuss“.

Ich frage mich, welche Zukunft dieser Bericht hinsichtlich seiner Einbindung in die europäische Politik haben wird. Ich möchte lediglich die Mitglieder, die bereits im Jahr 1992 anwesend waren, daran erinnern, dass damals ein hervorragender Bericht über nachhaltige Entwicklung vorgelegt wurde. Kaum war er angenommen – und dies sogar einstimmig –, war von diesem hervorragenden Bericht nichts mehr zu hören. Hätten wir ihn in europäische Politikprogramme eingebunden, wären wir jetzt nicht hier.

Ich möchte mich an den Berichtersteller wenden, der es leugnet, dass er ein politisches Projekt vorstellt. Herr Florenz, sie stellen ein politisches Projekt vor, weil es sich um eine völlige Neuausrichtung der europäischen Politik in Sachen Landwirtschaft, Fischerei und Transport handelt. Wir müssen daher ehrgeiziger sein und warten auf die Ergebnisse.

Herbert Reul (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin! Die Folgen des Klimawandels ernsthaft zu behandeln bedeutet, dass man sich alle unterschiedlichen Positionen, auch der Wissenschaft, anhört. Wir hatten im Ausschuss viele Experten, das ist richtig. Aber sie waren leider einseitig besetzt. Wir hatten nicht die Chance, alle Seiten kennenzulernen. Ich halte das für einen Fehler.

Wir hatten mit dem Bericht des Kollegen Florenz einen ersten Berichtsentwurf, der wesentlich besser war als das, was uns heute zur Entscheidung vorliegt. Viele der Vorschläge, die heute vorliegen, sind in Ordnung, aber viele davon halte ich für falsch. Es macht keinen Sinn, sich ständig in neue Vorschriften und neue Maßnahmen zu flüchten, sondern die Lösung kann nur heißen: Ja zu Innovation, Ja zu Forschung. Die Verantwortung des Einzelnen, das ist die Lösung, und nicht immer mehr staatliche Vorschriften. Es gibt eine Reihe von unsinnigen Vorschriften, wie Rechnungslegungspflicht, Verhinderung und Maßregelung von Fleischkonsum, Diffamierung der Landwirtschaft und vieles andere mehr. Nach meiner Auffassung ist das der falsche Weg, und deshalb habe ich Probleme mit diesem Bericht, so wie er jetzt vorliegt.

Martin Bursík, amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, mir ist aufgefallen, dass die verehrten Parlamentarier und Parlamentarierinnen auf ihre Muttersprache zurückgreifen. Zweifelsohne sprechen die Dolmetscher wesentlich besser Englisch als ich, erlauben Sie mir daher bitte, dass ich auf diese Aussprache im Europäischen Parlament auf Tschechisch eingehe.

(CS) Ich möchte meine Anerkennung für die Tiefe der Diskussion im Europäischen Parlament, den unternehmerischen Ansatz und die verantwortungsbewusste Haltung der MdEP zum Ausdruck bringen. Aus der Diskussion möchte ich etwa sieben Punkte herausgreifen und näher auf sie eingehen. Zuerst möchte ich auf die Rolle der Zwischenstaatlichen Gruppe für Klimaveränderungen hinweisen, da in einigen Reden die IPCC-Erkenntnisse in Frage gestellt wurden. Meiner Meinung nach ist es in gewisser Hinsicht ein Nachteil, dass die vierteljährlichen Berichte der IPCC über wesentliche Tatsachen im Hinblick auf den Klimawandel sowie auf Anpassung und Schadensminderung etwa 1 200 bis 1 400 Seiten lang sind und äußerst detaillierte wissenschaftliche Ergebnisse mit Verweisen auf relevante wissenschaftliche Literatur enthalten. Allerdings wird von diesen Berichten später auch eine Zusammenfassung erstellt, in der man unter „Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger“ auf etwa 20 Seiten das Wichtigste erfährt. In diesem Dokument werden keine Verweise aufgeführt. Viele Missverständnisse sind meiner Ansicht nach darauf zurückzuführen, dass wir als politische Entscheidungsträger nicht die Zeit haben, 1 200 bis 1 500 Seiten zu lesen. Ich entschuldige mich, falls diese Aussage auf Sie nicht zutrifft. Man sollte betonen, dass die IPCC nicht nur einen Nobelpreis erhalten hat, sondern dass auf der Klimakonferenz von Bali von den 192 teilnehmenden Staaten entschieden wurde, dass diese Berichte die umfassendste und qualitativ hochwertigste wissenschaftliche Ressource sind und ihnen die kohärentesten Informationen liefern, durch die sie entscheiden können, ob und wie auf den Klimawandel zu reagieren ist. Dies war die Ansicht der 192 nationalen Repräsentanten, und dies ist auch meine Antwort auf einige der Kommentare, bei denen es um Panikmache ging. An dieses Argument habe ich mich bereits in meinem eigenen Land gewöhnt.

Ich denke, dass wir im Jahr 2009 einen äußerst guten Ausgangspunkt haben. Einerseits sprechen wir in der Europäischen Union wieder mit einer einzigen Stimme. Wie wertvoll dies ist, wurde mir in Bali bewusst. Wir haben es geschafft, bei den Verhandlungen mit unseren G77-Partnern und mit anderen Volkswirtschaften beträchtliche Erfolge zu erzielen und wir waren in der Tat die einzige Weltwirtschaftsmacht, die forderte, dass die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 % gesenkt werden müssen. Die zweite Hoffnung, die wir zu Beginn dieses Jahres hegen, sind die Veränderungen, die sich in den Vereinigten Staaten zugetragen haben. Viele von Ihnen haben darauf bereits hingewiesen. Ich sehe die Sache so: Irgendwo in Kopenhagen befindet sich ein Zimmer, an dessen Tür etwa 200 Schlösser angebracht sind. Wenn wir es schaffen, all diese Schlösser aufzusperren, dann werden wir in der Lage sein, eine neue globale Vereinbarung für den Klimaschutz abzuschließen, die ab 2013 in Kraft treten würde. Wir haben meiner Ansicht nach gerade das erste Schloss geöffnet, und zwar das der Europäischen Union. Das zweite Schloss steht für die Vereinigten Staaten. Deshalb bestehen wir auch so sehr darauf, dass wir so schnell wie möglich Kontakt zur neuen US-Regierung aufnehmen müssen, und beabsichtigen, als Troika zusammen mit der nächsten Präsidentschaft, nämlich der schwedischen, und dem Umweltkommissar Stavros Dimas der US-Regierung einen Besuch abzustatten. Dies ist auch meine Antwort auf den Kommentar von Jerzy Buzek. Anders ausgedrückt: Es ist definitiv nicht unsere Absicht, die internationalen Verhandlungen allein zu führen. Absolut nicht. Wir wollen die Verhandlungen koordinieren. Dänemark ist offensichtlich sehr daran interessiert, dass die Konferenz in Kopenhagen zu einem Erfolg wird. Im Rahmen der nichtöffentlichen ministeriellen Sitzungen der informellen Frühjahrstagung des Europäischen Rates wollen wir über den Fortschritt berichten, der bei den bilateralen Verhandlungen hinsichtlich der internationalen Klimawandelvereinbarung erzielt worden ist. Darüber hinaus werden wir auch gemeinsam versuchen, eine künftige Strategie auszuarbeiten, bei der es darum geht, wie internationale Verhandlungen koordiniert werden können. Daran werden selbstverständlich Diplomaten beteiligt sein. Auch die Anpassungsmaßnahmen werden wir aushandeln, denn dies wird das Hauptthema der informellen Frühjahrstagung des Europäischen Rates in Prag sein.

Beim nächsten Punkt, auf den ich im Rahmen meiner Antwort eingehen möchte, geht es um die Tatsache, dass wir an einem interessanten Augenblick angekommen sind: Die Bemühungen der EU, eine ehrgeizige und aktive Klimawandelpolitik auszuarbeiten, treffen plötzlich auf die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. In diesem Zusammenhang finde ich es äußerst positiv, dass kaum jemand fordert, dass unsere langfristigen Ziele im Hinblick auf den Klimawandel hinausgeschoben werden sollten. Im Gegenteil, die Mehrheit der Stimmen – auch hier im Europäischen Parlament, und dafür bin ich dankbar – fordert uns auf, diesen Zufall zu nutzen und ihn als Chance zu betrachten, da er eine Strategie ermöglicht, bei der sechs Seiten gewinnen können: Wenn einzelne Volkswirtschaften bereit sind, durch Investitionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren, –und selbst die konservativsten Wirtschaftswissenschaftler bereit sind, Zugeständnisse zu machen, –dann ist dies eine Gelegenheit, unsere derzeitige Wirtschaft in eine CO₂-arme Wirtschaft zu transformieren und moderne umweltfreundliche Technologien zu unterstützen. Und was hat es mit den sechs Seiten auf sich, die gewinnen können? Wir werden durch Energiesparmaßnahmen Geld sparen. Wir werden weniger von importierter Energie abhängig sein, wir werden weniger nicht erneuerbare natürliche Ressourcen verbrauchen, wir werden neue Arbeitsplätze schaffen, und wir werden gleichzeitig die Emissionen der Treibhausgase senken. Und vergessen Sie dabei nicht, dass durch die unterschiedlichen Pläne, die in

Europa als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgearbeitet worden sind, im Bereich der „umweltfreundlichen Arbeitsplätze“ sowie durch neue Umwelttechnologien für erneuerbare Energiequellen und Energieeinsparung neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen werden.

Die tschechische Präsidentschaft sieht in dieser Situation daher eine hervorragende Gelegenheit, Verhaltensmuster zu ändern und in wirtschaftlicher Hinsicht für ein höheres Maß an Nachhaltigkeit zu sorgen. Die größte Chance, die Wirtschaft zu transformieren, bietet der globale Kohlendioxidmarkt. Im Vergleich zur Umweltpolitik aus den 1970er Jahren, als wir uns auf Verbote und Anweisungen verließen und vor allem sogenannte „Politik des Rohrendes“ anwandten, machen wir im Jahr 2009 wesentlich stärker Gebrauch von Finanzinstrumente, um Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. Meiner Meinung nach bietet die Tatsache, dass das Energie- und Klimapaket ein neues, auf Auktionen basierendes Emissionshandelssystem enthält, eine hervorragende Grundlage für die Schaffung eines globalen Kohlendioxidmarktes. Lassen Sie uns über dieses Ziel nachdenken. 2013 werden nach und nach Auktionen für elektrische Energie stattfinden, und bis 2015 wollen wir einen globalen Kohlendioxidmarkt auf OECD-Ebene sehen. Wir werden die Entwicklungen in den USA daher aufmerksam beobachten und genau aufpassen, wie die Annahme des Gesetzes für den Emissionshandel mit festen Obergrenzen im US-Kongress vonstatten gehen wird.

Ein anderer Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die Rolle der erneuerbaren Energiequellen und auch das Energiesparen. In unseren Verhandlungen mit Entwicklungsländern müssen wir etwas anbieten können. Wir müssen diesen Ländern wirtschaftliche Entwicklung bieten, gleichzeitig aber die Art von Entwicklung gewährleisten, durch die sich die von der IPCC festgelegten und von uns Politikern angenommenen Ziele erreichen lassen. Und hier spielen erneuerbare Energiequellen eine absolut wichtige Rolle, da wir praktisch zwei Möglichkeiten haben. Milliarden von Menschen haben keine Elektrizität, wollen aber Strom haben, weil dies für Verbraucher einfach eine reizvolle Idee ist und man dies ja niemandem übel nehmen kann. Tatsache ist, dass diese Menschen entweder in die Städte ziehen müssen, wo Elektrizität auf konventionelle Weise – also über große zentralisierte Quellen und Verteilernetze, die für die Umwelt belastend sind – zur Verfügung gestellt wird, oder der Strom muss zu ihnen und somit an die Orte gebracht werden, an denen sie schon seit Generationen leben und wo sie ihren traditionellen Lebensstil in Einklang mit der Natur fortführen können. Die zweite Option ist nur möglich, wenn erneuerbare Elektrizität auf dezentralisierte Weise zur Verfügung gestellt werden kann. Oder anders gesagt: Wir entwickeln die Technologie für erneuerbare Energiequellen in Europa nicht nur für Industrieländer, sondern auch damit weltweit mehr Installationen eingesetzt werden, die Investitions- und Betriebskosten fallen und damit diese Technologien Menschen in Entwicklungsländern angeboten werden können. Im Hinblick auf Entwicklungsländer ist dies eine riesige politische Aufgabe.

Abschließend möchte ich Ihnen versichern, dass die tschechische Präsidentschaft wahrhaft große Ambitionen hat, was den Fortschritt bei den Verhandlungen über den Klimawandel angeht. Wir werden bei den internationalen Verhandlungen eine klare Führungsrolle einnehmen. Ich möchte Ihnen auch versichern, dass die tschechische Präsidentschaft kohärent handelt. Und wenn der Premierminister der Tschechischen Republik den tschechischen Präsidenten Klaus hier im Rahmen der Aussprache des Europäischen Parlaments verteidigt, dann muss ich mich im Bereich Klimawandel und der entsprechenden Politik von diesen Kommentaren und von der Haltung des tschechischen Präsidenten distanzieren. Ich möchte betonen, dass die Haltung der tschechischen Präsidentschaft durch die tschechische Regierung bestimmt wird. Ich möchte Sie bitten, daran zu denken, dass die Klimapolitik von der tschechischen Regierung bestimmt wird, dass wir uns bei unserer Haltung einig sind und dass wir mit der Kommission und der schwedischen Präsidentschaft, die das Zepter von uns übernehmen wird, in der Troika zusammenarbeiten. Dies gilt trotz etwaiger Kommentare, die Sie im Laufe der tschechischen Präsidentschaft vielleicht noch zu hören bekommen, da sich unser Präsident auf den Besuch der USA vorbereitet. Damit beende ich meine Stellungnahme. Ich möchte Ihnen noch einmal für eine höchst produktive, professionelle und vor allem verantwortungsbewusste Diskussion in dieser ehrwürdigen Versammlung danken.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, wir freuen uns ebenfalls darauf, weiterhin eng mit der tschechischen Präsidentschaft, der tschechischen Regierung und vor allem mit Minister Martin Bursík zusammenzuarbeiten. Sicherlich werden wir die Verhandlungen im ersten Halbjahr des Jahres 2009 beträchtlich vorantreiben.

Ich möchte all den Rednern, die im Rahmen der heutigen Diskussion gesprochen haben, meinen Dank für ihre positiven Beiträge aussprechen.

Wie schon der Titel des Berichts sagt, wird das weitweite Klima ab 2015 dadurch bestimmt, welche Maßnahmen die internationale Gemeinschaft jetzt festlegt. Es bleibt weiterhin wichtig, dass wir den uns zur

Verfügung stehenden soliden wissenschaftlichen Rat beherzigen und uns dafür einsetzen, dass Verhandlungen auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren. Wir müssen die wissenschaftlichen Erkenntnisse einem breiteren Publikum bekannt machen und unter den Verbrauchern ein größeres Bewusstsein dafür schaffen, wie sich Treibhausgase auf unseren Lebensstil und unsere Verhaltensweisen auswirken.

Eine solche Bewusstseinszunahme muss jedoch von starken wirtschaftlichen Anreizen für Unternehmen begleitet werden, damit beim Bereitstellen von Waren und Dienstleistungen weniger Treibhausgase abgegeben werden. Wir brauchen eine weltweite Transition in eine umweltfreundliche Wirtschaft, und dies ist nur möglich, wenn umfassende und integrierte Maßnahmen ergriffen werden, damit die Emissionen in allen Sektoren geringer ausfallen.

Nur wenn wir jetzt ehrgeizige Ziele verfolgen, bleibt uns die Option, Konzentrationen von Treibhausgasen auf einem niedrigeren Niveau zu stabilisieren, falls die IPCC dies in Zukunft fordert. Ich bin überzeugt, dass Sie zusammen mit der Kommission ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen, wenn es um die Verbreitung dieser wichtigen Nachrichten geht.

2009 wird für die globalen Verhandlungen in Sachen Klimawandel entscheidend sein. Für die Kommission wird 2009 ein Jahr der Implementierung sein: Wir arbeiten daran, einen Plan für die Umsetzung der Ziele aufzustellen. Etwa 15 Maßnahmen müssen das Komitologieverfahren durchlaufen. Das überarbeitete Emissionshandelssystem enthält einige Termine, die einzuhalten sind, die Liste der Sektoren, in denen Kohlendioxidlecks auftreten, sollte beispielsweise bis Dezember 2009 fertig sein. Am 30. März 2009 findet ein großes Treffen der Interessenvertreter statt. Der Großteil der Arbeit wird im Sommer geleistet, und bis Ende 2009 sollten wir diese Liste abgearbeitet haben.

Die vereinheitlichten Regeln für Auktionen sollten spätestens im Juni 2010 fertig sein. Im Februar wird ein großes Treffen der Interessenvertreter stattfinden, und all diese Termine und Arbeitsprogramme werden Ihnen zur Verfügung stehen. 2009 wird für die globalen Verhandlungen in Sachen Klimawandel, wie ich bereits erwähnt habe, ein entscheidendes Jahr sein.

Es wird von Menschen weltweit erwartet, dass auf der Klimakonferenz, die im Dezember in Kopenhagen stattfindet, weitere internationale Maßnahmen beschlossen werden. Allerdings können wir nicht automatisch davon ausgehen, dass es in Kopenhagen zu einer Übereinkunft kommt. Vorher ist noch viel zu tun.

Das Klima- und Energiepaket hat uns den Beginn dieser Transition erleichtert und dient uns als hervorragende Grundlage, um zu beweisen, dass eine ehrgeizige Klimapolitik nicht nur möglich ist, sondern für unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften auch viele Vorteile bringt. Die Kopenhagener Mitteilung wird die Grundlage darstellen, auf der die Europäische Union die weitere Ausarbeitung ihrer Haltung im Hinblick auf diese wichtigen Elemente basiert. So können wir unserer Führungsrolle weiterhin gerecht werden und zum Erfolg der Verhandlungen in Kopenhagen beitragen.

Es ist klar, dass wir nur dann etwas gegen den Klimawandel unternehmen können, wenn wir wesentlich mehr Mittel zur Verfügung stellen, um die Investitionen in umweltfreundliche Technologie zu finanzieren, und Maßnahmen ergreifen, um uns eine Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels zu bewirken. Man geht davon aus, dass für Entwicklungsländer ab 2020 jährlich zwischen 120 und 150 Milliarden Euro benötigt werden.

Bis 2020 kann diese Finanzierung größtenteils durch die privaten Haushalte in Entwicklungsländern aufgebracht werden. Ein Großteil der Reduzierungen im Energiesektor werden beispielsweise auf Effizienzsteigerungen zurückzuführen sein und finanzieren sich somit selbst. Dies könnte durch internationale Kreditvereinbarungen teilweise unterstützt werden, damit weltweit private Mittel mobilisiert werden können.

Ein weiterer beträchtlicher Teil der zusätzlichen Finanzierung und Investitionen wird durch den Kohlendioxidmarkt erwirtschaftet werden, und zwar sowohl durch die Erlöse aus den künftigen Auktionen für Kohlendioxidrechte als auch durch die Emissionszertifikate, die im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung ausgegeben werden. Die Europäische Union hat in ihrem Klima- und Energiepaket bis 2020 eine beträchtliche Nachfrage nach sogenannten CDM-Guthaben geschaffen. Dies sollte den Einsatz von umweltfreundlichen Technologien in Entwicklungsländern beschleunigen.

Je ärmer jedoch das Entwicklungsland ist, desto stärker ist es auf weitere öffentliche Finanzhilfe aus Industrieländern angewiesen. Ohne diese Unterstützung wird es nicht in der Lage sein, die Emissionen der Treibhausgase ausreichend zu reduzieren. Ohne diese Unterstützung werden die ärmsten und schutzlosesten Menschen an den Folgen des Klimawandels leiden. Ohne diese Unterstützung wird es in Kopenhagen zu keiner Übereinkunft kommen.

Es stellt sich folgende Frage: Wie können wir gewährleisten, dass diese zusätzlichen öffentlichen Finanzmittel verlässlich sind, dass sie auf transparente und wirksame Weise ausgegeben werden und dass die ganze Welt einen Beitrag zu diesen Geldflüssen leistet?

Abgesehen von den Beiträgen, die wir bei den Verhandlungen in den Vereinten Nationen leisten, stellen wir fest, dass nach dem Erfolg, den das Emissionshandelssystem der Europäischen Union darstellt, in vielen Teilen der Welt Kohlendioxidmärkte eingerichtet werden. Australien hat die Kernelemente seines Systems bekannt gegeben. Im Herbst 2008 bestätigte US-Präsident Obama schon kurz nach seiner Wahl das Ziel, einen US-weiten Kohlendioxidmarkt zu schaffen.

Zusammen könnten diese Handelssysteme den Kern eines in Zukunft entstehenden globalen Kohlendioxidmarktes bilden. Wie ich bereits betont habe, ist sich die Europäische Union nun der Herausforderung ausgesetzt, die Entwicklung dieser verknüpften Kohlendioxidmärkte zu ermöglichen, vor allem bis 2015 zwischen den OECD-Ländern.

In der Kopenhagener Mitteilung ist die Kommission auf diese Fragen eingegangen, indem sie konkrete Vorschläge unterbreitet hat, und zwar Vorschläge, die nicht nur ehrgeizig, sondern auch realistisch sind und beträchtlich zum in Kopenhagen erhofften Erfolg beitragen werden. Und unser Planet ist auf diesen Erfolg dringend angewiesen.

Lassen Sie mich abschließend die Gelegenheit nutzen, dem Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel, Karl-Heinz Florenz und dem Parlament für ihre intensive Unterstützung unserer Vorschläge und für die Ernsthaftigkeit und Schnelligkeit, mit der sie dieses Paket bearbeitet haben, zu danken.

(Beifall)

Karl-Heinz Florenz, Berichterstatter. – (DE) Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident! Ich freue mich ganz besonders, dass in der Schlussrunde dieses nichtständigen Ausschusses dieses Thema auf so ausgeprägtes Interesse stößt. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Ich bedanke mich auch bei allen Diskutanten und bei allen, die mitgearbeitet haben. Wir haben eine Roadmap nach Kopenhagen entwickelt, und dieser Fahrplan hat natürlich Verkehrszeichen zum Inhalt, auch Stoppschilder, auch Freie-Fahrt-Zeichen, aber auch Zeichen, bei denen man weiß, dass es schwierige Wegstrecken gibt. Das haben wir hier diskutiert.

Ich habe mich gefreut, dass es kritische Anmerkungen gab, die man teilweise übernehmen kann. Der Vorschlag meines Kollegen Jens Holm an die europäischen Bürger, das Fleischessen abzuschießen, ist – Verzeihung – Unsinn. Aber jeder hat so seine Meinung. Am Ende werden wir zu einem guten Erfolg kommen, und dazu haben alle beigetragen. Von meiner Seite aus nochmals herzlichen Dank.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Constantin Dumitriu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Meine Damen und Herren, während der vergangenen Monate haben wir erfahren, wie sich eine Kreditklemme auswirkt, denn die Weltwirtschaft erlebt eine Krise wie sie so noch nie aufgetreten ist. Klima, Lebensmittel und gesellschaftliche Krisen haben jedoch ebenfalls Folgen, die genauso schmerzhaft sind.

In Rumänien mussten wir in den letzten Jahren einen Produktionsabfall verzeichnen, der auf externe Ursachen wie Überschwemmungen, Dürre und Vogelgrippe zurückzuführen war. Und die Probleme wirtschaftlicher Natur kamen in den letzten Monaten noch hinzu. Während der derzeitigen Finanzkrise wird es für uns immer schwieriger werden, Verluste, die durch Überschwemmungen oder Dürre verursacht wurden, über den Staatshaushalt auszugleichen. Seit ich im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung bin, habe ich das Konzept der gesonderten Interventionsmechanismen auf Gemeinschaftsebene unterstützt, und zwar unabhängig von der Höhe der nationalen Höchstwerte.

Ich bin auch davon überzeugt, dass wir angesichts des Ausmaßes dieser Herausforderung Investitionen in umweltfreundliche Technologien und erneuerbare Energie Priorität geben müssen. Sie bieten Lösungen für den Klimawandel und beleben gleichzeitig die Wirtschaft, da neue Arbeitsplätze entstehen. Im Rahmen unseres europäischen Mandats ist es unsere Pflicht, unsere Regierungen davon zu überzeugen, verstärkt in Innovation und neue Technologien, die sich für den Umweltschutz einsetzen lassen, zu investieren.

Gábor Harangozó (PSE), *schriftlich*. – Angesichts der starken Turbulenzen finanzieller Natur und des nachlassenden Vertrauens in Wirtschaftssysteme erscheint es vielen vielleicht falsch, dem Klimawandel jetzt Vorrang einzuräumen. Umweltschutz ist kostspielig, und man muss viel Arbeit leisten, um zahlreiche Sektoren grundlegend umzustrukturieren, damit letztendlich hoch gesteckte Ziele erreicht werden können.

Dennoch bieten uns umweltfreundliche Investitionen und entsprechende politische Entscheidungen viele Chancen, die wir nutzen sollten, um die Konjunktur zu beleben und wieder für Stabilität zu sorgen. Es ist eine echte Herausforderung, eine Wirtschaft zu schaffen, die sich durch niedrige Emissionen auszeichnet. Wir können es uns jedoch nicht leisten, diese Herausforderung nicht anzugehen. Wir brauchen Ziele, die anspruchsvoll aber dennoch realistisch sind, und wir dürfen keine Angst davor haben, den Pfad einer unvermeidbaren industriellen Revolution zu betreten. Wenn wir für unsere Bürger eine konjunkturelle Belebung bewirken und für bessere Lebensbedingungen sorgen wollen, müssen wir einen komplexen und ehrgeizigen Ansatz verfolgen. Dabei müssen Innovation gefördert sowie neue Arbeitsplätze und Unternehmen für umweltfreundliche Technologien geschaffen werden.

Natürlich braucht man genügend Finanzmittel, um diese erforderlichen Investitionen in umweltfreundliche Innovation tätigen zu können, und diese Kosten dürfen offensichtlich nicht zu Lasten anderer wichtiger Bereiche der Gemeinschaftspolitik gehen. Würden keine weiteren finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, hätten diese Bereiche durch den Klimawandel Nachteile.

Gyula Hegyi (PSE), *schriftlich*. – (HU) Eine der schwerwiegendsten Langzeitfolgen des Klimawandels ist der Rückgang an Frischwasserquellen und die zunehmende Verknappung sauberen Trinkwassers. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, dass Wasser im 21. Jahrhundert das wichtigste strategische Gut sein wird. Die Umweltschutzpolitik Europas muss daher rigoros umgesetzt werden als bisher, damit der Grundwasserspiegel bewahrt, Wasser- und Bodenverschmutzung vermieden sowie der angemessene Umgang mit dem natürlichen Lebensraum und künstlichen Gewässern unterstützt werden.

Wechseln sich Überschwemmung und Dürre ab und kommt es zu extremen Wetterbedingungen, muss das Regenwasser besser verwaltet werden. Es gibt kein überflüssiges Wasser, nur schlecht verwaltetes Wasser. Im nächsten Parlamentszyklus und beim neuen Haushalt muss die Europäische Union sicherstellen, dass beträchtliche Summen für Überschwemmungsvermeidung, Grundwasserspiegelschutz, mehr städtische Frischwasserquellen und Programme zur Abwasserbehandlung zur Verfügung gestellt werden. Die Wasserressourcen Ungarns sind hervorragend, und die ungarischen Wasserbauingenieure haben in den letzten fast 200 Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Aus diesem Grund bin ich mir sicher, dass unser Land beim Ausarbeiten einer einheitlichen europäischen Wasserpolitik eine aktive und konstruktive Rolle spielen wird.

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN), *schriftlich*. – (PL) Ich möchte im Rahmen dieser Aussprache über die Klimaschutzpolitik bis 2050 das Wort ergreifen und auf folgende Punkte aufmerksam machen:

Erstens: Wenn sich die Vereinigten Staaten und die Länder Südasiens dem Programm, durch das die Kohlendioxidemissionen gesenkt werden sollen, nicht anschließen und sie nicht genauso viel Engagement zeigen wie die Europäische Union, dann werden die enormen Finanzmittel, die hier investiert werden, und die unvermeidbare Konsequenz eines langsameren Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union für die leichte Reduzierung der Kohlendioxidemissionen ein sehr hoher Preis sein. Die Europäische Union ist lediglich für 14 % der weltweiten Emissionen verantwortlich, und fast 80 % gehen auf die USA und die Länder Südasiens zurück.

Zweitens: Die Verpflichtungen einzelner Länder, die Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 20 % zu senken, zusammen mit der Notwendigkeit, Emissionsrechte zu erwerben, wird zur Folge haben, dass der Strompreis und die Heizkosten für Privatpersonen wesentlich höher sein werden und die Industrie sogar noch höhere Tarife zahlen muss. Dies gilt besonders für die neuen Mitgliedstaaten, wie Polen, da der Energiesektor dort von der Kohle abhängig ist. Es ist daher möglich, dass in diesen Ländern zahlreiche Industriesektoren, die einen hohen Stromverbrauch haben, stillgelegt werden müssen, was für die Bevölkerung unterschiedliche Nachteile mit sich bringt.

Und zu guter Letzt: Es sollte die Senkung der Kohlendioxidemissionen berücksichtigt werden, die in den neuen Mitgliedstaaten und vor allem Polen erzielt worden ist. In Polen konnte durch eine umfangreiche Umstrukturierung der Wirtschaft, die zwischen 1990 und 2005 stattfand, eine Senkung der Kohlendioxidemissionen von etwa 30 % erreicht werden. Dies hatte äußerst hohe gesellschaftliche Kosten, und die Arbeitslosigkeit lag während dieser Zeit viele Jahre lang bei über 20 %.

Adrian Manole (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich glaube, dass der Bericht von Karl-Heinz Florenz, „2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“ angesichts der Folgen, die wir bereits miterleben, und den erwarteten Auswirkungen des Klimawandels zum richtigen Zeitpunkt veröffentlicht wurde und notwendig war.

Rumänien war eines der ersten Länder Europas, das das Kyoto-Protokoll unterzeichnet hat. Dies bedeutet, dass es sich dazu verpflichtet hat, den Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen, indem die Emissionen der Treibhausgase bis 2012 um 8 % gesenkt werden sollen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Maßnahmen durchführen müssen, obwohl Rumänien im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern niedrige Treibhausgasemissionen aufweist. Landwirtschaft und die in Rumänien betriebene Forstwirtschaft können beim Kampf gegen den Klimawandel, dessen Folgen wir in den letzten Jahren vor allem durch Überschwemmungen, hohe Temperaturen und lange Dürrezeiten bereits zu spüren bekommen haben, eine bedeutende Rolle spielen. Diese Naturphänomene beeinträchtigen nicht nur die Produktivität in Land- und Forstwirtschaft, sondern haben auch negative Auswirkungen auf wertvollen Lebensraum und die Ökosysteme.

Man geht davon aus, dass Land- und Forstwirtschaft auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels leisten werden, und zwar durch Aufforstung, wobei das Ziel verfolgt wird, Treibhausgase aufzunehmen und zu speichern. Darüber hinaus soll Biomasse als erneuerbare Energiequelle genutzt werden.

Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die Europäische Union hat im Rahmen des Versuchs, einen Kompromiss für die Annahme eines Kyoto-Folgeabkommens zu finden, eine wichtige Rolle übernommen. Möglicherweise wird sie durch die Zusammenarbeit mit der neuen US-Regierung in der Lage sein, eine bestimmte Art und Weise zu finden, dieses Abkommen umzusetzen.

Bestimmte Maßnahmen, die im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels ergriffen werden, bieten auch Chancen für nachhaltige sozioökonomische Entwicklung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie sind vor allem auf die neuen, dynamischen Sektoren gerichtet, die ein großes Wachstumspotential bieten, in die bisher aber noch nicht genügend investiert worden ist. Diese Maßnahmen werden, abgesehen von den Vorteilen der Bekämpfung des Klimawandels, eine positive Auswirkung haben und die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise mildern. Langfristig gesehen könnten sie dazu beitragen, dass die Europäische Union weniger stark von Energieimporten abhängen wird.

Wir sprechen hier von neuen, intensiven Investitionen in Transportinfrastruktur, erneuerbare Energiequellen, Biotechnologie, Abfallsammlung und Recycling, Atomenergie und die Erneuerung der Heizsysteme von Wohnhäusern.

Durch Aufforstung und Maßnahmen zur Vermeidung der Wüstenbildung können mittelfristig gesehen ebenfalls hervorragende Ergebnisse erzielt werden.

David Martin (PSE), schriftlich. – Ich begrüße den Florenz-Bericht über den Klimawandel, durch den Strategien ausgearbeitet werden sollen, die dazu führen, dass die globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit weniger als 2 Grad Celsius beträgt. Vor allem begrüße ich die Forderungen einer um 20 % höheren Energieeffizienz, verbindlicher Ziele für die Landwirtschaft und der Schaffung eines Europäischen Klimafonds.

Durch diese Vorschläge und die bereits von der EU angenommenen Maßnahmen werden wir uns in einer besseren Position befinden, wenn wir auf dem Gipfel in Kopenhagen globale Maßnahmen gegen den Klimawandel besprechen.

Péter Olajos (PPE-DE), schriftlich. – (HU) Ich möchte Karl-Heinz Florenz zu seinem Bericht gratulieren. Für die Vorbereitung auf die Ende des Jahres stattfindende Kopenhagen-Konferenz wird er uns als hervorragende Grundlage dienen.

Für mich ist die Aussage besonders wichtig, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Klimakrise auf dieselben Ursachen zurückzuführen sind. Die Lösungen, durch die wir diese Krisen hinter uns lassen können, sind daher ebenfalls identisch. Damit die Folgen dieser Krisen abgeschwächt und gestoppt werden können, müssen wir in allen Lebensbereichen umfassende Innovation gewährleisten und einen Paradigmenwechsel bewirken.

Ich bin mit Kommissar Dimas einer Meinung: Die Kosten müssen zuallererst durch den Emissionshandel gedeckt werden, an zweiter Stelle stehen Investitionen von Privatunternehmen und drittens können staatliche Anreize gegeben werden.

Wir alle suchen nach bahnbrechenden Lösungen sowie nach Methoden, mit denen sich die Beschäftigungslage verbessern lässt, der Motor der Weltwirtschaft so bald wie möglich wieder anspringt und dem Klimawandel Einhalt geboten wird. Das Konzept, das unter der Bezeichnung „Green New Deal“ bekannt ist, wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, erklärt. Man versteht darunter im Prinzip, dass weltweite Anreize wirtschaftlicher Natur Teil der Investitionen werden müssen, die in umweltfreundliche Technologien getätigt werden. Die neue Logik der wirtschaftlichen Organisation, die auf Innovationen in Sachen umweltfreundlicher Technologie basiert und die Unterstützung der internationalen Kapitalmärkte genießt, ist auch ein fundamentaler Bestandteil der Programme des US-Präsidenten Barack Obama.

Innovationen bei Umwelt- und Industrietechnologie der Zukunft würden die Wirksamkeit von Staat und Wirtschaft erhöhen, unter den an der Wirtschaft Beteiligten ein größeres Interesse hervorrufen sowie Verbraucher für den Preis und die Kosten angebotener Produkte und Dienstleistungen sensibler machen.

Rovana Plumb (PSE), schriftlich. – (RO) Die 12 im Bericht aufgeführten Punkte stellen einen klaren Aktionsplan für die Zukunft dar. Um ihn jedoch auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene umsetzen zu können, sind wir auf die Unterstützung gut informierter Bürger angewiesen.

Gemäß einer im Frühjahr 2008 zum Thema Klimawandel durchgeführten Sonderumfrage von Eurobarometer haben 41 % der Europäer den Eindruck, dass sie hinsichtlich der Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie der Möglichkeiten, diesem Phänomen entgegenzuwirken, schlecht informiert sind. In Rumänien gaben über 65 % der Bürger an, diesbezüglich über keinerlei Informationen zu verfügen.

Wir müssen in dieser Hinsicht unbedingt Werbe- und Bildungskampagnen mit Alltagssituationen durchführen, bei denen die Menschen mehr über dieses Thema erfahren. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen Kampagnen zur Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit finanzieren und die Bedingungen schaffen, damit Menschen in neuen Berufen ausgebildet werden. Dabei sind die speziellen Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen, die auf strukturelle wirtschaftliche Veränderungen zurückzuführen sind, die durch den Klimawandel und seine Folgen noch beschleunigt werden.

In Anbetracht der derzeitigen Wirtschaftskrise muss sich die EU politisch und finanziell dazu verpflichten, in folgenden wichtigen Bereichen gemäß dem Solidaritätsprinzip der EU zu handeln: Einsatz und Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels, Unterstützung grenzübergreifender Anpassungsmaßnahmen, Steigerung der Energieeffizienz und Erteilung von Katastrophenhilfe. Das Fazit all dieser Maßnahmen ist die Schaffung umweltfreundlicher Arbeitsplätze in neuen, wettbewerbsfähigen Unternehmen.

Flaviu Călin Rus (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Meine Damen und Herren, jegliche Diskussion über Klima, Ökosysteme und Energie ist von großer Wichtigkeit, weil sich einschneidende Veränderungen in diesen Bereichen auf das Leben auf diesem Planeten auswirken können. Unabhängig davon, welche Art von Gründen oder welche wissenschaftlichen Argumente von unterschiedlichen Forschergruppen angeführt werden, steht fest, dass wir eine globale Erwärmung erleben. Dieser umfassende, gut geschriebene Bericht bietet uns nicht nur viele nützliche, wertvolle Informationen, sondern veranlasst uns auch dazu, folgende Frage zu stellen: Was werden wir für uns und für künftige Generationen unternehmen?

Vor diesem Hintergrund des Klimawandels sollten sich die EU-Mitgliedstaaten meiner Meinung nach vorwiegend auf drei Arten von Projekten konzentrieren:

1. Projekte, bei denen es um Standardrichtlinien zur möglichst effizienten Verwaltung von Energieressourcen und Lösungen zur Verschmutzungsminderung geht, vor allem in Industrie- und Gewerbegebieten.
2. Projekte für die Finanzierung wissenschaftlicher Forschung, bei der umweltfreundliche Technologien entwickelt werden sollen.
3. Projekte, durch die spezielle Sofortmaßnahmen unterstützt werden, durch die das Ökosystem sowohl auf europäischer Ebene als auch in anderen Regionen der Welt neu gestaltet werden soll.

Daciana Octavia Sârbu (PSE), schriftlich. – (RO) Die Europäische Union hat beim Kampf gegen den Klimawandel die Führungsrolle übernommen. Wenn wir eine langfristig angelegte Strategie für die wirksame

Verwaltung der natürlichen Ressourcen der Welt ausarbeiten, werden wir dazu beitragen, dass eine Weltwirtschaft entsteht, die sich durch niedrigere Kohlendioxidemissionen auszeichnet.

Diese Strategie muss auf dem Solidaritätsprinzip basieren, durch das ein Ausgleich zwischen reichen Ländern und Entwicklungsländern erzielt werden soll, wobei Entwicklungsländer unterstützt werden müssen, damit sie für die negativen Folgen des Klimawandels in Zukunft weniger anfällig sind. Die globale Erwärmung hat sich durch Armut, Lebensmittelknappheit und dadurch bemerkbar gemacht, dass Energieressourcen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Es ist allgemein bekannt, dass Öl als Energiequelle den Bedarf nicht mehr decken kann, da dieser bis 2030 um mindestens 60 % zunehmen wird. Die EU wird sich daher in Zukunft der Herausforderung stellen müssen, alternative Quellen zu finden und bereits vorhandene Quellen vernünftig zu nutzen. Die Landwirtschaft ist aufgrund ihrer Abhängigkeit von meteorologischen Bedingungen einer der Bereiche, die am stärksten unter dem Klimawandel leiden.

Wenn man bedenkt, dass dieser Sektor die Lebensmittel für die Bevölkerung dieser Welt bereitstellt, müssen die nachhaltige Verwaltung der Boden- und Wasserressourcen sowie der Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt auf der Tagesordnung für die Ausarbeitung einer langfristig angelegten Strategie zur Bekämpfung der Folgen der globalen Erwärmung stehen.

Richard Seeber (PPE-DE), schriftlich. – (DE) Europa und die Welt stehen aktuell vor großen Herausforderungen. Nicht nur die Kapitalmarktkrise ist ein drängendes Problem. Wir müssen auch schnellstmöglich die Weichen für einen nachhaltigen Klimaschutz stellen. Ein so großer wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluss wie die Europäische Union kann sich als führender Partner im Kampf gegen den Klimawandel etablieren.

Der erste Schritt ist dabei schon getan – die Union hat sich auf verbindliche Klimaziele geeinigt und mit der Verabschiedung des Klimapakets im Dezember 2008 viele sinnvolle Maßnahmen zum Klimaschutz auf den Weg gebracht. Oberste Priorität muss nun der Abschluss des internationalen Abkommens in Kopenhagen haben. Deindustrialisierung und unnötige Belastung der europäischen Wirtschaft müssen dabei vermieden werden. Vielmehr sollten vermehrt Investitionen und Forschungsanstrengungen in grüne Technologie unternommen werden. Europa kann so nicht nur im Umweltbereich, sondern auch wirtschaftlich nach vorne gebracht werden.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die Europäische Union ist zum wichtigsten Akteur geworden und ergreift durch die Annahme von Richtlinien, mit denen man die durch den Klimawandel ausgelöste globale Herausforderung direkt angeht, spezifische Maßnahmen.

Die auf diesem Gebiet betriebene europäische Politik kann global gesehen und innerhalb der EU wirksamer werden, wenn folgende Bedingungen gewährleistet sind: a) Die europäischen Bemühungen werden durch andere mächtige Industriestaaten außerhalb der EU und Länder wie beispielsweise China, Indien, Brasilien und Russland unterstützt. b) Die Entwicklung von Atomenergie wird gefördert, zumindest während der nächsten 30 bis 40 Jahre, bis Technologie entwickelt worden ist, die die Nutzung erneuerbarer Ressourcen ermöglicht und deren Kosten soweit gefallen sind, dass sie auch ohne Subventionen erschwinglich ist. c) Die Europäische Kommission unterstützt verstärkt Projekte, bei denen es darum geht, in weniger entwickelten EU-Mitgliedstaaten mit hohem landwirtschaftlichen Potenzial Energie einzusparen und Energie aus Biomasse zu fördern, und hierzu zählt auch der Technologietransfer.

In Rumänien wird man das Programm zur Gewinnung von Atomenergie fortführen. Gleichzeitig wird man die Kohlekraftwerke modernisieren und sich weiter darum bemühen, Energie aus Biomasse zu gewinnen. In diesen Bereichen sind wir auf Partnerschaften mit Mitgliedstaaten angewiesen und bitten die Europäische Kommission, die Verfahren zur Bewilligung europäischer Mittel schneller zu vereinfachen.

Csaba Sándor Tabajdi (PSE), schriftlich. – (HU) Umweltfreundliche Investitionen müssen bei staatlichen Konjunkturpaketen, durch die man den negativen Folgen der internationalen Wirtschaftskrise entgegenwirken möchte, eine wichtige Rolle spielen. Diese Investitionen, die der effektiveren Nutzung erneuerbarer Energiequellen dienen, senken den Energieverbrauch sowie die Emission von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen. Dies hat nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern wirkt sich auch aus gesellschaftlicher Sicht positiv aus. Es liegt im Interesse Ungarns, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Bemühungen in dieser Hinsicht aufeinander abstimmen und dafür sorgen, dass sie sich gegenseitig intensivieren. Beim Aufstellen von Umweltzielen müssen wir auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Kapazität der EU-Mitgliedstaaten berücksichtigen. Wir sollten nur erreichbare Ziele aufstellen und dabei darauf achten, welche Folgen sie auf die Wirtschaftskrise haben. Diese Ziele können nur dann erreicht werden, wenn die Gesellschaft Solidarität zeigt. Handlungen seitens der Regierung reichen hierzu nicht aus, und es muss in der Gesellschaft auch eine

stufenweise Haltungsänderung stattfinden. Die im Florenz-Bericht enthaltenen konkreten Handlungsvorschläge tragen alle dazu bei, dass die Gesellschaft ihre Haltung ändert. Beispiele dafür wären die Unterstützung des Baus von Gebäuden, in denen der Energieverbrauch auf Null reduziert wird, Passivhäuser, die Einrichtung eines europäischen Fonds zur Unterstützung der Forschung in Sachen erneuerbarer Energiequellen, die Verknüpfung von Energienetzen auf europäischer Ebene und das Sensibilisieren der EU-Bürger und vor allem der Kinder.

Zudem müssen wir dafür sorgen, dass Europa auch im 21. Jahrhundert im Hinblick auf Entwicklungen zum Schutze der Umwelt technologisch an der Spitze steht und dass wir dies aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht zu unserem Vorteil nutzen. Ungarn verfügt über zahlreiche landwirtschaftliche Vorteile, weshalb sich in Bezug auf die Energieerzeugung aus Biomasse oder die erneute Nutzung von pflanzlichen und tierischen Nebenprodukten, also Abfallstoffen, die kommerziell nicht genutzt werden können, in Form von Biogas hervorragende Chancen auftun könnten.

VORSITZ: DIANA WALLIS

Vizepräsidentin

4. Prioritäten bei der Bekämpfung der Alzheimerschen Krankheit (schriftliche Erklärung): siehe Protokoll

Eva-Britt Svensson (GUE/NGL). – (SV) Ich hoffe, dass jetzt das ganze Parlament zuhören wird. Im Rahmen der Tagung im Januar haben wir einstimmig eine EntschlieÙung über das Horn von Afrika angenommen. Sie enthielt einen spezifischen Paragraphen, aus dem hervorging, dass Dawit Isaak freigelassen werden sollte. Dawit Isaak ist inzwischen sehr krank, und ich möchte den Präsidenten bitten, sich schriftlich an die eritreischen Behörden zu wenden.

Die Nachricht über seine Krankheit wurde von unterschiedlichen Quellen bestätigt und heute in den schwedischen Medien veröffentlicht. Die Situation ist extrem ernst und ruft Verzweiflung hervor. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Dawit Isaak ein schwedisch-eritreischer Journalist ist, der seit 2001 inhaftiert ist, ohne dass ein Gerichtsverfahren stattgefunden hat. Seine gesundheitlichen Probleme sind inzwischen so ernst, dass er sich in einem Militärkrankenhaus befindet, und ich Sorge mich um sein Leben.

Ich bitte Sie, die Freilassung von Dawit Isaak zu unterstützen.

(Beifall)

Die Präsidentin. – Frau Svensson, ich kann bestätigen, dass der Präsident sich schriftlich an die entsprechenden Behörden wenden wird.

5. Abstimmungsstunde

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Ergebnisse und andere Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

5.1. – 2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik (A6-0495/2008, Karl-Heinz Florenz) (Abstimmung)

(Die Sitzung wird um 11.55 Uhr unterbrochen, und die feierliche Sitzung steht noch an.)

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING*Präsident***6. Feierliche Sitzung – Palästinensische Autonomiebehörde**

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit großer Freude und bewegt begrüße ich heute unter uns Mahmud Abbas, den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Herr Präsident, seien Sie sehr herzlich willkommen im Europäischen Parlament!

(Beifall)

Wir haben auch den Staatspräsidenten Israels, Shimon Peres, eingeladen. Wegen der Feiern zum sechzigjährigen Bestehen des Staates Israel konnte der vereinbarte Termin leider nicht eingehalten werden. Wir hoffen, dass der Besuch von Staatspräsident Peres bald nachgeholt werden kann.

Herr Präsident, Sie kommen nicht zum ersten Mal ins Europäische Parlament. Wenn ich Sie heute hier in Straßburg zu einem für den Nahen Osten und insbesondere für Ihr Volk, das palästinensische Volk, äußerst schwierigen Zeitpunkt begrüße, erinnere ich mich an unsere letzte Begegnung im Nahen Osten, die vor fast zwei Jahren – Ende Mai 2007 – in Gaza stattfand. Sie empfingen mich am offiziellen Sitz der Palästinensischen Autonomiebehörde. Unser Treffen werde ich niemals vergessen, die Situation war sehr, sehr angespannt. Sie führten seinerzeit heikle Vermittlungsgespräche mit dem Ziel, die Regierung der nationalen Einheit zu retten, die Sie mit Energie und Weitblick gebildet hatten. Bedauerlicherweise machte zehn Tage später ein unrühmlicher Staatsstreich diesen Bemühungen ein Ende.

Heute kommen Sie direkt aus Kairo, nach einem Zwischenstopp in Paris beim französischen Staatspräsidenten. In Kairo haben in den letzten Tagen vielversprechende Gespräche über die Bildung einer palästinensischen Regierung des nationalen Konsenses stattgefunden.

Angesichts der Tragödie im Gaza-Streifen hat das Europäische Parlament das Leiden des palästinensischen Volkes nicht teilnahmslos hingenommen. Das Europäische Parlament hat nicht geschwiegen. Wir haben einen sofortigen Waffenstillstand gefordert. Wir haben die unverhältnismäßige Reaktion verurteilt, die nicht nur die bewaffneten Kräfte der Hamas, sondern auch die Zivilbevölkerung sowie internationale humanitäre Organisationen traf. Ebenso haben wir entschieden die Provokationen und den Abschuss von Raketen durch die Hamas verurteilt, die bedauerlicherweise – und wir verurteilen das – auch trotz des Waffenstillstands weiterhin auf Israel abgefeuert werden. Dieses muss aufhören!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) für den beispielhaften Mut und die vorbildliche Aufopferung würdigen, mit denen sie ihren Auftrag ausgeführt haben und weiterhin ausführen. Im Namen des Europäischen Parlaments sei diesen Frauen und Männern der Vereinten Nationen aufrichtig gedankt!

(Beifall)

Wir rufen zu einer zügigen Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen auf, denn wir sind davon überzeugt, dass es nicht bloß eine militärische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts geben kann. Wir als politisch Handelnde stehen nun in der Pflicht und in der Verantwortung, alles daran zu setzen, dass die Menschen im Nahen Osten friedlich zusammenleben können. Voraussetzung für einen Frieden zwischen Israel und Palästina ist die innerpalästinensische Wiederaussöhnung. Das Europäische Parlament unterstützt vorbehaltlos die laufenden, insbesondere von Ägypten geführten Vermittlungsgespräche, die den Weg für die Bildung einer palästinensischen Regierung des nationalen Konsenses ebnen; nur eine solche Regierung ist in der Lage, die erforderliche Einheit des palästinensischen Volkes zu gewährleisten.

(Beifall)

Wir verlangen und erwarten, dass eine solche Regierung die Grundprinzipien des Friedensprozesses achtet, auf Gewalt verzichtet und engagiert Friedensverhandlungen mit Israel führt. Die Europäische Union ist bereit, mit einer solchen Regierung zusammenzuarbeiten.

Das Engagement des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, die Berufung von George Mitchell zum Sondergesandten für den Nahen Osten sind hoffnungsvolle Zeichen. Die Entschlossenheit der Europäischen Union – und ich freue mich, dass die zuständige Kommissarin, Frau Benita Ferrero-Waldner,

zusammen mit ihrer Kollegin unter uns ist –, ihr gesamtes politisches und wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale zu legen, sowie der politische Wille zahlreicher arabischer Partnerländer zeigen, dass eine Wiederbelebung und ein erfolgreicher Abschluss des Friedensprozesses auf der Grundlage der Resolutionen der Vereinten Nationen und der arabischen Friedensinitiative möglich sein sollte.

Herr Präsident Abbas, wir sind Ihnen dankbar, dass Sie heute hier sind, und ich sage für das Europäische Parlament, besonders aber für mich persönlich: Wir haben große Achtung und Anerkennung für das, was Sie unter schwierigsten Bedingungen tun. Wir vertrauen Ihnen, weil Sie ein Mann des Ausgleichs, der Versöhnung und damit auch des Friedens sind. Wir wünschen Ihnen Erfolg!

Ich darf Sie nun bitten, Ihre Botschaft an das Europäische Parlament zu richten. Herzlich willkommen, Herr Präsident Mahmud Abbas, im Europäischen Parlament!

(Beifall)

Mahmoud Abbas, *Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (Abschrift der englischen Fassung des arabischen Originals)*. – Im Namen Gottes, dem Gütigsten und Gnädigsten. Meine Exzellenz, Herr Pötering, Präsident des Europäischen Parlaments, meine Damen und Herren, Mitglieder des Europäischen Parlaments, zuerst möchte ich seiner Exzellenz, Herrn Pötering, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, meinen Dank aussprechen, und auch Ihnen möchte ich dafür danken, dass Sie mir Gelegenheit geben, vor dieser August-Versammlung zu sprechen.

Ich bin aus Palästina angereist. Die Menschen dort sind zum Opfer einer der längsten militärischen Besatzung in der modernen Geschichte geworden. Palästina ist durch die gewalttätigste, schlimmste und entsetzlichste militärische Aggression tief verwundet worden. Diese Aggression zielte auf die Leben von Kindern, Frauen und älteren Menschen ab, und auch ihre Häuser, Arbeitsplätze, Farmen, Werke und Schulen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Man wollte Trinkwasser, Abwassersystemen und Elektrizität sowie Krankenhäusern, Einrichtungen, Straßen und Brücken Schaden zufügen.

Ja, beim israelischen Krieg geht es zuallererst darum, die Überlebenschancen meiner Landsleute, ihre Infrastruktur, ihre Zukunft sowie die Zukunft des palästinensischen Staates, für dessen Gründung wir uns schon seit so langer Zeit einsetzen, zu zerstören.

Sie und der Rest der Welt sind Zeugen der verbrannten und überall verstreuten Körperteile von Kindern geworden. Sie haben die Aufrufe der Männer gehört und die Bitten der Kinder und Frauen, die einen Großteil ihrer Familienmitglieder verloren haben. Ja, Sie haben die Mutter gesehen, die umgebracht wurde, als sie noch ihre Babys in ihren Armen hielt. Sie haben den Vater gesehen, der fünf seiner Kinder bei Bombenangriffen verloren hat, und das Mädchen Balousha, das neben ihren Schwestern schlief und beim Aufwachen Explosionen hörte, durch die sie alle getötet wurden, und Hunderte von Kindern, deren Häuser in sich zusammenfielen, als sie sich noch in ihnen befanden.

Sie haben die Al-Fahura-Schule gesehen, die unter den Menschen von Jabalia als sicher galt. Sie suchten in ihr Zuflucht, und mehr als 40 dieser unschuldigen Flüchtlinge kamen durch Bombensplitter ums Leben. Diese Menschen hatten Familien, Namen, eine Geschichte, Ziele und Hoffnungen. Zudem wurden über 100 Menschen verletzt.

Mit diesen unschuldigen Opfern fielen auch die Werte des menschlichen Gewissens, der Prinzipien der Vereinten Nationen und ihre Pflichten, was den Schutz des internationalen Friedens und der Sicherheit angeht. Sie erinnern sich vielleicht auch noch daran, dass der Sitz der Vereinten Nationen, ihre Schulen, Kliniken und Lager für Lebensmittel und Medizin von diesem verrückten Krieg gegen die friedlichen und widerstandsfähigen Menschen von Gaza nicht unverschozt geblieben sind.

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, einen Besuch aus Palästina abgestattet, um Ihnen eine Frage zu stellen, die mit ein Junge mit dem Namen Luay stellte, der sein Augenlicht durch Bomben verloren hat. Er fragte mich, wer seinen Augen das Licht der Hoffnung und des Lebens und seinem Volk das Licht der Freiheit und des Friedens zurückgeben würde.

Ja, meine Damen und Herren, dies waren schreckliche Szenen und Bilder. So sah es nach diesem Krieg aus, bei dem über 1 400 Märtyrer getötet und mehr als 5 000 Menschen verletzt wurden; die Mehrheit waren unschuldige Zivilisten, und bei einem großen Prozentsatz handelte es sich um Kinder, Frauen und ältere Menschen. Etwa 500 Verwundete schweben noch in Lebensgefahr, und jeden Tag sterben einige von ihnen. Darüber hinaus wurden mehr als 24 000 Wohngebäude und sonstige Gebäude zerstört.

Dies bedeutet, dass etwa 90 000 Menschen obdachlos geworden sind und umsiedeln mussten. Abgesehen von der großflächigen Zerstörung von Elektrizitäts-, Wasser- und Abwassersystemen, Straßen, anderen wichtigen Einrichtungen sowie von öffentlichen und privaten Gebäuden hat dieser israelische Krieg die Früchte des Blutes und des Schweißes unseres palästinensischen Volkes ausgelöscht. Hunderttausende von Palästinensern haben ihr Leben lang dafür gearbeitet, und die Früchte dieser Arbeit haben sich jetzt in Nichts aufgelöst. Auch die Erfolge, die die Palästinensische Autonomiebehörde während der vergangenen 15 Jahre erzielt hat, wurden zunichte gemacht.

Ein Großteil der Infrastruktur und viele der Einrichtungen konnten dank der Unterstützung Ihrer und anderer uns wohl gesonnener Länder errichtet werden.

Und so sah es nach diesem Krieg aus. Dies geschieht parallel zu einer anderen Form der Aggression, die tagtäglich im Westjordanland verübt wird und gegen unsere Ländereien, unsere Landwirte und unsere Volkswirtschaft gerichtet ist.

Die israelische Besiedlung ist definitiv noch nicht vorbei. Die Besiedlungsstrategien führten dazu, dass die Trennungsmauer weiter gebaut wird und dass um die Städte, Kleinstädte, Dörfer und Flüchtlingslager des Westjordanlandes und Jerusalems mehr Straßensperren, Kontrollstationen und Hürden errichtet werden.

Im Gegenteil: Die Angebote für Siedlungseinheiten haben letztes Jahr im Vergleich zum Jahr vor Annapolis um ein 17-Faches zugenommen. Die Anzahl der Kontrollstationen ist von 580 auf 660 angestiegen.

Militärische Übergriffe finden noch statt, und dies gilt auch für die täglichen Festnahmen, die in manchen Fällen sogar zur Ermordung von Bürgern führen. Die Schikane durch die Siedler und ihre bewaffneten Übergriffe, das Inbrandsetzen von Wohnhäusern, wie es in Hebron, Nablus und in anderen Gebieten geschehen ist, die Terroranschläge, die von Siedlern gegen Landwirte verübt worden sind, und zwar in der Olivensaison, die für uns als Symbol von Frieden und Leben gilt und abgesehen davon die Lebensgrundlage Zehntausender palästinensischer Familien darstellt.

Diese tragische Szene der israelischen Übergriffe und Aggressionen im Westjordanland und auch in Ostjerusalem bestätigen uns und der Welt, dass es sich hier um einen Angriff auf das ganze palästinensische Volk, seine Zukunft und seine legitimen nationalen Rechte handelt. Es ist eine Aggression und ein Krieg dagegen, dass in Zukunft Frieden herrschen könnte und gegen die dedizierten internationalen Bemühungen, die zu diesem Zweck unternommen worden sind.

Dieses ungerechte Embargo gegen unsere Leute im Gazastreifen und der Krieg, der gegen sie geführt wurde, war nur eine Episode aus einer kontinuierlichen Reihe von Maßnahmen, durch die der Gazastreifen von den anderen besetzten palästinensischen Gebieten getrennt und nicht nur der Gazastreifen, sondern auch unser Volk an den Rand gedrängt werden sollten, damit wir unser Endziel nicht erreichen: das Ende der Besatzung, Freiheit, das Recht auf Selbstbestimmung und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf den Gebieten, die 1967 besetzt wurden, mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Dies wird durch die eskalierenden Besiedlungsstrategien bestätigt, und zwar trotz aller Bemühungen und Übereinkünfte wie dem George Mitchell-Bericht aus dem Jahr 2001 und der letzten Übereinkunft, der Annapolis-Übereinkunft, in der dem palästinensischen Volk versprochen wurde, dass es spätestens Ende 2008 einen eigenen Staat haben wird. Der Gipfel dieser Annapolis-Übereinkunft war jedoch ein zerstörerischer Krieg im Gazastreifen und ein Besatzungskrieg im Westjordanland und in Jerusalem.

Die Welt hat in Annapolis eine Erklärung abgegeben, die besagt, dass unilaterale und militärische Lösungen fehlgeschlagen sind. Auch wir haben erklärt, dass sich Israel dafür einsetzen sollte, keine Besiedlungsaktivitäten mehr auszuführen, um den Weg zu einem politischen Prozess zu ebnen, durch den die Besatzung ein Ende findet und das Recht auf eine Zwei-Staaten-Lösung mit einem palästinensischen Staat und einem israelischen Staat verwirklicht wird. Die Realität zeigt jedoch, dass in Israel noch immer eine Militär- und Besiedlungsmentalität herrscht, obwohl die politischen Führungskräfte über eine Zwei-Staaten-Lösung sprechen.

Wir dürfen Israel nicht so behandeln, als ob es ein Staat wäre, für den weder die Rechenschaftspflicht noch das Völkerrecht gilt. Wir müssen diesen Praktiken ein Ende setzen, und wir müssen die politischen Führungskräfte Israels für die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Rechenschaft ziehen.

(Beifall)

Gleichzeitig möchten wir betonen, dass es für den Erfolg der Hilfsaktionen und die Umsiedlung von Familien, deren Häuser zerstört wurden, erforderlich ist, dass Embargos, Kontrollstationen und Übergänge abgeschafft werden und Israel dazu aufgefordert wird, die im Rahmen des Abkommens von 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Dies würde dazu führen, dass das Land in den Genuss von Hilfsmitteln und die für den Wiederaufbau erforderlichen Geräte und Materialien kommen sowie ein ganz normaler Güter- und Personenverkehr gewährleistet wird. Dies gilt für alle Übergänge im Gazastreifen und nicht nur für den Übergang in Rafah. Zudem erstreckt es sich auf die Freizügigkeit im Westjordanland und die Sicherheitskorridore zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen, damit die Einheit des palästinensischen Gebiets und seiner Wirtschaft betont wird.

An dieser Stelle möchte ich auf die Bemühungen hinweisen, die UNRWA im Rahmen der kontinuierlichen Arbeit dieser Organisation trotz aller Widerstände und Hindernisse unternommen hat, um Menschen zu helfen. Ich fordere Ihre Organisation und andere Organisationen auf, diese Bemühungen in allen Bereichen zu unterstützen.

Nationale Versöhnung und eine Regierung der nationalen Versöhnung gehören zu unseren Prioritäten. Wir haben die Tür für diese Versöhnung, durch die Meinungsverschiedenheiten und Streit ein Ende finden werden, aufgestoßen und sind auch zu Gesprächen über die Teilung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland bereit. Wir haben davor gewarnt, in diese Falle – die uns Israel wünscht – zu fallen.

Anfang Juni sprachen wir uns aus diesem Grund für einen bedingungslosen Dialog aus. Wir akzeptierten das ägyptische Arbeitspapier. Unsere Türen stehen noch immer offen. Wir werden es nicht zulassen, dass unser Volk und seine geografische Einheit geteilt werden. Wir werden uns auch weiterhin gegen Trennungsversuche wehren.

Wir kennen die Absichten und die Pläne regionaler Kräfte und Tendenzen, bei denen die Trennung befürwortet und gefördert wird. Diese Kräfte behindern die ägyptische Lösung, durch die interne Streitereien und verschiedene Auffassungen beendet werden. Diese Lösung wird auf arabischer Ebene von der Arabischen Liga und durch die Resolution 1860 des Sicherheitsrates unterstützt, an deren Entwurf ich zusammen mit arabischen und europäischen Ministern selbst beteiligt war.

Ich möchte betonen, dass wir uns weiterhin darum bemühen sollten, unser edelstes Ziel zu erreichen, nämlich eine Lösung für das arabisch-palästinensische Problem zu finden, weil die Zukunft durch den Status Quo voller Fragezeichen ist und unser Volk zum Opfer von Strategien wird, die durch Krieg, Aggression und Extremismus bestimmt werden.

Wir benötigen zuerst eine Regierung der nationalen Versöhnung, die ein Programm verfolgt, das von arabischen und internationalen Parteien unterstützt wird und im Rahmen dessen wir Übergänge und Wiederaufbauarbeiten beaufsichtigen können, wovon unser Volk und die Vorbereitungen für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen profitieren werden.

Ich hoffe, dass Sie uns Ihre Unterstützung zukommen lassen und dass Sie uns – wie es 1996 und 2006 der Fall war – beim Organisieren solcher Wahlen sowie bei der Beaufsichtigung unterstützen werden. Zudem hoffen wir, dass wir mit Ihrer Unterstützung rechnen können, was die Freilassung des Präsidenten des Palästinensischen Legislativrats und aller Parlamentarier angeht, die festgenommen wurden und noch als israelische Häftlinge im Gefängnis sitzen.

(Beifall)

Die Hauptursache des Konflikts, der sich in unserer Region zuträgt, ist die israelische Besatzung. Es ist ein Konflikt zwischen den Hoffnungen und Ambitionen unseres Volkes, sich dieser Besatzung zu entledigen, und dem Versuch Israels, diese Ambitionen zunichte zu machen und internationale Bemühungen zu behindern, die darauf abzielen, friedlich einen palästinensischen Staat zu gründen.

Unser Volk wendet sich mit folgender Bitte an Sie und an alle Nationen, die für Frieden und Gerechtigkeit stehen: Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihre rechtliche, politische und moralische Verantwortung übernimmt, um ein angemessenes Maß an internationalem Schutz zu gewährleisten sowie unserem Volk die Chance zu geben, sich dieser Besatzung zu entledigen und in Frieden und Freiheit zu leben. Hier möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir und Sie gefordert haben, dass internationale Streitkräfte unser Volk beschützen sollten.

Wir haben davon gehört, dass internationale und arabische Bemühungen für den Wiederaufbau des Gazastreifens unternommen werden. Es stimmt, dass diese Bemühungen so bald wie möglich unternommen

werden sollten, damit unser Volk wieder Hoffnung und Vertrauen schöpfen kann, aber wir fragen uns, wie lange es Israel noch erlaubt wird, Eigentum und Infrastruktur des arabischen Volkes zu zerstören.

Die internationale Gemeinschaft muss daher verhindern, dass sich Ereignisse der Vergangenheit wiederholen, und sie sollte Israel darüber hinaus auffordern, seine destruktiven Strategien einzustellen. Ich möchte der Europäischen Kommission noch einmal meinen Dank dafür aussprechen, dass sie uns beim Wiederaufbau der Einrichtungen und Institutionen der Palästinensischen Autonomiebehörde behilflich war. Ich möchte betonen, dass ernste und umfassende Verhandlungen in Zukunft nicht geführt werden können, wenn es nicht zu einem vollständigen Stopp der Besatzung kommt. Und dies schließt die sogenannte natürliche Ausweitung ein. Auch die Besiedlungsblöcke und alle Arten von Embargos müssen ein Ende finden.

Ich möchte Ihnen gegenüber bestätigen, dass die Errungenschaften der Palästinensischen Regierung im Hinblick auf die Intensivierung von Frieden, öffentlicher Ordnung und Stabilität von niemandem ignoriert werden können. Israel sollte sich an seine Termine halten und auch damit aufhören, die Bemühungen der Palästinensischen Regierung durch Übergriffe und Festnahmen zu untergraben. Zudem sollte es den Rechts- und Sicherheitsstatus der Palästinensischen Autonomiebehörde respektieren und die Regierung dazu befähigen, ihre wichtigen wirtschaftlichen Projekte durchzuführen, ohne Vorwände wie die G-Bereiche und andere Beispiele anzuführen.

Über das Ende der Besatzung können wir nicht mehr verhandeln. Wir brauchen ein vollkommenes Ende der Besatzung, das heißt des Gebiets, das seit dem 5. Juni 1967 besetzt wird, und genau das entspricht der vereinbarten Roadmap. Wir können nicht erneut damit anfangen, Teilbereiche und verwandte Themen zu verhandeln, wenn wir noch keine Lösung für das Hauptproblem, nämlich das Ende der Besatzung, haben und die Besiedlung eskaliert, damit diese Besatzung intensiviert und vertieft wird. Außerdem wurden 1 100 Palästinenser festgenommen. Nur so werden unser Volk und die insgesamt in der Gegend lebenden Menschen wieder Vertrauen in den Friedensprozess haben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen den Wiederaufbau des Gazastreifens, aber auch den Wiederaufbau des Friedensprozesses. Und dafür sind wir gemeinsam verantwortlich. Europa, das nicht nur in der Vergangenheit die Prinzipien der Sicherheit und Gerechtigkeit in unserer Gegend und im Rest der Welt aufrechterhalten hat, sondern dies auch heute noch tut, muss erklären, welche Rolle es in einer umfassenden und klaren Partnerschaft mit der Regierung des Präsidenten Obama, dem Quartett und der internationalen Gemeinschaft spielt. Dies ist heute wichtiger denn je. Die Wahl des Präsidenten Obama, seine deutliche Haltung und die Ernennung von George Mitchell zu seinem Sonderbeauftragten sind Initiativen, die uns das Gefühl vermitteln, dass die Verhandlungen und der gesamte politische Prozess künftig besser verlaufen werden.

Ich möchte ganz ehrlich sagen, dass unsere arabische Entscheidung darin besteht, die arabische Friedensinitiative umzusetzen. Diese arabische Friedensinitiative ist Teil der Roadmap und hat sich inzwischen zu einer islamischen Friedensinitiative ausgeweitet, an der sich 57 muslimische Länder beteiligen. Diese Initiative sollte in ihrer Gesamtheit beschlossen werden.

Wie ich bereits erwähnt habe, ist diese Initiative Teil der Roadmap, die im Rahmen der Resolution 1515 des Sicherheitsrates angenommen wurde. Wir können hier nicht einfach gewisse Aspekte auswählen und über seine Grundlagen verhandeln, die ja auf dem Völkerrecht basieren. Dies ist die letzte Chance, die wir in unserer Region haben, um für wahren und gerechten Frieden zu sorgen. Sämtliche Beteiligten, vor allem Israel, und das Quartett sollten dies laut und ehrlich sagen.

Wir müssen auch darauf aufmerksam machen, dass aus der arabischen Friedensinitiative inzwischen eine islamische Initiative geworden ist. Dabei handelt es sich um eine Initiative, bei der Land für Frieden gefordert wird. Sobald sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückzieht, sind die 57 arabischen und muslimischen Länder bereit, ihr Verhältnis zu Israel zu normalisieren. Dies ist eine historische Gelegenheit, die nicht ungenutzt bleiben sollte.

Meine Damen und Herren, die Szenen des Todes und der Zerstörung haben das Gewissen und die Gefühle von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt – auch in befreundeten europäischen Ländern – erschüttert. Unser Volk schätzt dieses lebendige menschliche Gewissen, wir müssen in dieser Hinsicht aber auch betonen, dass das palästinensische Volk seinen Willen nicht verlieren wird, für Freiheit und Leben zu kämpfen. Unsere Menschen sehen Ihrer Unterstützung des Kampfes für das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit mit Freude entgegen. Wir wollen uns eine Zukunft aufbauen und unseren Kindern ein Recht auf ein sicheres Leben gewähren, eine gute Schulbildung ermöglichen und insgesamt für eine positive Zukunft in unserer Heimat sorgen, denn diese Heimat verdient Leben und Sicherheit.

Meine Damen und Herren, Mahmoud Darwish, unser berühmter palästinensischer Dichter hat dies immer wieder gesagt: „Für dieses Land lohnt es sich zu leben“. In diesem Sinne möchte ich Ihnen im Namen des Volkes, dem dieser hervorragende Dichter angehört, meinen tiefen Dank dafür aussprechen, dass Sie zu seinem Gedenken Veranstaltungen organisiert haben. Dieser Dichter ist das Symbol des palästinensischen Patriotismus. Er ist ein Dichter der Menschlichkeit.

Und Mahmoud Darwish möchte ich Folgendes sagen: „Dein noch nicht geschriebenes Gedicht über die Kinder des Gazastreifens, ihr Leiden und ihre Hoffnungen, wird von einem Dichter geschrieben werden, der aus den Reihen dieser Kinder stammt, die deinen Geist genauso aufrechterhalten haben wie du dich für ihren Kampf und ihre kleinen Träume eingesetzt hast.“ Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Anhaltender Beifall)

Der Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident Abbas! Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich Ihnen sehr herzlich danken, dass Sie zu uns hier ins Europäische Parlament nach Straßburg gekommen sind und dass Sie zu uns gesprochen haben. Es ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe, am Frieden zu arbeiten. Wir in der Europäischen Union, das Europäische Parlament, wir wollen ehrlicher Makler sein. Wir wollen, dass die Menschen in Israel in sicheren Grenzen leben, und wir wollen, dass die Menschen in Palästina in sicheren Grenzen leben. Wir gehen von der Würde des Menschen aus. Ein palästinensisches Mädchen ist so fleißig in der Schule wie ein israelisches Mädchen. Ein israelischer Junge spielt so gerne Fußball wie ein palästinensischer Junge. Es muss die Zeit kommen für das, was wir in Europa erreicht haben: friedlich miteinander zu leben. Das ist unser Wunsch für den Nahen Osten.

Wir wünschen Ihnen, Herr Präsident Abbas, Erfolg bei Ihren großen Bemühungen für den Frieden. Ein sicherer palästinensischer Staat, aber auch – und das sagen wir an die Adresse Israels gewandt – ein sicherer israelischer Staat darf keine Vision bleiben! Es muss Wirklichkeit werden, und es muss Wirklichkeit werden in unserer Generation! Wenn wir es wollen, dann kann man das erreichen.

(Beifall)

Herr Präsident, ich danke Ihnen. Wenn die Umstände es erlauben, werden wir uns am 23./24. Februar sehen. Der Vorstand der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung hat mich beauftragt, Palästina und Israel zu besuchen. Wir werden mit einer Delegation unter meinem Vorsitz nach Gaza reisen. Wir werden aber auch die Gebiete im südlichen Israel besuchen. Wenn Ihr Terminplan es erlaubt – und ich hoffe, das ist möglich –, werden wir uns in Ramallah sehen. Ich werde natürlich auch in Jerusalem sein.

Wir wollen dabei helfen – wir sagen das mit unserem Verstand und mit unserem Herzen –, dass der Friede möglich wird im Nahen Osten zwischen Israel und Palästina, zwischen Palästina und Israel.

Herr Präsident Abbas, wir danken Ihnen für Ihre Arbeit und ermutigen Sie, auf diesem Weg der Versöhnung, des Ausgleichs und des Friedens weiterzugehen. Wir danken Ihnen für Ihren Besuch hier im Europäischen Parlament.

(Beifall)

VORSITZ: DIANA WALLIS

Vizepräsidentin

Urszula Gacek (PPE-DE). – Frau Präsidentin, vor vier Monaten wurde ein polnischer Ingenieur in Pakistan entführt. Die Geiselnnehmer gehören den Taliban an und drohen, ihn heute umzubringen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Ich appelliere an dieses Haus, die Regierungen von Polen und Pakistan bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Freilassung meines Landsmannes zu erzielen.

7. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)

7.1. Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen (A6-0026/2009, Claudio Fava) (Abstimmung)

– Vor der Abstimmung:

Claudio Fava, Berichterstatter. – (IT) Frau Präsidentin, wenn Sie einverstanden sind, möchte ich den Rat mit Unterstützung der anderen Fraktionen bitten, folgende formale Erklärung der Richtlinie beizufügen und die Abstimmung über die legislative Entschließung daher zu verschieben. Ich möchte die Erklärung, die hoffentlich angehängt wird, vorlesen:

rapporteur. – „Das Europäische Parlament und der Rat erklären, dass die in Artikel 9 dieser Richtlinie vereinbarten Regeln für die Vergabe von Arbeit an Subunternehmer unbeschadet anderer Vorschriften gelten, die in Zukunft mittels legislativer Instrumente eingeführt werden.“

Martin Bursík, amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, die Präsidentschaft nimmt die vorgeschlagene Erklärung zur Kenntnis. Wir müssen die Mitglieder des Europäischen Parlaments jedoch darüber informieren, dass wir Verpflichtungen nicht im Namen des Rates eingehen können, ohne diesen vorher konsultiert zu haben.

Claudio Fava, Berichterstatter. – (IT) Frau Präsidentin, ich habe Verständnis dafür, dass der Rat mit dem Ausschuss der Ständigen Vertreter ein formales Treffen abhalten muss. Ich bitte die Präsidentschaft, offiziell vorzuschlagen, dass diese Erklärung hinzugefügt werden sollte, und aus diesem Grund bitte ich auch darum, dass die Abstimmung über die Entschließung auf die nächste Plenarsitzung verschoben wird. Dadurch hätte der Rat Zeit, die formale Konsultation durchzuführen.

(Das Parlament beschließt, die Abstimmung zu verschieben.)

7.2. Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien (Abstimmung)

7.3. Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen (Abstimmung)

8. Stimmerklärungen

Reinhard Rack (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin! Ich habe das letzte Mal bei der feierlichen Sitzung darum gebeten, den Einsatz der Kamera dadurch zu erleichtern, dass man einen Sitz frei lässt. Heute war das wieder nicht der Fall: die Kamera war nicht bei mir, sondern bei General Morillon und anschließend beim Kollegen Grosch. Vielleicht könnte man dafür sorgen, dass sowohl die Arbeit des Kameramanns als auch unsere Arbeit ermöglicht werden.

Die Präsidentin. – Danke, Herr Rack, wir werden den Sitzungsdienst daran erinnern.

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

– Bericht: Karl-Heinz Florenz (A6-0495/2008)

David Sumberg (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich habe letztendlich für diesen Bericht gestimmt, weil wir insgesamt alle für Umweltschutz sind. Dies ist eine edle Tradition in meiner Partei – der Konservativen Partei Großbritanniens –, aber ich denke, ich muss noch zwei Bedingungen geltend machen.

Die erste Bedingung ist, dass eine gute Politik für den Klimawandel nur möglich ist, wenn alle mitmachen. Es wäre für die Europäische Union oder für ein beliebiges Land einfach nur eine Zeitverschwendung, alleine eine Politik aufzustellen. Wir müssen daher die asiatischen Länder einbinden.

Die zweite Bedingung ist, dass angesichts der Ungewissheit, in der wir gerade leben, eine Politik für den Klimawandel mit der Notwendigkeit der Energieversorgungssicherheit vereint werden muss. Wir sehen uns auf der ganzen Welt inzwischen mit einer Situation konfrontiert, in der die einzelnen Länder auf eine regelmäßige Energieversorgung angewiesen sind. Dieser Aspekt sollte an erster Stelle stehen, weil ohne Energie die Volkswirtschaften sowie das Wohlergehen und der Wohlstand unserer Menschen nicht aufrechterhalten werden können.

Bogdan Pęk (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte mich ebenfalls zu dieser Richtlinie äußern. Ich habe gegen die Richtlinie gestimmt, weil ich vollkommen davon überzeugt bin, dass sie extrem gefährlich ist und für die Entwicklung Europas eine Bedrohung darstellt. In ihr wird das offensichtliche Thema der Notwendigkeit,

die Umwelt auf vernünftige Art und Weise zu schützen, mit der völlig heuchlerischen Idee vereint, dass Menschen auf die zyklischen Veränderungen des Klimas Einfluss nehmen können.

Es ist genau dieser Teil, also das Thema der Senkung der Kohlendioxidemissionen, um den es im wichtigsten Artikel dieses Dokuments geht. Die enormen Geldbeträge – sie werden auf Hunderte von Milliarden geschätzt –, die für dieses Ziel ausgegeben werden sollen, würden einfach nur verschwendet werden, obwohl sie stattdessen so angelegt werden könnten, dass in der Europäischen Union aus umwelt- und energiepolitischer Sicht echte Sicherheit erzielt wird. Dies ist eine äußerst schlechte und auf tragische Weise unglückliche Lösung.

Avril Doyle (PPE-DE). – Frau Präsidentin, mehrere Paragraphen und Artikel des Florenz-Berichts, besonders Paragraph 190, beziehen sich darauf, wie die Landwirtschaft zum Klimawandel beiträgt. Obwohl die geringe oder erhaltende Bodenbestellung in den meisten EU-Staaten eine Option ist und sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch in Sachen Klimawandel Vorteile bringt – und meiner Ansicht nach wesentlich mehr Unterstützung verdient –, geht es bei der landwirtschaftlichen Debatte und Forschung vorwiegend darum, welchen Beitrag Wiederkäuer durch Methan und Stickoxid leisten.

Solange wir Fortschritte erzielen, unterstütze ich es nicht, dass Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Emissionssenkung durch die zwangsweise Reduzierung der Viehherden Europas die Ziele der Sektoren erreichen müssen, die nicht im Handel tätig sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir Waren, die wir nicht hier in Europa produzieren können, importieren müssen. Ein Kilo Rindfleisch aus Brasilien verursacht sechsmal höhere Kohlendioxidemissionen als ein Kilo Rindfleisch aus Irland.

Leopold Józef Rutowicz (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, die europäische Wirtschaft ist der größte Importeur fossiler Brennstoffe. Steigt der Preis dieser Kraftstoffe durch höhere Nachfrage und höhere Gewinnungskosten, so könnte dies die Lebensqualität unserer Bürger stark beeinträchtigen und dazu führen, dass die Wirtschaft der Europäischen Union weniger wettbewerbsfähig ist.

Durch Bemühungen, Energie zu sparen und umweltfreundliche Energiequellen einzuführen, durch die sich Energie zu einem stabilen und relativ niedrigen Preis erzeugen lässt, könnte man diesem Trend entgegenwirken. Nutzt man wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung technologischer Lösungen, werden die Kohlendioxidemissionen automatisch fallen. Verbreitet man jedoch umstrittene Theorien und erschreckt man uns mit Informationen über Kohlendioxid, so bringt dies gar nichts. Es erschwert lediglich den technischen und materiellen Prozess der Senkung der Kohlendioxidemissionen und schränkt die Nutzung fossiler Brennstoffe bei der Erzeugung von Energie ein.

Ich unterstütze alle technischen und wissenschaftlichen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Nutzung fossiler Brennstoffe zu reduzieren. Den im Bericht von Karl-Heinz Florenz aufgeführten Theorien kann ich jedoch leider nicht zustimmen. Der Bericht erhält daher nicht meine Unterstützung.

Zuzana Roithová (PPE-DE). – (CS) Frau Präsidentin, ich möchte Karl-Heinz Florenz für seine Bemühungen und dafür danken, wie er den Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel auf demokratische Weise geleitet hat. Obwohl sein ursprünglicher Bericht besser war als dieser Kompromiss, habe ich dennoch für den Bericht gestimmt. Bei dieser sachlich und professionell geführten Diskussion wurden heute sehr unterschiedliche Ansichten zur Sprache gebracht. Einige waren kritischer Natur, aber wir sind uns alle dahingehend einig, dass der Klimawandel bereits begonnen hat. Und dank des Maßes an Zivilisation, das wir inzwischen erreicht haben, können wir zweifelsohne Einfluss nehmen. Außerdem sind wir es künftigen Generationen schuldig, zu einer Übereinkunft über wirksame Maßnahmen zu kommen. Keine dieser Maßnahmen ist ein Allheilmittel, und sie müssen ausnahmslos auf alle Kontinente angewandt werden. Ich bin der Meinung, dass es die tschechische Präsidentschaft trotz der extremen Ansichten des tschechischen Präsidenten schaffen wird, von den USA neue Verpflichtungserklärungen zu erhalten.

Hynek Fajmon (PPE-DE). – (CS) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe gegen den Florenz-Bericht gestimmt. Die Annahme dieses Berichts ist für die EU-Bürger keine gute Nachricht. Das Klima der Erde hat sich in der Vergangenheit verändert, es verändert sich in der Gegenwart und es wird sich auch in Zukunft verändern – ob wir dies wollen oder nicht. Die absurden Verpflichtungen, die sich die EU in diesem Bereich auferlegt, werden daran nichts ändern. Aus dem Florenz-Bericht geht hervor, dass die 2007 von der EU abgegebenen Klimaversprechen nicht ausreichen und dass sie intensiviert werden müssen. Dem stimme ich nicht zu. Solange nur die EU ihre Emissionen senkt, kann das Ziel der Senkung der weltweit erzeugten Emissionen niemals erreicht werden. Es wird lediglich dazu führen, dass ein Großteil der europäischen Unternehmen ins Ausland abwandert und Stellen verloren gehen. Die Verfasser des Berichts wollen ganz Europa umkrempeln, und zwar von den Speisekarten bis zum Tourismus, denn der

Sozialtourismus entspricht von nun an dem offiziellen Ziel. Selbst Mao Tse-tung wäre auf solch eine Kulturrevolution stolz, bei der alles Alte abgeschafft und durch Neues ersetzt wird. Kein rational denkender Mensch könnte diesem Ansatz zustimmen, und ich habe daher gegen ihn gestimmt.

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – (PL) Frau Präsidentin, obwohl 70 % der Erdoberfläche aus Wasser besteht, verknappen sich unsere Wasserressourcen, vor allem das Trinkwasser, mit erschreckender Geschwindigkeit. Immer größere Gebiete unseres Planeten sehen sich der Bedrohung der Wasserarmut ausgesetzt. Je schneller wir uns entwickeln, desto mehr Wasser benötigen wir auch. Durch Forschung wurde ermittelt, dass Gesellschaften mit zunehmendem Wohlstand einen immer größeren Bedarf an Wasser haben. Ohne Wasser ist Fortschritt nicht möglich.

Viele Regionen der Welt stehen kurz vor einem Desaster. Wenn wir den *Status quo* im Hinblick auf die Wasserwirtschaft beibehalten, könnte dies dazu führen, dass der Zugang zu Wasser nicht nur Streitigkeiten auslöst, sondern sogar Kriege. Die materielle Situation eines Landes und nicht seine militärischen Fähigkeiten wird dafür ausschlaggebend sein, wie erfolgreich es ist. Wasserknappheit wird in äußerst kurzer Zeit zu einer Lebensmittelkrise führen.

Wir benötigen eine angemessene, integrierte Politik, durch die sich unsere Wasserreserven erhalten und erneuern lassen. Wir müssen die Wassernutzung rationalisieren.

Ivo Strejček (PPE-DE). – Frau Präsidentin, erlauben Sie mir bitte, die Gründe dafür zu erklären, weshalb ich gegen den Florenz-Bericht gestimmt habe.

Politische Strategien für den Klimawandel basieren größtenteils auf Ideologien, die nur Panik auslösen sollen. Die Beweise für den Klimawandel sind umstritten. Auch die Hypothesen, durch die der Mensch für diese Veränderungen verantwortlich gemacht wird, sind gelinde gesagt zweifelhaft. Der Mensch wird als Wesen betrachtet, das der Umwelt schadet und keinerlei positive Auswirkung auf sie hat. Diese Meinung teile ich nicht.

Der Inhalt des Berichts ist eine direkte Konsequenz einer beliebten umweltfreundlichen Ideologie, die besagt, dass wir die Natur und den Planeten an erste Stelle setzen müssen und uns nicht um die Menschen, ihre Bedürfnisse und Interessen kümmern können.

Die wenigen Änderungsanträge zum Bericht, in denen es darum geht, dass bei der Atomenergie weiterer Fortschritt erzielt werden sollte und die Fortführung der Kernfusion unterstützt wird, können den negativen Einfluss, den dieser Bericht auf die Wirtschaft und Landwirtschaft ganz Europas haben wird, kaum mildern.

Ich habe gegen den Bericht gestimmt, weil es sich bei ihm um einen Plan handelt, der beträchtliche politische Probleme verursachen wird. Anstatt Ideen zu fördern, an denen niemand interessiert ist, sollten wir uns um die Menschen und ihre Bedürfnisse kümmern.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich habe diesen Bericht vor allem deshalb unterstützt, weil die Paragraphen, die bei mir gewisse Bedenken hervorriefen, entweder herausgenommen oder so geändert wurden, dass ich sie akzeptieren konnte. Dabei ging es vorwiegend um das Ausmaß der Viehbestände. Ich möchte noch einmal den Punkt betonen, dass die Europäische Union die Viehbestände aufgrund der bereits durchgeführten GAP-Reformen beträchtlich reduziert hat, dass wir inzwischen mehr Rindfleisch importieren als exportieren und dass sich die Produktion des Rindfleischs im außereuropäischen Ausland negativ auf den Klimawandel auswirkt.

Dies zeigt uns wirklich, wie wichtig ein globaler Konsens ist und dass wir darauf bestehen müssen, dass andere dem Beispiel Europas, das eine Vorreiterrolle eingenommen hat, folgen. Wir würden uns nur schaden, wenn wir die einzigen sind, die diesbezüglich Fortschritte erzielen.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass ich die in diesem Bericht aufgeführte Idee unterstütze, bei der es darum geht, in einem bestimmten Jahr Informationen vorzulegen und auf das Thema des Klimawandels so einzugehen, dass sich dadurch auch andere Menschen motivieren lassen. In diesem Bereich wurde bereits gute Arbeit geleistet.

Nirj Deva (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich habe für diesen Bericht gestimmt, weil ich zum allerersten Mal den Eindruck habe, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten an einem Strang ziehen. Als Präsident Obama das Amt übergeben wurde, erklärte er, dass die Umwelt in seinen Programmen ganz oben stehen wird.

Ich weiß jedoch nicht, ob meine Wähler glauben werden, dass wir tatsächlich etwas bewirken können. Selbst wenn sich die Vereinigten Staaten und die Europäische Union gemeinsam dafür einsetzen, dass die Emission der Kohlendioxide verringert wird, müssen wir uns darüber Gedanken machen, was passiert, wenn es uns nicht gelingt, die Schwellenländer Indien und China davon zu überzeugen, genauso vorzugehen. Daher müssen wir den Technologietransfer vorantreiben und den Chinesen und Indern dabei behilflich sein, die modernste kohlenstoffarme Technologie zu finden, die wir exportieren können, und sie beim Etablieren von Partnerschaften unterstützen. Während wir uns hier unterhalten, werden in China jede zweite Woche kohlenstoffintensive Kohlekraftwerke in Betrieb genommen. Was bringt es uns daher, wenn wir Einschränkungen bewirken, wenn wir uns nicht um den Technologietransfer kümmern?

Daniel Hannan (NI). – Frau Präsidentin, wieder einmal können wir beobachten, wie die Europäische Union in einer virtuellen Welt lebt, einer Welt, die nur in den parlamentarischen Entschliefungen, den amtlichen Mitteilungen der Kommission und in den Pressemeldungen des Rates existiert.

Wir sprechen uns gegen die globale Erwärmung aus, aber unsere monatliche Pilgerreise zwischen Brüssel und Straßburg verursacht Hunderttausende Tonnen an Treibhausgasen. Wir reden scheinheilig über nachhaltige Landnutzung, durch die gemeinsame Agrarpolitik wird jedoch das Fällen von Hecken, die Nutzung chemischer Dünger und das Abladen von Überschüssen auf den empfindlichen Märkten der Länder der Dritten Welt gefördert. Wir predigen über Erhaltung, die gemeinsame Fischereipolitik hat jedoch eine ökologische Katastrophe verursacht, was dazu geführt hat, dass eine Ressource vernichtet wurde, die großes Potenzial hatte und erneuerbar hätte sein sollen.

Liebe Kollegen, denken Sie nicht, dass dies unseren Wählern aufgefallen ist? Oder denken Sie, dass Sie – wie der böse Dämon des Descartes – ihre Realität beeinflussen können, indem Sie ihre Wahrnehmung kontrollieren? In Wirklichkeit haben uns unsere Wähler schon seit langem durchschaut, und genau deshalb stimmen sie auch bei jeder Gelegenheit mit „Nein“. Wenn Sie meinen, dass ich da falsch liege, dann beweisen Sie es mir. Führen Sie für den Lissabon-Vertrag ein Referendum durch: *Pactio Olisipiensis censenda est*.

– **Bericht: Claudio Fava (A6-0026/2009)**

Zuzana Roithová (PPE-DE). – (CS) Obwohl ich für den Fava-Bericht gestimmt habe, habe ich grundlegende Bedenken, was den Titel der Richtlinie betrifft, durch die Arbeitgebern von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal im Land aufhalten, Sanktionen auferlegt werden können. Dies ist heuchlerisch, wo doch auf dem Schwarzmarkt auch Millionen Europäer unter anderem als Arbeiter, Gewerbetreibende und Haushaltshilfen tätig sind. Die Harmonisierung von Sanktionen muss auf dem Schwarzmarkt unabhängig davon stattfinden, aus welchem Land der Arbeitnehmer kommt.

Emine Bozkurt (PSE). – (NL) Die Delegation der PvdA (niederländische Arbeiterpartei) unterstützt die Ziele dieser Richtlinie, bei denen es darum geht, die Beschäftigung illegaler Einwanderer zu bestrafen und dadurch Menschen davon abzuhalten, illegal zu arbeiten, denn dies ist schließlich einer der Gründe für ihre illegale Einreise. Gleichzeitig soll die Ausbeutung von Migranten verhindert bzw. kontrolliert werden.

Trotz einiger positiver Elemente, die in diesem Kompromiss enthalten sind, sahen wir uns gezwungen, aus verschiedenen Gründen gegen ihn zu stimmen. Ursprünglich enthielt der Text eine Haftungsklausel, die sich auf die ganze Kette bis hoch zum Hauptunternehmen erstreckte. Leider hat es diese Klausel nicht bis in den Kompromissvorschlag zwischen Rat und Parlament geschafft. Dort beschränkt sie sich jetzt auf die erste Phase der Funktionsauslagerung und der Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer. Dies ist widersinnig und führt nur zu einem noch höheren Maß an Funktionsauslagerung, weil man Sozialabgaben vermeiden möchte.

Außerdem sind keine ausreichenden Garantien vorhanden, was den Schutz von Migranten und die Bestrafung von Arbeitgebern bei Regelverstoß angeht. Migranten werden weder dazu berechtigt sein, vor ihrer Ausweisung noch ausstehende Gehaltszahlungen zu empfangen, noch solange in der Europäischen Union zu bleiben, bis sie diese Gelder erhalten haben. Nach ihrer Ausweisung ist die Chance, das ihnen zustehende Geld noch zu erhalten, gleich Null. Dies bedeutet, dass illegale Immigranten, die zum Opfer der Ausbeutung geworden sind und sich für die Einhaltung ihrer Rechte einsetzen, kaum eine Chance haben.

David Sumberg (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich habe mich bei dieser wichtigen parlamentarischen Abstimmung der Stimme enthalten. Selbstverständlich bin ich nicht dafür, dass illegale Einwanderer Arbeitnehmern, die jahrelang Steuern und Beiträge gezahlt haben, die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Hauptverantwortung aber, so meine ich, sollte nicht bei den Arbeitgebern, sondern bei den Regierungen der Mitgliedstaaten liegen.

Meine Stimmenthaltung ist Ausdruck meiner Auffassung, dass unsere derzeitige britische Regierung im Hinblick auf die Einwanderungspolitik unseres Landes kläglich versagt hat. Nötig wären eine Erfassung der Zu- und Abgänge, Gerechtigkeit unter Einwanderungswilligen und insbesondere die Förderung guter Beziehungen zwischen den Rassen und in den Gemeinden, indem den Bürgern das Gefühl vermittelt wird, dass die Zahlen der Zugänge, Einwanderer im Land und Abgänge ausgewogen verteilt sind.

Francesco Enrico Speroni (UEN). – (IT) Frau Präsidentin! Eine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Soweit mir bekannt ist, wurde über den Bericht Fava noch nicht abgestimmt. Es erscheint mir wenig sinnvoll, vor der Abstimmung Erklärungen über unser Stimmverhalten abzugeben.

Die Präsidentin. – Richtig ist, dass die Schlussabstimmung noch nicht stattgefunden hat. Erklärungen über die bisherigen Abstimmungen aber sind durchaus zulässig.

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – (PL) Frau Präsidentin! Die demografische Krise ist eine der größten Herausforderungen für die Europäische Union in naher Zukunft. Die niedrige Geburtenrate und gestiegene durchschnittliche Lebenserwartung lassen unsere Gesellschaft altern. Die Bevölkerungsgruppe, die für die damit verbundenen Kosten aufkommen muss, wird immer kleiner.

Der Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Bereichen führt zur Einstellung illegaler Einwanderer, deren Arbeitskosten deutlich niedriger sind. Dass illegale Beschäftigung sanktioniert werden muss, steht außer Frage, doch sollten diese Sanktionen vorrangig die Arbeitgeber und erst zweitrangig die Arbeitnehmer treffen.

In der Richtlinie sind Verwaltungsaufgaben für Arbeitgeber vorgesehen. Einen übermäßigen Verwaltungsaufwand aber, der letztlich legalen Einwanderern mit gültiger Arbeitserlaubnis schaden könnte, gilt es zu vermeiden. Wenn nämlich den Arbeitgebern eine aufwendige Prüfung der Papiere auferlegt wird, könnte die Beschäftigungsquote für ausländische Arbeitnehmer insgesamt sinken, was wiederum den Arbeitsmarkt unterminieren würde.

Philip Claeys (NI). – (NL) Ich werde für den Bericht Fava stimmen, obwohl es natürlich noch einigen Verbesserungsbedarf gäbe. In jedem Fall möchte ich der Richtlinie, die sich gegen die Beschäftigung illegaler Einwanderer richtet, meine Unterstützung aussprechen.

Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um die Spitze des Eisbergs. Handlungsbedarf besteht auch bei Menschenhandel, Netzwerken, die illegale Einwanderer unterstützen, und nicht zuletzt Mitgliedstaaten, deren Regierungen illegale Einwanderer massenweise legalisieren. Gerade diese Strafflosigkeit ist es, die einen zusätzlichen Anreiz für illegale Einwanderung schafft. Illegale Einwanderer können nach Herzenslust Proteste organisieren, Forderungen erheben, Eingaben machen, ohne Gefahr zu laufen, aufgegriffen oder zurückgeschickt zu werden. Gefragt ist eine wirksame Rückführungspolitik, die den Worten auch Taten folgen lässt.

Daniel Hannan (NI). – Frau Präsidentin! Die Entscheidung, wer das Staatsgebiet betritt und sich dort niederlässt, ist ein grundlegendes staatliches Hoheitsrecht. Bereits seit Jahren arbeitet dieses Parlament darauf hin, dieses Hoheitsrecht an die Europäische Union abzutreten – nicht nur ohne Zustimmung der Wähler, sondern, soweit die Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland diesen Schluss zulassen, sogar gegen den aktiven Widerstand der Wähler. Fragen illegaler Einwanderung – und ganz bestimmt Sanktionen gegen Arbeitgeber, die illegale Einwanderer beschäftigen – sind Sache der Mitgliedstaaten.

Eine Ausweitung der EU-Kompetenzen in diesen Bereich bedarf der vorbehaltlosen Zustimmung der Bevölkerung für die Rechtsgrundlage, auf der dies geschehen soll. Dies erfordert ein Referendum über den Vertrag von Lissabon. *Pactio Olisipiensis censenda est.*

Nirj Deva (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Dieser Rechtsakt ist entsetzlich. Entsetzlich deshalb, weil er nicht die illegalen Einwanderer, sondern die Arbeitgeber kriminalisiert. Völlig hirnrissig! Arbeitgeber werden es kaum noch wagen, jemanden einzustellen. Man braucht sich nur auszumalen, was geschieht, wenn ein Arbeitgeber vor einem Bewerber sitzt und gezwungen ist, ihm höchst aufdringliche Fragen zu stellen.

Hinzu kommt, dass das Ganze rein gar nichts mit der Europäischen Union zu tun hat. Die Entscheidung, wer in einem Land leben darf und wer nicht, ist einzig und allein Sache der Mitgliedstaaten – also der einzelnen Regierungen und Parlamente. Was für eine absurde Idee, Arbeitgeber in den Mitgliedstaaten zu kriminalisieren,

während die Rezession um sich greift! Es ist zu hoffen, dass dieser Rechtsakt schnell wieder in der Versenkung verschwindet.

– Entschließungsantrag: B6-0062/2009 (Energieeffizienz)

Zuzana Roithová (PPE-DE). – (CS) In der Europäischen Union stellen sich erste Ergebnisse der gemeinsamen Energiepolitik ein. Versteigerungen nach dem Emissionshandelssystem beginnen 2015, und die Programme für erneuerbare Energien sind bereits angelaufen. Die Verabschiedung des Vertrags von Lissabon ist die Voraussetzung für eine effektivere Gestaltung der energiepolitischen Prioritäten Europas. Diese Prioritäten sind derzeit im Wandel. Am wichtigsten ist politische Unabhängigkeit. Die Energieversorgung darf nicht zum Gegenstand politischer Erpressung werden. Die zweite Priorität ist die Erhöhung des Anteils sauberer und erneuerbarer Energien. Dies erfordert angemessene Forschungsmittel für die betreffenden Technologien – ebenso wie für Fragen der Betriebssicherheit und Abfallentsorgung in der Kerntechnik. Die wichtigste Einsicht aus der Debatte aber ist, dass wir nicht zuletzt nach Wegen suchen müssen, unseren Energieverbrauch zu reduzieren und schonend mit unseren natürlichen Ressourcen umzugehen. Der erste Schritt ist die Bildung unserer Kinder.

Syed Kamall (PPE-DE). – Frau Präsidentin! In meiner Studienzeit hat mir einmal ein Dozent gesagt, dass Technik zwar viele Probleme löst, häufig aber auch politischer und administrativer Wille nötig sind, um etwas zu bewirken.

Im Europäischen Parlament befinden wir uns einmal mehr in einer solchen Lage. Wir sprechen über Klimawandel. Wir sprechen über Energieeffizienz. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass diese gesamte Volksvertretung zwölfmal jährlich zwischen Brüssel und Straßburg hin- und herpendelt – von den weiteren Gebäuden in Luxemburg ganz zu schweigen. Nicht nur kostet dies die europäischen Steuerzahler zusätzliche 200 Millionen Euro pro Jahr, sondern es werden auch 192 000 Tonnen CO₂ freigesetzt, was dem Inhalt von 49 000 Heißluftballons gleichkommt. Auch in unseren Debatten wurde mehr als genug heiße Luft produziert. Jetzt heißt es: Schluss mit den leeren Worten über Energieeffizienz und Klimawandel, schließen wir das Parlament in Straßburg!

Francesco Enrico Speroni (UEN). – (IT) Frau Präsidentin! Ich bin Autofahrer und finde die Hetzkampagnen, denen wir ausgesetzt sind, einfach unerträglich. Einige Vorschläge in diesem Bericht gehen genau in diese Richtung. Deshalb habe ich dagegen gestimmt.

Nirj Deva (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Ich habe schweren Herzens für diesen Antrag gestimmt. Der Grund für meine Ablehnung ist, dass Effizienz einen freien Wettbewerb erfordert. Für Energie gilt dasselbe wie für andere Märkte auch: Wettbewerb ist die primäre Voraussetzung für Effizienz. Wir aber versuchen, durch die EU-weite Propagierung bestimmter Technologien einen Markt für Energieeffizienz herbeizuführen.

Stattdessen sollten wir auf Wettbewerb setzen. Wenn wir dies bereits getan hätten, wenn wir nach Wegen gesucht hätten, um Energieeffizienz zu konkurrieren, so hätten wir heute den besten Markt für Energieeffizienz der Welt. Daher habe ich diesem Antrag nur widerwillig meine Stimme gegeben.

– Entschließungsantrag: RC-B6-0066/2009 (Guantánamo-Insassen)

David Sumberg (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Bevor wir Guantánamo kraft einer Entschließung dieses Parlaments und eines Dekrets des Präsidenten der Vereinigten Staaten – übrigens eine interessante machtpolitische Konstellation – ins Reich der Geschichte verbannen, möchte ich zwei Fakten festhalten.

Erstens: Guantánamo wurde zum Schutz aller Bürgerinnen und Bürger eingerichtet. Betrachtet man die Vereinigten Staaten, so kann man nur sagen, dass es funktioniert hat. Seit dem 11. September wurde auf dem US-amerikanischen Festland kein einziger Terrorakt verzeichnet. In dieser Hinsicht können wir George W. Bush, der soeben die politische Bühne verlassen hat, nur unsere Bewunderung aussprechen. Etwas, das in diesem Parlament einem Tabubruch gleichkommt, ich weiß, aber man muss die Dinge beim Namen nennen.

Zweitens: Wir Europäer haben uns mit Ratschlägen an die Adresse der Vereinigten Staaten nicht eben zurückgehalten. Was wir jetzt wohl auf die Beine stellen, wenn es um die Aufnahme der Insassen und den Schutz unserer Bevölkerung vor Terroristen geht? Man darf gespannt sein.

Jim Allister (NI). – Frau Präsidentin! Heute hat das Europäische Parlament – wie immer bemüht, politischen Trends hinterherzuhecheln – die Mitgliedstaaten aufgefordert, Guantánamo-Insassen aufzunehmen. Ebenfalls

heute wurde bekannt, dass der letztes Jahr freigelassene Mullah Sakir in die Al-Qaida-Führungsspitze aufgestiegen ist und Angriffe auf britische und NATO-Truppen in Afghanistan vom Zaun bricht. Solchen Individuen öffnet die EU mit unserer Entschließung Tür und Tor. Sind wir denn von Sinnen? Wir dürfen nicht vergessen: Wenn diese Menschen erst einmal Bürgerrechte besitzen, können sie sich im gesamten EU-Gebiet frei bewegen. Hoffentlich werden diejenigen, die für diesen Wahnsinn gestimmt haben, auch die Folgen verantworten.

Zuzana Roithová (PPE-DE). – (CS) Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir zu erläutern, warum ich mich bei der Entschließung zur Auflösung von Guantánamo der Stimme enthalten habe. Die gestrige Debatte hat gezeigt, dass dieses populäre – oder kann man sagen populistische – Vorhaben des US-Präsidenten breite Zustimmung findet. Mit dieser Zustimmung aber ist unser Handlungsspielraum bereits erschöpft. Die Entschließung enthält Einschätzungen, die nicht hinreichend auf stichhaltige Analysen und Daten gestützt sind. Gestern haben wir drei Stunden lang erbittert diskutiert, wo die Häftlinge und diejenigen, deren Schuld nicht erwiesen ist, unterzubringen sind. Dabei liegt es doch auf der Hand, dass diese Fragen den Kongress der Vereinigten Staaten und die Regierungen einiger Mitgliedstaaten angehen, nicht aber das Europäische Parlament. Dies ist der Grund für meine Stimmenthaltung.

Philip Claeys (NI). – (NL) Die Guantánamo-Entschließung bekräftigt in Teilen Grundpfeiler der Rechtsstaatlichkeit. Ihrem allgemeinen Tenor aber – der Darstellung der Guantánamo-Insassen als Opfer, die unser Mitleid verdienen – kann ich mich natürlich nicht anschließen. Schließlich handelt es sich nicht um Unschuldslämmer! Diese Menschen werden terroristischer Aktivitäten verdächtigt, es fehlt jedoch an schlüssigen Beweisen.

In der Entschließung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Vorkehrungen für die Aufnahme der Guantánamo-Insassen zu treffen – ein problematisches Vorhaben, um es einmal vorsichtig auszudrücken. In Europa haben wir, so meine ich, bereits mehr als genug Probleme mit radikalem islamischem Fundamentalismus. Es zeugt von einer gewissen Kurzsichtigkeit, einerseits den Terrorismus bekämpfen zu wollen und andererseits Menschen, denen Verbindungen mit Al-Qaida, der Taliban oder ähnlichen Gruppierungen nachgesagt werden, mit offenen Armen aufzunehmen.

Daniel Hannan (NI). – Frau Präsidentin! Jahrelang hat dieses Parlament die Vereinigten Staaten für die Aufhebung bürgerlicher Freiheitsrechte bei der Führung des Gefangenenlagers Guantánamo kritisiert. Auch ich habe meiner Besorgnis Ausdruck gegeben.

Dabei habe ich jedoch – anders als einige Kolleginnen und Kollegen – eingesehen, dass es sich um diffizile, heikle Fragen handelt. Einige freigelassene Inhaftierte wurden bei Kämpfen in Afghanistan wieder aufgegriffen. Ein weiterer sprengte sich auf einem irakischen Basar in die Luft und riss Dutzende von Menschen mit sich in den Tod. Dennoch gilt: Einige Grundsätze sind unantastbar und dürfen nicht der politischen Opportunität geopfert werden. Ein solcher Grundsatz ist, dass Freiheitsentzug eine Anklage erfordert.

Kolleginnen und Kollegen! Allen unseren bisherigen Entschließungen zu Guantánamo stellten wir eine Erklärung unseres guten Willens voran. Wir sprachen, wir insistierten, als Freunde der Vereinigten Staaten. Jetzt werden wir beim Wort genommen. Die US-Regierung ersucht uns um Hilfe bei genau dem, was wir so lange angemahnt haben. Diese Unterstützung zu verweigern wäre kleingeistig, inkonsequent, heuchlerisch und kontraproduktiv.

Syed Kamall (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Diejenigen unter uns, die an Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheit glauben, haben jahrelang versucht, unsere amerikanischen Freunde zur Schließung von Guantánamo Bay – oder der Freilassung der Insassen – zu bewegen. Das Land, das als Führungsmacht der freien Welt gelten möchte, kann es sich nicht leisten, diese Werte ad acta zu legen – und sei es aus noch so berechtigten Sicherheitsinteressen.

Jetzt, wo Präsident Obama die Schließung von Guantánamo Bay angekündigt hat, sollten wir ihm jede nur erdenkliche Unterstützung zusichern. Die Erlaubnis zur Einreise in das EU-Gebiet kann jedoch nicht von der Europäischen Union, sondern nur von den betreffenden Mitgliedstaaten ausgesprochen werden. Rufen wir also die Mitgliedstaaten auf, unseren amerikanischen Freunden zur Seite zu stehen. Die Vereinigten Staaten haben ihren guten Willen gezeigt. Sie haben auf uns gehört. Jetzt ist für uns die Zeit gekommen, auf sie zu hören – genau wie übrigens die politischen Eliten auf die Wähler hören sollten, die in Referendum um Referendum den Vertrag von Lissabon ablehnen. Hören wir auf die Stimmen, auf die es ankommt!

Nirj Deva (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Die Prinzipien der Magna Carta und Habeas-Corpus-Akte sind Grundfesten nicht nur der amerikanischen Verfassung, sondern auch der Rechtsordnung meines Landes.

Menschen können nicht ohne Anklage und Gerichtsverfahren ihrer Freiheit beraubt werden. Doch Jahr um Jahr beklagte das Europäische Parlament vergeblich das Vorgehen von Präsident Bush in Guantánamo Bay. Jetzt endlich hat Präsident Obama völlig richtig entschieden, das Gefangenenlager zu schließen.

Wenn nun schon der amerikanische Präsident unser Anliegen erhört hat, ist es ganz sicher nicht zu viel verlangt, dass wir die Mitgliedstaaten zur Unterstützung unseres amerikanischen Verbündeten aufrufen. Vorschreiben aber können wir den nationalen Parlamenten natürlich nichts. Sie selbst müssen erkennen, dass es in ihrem Interesse liegt, den Amerikanern jetzt, wo sie auf uns angewiesen sind, zur Seite zu stehen.

Schriftliche Stimmerklärungen

– Bericht: Karl-Heinz Florenz (A6-0495/2008)

Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich. – (LT) Europa benötigt eine einheitliche strategische Energiepolitik für die effiziente Nutzung unserer Ressourcen unter minimaler Umweltbelastung.

Im Zuge unserer Bemühungen, die Energieversorgung der EU zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu mindern, ist es Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedstaaten, die Energieinfrastruktur Europas weiterzuentwickeln.

Der größte Anteil des Energieverbrauchs und CO₂-Ausstoßes (ca. 40 % der CO₂-Emissionen) entfällt heute in der EU auf die Gebäudebeheizung. Gerade in diesem Bereich zeigt sich ein erhebliches Potenzial für Energieeinsparungen.

Daher begrüße ich den Vorschlag des Berichterstatters, im Rahmen einer Informationskampagne auf nationaler Ebene Haus- und Wohnungseigentümer zu effizienter Energienutzung anzuhalten (Wärmefotos mit Energiebilanzen, Finanzierungsvorschläge für mögliche Modernisierungsmaßnahmen in Form von Mikrokrediten). Um die Energieeffizienz postsowjetischer Gebäude ist es meist schlecht bestellt, und zahlreichen Eigentümern fehlen die Kenntnisse und finanziellen Mittel, um Abhilfe zu schaffen. Für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen müssten meines Erachtens die Fördermittel aus den Strukturfonds (derzeit 3 %) auf bis zu 15 % aufgestockt werden.

John Bowis (PPE-DE), schriftlich. – Die britischen Konservativen befürworten den Bericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel in seinen Grundzügen. Wir sind der Auffassung, dass der Bericht einen wesentlichen Beitrag zu der Debatte leistet, die den Weg für eine effektive internationale Vereinbarung zum Klimawandel auf der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen ebnen wird. Insbesondere unterstützen wir die ehrgeizigen mittel- und langfristigen Ziele zur Emissionsreduzierung, den Eintritt für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie den Ruf nach Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft, in der Bewirtschaftung tropischer Regenwälder und bei Abholzungsmaßnahmen. Zudem versprechen wird uns von einer kohlendioxidarmen Wirtschaft Innovationsanreize, die sich in der Gründung wettbewerbsfähiger Firmen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der umweltschonenden Technologien, erneuerbaren Energien und nachhaltigen Unternehmensführung niederschlagen werden.

Zurückweisen müssen wir jedoch die Vorstellung, dass die Europäische Sicherheitsstrategie und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels eine Rolle spielen könnten.

Auch die Verweise auf den Vertrag von Lissabon – insbesondere diejenigen, die andeuten, dass die klimapolitischen Kompetenzen der EU noch nicht ausreichen – finden unsere entschiedene Ablehnung. Wir sind der Überzeugung, dass die EU bereits über alle erforderlichen Befugnisse verfügt, um den Völkern Europas zu helfen, im Kampf gegen den Klimawandel effektiv zusammenzuarbeiten und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Nicodim Bulzesc (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Bericht Florenz gestimmt, da ich seine Empfehlungen hinsichtlich einer künftigen integrierten EU-Klimaschutzpolitik gutheiße.

In dem Bericht wird die Kommission aufgerufen, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse genauestens zu verfolgen und zu analysieren, um insbesondere beurteilen zu können, ob das 2 °C-Ziel der EU nach wie vor zur Abwendung gefährlicher Klimaänderungen geeignet ist.

Betont wird auch, wie wichtig es ist, dass sich die EU und weitere Industrieländer auf jeweils ein mittel- und langfristiges Ziel für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen einigen (25 bis 40 % bis 2020, 80 % bis 2050, jeweils gegenüber 1990), wobei darauf zu achten ist, dass das auch weiterhin vordergründige Ziel,

den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % erreicht werden kann.

David Casa (PPE-DE), schriftlich. – Dieser Bericht weist uns den Weg in die Zukunft. Er ist ein klarer Appell an alle, zu handeln, bevor es zu spät ist. Wenn es um den Erhalt der Natur und Fortbestand der Menschheit geht, dürfen wir nicht das kleinste Risiko eingehen. Eine integrierte Politik ist erforderlich, um Doppelarbeit zu vermeiden und um unserer Ziele und Strategien in Einklang zu bringen. Die Europäische Union muss im Kampf gegen den Klimawandel vorangehen. Mit diesem Bericht vollziehen wir einen gewaltigen Schritt in diese Richtung. Es ist unsere Pflicht, die Grundrechte der kommenden Generationen auf Leben, Sicherheit, Gesundheit, Bildung und eine intakte Umwelt zu schützen. Die massiven Schäden, die der Klimawandel hervorruft, werden bereits deutlich. Wir alle sind aufgerufen, sie so weit irgend möglich einzudämmen.

Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE-DE), schriftlich. – (SV) Wir haben heute für den Bericht zu einer künftigen integrierten EU-Klimaschutzpolitik gestimmt. Dabei möchten wir jedoch festhalten, dass Einnahmen aus dem Handel mit Emissionszertifikaten den Mitgliedstaaten zufließen sollten.

Călin Căţălin Chiriţă (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Bericht „2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“ gestimmt, weil der Klimawandel katastrophale, irreversible Schäden verursachen kann. Das Zeitalter kostengünstiger fossiler Energieträger steht kurz vor seinem Ende.

Aus diesem Grund muss die EU gemeinsam mit ihren strategischen Partnern alle nur denkbaren Anstrengungen unternehmen, um ihre derzeitige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu mindern und den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch drastisch zu erhöhen.

Durch geeignete Investitionen gilt es, die Energieeffizienz der europäischen Wirtschaft zu steigern und die Treibhausgasemissionen in den kommenden 12 Jahren um über 25 % zu reduzieren.

Bis 2050 ist die EU aufgerufen, durch entschiedenes Handeln die Treibhausgasemissionen weiter zu verringern, den Anteil erneuerbarer Energien auf 60 % zu erhöhen und die Energieeffizienz zu maximieren.

Das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation, das die fundamentale Bedeutung von Investitionen in Wissenschaft und neue Technologien unterstreicht, kann in dieser Hinsicht einen Meilenstein markieren.

Konstantinos Droutsas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Der Klimawandel ist die Folge des unverantwortlichen Raubbaus an unseren natürlichen Ressourcen, mit dem das Kapital seine Profitgier befriedigt.

Die EU aber sucht die Schuld bei den Arbeitern, ihrer Lebensweise und ihren Konsumgewohnheiten. Just die Verursacher des Klimawandels – Monopolisten und multinationale Konzerne – sollen ihn jetzt plötzlich bremsen. Wenn das nicht heißt den Bock zum Gärtner machen! Energie-, Wasser-, Forst-, Abfall- und Landwirtschaft werden – vermeintlich zum Wohl der Umwelt – privatisiert und in den Händen einiger Großkonzerne konzentriert. Ein ungezügelter „freier Markt“, Liberalisierung und kapitalistische Umstrukturierung – dies ist der wahre Kern dieses Berichts des Europäischen Parlaments.

Durch Vereinbarungen mit Drittländern verpflichtet sich die EU zur Liberalisierung der Märkte und öffentlichen Dienstleistungen in allen genannten Wirtschaftszweigen. Gleich mehrere der Zielvorgaben, beispielsweise für Biokraftstoffe, erfordern die Abholzung immenser Waldbestände. Der Genmanipulation wird Tür und Tor geöffnet, und durch Förderung der Monokultur wird die Artenvielfalt aufs Spiel gesetzt.

Doch damit nicht genug: Der Umweltschutz muss sogar als Vorwand für imperialistische Interventionen nach der „Solana-Doktrin“ erhalten.

Die von der EU und den USA propagierte grüne Wirtschaft ist vielleicht ein Weg in die Zukunft – aber nur für diejenigen, denen es auf rücksichtslose Kapitalakkumulation, finanzielle Absicherung der Monopolisten, Ausbeutung der Arbeiterschaft und den Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen ankommt. Das Problem des Klimawandels wird nicht nur nicht gelöst, sondern, im Gegenteil, verschärft.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht Florenz („2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“) gestimmt, weil er der EU, ihren Mitgliedstaaten sowie ihren Bürgerinnen und Bürgern konkrete Möglichkeiten aufzeigt, die Treibhausgasemissionen in der EU erheblich zu reduzieren.

Hervorzuheben ist die Notwendigkeit eines übergreifenden Ansatzes, der sämtliche politische Ebenen in den Kampf gegen den Klimawandel einbezieht. Zudem möchte ich anmerken, dass Investitionen in umweltverträgliche Technologien auch als Instrument gegen die Wirtschaftskrise dienen, da sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Der Abschlussbericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, dem ich selbst angehörte, ist, so meine ich, ein überzeugender Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel. Die Notwendigkeit, auf der Kopenhagener Klimakonferenz zu Jahresende zu einer internationalen Übereinkunft zu kommen, wird darin eindrucksvoll demonstriert.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Das Grundübel, das der Zerstörung unserer Umwelt zugrunde liegt – kapitalistische Ausbeutung –, bleibt in dem Bericht unberücksichtigt. Stattdessen wird versucht, durch Streuung der Verantwortung Vorschläge zu rechtfertigen, die im Wesentlichen auf eine Liberalisierung der Märkte abzielen – letztendlich auf Kosten der Verbraucher und Arbeiter.

Die im Plenum verabschiedete endgültige Fassung ist zwar gemäßigter als der ursprüngliche Vorschlag und weist auch einige positive Aspekte auf, doch mehrere Punkte lehnen wir prinzipiell ab. Insbesondere verwahren wir uns gegen den Versuch, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes einmal mehr in die ideologische Offensive zu gehen, den Arbeitern und kleinen Leuten den Schwarzen Peter zuzuschieben und den gesamten Bereich des Umweltschutzes zu kommerzialisieren und dem Profitstreben anheimzustellen.

Aus diesem Grund haben wir zwar für bestimmte Vorschläge gestimmt – so etwa für die von unserer Fraktion eingebrachten, die auf eine Verbesserung des Berichts abzielen –, mussten uns aber dem Bestreben, alles zu kommerzialisieren, was das menschliche Leben trägt – hin zur Luft, die wir atmen –, in den Weg stellen.

Glyn Ford (PSE), schriftlich. – Der Klimawandel zählt zu den größten Herausforderungen, mit denen sich die Welt konfrontiert sieht. Selbstverständlich befürworte ich Energiesparlampen, aber darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Wesentlich einschneidendere Eingriffe in unseren Alltag und unsere Lebensweise sind gefragt.

Bei einer öffentlichen Veranstaltung in meinem Wahlkreis Cheltenham wurde ich kürzlich nach der meines Erachtens wichtigsten Maßnahme im Kampf gegen globale Erwärmung und Klimawandel gefragt. Ich gab eine klare Antwort: die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Ohne eine starke, überzeugende EU mit Befugnissen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird es uns wohl kaum gelingen, die USA, Japan, China und Indien auf unsere Seite zu ziehen.

Indem wir die EU befähigen, mit einer Stimme zu sprechen, erreichen wir mehr gegen den Klimawandel als mit Millionen von Energiesparlampen.

Duarte Freitas (PPE-DE), schriftlich. – (PT) Dieser Bericht vereint die Positionen mehrerer Fraktionen und die Interessen mehrerer Sektoren auf der Grundlage der neuesten und stichhaltigsten wissenschaftlichen Daten. Seine Tiefe, Breite, Aktualität und Relevanz stehen außer Frage.

Ich befürworte den Bericht zwar prinzipiell, habe jedoch gegen einige Punkte gestimmt, in denen ein allzu deutlicher Zusammenhang zwischen Viehwirtschaft und Klimawandel hergestellt wird. Dies erscheint mir überzogen. Statt die Landwirtschaft an den Pranger zu stellen, sollten wir lieber für Ortsnähe bei der Weiterverarbeitung und dem Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse eintreten, um Treibhausgasemissionen beim Transport zu reduzieren.

Punkten, in denen auf die Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft verwiesen wird, habe ich dagegen meine Stimme gegeben, da ich für einen Finanzausgleich zugunsten der am stärksten betroffenen Regionen eintrete. Ebenfalls hinsichtlich der Folgen des Klimawandels pflichte ich bei, dass die Rahmenrichtlinie über den Bodenschutz dringend umzusetzen ist und dass die Kohäsionspolitik, die Gewässerschutzpolitik und das Netz Natura 2000 einer Anpassung bedürfen.

Gestimmt habe ich schließlich auch für diejenigen Punkte, in denen gemahnt wird, die Flexibilitätsmechanismen des Kyoto-Protokolls nicht überzustrapazieren. Nur, wenn wir unsere Emissionen reduzieren, können wir auf internationalen Verhandlungen auch weiterhin eine Führungsrolle übernehmen und in Kopenhagen auf ein globales Abkommen hinwirken.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), schriftlich. – (CS) Der Klimawandel steht außer Frage. Gleichwohl äußern einige Wissenschaftler den einen oder anderen Vorbehalt. So ist etwa die Rolle des Menschen – nach dem Bericht die Hauptursache des Klimawandels – wissenschaftlich durchaus umstritten. Wie dem auch sei: Die

22 Kapitel des Berichts bieten eine gute Zusammenfassung der Mehrheitsmeinung in der internationalen Wissenschaft. Was nun die einzelnen Kapitel anbelangt, erscheint mir allerdings das Energiekapitel recht unvollständig. Da werden fossile Brennstoffe zwar ganz richtig als nicht erneuerbare Energieträger bezeichnet, doch die zentrale Frage, was zu tun ist, wenn der weltweite Energiebedarf bis 2030 tatsächlich um 60 % in die Höhe schnellte, bleibt unbeantwortet.

Für mich steht deshalb außer Frage, dass wir bereits in naher Zukunft die Zahl der Kernkraftwerke erheblich steigern müssen. Bei allen ideologischen Einwänden, die nicht zuletzt hier im Europäischen Parlament laut werden: Es handelt sich derzeit ganz einfach um die einzige als „sauber“ anerkannte Energiequelle, die in größerem Umfang nutzbar ist. Bis wir die Kernfusion in den Griff bekommen, gibt es schlechterdings keine Alternative zur Kernspaltung als Quelle sauberer Energie. Mit diesem Vorbehalt stimme ich dem Bericht zu.

Marie-Noëlle Lienemann (PSE), schriftlich. – (FR) Der Bericht Florenz enthält eine äußerst detaillierte Aktionsliste zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Entwicklung flankierender politischer Maßnahmen. Was aber die dringend erforderliche Umorientierung der Europäischen Union anbelangt, weist er gravierende Mängel auf.

Insbesondere die finanziellen Vorkehrungen sind unzureichend.

Eine Kohlendioxidsteuer ist im Bericht zwar vorgesehen, doch für Analyse und Umsetzung hält der Aktionsplan 2009–2014 keinerlei Mittel bereit – ebenso wenig wie beim systematischen Kohlendioxidausgleich nach Produkt. Dabei sind dies zentrale Aspekte!

Auch für konkrete zielgerichtete Aktivitäten und Projekte, öffentliche Infrastruktur, innovative Industriepolitik, Regionalentwicklung, Unterstützung von Kommunalbehörden oder Forschung und Entwicklung werden keine Beträge genannt.

Zudem ist im Hinblick auf die Wirtschaft der Verweis auf „Rechtsetzungsinstrumente“ völlig unzulänglich.

Ähnlich problematisch ist es, einen „europäischen Klimafonds“ ins Leben zu rufen, es dabei aber dem Markt zu überlassen, „welche Technologien in der Zukunft eingesetzt werden sollten“.

Mit langfristigen Zielen oder dem öffentlichen Interesse hat das nicht mehr viel zu tun. Einfach absurd!

Fragen im Zusammenhang mit der Kohlendioxidsteuer, öffentlicher Unterstützung für den grünen „New Deal“ und Gemeinschaftsmitteln für den Kampf gegen den Klimawandel müssen daher oberste Priorität erhalten.

Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Dass sich unser Klima ändert, steht außer Frage. Ob dies aber in erster Linie auf menschliches Handeln oder natürliche Prozesse zurückzuführen ist, bleibt bis heute ungeklärt. Im Hinblick auf das Geschehen selbst – und daher auch auf mögliche Gegenmaßnahmen – bestehen erhebliche Zweifel. Doch gerade diese Unsicherheit muss uns Anlass sein, unverzüglich erste Maßnahmen zu ergreifen, um beispielsweise unseren Kohlendioxidausstoß in die Atmosphäre zu bremsen. Mithin habe ich bereits bei anderer Gelegenheit dafür gestimmt, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 % zu reduzieren.

Der Nichtständige Ausschuss des Europäischen Parlaments zum Klimawandel hat nun einen Bericht vorgelegt, in dem EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel aufgezeigt werden. Dieser Bericht ist recht weitschweifig geraten. Fast hat man den Eindruck, den Verfassern ginge es vorrangig um die Beschwichtigung ihrer jeweiligen Klientel, wie etwa Landwirtschaft oder Fremdenverkehr. Gleichzeitig ist da von neuen Mechanismen und zusätzlichen Haushaltsmitteln die Rede. Letzten Endes handelt es sich um wesentliche Schritte in Richtung einer zentralisierten Planwirtschaft – mit Propagandakampagnen in Schulen und einem außerschulischen Freizeitprogramm nach Brüsseler Diktat.

Kurz: Der Bericht hat so wenig mit den eigentlichen Problemen zu tun, dass ich mich gezwungen sah, gegen ihn zu stimmen. Wir können nicht länger die unsinnigsten Vorhaben absegnen, nur um unsere Sorge, Unsicherheit und Handlungsbereitschaft bezüglich des Klimawandels zu demonstrieren.

David Martin (PSE), schriftlich. – Ich befürworte diesen Bericht, der die kurzfristige Verpflichtung der EU bekräftigt, die Emissionen bis 2020 um 30 % zu reduzieren, sofern eine entsprechende internationale Vereinbarung abgeschlossen wird. Bekräftigt wird auch das Ziel des Fahrplans von Bali („Bali Roadmap“), dass die Industrieländer ihre Emissionen bis 2050 um 80 % reduzieren sollen. Weitere Punkte, die ich begrüße, sind der Aufruf an die Kommission und den Rat, bei den anstehenden Post-Kyoto-Verhandlungen in Kopenhagen eine Führungsrolle zu übernehmen, sowie die Forderung nach EU-Mindestnormen für die

Energieeffizienz neuer und renovierter Gebäude. Erwähnenswert ist auch die Aufforderung an den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN), einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für erneuerbare Energieträger und energiesparende Waren einzuführen.

Schließlich wird dazu aufgerufen, beispielsweise im Rahmen eines globalen Kohlendioxidmarktes wirtschaftliche Anreize für Länder zu schaffen, die schonend mit Regenwaldbeständen umgehen, und Energiearmut durch Energieeffizienzmaßnahmen auf kommunaler und regionaler Ebene zu bekämpfen. Auch diese Punkte unterstütze ich.

Iosif Matula (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die Annahme dieses Berichts ist Ausdruck des Engagements der Europäischen Union, gegen die negativen Folgen des Klimawandels anzugehen. Die globale Erwärmung ist ein äußerst komplexes Problem, mit dem unser gesamter Planet konfrontiert ist. Alle Länder müssen an einem Strang ziehen. Mit über 150 Empfehlungen behandelt der Bericht die meisten Bereiche, in denen wir auf unser gemeinsames europäisches Ziel hinarbeiten können, den Temperaturanstieg auf 2 °C zu begrenzen.

Dieses Ziel erfordert die aktive Teilhabe jedes Einzelnen. Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren, damit sie die Umwelt schützen und ihre Verantwortung gegenüber künftigen Generationen wahrnehmen können.

Auch das Europäische Konjunkturprogramm leistet einen wesentlichen Beitrag zum Kampf gegen die globale Erwärmung – nicht nur durch die finanzielle Förderung technologischer Innovation, sondern auch durch Verfahren zur Steigerung der Energieeffizienz. Investitionen in Forschung und Innovation begünstigen die Entwicklung sauberer Technologien, mit denen wir den Herausforderungen des Klimawandels begegnen können.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen mir mittel- bis langfristig realisierbar. Ungeachtet der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, mit denen sich die meisten Länder konfrontiert sehen, dürfen wir das Ziel, die Folgen des Klimawandels einzudämmen, nicht aus den Augen verlieren.

Mary Lou McDonald (GUE/NGL), schriftlich. – Gerne habe ich für den Abschlussbericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel gestimmt.

Karl-Heinz Florenz steckt ausgehend von wissenschaftlichen Erkenntnissen die Herausforderungen ab, mit denen unsere Gesellschaft in den verschiedensten Bereichen – wie etwa Verkehr, Flächennutzung, Energie- und Abfallwirtschaft – konfrontiert ist. Keinesfalls sollte die derzeitige Wirtschaftskrise als Vorwand dienen, bereits eingegangene klimapolitische Verpflichtungen aufzuweichen. Die dahin gehenden Versuche gewisser weniger progressiver Kräfte sollten als die zynischen, kurzsichtigen Machenschaften enttarnt werden, die sie sind. Diese Kreise haben keinerlei Interesse an einer ernsten Auseinandersetzung mit dem Klimawandel.

Ausdrücklich zurückweisen möchte ich die Vorstellung, Kernenergie könnte auf irgendeine Weise mit der nachhaltigen Wirtschaft von morgen und darüber hinaus in Verbindung stehen. Irland muss frei von Kernkraft bleiben. Wir benötigen saubere, erneuerbare Energiequellen. Kernkraft ist ein kurzsichtiger Irrsinn, der damit nichts zu tun hat.

Miroslav Mikolášik (PPE-DE), schriftlich. – (SK) Einen guten Tag Ihnen allen! Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Florenz, meinen Dank aussprechen für Ihren detaillierten Bericht zur künftigen EU-Klimaschutzpolitik, den ich in vollem Umfang unterstütze. Die gegenwärtigen und künftigen Auswirkungen des globalen Klimawandels auf unsere Umwelt – und damit auf unsere Gesundheit und Gesellschaft – geben Anlass zu großer Sorge. Unsere Pflicht ist es, auf eine politische Einigung hinzuarbeiten, die den auf eine Katastrophe hinauslaufenden Faktoren entgegenwirkt.

Seit der Nichtständige Ausschuss zum Klimawandel im April mit einem Parlamentsbeschluss ins Leben gerufen wurde, wurde erfolgreich über die Einbindung europäischer Maßnahmen in das globale Umfeld verhandelt. Doch wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Eine kontinuierliche Neubewertung im Hinblick auf die Reduktionsziele, den Energieverbrauch und die Rolle der Landwirtschaft ist gefragt. Mit einem gemeinsamen Kraftakt kann es möglicherweise gelingen, die Kohlendioxidemissionen zu verringern und die globale Erwärmung zu bremsen – in Europa und weltweit.

Wie der Kollege Florenz ausgeführt hat, gibt es unterschiedliche Wege im Kampf gegen den Klimawandel. Beginnen aber sollten wir mit Verbesserungen bei der Energieeffizienz und Ressourcenbewirtschaftung. Der globale Klimawandel gefährdet unsere Umwelt, unsere gewohnte Lebensweise und die Lebensgrundlage künftiger Generationen. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um diesen Prozess zu verlangsamen, wenn wir ihn schon nicht zum Stillstand bringen können. Ich danke Ihnen allen.

Jan Mulder (ALDE), *schriftlich*. – (NL) Ich habe zwar in der Schlussabstimmung für den Bericht gestimmt, möchte aber schwerwiegende Einwände gegen einzelne Bestimmungen erheben. Ich teile nicht die Auffassung, dass der Anbau von Futtermitteln für intensive Viehzucht dem Klima schadet. Ebenso wenig glaube ich, dass wir eine europäische Richtlinie über Bodenschutz benötigen, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Alexandru Nazare (PPE-DE), *schriftlich*. – (RO) Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage wird es immer schwieriger, in die nachhaltigen Technologien und Energiequellen zu investieren, die wir im Kampf gegen die globale Erwärmung so dringend benötigen. Aus diesem Grund möchte ich mich denjenigen Befürwortern des Berichts anschließen, die ergänzende Maßnahmen zur Förderung „intelligenter“ Investitionen vorschlagen, die nicht nur eine Lösung für die Klimakrise darstellen, sondern auch für die Kreditklemme, da sie über das Potenzial verfügen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein gutes Beispiel ist der dem Parlament vorliegende Verordnungsvorschlag der Kommission, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, weitreichende öffentliche Sanierungsvorhaben für Wohngebäude aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds zu finanzieren. Dies bietet zahlreiche Vorteile. So könnten etwa einkommensschwächere Haushalte durch eine staatlich geförderte Modernisierung ihrer Heizanlagen einiges an Verbrauchskosten sparen. Zudem dürfte diese Verordnung die Abhängigkeit Europas von Energieimporten reduzieren – eine Priorität angesichts der jüngsten Energiekrise.

James Nicholson (PPE-DE), *schriftlich*. – Dieser Bericht nimmt zentrale Aspekte der Bekämpfung des Klimawandels in Angriff, darunter eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die Förderung erneuerbarer Energieträger und die Steigerung der Energieeffizienz.

Die Folgen des Klimawandels und der globalen Erwärmung holen uns heute schneller ein, als wir zunächst erwartet hätten. Auch weiterhin gebührt der Umweltpolitik daher oberste Priorität in der EU und in ihren Mitgliedstaaten.

Auch aufgrund des im Dezember verabschiedeten Klima- und Energiepakets nimmt die EU nun eine klare umweltpolitische Führungsposition ein. Damit kann sie glaubhaft gegenüber außereuropäischen Ländern als Vorbild auftreten und sich für politische Maßnahmen gegen den Klimawandel einsetzen.

Wir können es uns heute nicht mehr leisten, den Kopf in den Sand zu stecken, nur um dann in 50 Jahren mit den Folgen konfrontiert zu werden.

Rovana Plumb (PSE), *schriftlich*. – (RO) Ich begrüße den Bericht als „Fahrplan in 12 Aktionspunkten“, der uns in der künftigen integrierten EU-Klimaschutzpolitik leiten wird. Daher habe ich für ihn gestimmt.

In dem Bericht wird betont, wie wichtig es ist, dass sich die EU und weitere Industrieländer auf jeweils ein mittel- und langfristiges Ziel für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen einigen. Vorgeschlagen werden 25 bis 40 % bis 2020 und 80 % bis 2050, jeweils gegenüber 1990.

Zur Erreichung dieser Ziele und Anpassung an den Klimawandel sind EU-Gelder in Höhe von jährlich rund 175 Millionen Euro erforderlich. Für eine ausgewogene, solidarische Finanzierung der künftigen EU-Klimaschutzpolitik wird die Einrichtung eines Klimafonds empfohlen, der aus den Einnahmen des Emissionshandelssystems oder entsprechenden privaten Mitteln in Mitgliedstaaten gespeist werden soll.

Besonderes Augenmerk sollten wir auf die Forschung richten, um die wissenschaftlichen Grundlagen für die Entwicklung und Einführung sauberer Technologien zu schaffen. Im Rahmen der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel kommt der Umweltpolitik eine tragende Rolle zu. Ihre kompetente, ressortübergreifende Umsetzung leistet nicht zuletzt einen Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise durch die Schaffung neuer, „grüner“ Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), *schriftlich*. – (PL) Im Laufe mehrerer Wahlperioden wurden dem Europäischen Parlament insgesamt 13 Entschließungen zum Thema Klimawandel vorgelegt. Trotz der Bemühungen der Kommission und des Parlaments handelt es sich nach wie vor um einen äußerst kontroversen Themenkomplex. Wer bezweifelt, dass der Mensch das Klima entscheidend beeinflussen kann – schließlich wurde es über Millionen von Jahren ausschließlich durch die Naturgesetze bestimmt –, den wird auch der Bericht des Kollegen Florenz nicht überzeugen.

Doch schon allein der Gedanke, mit einer integrierten Politik allen europäischen Ländern gerecht werden zu können, ist äußerst problematisch. Kein einziges Wort verlieren die Verfasser über die spezielle Lage der neuen Mitgliedstaaten oder – wichtiger noch – über die Anstrengungen, die diese seit 1989 zur Reduzierung der Umweltverschmutzung und Treibhausgasemissionen unternommen haben. Von einem integrierten

Ansatz kann also keine Rede sein. Es muss den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, jeweils eigene Ziele zu verfolgen und geeignete Technologien zur Energiegewinnung auszuwählen. Was nun die Empfehlungen an die Adresse der Kommission anbelangt, eine 20-prozentige Verbesserung der Energieeffizienz als verbindliches Ziel festzuschreiben, so kann man sich des Verdachts nicht ganz erwehren, dass es dem einen oder anderen vorrangig um die Förderung teurer ausländischer Energietechniken gehen könnte.

Lydie Polfer (ALDE), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Bericht Florenz gestimmt. Besonders schätze ich seine enorme Bandbreite – von der Energiewirtschaft (einschließlich Biokraftstoffe und Energieeffizienz) über Mobilität und Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Viehzucht, Bodenschutz und Wasserwirtschaft, Abfall- und Ressourcenwirtschaft hin zu allgemeiner und beruflicher Bildung sowie weiteren brisanten Zukunftsthemen.

Keine Frage: Der Nichtständige Ausschuss zum Klimawandel, der am 25. April 2007 eingesetzt wurde, hat ausgezeichnete Arbeit geleistet. Seine zukunftsweisenden Empfehlungen für die Bekämpfung des Klimawandels verdienen die Unterstützung aller, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft etwas zu sagen haben.

Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich. – (PT) Die verschiedensten Themen spielen in die Debatte um Europas künftige integrierte Klimaschutzpolitik hinein und sollten uns auf unserer Suche nach adäquaten, umsetzbaren und wissenschaftlich fundierten Lösungen leiten. Eine allzu engstirnige Beschränkung auf die dominante wissenschaftliche Meinung – unter Missachtung des fortgesetzten Forschungsbedarfs und des Unsicherheitsfaktors – erhebt Wissenschaft zum Dogma. Dogmatismus aber ist für die politische Entscheidungsfindung wenig hilfreich.

Unsere Priorität muss dagegen die Diversifizierung und Rationalisierung der Energiegewinnung und des Energieverbrauchs sein, um unsere Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern zu verringern und allen Menschen – in Europa und weltweit – eine angemessene Lebensqualität zu gewährleisten.

Angesichts der enormen wissenschaftlichen Herausforderungen, vor die uns dieses Vorhaben stellt, ist es die Pflicht der öffentlichen Hand, Investitionen in Forschung und Entwicklung Priorität einzuräumen. Zudem sollten Behörden – insbesondere insofern sie selbst Marktteilnehmer sind – zur Schaffung lukrativer Märkte für energieeffiziente Produkte beitragen. Kurzum: Angesichts des Klimawandels sind wir aufgerufen, in unserer Entwicklung einen Schritt nach vorn, nicht etwa zurück, zu tun. Blicken wir dieser Herausforderung ins Auge!

Peter Skinner (PSE), schriftlich. – Die Ziele der EU im Hinblick auf eine koordinierte Emissionsreduzierung sind ausschlaggebend für konkrete Verbesserungen im Umweltschutz.

Ich habe dafür gestimmt, in diese Koordinierung die unterschiedlichsten Bereiche einzubeziehen – einschließlich der Kernenergie als sicherer, sauberer Energiequelle. Dabei ist eine laufende Überprüfung im Hinblick auf Gutachten nationaler Aufsichtsbehörden und den technologischen Fortschritt erforderlich.

Ferner habe ich dafür gestimmt, Einkünfte aus EHS-Versteigerungen zur Finanzierung nötiger Änderungen, einschließlich von Investitionen in neue Technologien, zur Verfügung zu stellen.

Auch ein Emissionshandelssystem für den Luftfahrtsektor betrachte ich – trotz der wohl eher begrenzten Auswirkungen – als sinnvolle Maßnahme.

Catherine Stihler (PSE), schriftlich. – Die Debatte über die integrierte Klimaschutzpolitik ist unabdingbar, wenn es uns damit ernst ist, unsere Kohlendioxidemissionen bis 2050 um 50 % zu reduzieren.

Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich. – (PL) Ich habe für den Bericht Florenz („2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“) gestimmt – eine Arbeit des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, der im Juni 2007 eingesetzt wurde.

Es handelt sich um eine Liste spezifischer Empfehlungen zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen. Verantwortlich für die Umsetzung sind die Gemeinschaftsorgane (insbesondere die Europäische Kommission) und die Mitgliedstaaten. Zudem hat auch die kommunale Ebene bei der Erreichung der genannten Ziele eine Rolle zu spielen.

Änderungen unseres Klimas können abrupt auftreten, und ihre Folgen können verheerend sein. Daher ist es unabdingbar, dass sich die EU und die übrigen Industrieländer zu dem Ziel bekennen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 bis 40 % und bis 2050 um 80 % zu verringern, jeweils gegenüber den Werten von 1990.

Zwei weitere Empfehlungen des Berichts sind Solarenergiepartnerschaften mit Drittstaaten im Mittelmeerraum sowie das Ziel, den Nettoenergieverbrauch aller Neubauten auf 0 zu reduzieren (bis 2015 bei Wohngebäuden, bis 2020 bei den übrigen Gebäuden, mit der längerfristigen Möglichkeit einer Einbeziehung renovierter Gebäude). Vorgesehen ist schließlich auch die Schaffung einer „europäischen Gemeinschaft für Energie aus erneuerbaren Quellen“, um durch die Förderung von Forschung und Entwicklung technologische Innovation zu begünstigen.

Thomas Ulmer (PPE-DE), schriftlich. – (DE) Ich habe mich beim Bericht zum Klimawandel der Stimme enthalten. Das heißt nicht, dass ich den gesamten Bericht für schlecht halte, aber es wurden wissenschaftlich korrekte Daten mit polemischen falschen Äußerungen gemischt. Die gesamte Ausschussarbeit war einseitig, die Vielfalt der wissenschaftlichen Meinungen wurde nicht berücksichtigt. Auf dieser Basis kann kein ausgewogener Bericht zustande kommen. Leider ist diese Vorgehensweise im Vorfeld der Europawahlen häufiger geworden.

– **Bericht: Claudio Fava (A6-0026/2009)**

Guy Bono (PSE), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Bericht Fava (zum Vorschlag einer Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen) gestimmt.

Nach Angaben der Kommission leben zwischen 4,5 und 8 Millionen Drittstaatsangehörige illegal auf dem Gebiet der Europäischen Union – und sind damit willkommene Opfer für skrupellose Arbeitgeber.

Diese Praktiken beschämen Europa, wo Menschenrechte für alle gelten sollten, und es wurde höchste Zeit, sie anzuprangern. Jetzt endlich richtet sich das Augenmerk auf diejenigen, die sich die Situation dieser weitgehend schutzlosen Menschen zunutze machen. Die Opfer aber, die illegalen Einwanderer, dürfen nicht länger kriminalisiert und stigmatisiert werden. Mit den von uns befürworteten Maßnahmen geht es uns nicht nur um die Belangung ausbeuterischer Arbeitgeber, sondern auch um die Verfechtung grundlegender sozialer Rechte, beispielsweise der Vertretung durch eine Gewerkschaft.

Doch freuen wir uns nicht zu früh: Damit die Sanktionen keine leere Drohung bleiben, benötigen wir Rechtsinstrumente zu ihrer Durchsetzung. Erst damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine effektive gemeinsame Einwanderungspolitik.

Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE-DE), schriftlich. – (SV) Heute hat das Europäische Parlament über den Bericht des Kollegen Fava (A6-0026/2009) von der SPE-Fraktion (Italien) abgestimmt. Thema des Berichts sind Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen.

Wir, die schwedischen Konservativen, haben uns entschlossen, gegen den Bericht zu stimmen, da er den Mitgliedstaaten die Durchsetzung strafrechtlicher Maßnahmen auferlegt.

Gérard Deprez (ALDE), schriftlich. – (FR) Ich begrüße den Bericht Fava und das Vorhaben, Arbeitgeber, die illegale Einwanderer beschäftigen, stärker zur Verantwortung zu ziehen.

Demzufolge sollen die Arbeitgeber für die Rückführung der Arbeitnehmer in ihre Heimatländer und für eventuelle Zahlungsrückstände (Löhne und Gehälter, Steuern, Sozialbeiträge) aufkommen. Weitere vorgeschlagene Sanktionen reichen vom Ausschluss von öffentlichen Mitteln hin zur vorübergehenden oder endgültigen Schließung.

Drei wesentliche Punkte sind hervorzuheben. Erstens: Mit der Androhung strafrechtlicher Sanktionen in den schlimmsten Fällen von Ausbeutung (z. B. Beschäftigung Minderjähriger unter besonders ungeeigneten Bedingungen, Beschäftigung der Opfer von Menschenhandel) ergeht ein klares Signal an die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern. Zweitens: Es besteht die Möglichkeit milderer Bestimmungen für Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten, sofern die Arbeitsbedingungen angemessen sind. Drittens: Auch Unternehmen in einer Lieferkette können zur Verantwortung gezogen werden, sofern nachgewiesen werden kann, dass ihnen die Beschäftigung illegaler Einwanderer durch ein Subunternehmen bekannt war.

Bei all diesen Bestimmungen handelt es sich, das sollten wir nicht vergessen, um Mindeststandards. Es steht den Mitgliedstaaten frei, die Sanktionen gegen Arbeitgeber zu verschärfen oder den Schutz für illegale Einwanderer auszubauen. Erwähnenswert ist zudem die alle drei Jahre vorgesehene Überprüfung der Maßnahmen anhand der gesammelten Erfahrungen.

Constantin Dumitriu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Der Bericht des Kollegen ist ein erster Schritt im Kampf gegen illegale Beschäftigung und damit auch gegen einen der schwerwiegendsten Aspekte grenzüberschreitender Kriminalität. Bislang konzentrierten sich die Regierungen vorrangig auf Versuche, illegale Einwanderer vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Jetzt aber packen wir das Übel an der Wurzel, indem wir gegen Arbeitgeber vorgehen, die sich die Wehrlosigkeit illegaler Einwanderer zunutze machen.

Die meisten derartigen Beschäftigungsverhältnisse finden sich in der Landwirtschaft. Inhumane Arbeitsbedingungen sind gang und gäbe, nicht selten wird der Lohn vorenthalten. Die von uns vorgeschlagenen Bestimmungen richten sich nicht nur gegen die betreffenden Arbeitgeber, sondern sehen auch die Zahlung ausstehender Vergütungen vor. In den meisten Fällen sorgen transnational operierende Menschenhändlerringe für einen steten Nachschub an illegalen Arbeitskräften. Gemeinschaftsweite Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die sie beschäftigen, sind daher dringend erforderlich.

Ziel des Berichts ist nicht etwa, die Grenzen der EU vor Einwanderern zu verschließen, wohl aber, den Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz zu stärken. Schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung in den meisten Mitgliedstaaten müssen wir die Arbeitsmärkte offen halten – allerdings nur für legale Einwanderer, die einen Bedarf der Gemeinschaft decken.

Patrick Gaubert (PPE-DE), schriftlich. – (FR) Ich bin hocherfreut, dass der Richtlinienvorschlag mit einer so großen Mehrheit angenommen wurde. Nicht nur im Kampf gegen illegale Einwanderung, sondern auch auf dem Weg zu einer gemeinsamen globalen Einwanderungspolitik sind wir damit einen großen Schritt vorangekommen.

Die Chance auf ein, wenn auch illegales, Beschäftigungsverhältnis ist der Hauptanreiz für Tausende von Männern und Frauen, die täglich unsere Grenzen überqueren, um mit harter Arbeit ihre Familien zu ernähren. In der Realität aber finden sie sich allzu oft als Sklaven skrupelloser Arbeitgeber wieder, die sich ihre Wehrlosigkeit und Unkenntnis ihrer Rechte zunutze machen, um sie als billige Arbeitskräfte zu missbrauchen.

Mit der Richtlinie ergeht daher ein doppeltes Signal: Ausbeuterischen Arbeitgebern wird vermittelt, dass sie nicht länger straffrei ausgehen werden, illegal Einreisewillige werden durch den erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt abgeschreckt.

Der mit dem Rat ausgehandelte Kompromiss ist zufriedenstellend. Jetzt bleibt uns nur noch zu hoffen, dass die Mitgliedstaaten die Richtlinie zügig umsetzen werden, um Tausende von Menschen in Europa aus ihrer misslichen Lage zu befreien.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Das allgemeine Verbot, illegale Einwanderer zu beschäftigen, ist aufgrund seiner abschreckenden Wirkung auf illegal Einreisewillige nur zu begrüßen. Auch Sanktionen gegen Arbeitgeber, die solche Menschen beschäftigen – und nicht selten als moderne Sklaventreiber ausbeuten –, verdienen Unterstützung.

Ich möchte jedoch einige Bedenken äußern. Zunächst: Wieder einmal nutzt die Europäische Union ihre Kompetenzen nach dem Gemeinschaftsrecht (dem ersten Pfeiler), um auf eine Harmonisierung strafrechtlicher Bestimmungen der Mitgliedstaaten hinzuwirken – allerdings mit Ausnahme Irlands und Großbritanniens, die ihr in den Verträgen vorgesehenes „Opt-out“ geltend gemacht haben.

Zudem möchte ich daran erinnern, was sich kürzlich in einem schicken Restaurant, von Präsident Sarkozy gerne besucht, im Pariser Vorort Neuilly zutrug: In der Folge von Streiks setzten sich Arbeitgeber als Opfer des ach so unflexiblen Arbeitsmarkts oder als Beschützer ihrer Belegschaft, der sie ja schließlich den Mindestlohn zahlen, in Szene – und mir nichts, dir nichts wurde illegal Beschäftigten die Regularisierung durch Arbeit erleichtert. Die vorliegende Richtlinie geht noch weiter in diese Richtung, indem sie illegal Beschäftigten, die ihren Arbeitgeber melden, eine Regularisierung in Aussicht stellt.

Letzten Endes befürchte ich, dass – zumindest in Ländern, die diese Sache so lax wie Frankreich handhaben – all dies nur wenig gegen den Zustrom illegaler Einwanderer ausrichten wird.

Carl Lang (NI), schriftlich. – (FR) Dieser Bericht hat durchaus seine Verdienste.

Der erste ist didaktischer Art. Der Bericht bekundet den alarmierenden Anstieg der Zahl illegaler Einwanderer in Europa – die Kommission selbst spricht von 4,5 bis 8 Millionen – und nennt die am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige: Bau, Landwirtschaft, Reinigung, Hotels und Gaststätten.

Der zweite ist die Verstärkung des Kampfes gegen die Schwarzarbeit – insbesondere durch finanzielle und strafrechtliche Sanktionen gegen Arbeitgeber, die illegale Einwanderer beschäftigen.

Leider stehen diesen Verdiensten erhebliche Schwächen gegenüber. So sind keinerlei Maßnahmen vorgesehen, um den immer wieder über uns hereinbrechenden Wellen illegaler Einwanderer Einhalt zu gebieten. Die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen wird nicht einmal in Betracht gezogen.

Angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise sowie angesichts astronomischer Arbeitslosenzahlen kann es für die Länder der Europäischen Union nur eine Priorität geben: den Schutz der Arbeitsplätze. Sozialer Protektionismus ist das Gebot der Stunde für die nationale wie auch europäische Politikgestaltung. Arbeitsplätze in Frankreich müssen den Franzosen, Arbeitsplätze in Europa den Europäern vorbehalten bleiben. Die Anwendung der Grundsätze nationaler und europäischer Präferenz sowie eines nationalen und europäischen Protektionismus ist eine unabdingbare Voraussetzung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Erholung der Länder Europas.

Jörg Leichtfried (PSE), schriftlich. – (DE) Ich stimme für den Bericht von Claudio Fava zu den Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatenangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen.

Man muss der Beschäftigung von illegalen Einwanderern einen Riegel vorschieben, sowohl um sie vor Ausbeutung zu schützen, als auch um der Wirtschaft im eigenen Land nicht zu schaden.

Der wichtigste Aspekt besteht darin, nicht die illegal beschäftigten Drittstaatenangehörigen zu bestrafen, sondern die Arbeitgeber, die sich in der weitaus stärkeren Position befinden.

David Martin (PSE), schriftlich. – Ich begrüße die Einführung und Durchsetzung von Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen. In dem Bericht sind Mindeststandards für strafrechtliche Maßnahmen gegen Arbeitgeber sowie Kontrollen in besonders exponierten Wirtschaftszweigen vorgesehen. In Schottland allerdings sind wir bereits durch den „Immigration, Asylum and Nationality Act“ aus dem Jahr 2006 geschützt.

Lydie Polfer (ALDE), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Richtlinienvorschlag gestimmt, da er sich gegen illegale Einwanderung richtet – ein grassierendes Übel, das nicht selten zu Ausbeutung führt. Zwischen 4,5 und 8 Millionen illegaler Einwanderer in der Europäischen Union arbeiten in Wirtschaftszweigen wie dem Bausektor, der Landwirtschaft oder dem Gastgewerbe. Die Einführung verschiedener Arten von Sanktionen auf europäischer Ebene gegen Arbeitgeber, die diese Menschen beschäftigen, ist eine wirksame Waffe im Kampf gegen illegale Einwanderung.

Letztendlich geht es darum, Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, damit sie ihren Beitrag zur Verschärfung dieses Kampfes leisten.

Frédérique Ries (ALDE), schriftlich. – (FR) Das Europäische Parlament hat heute mit großer Mehrheit den Richtlinienvorschlag über Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen, angenommen – für mich ein Anlass zu Freude.

Die Richtlinie ist Teil einer übergreifenden EU-Strategie zur Bekämpfung illegaler Einwanderung, zu der auch die „Blue Card“ als Maßnahme der selektiven Einwanderung und die „Rückführungsrichtlinie“ gehören.

Schwarzarbeit ist – zumal angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise – eine erhebliche Gefahr für die europäische Wirtschaft.

Allzu vielen Menschen erscheint die EU nach wie vor als Eldorado: Nicht selten finden sie hier eine Arbeit und Lebensqualität, von der sie in ihrer Heimat nur träumen konnten.

Schätzungen zufolge leben zwischen 4,5 und 8 Millionen Drittstaatsangehörige illegal in der EU. Typischerweise finden sie Arbeit auf dem Bau, in der Landwirtschaft, in Haushalten oder Hotels. Ihre Löhne sind niedrig – oft an der Grenze zur Ausbeutung.

Skrupellose Arbeitgeber machen sich die Notlage dieser Menschen zunutze, die bereit sind, für wenig Geld und nicht selten unter gefährlichen Bedingungen zu arbeiten.

Dank der heutigen Abstimmung kann die Beschäftigung illegaler Einwanderer schon bald schwere Folgen haben – von Geldbußen hin zu Haftstrafen.

Luca Romagnoli (NI), *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den Bericht des Kollegen Fava gestimmt, der Sanktionen gegen Personen vorsieht, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen. Ich teile die Sorge des Berichterstatters über die gesellschaftlichen Folgen dieses Phänomens und die ausbeuterischen Bedingungen, unter denen diese Menschen arbeiten.

Skrupellose Arbeitgeber ziehen illegale Einwanderer für schlecht bezahlte Hilfstätigkeiten heran, über die andere Arbeitskräfte nur die Nase rümpfen würden. Hinzu kommen die gesellschaftlichen Folgen: Illegale Beschäftigung kann das Lohnniveau senken, die Arbeitsbedingungen verschlechtern und den Wettbewerb zwischen Unternehmen verzerren. Daher beglückwünsche ich den Kollegen Fava zu seiner Initiative, für die Rechte dieser weitgehend schutzlosen Menschen einzutreten.

Georgios Toussas (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Der Richtlinienvorschlag der Kommission über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen, und der diesbezügliche Bericht des Europäischen Parlaments sind eine arglistige Täuschung. In Wahrheit geht es nicht um Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Einwanderer auf barbarische Weise ausbeuten, sondern um die Verhaftung, Bestrafung und gewaltsame Deportation der Einwanderer selbst. Der Vorschlag ist Teil der Anti-Einwanderungspolitik der EU, die im „Einwanderungspakt“ ihren Niederschlag gefunden hat, und folgt auf die berühmt-berüchtigte „Richtlinie der Schande“, die für sogenannte „illegale“ Einwanderer eine 18-monatige Abschiebungshaft, Deportation und ein 5-jähriges Einreiseverbot vorsieht.

Sowohl der Richtlinienvorschlag als auch der Bericht des Europäischen Parlaments, der ihm in nichts nachsteht, laufen darauf hinaus, die Repressalien gegen Einwanderer zu verschärfen, ihre gesellschaftliche Ausgrenzung zu systematisieren und einer immer dreisteren Ausbeutung durch das Kapital Tür und Tor zu öffnen.

Aus diesen Gründen stimmt die Kommunistische Partei Griechenlands gegen den Bericht wie auch gegen den Richtlinienvorschlag der Kommission.

Dagegen unterstützt sie die berechtigten Interessen der Einwanderer, ihre Legalisierung, den Kampf gegen Schwarzarbeit, die Erhöhung der Löhne und Gehälter, das Recht auf gleiches Geld für gleiche Arbeit sowie die unbedingte Wahrung der sozialen und bürgerlichen Rechte.

– Entschließungsantrag: (B6-0062/2009)

Edite Estrela (PSE), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag zur Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gestimmt, da IKT meines Erachtens eine tragende Rolle bei der Verbesserung der Energieeffizienz spielen. Schätzungen zufolge können wir damit den CO₂-Ausstoß jährlich um über 50 Millionen Tonnen reduzieren.

Die Mitgliedstaaten müssen das Potenzial der IKT in vollem Umfang nutzen, um die Ziele des Klima- und Energiepakets erreichen zu können, bis 2020 in der Europäischen Union die Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % zu reduzieren, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 % zu erhöhen und die Energieeffizienz um 20 % zu steigern.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Wir haben für diesen Bericht eines tschechischen Kollegen und Mitglieds unserer Fraktion gestimmt, da sein Thema – Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – unseres Erachtens von höchster Brisanz ist. Derartige Technologien legen als Impulse für Produktivitätssteigerungen, Wachstum und Kosteneinsparungen den Grundstein für Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und eine höhere Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Aus diesem Grund begrüßen wir die Empfehlung an die kommenden Ratspräsidentschaften, IKT – und insbesondere ihre Bedeutung für die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung daran – zu einem Schwerpunkt ihres Vorsitzes zu machen.

Für ebenso wichtig halten wir verstärkte Anstrengungen auf allen Entscheidungsebenen, sämtliche verfügbaren Finanzinstrumente aufzuwenden, um neue technologische Lösungen auf IKT-Basis zur Verbesserung der Energieeffizienz einzuführen und anzuwenden.

Angesichts der verzögerten Annahme eines Systemansatzes für intelligente IKT-Lösungen erscheint es überdies notwendig, die Öffentlichkeit für solche Lösungen zu sensibilisieren, wobei der Schwerpunkt auf Emissionsreduzierung im Zuge städtebaulicher Entwicklung zu legen ist – insbesondere durch die Entwicklung intelligenter Gebäude, Straßenbeleuchtungen und Übertragungs- und Verteilungsnetze sowie durch die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs.

Mieczysław Edmund Janowski (UEN), *schriftlich*. – (PL) Ich habe mich für den Entschließungsantrag zur Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien ausgesprochen.

Die Einführung von IKT als Lösung der Zukunft für nahezu alle Energie verbrauchenden Geräte und Systeme kann zu erheblichen Energieeinsparungen beitragen. Andernfalls könnten wir bereits in wenigen Jahren vor einem drastischen Anstieg des Energiebedarfs (ca. 25 % binnen 4 Jahren) stehen.

Besonders groß ist das Einsparungspotenzial bei der Herstellung und Übertragung elektrischen Stroms. Erforderlich wären Effizienzgewinne von rund 40 % bei der Energieerzeugung und von rund 10 % beim Energietransport. Zudem erleichtern IKT die Verwaltung des Energienetzes und die Integration erneuerbarer Energien und versprechen signifikante Einsparungen bei der Beheizung, Belüftung und Beleuchtung von Gebäuden. All diese Faktoren tragen zu einer deutlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen bei – ausgedrückt in Energieeinheiten oder als globale Werte.

Im Endergebnis steigern IKT – einschließlich der zugehörigen Komponenten, mikro- und nanoelektronischer Systeme und neuester technologischer Entwicklungen (z. B. in der Photonik) – die Wettbewerbsfähigkeit, eröffnen Unternehmen Wachstumschancen und fördern die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zur Steigerung der Energieeffizienz gilt es, den Energieverbrauch auf allen Etappen zu reduzieren – von der Erzeugung über den Transport hin zum Endverbraucher. Um dies ohne Beeinträchtigung der Energieversorgung zu bewerkstelligen, ist eine Kombination aus technischen, wirtschaftlichen, und verhaltensorientierten Änderungen erforderlich. Dass in diesem Zusammenhang IKT so flächendeckend wie irgend möglich eingeführt werden müssen, steht außer Frage.

Luca Romagnoli (NI), *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den Entschließungsantrag zur Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien gestimmt.

Ich würde in der Tat sagen, dass wir neben dem Ziel der Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 20 % bis zum Jahr 2020 im gleichen Zeitraum auch die Energieeffizienz um 20 % steigern müssen. Daher unterstütze ich den vorgelegten Entschließungsantrag, der das Bewusstsein für die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Steigerung der Energieeffizienz in der Wirtschaft der EU, beispielsweise durch Demonstrationsprojekte, steigern soll. Diese Technologien sind eine treibende Kraft für mehr Produktivität und Wachstum, außerdem für Kostensenkungen, die für Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und die Steigerung der Lebensqualität der EU-Bürger sorgen.

Flaviu Călin Rus (PPE-DE), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zur Lösung der Frage der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien gestimmt, da ich fest überzeugt bin, dass diese Technologien lebensfähige Lösungen für dieses Problem bieten können.

Energieeffizienz ist ein extrem wichtiges Thema, da wir alle wissen, dass die natürlichen Ressourcen, aus denen wir unsere Energie gewinnen, zur Neigung gehen und irgendwann erschöpft sind. Daher denke ich, dass jede Technologie, die zur Erreichung von Energieeffizienz genutzt werden kann, für die gesamte Gesellschaft von Vorteil ist.

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE), *schriftlich*. – (PL) Das Problem der Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union wurde in diesem Parlament mehrfach angesprochen, insbesondere von Vertretern der neuen Mitgliedstaaten.

Die Krise, die in den vergangenen Wochen zahlreiche Mitgliedstaaten getroffen hat, zeigt ganz klar, wie real die Gefahr einer Unterbrechung unserer Gasversorgung ist, und wie schlecht wir auf die Folgen vorbereitet sind.

Europa muss endlich solidarisch denken und handeln. Wir müssen geeignete Transport-Infrastrukturen schaffen, Unterstützungsmechanismen für Länder entwickeln, die nicht genügend Rohstoffe haben, und unsere Rohstoffquellen diversifizieren. Wir müssen versuchen, alternative Gasquellen zu finden, und ein System entwickeln, mit dem wir Energie sparen und unseren Gasverbrauch effizienter gestalten.

Ich weiß, dass all diese Punkte in der Vergangenheit schon oft angesprochen wurden, aber welchen Nutzen hat dies, wenn wir noch immer am Zeichenbrett stehen?

Catherine Stihler (PSE), *schriftlich*. – Die Bedeutung der Energieeffizienz und ihr Beitrag zur Erreichung unserer Klimaziele ist nicht zu unterschätzen. Energieeffizienz-Programme bieten Potenzial für neue Arbeitsplätze.

– **Entschließungsantrag: (RC-B6-0066/2009)**

Guy Bono (PSE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für diese Entschließung für die Rückkehr und Reintegration von Häftlingen aus dem Gefangenenlager Guantánamo gestimmt.

Ich habe den Eindruck, dass Europa Präsident Obama nur zu seiner Entscheidung gratulieren kann, das Gefangenenlager zu schließen, was viele von uns seit Jahren gefordert haben. Daher halte ich dies für eine gute Gelegenheit, der Forderung der USA nach einem gemeinsamen Standpunkt entsprechend den Werten der Europäischen Union nachzukommen.

Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass wir auch unser eigenes Parlament innerhalb unserer eigenen Grenzen in Ordnung bringen können, und dass den europäischen Ländern, die der CIA erlaubt haben, Gefangene verdeckt zu verlegen, ihre Verantwortung bewusst gemacht wird.

Niels Busk, Anne E. Jensen und Karin Riis-Jørgensen (ALDE), *schriftlich*. – (DA) Die Abgeordneten der Dänischen Liberalen Partei haben gegen Ziffer 4 des Entschließungsantrags zur Rückführung und Neuansiedlung der Insassen des Gefangenenlagers Guantánamo gestimmt, da wir der Meinung sind, dass es das souveräne Recht der jeweiligen Mitgliedstaaten ist, zu entscheiden, ob sie Insassen aus Guantánamo aufnehmen, wenn sie von der US-Regierung dazu aufgefordert werden.

Natürlich befürworten wir, dass sich die Mitgliedstaaten hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit innerhalb der EU absprechen, wenn sie Insassen aufnehmen möchten.

Martin Callanan (PPE-DE), *schriftlich*. – Für viele Mitglieder des Europäischen Parlaments wurde das Gefangenenlager Guantánamo Bay zu einem Stock, mit dem man Amerika schlägt. Ich persönlich bin dankbar, dass die Vereinigten Staaten wieder einmal einen unverhältnismäßigen Anteil an der Verantwortung übernommen haben, Europa vor Terrorismus zu schützen.

Dennoch akzeptiere ich, dass das Gefangenenlager Guantánamo Bay geschlossen werden soll. Der Grund ist nicht, dass ich denke, gewaltbereite Terroristen gehören nicht hinter Schloss und Riegel; ganz im Gegenteil. Doch die rechtlichen Fragen im Hinblick auf die Inhaftierung von Gegnern müssen gelöst werden, und der beste Weg besteht darin, Camp X-Ray zu schließen.

Sosehr ich auch Amerika bewundere und unterstütze, es muss gesagt werden, dass die Verantwortung für die Insassen von Guantánamo im Wesentlichen bei Amerika liegt, nicht bei uns. Sie wurden unter amerikanischem Kommando gefangen genommen und sollten daher für mutmaßliche Straftaten gegen Amerika angeklagt und bestraft werden, und zwar unter amerikanischem Recht und auf amerikanischem Boden.

Ich unterstütze die Idee, dass EU-Mitgliedstaaten die Verantwortung für diese extrem gefährlichen Terroristen übernehmen, nicht. Ich denke jedoch auch nicht, dass die EU den Mitgliedstaaten diktieren sollte, was hier zu tun ist.

Daher habe ich mich zu dieser Entschließung enthalten.

David Casa (PPE-DE), *schriftlich*. – Wir müssen extrem vorsichtig vorgehen, wenn wir Entscheidungen treffen, wie sie in dieser Entschließung vorgestellt werden. Wir können nicht einfach jeden, der aus Guantánamo freigelassen wird, mit offenen Armen empfangen. Zwar muss sichergestellt werden, dass die ehemaligen Insassen mit Würde behandelt werden, dennoch müssen wir auch prüfen, ob sie ohne jeden Zweifel unschuldig sind, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Wenn wir nicht wirklich aufpassen, kann eine planlose Entscheidung fatale Folgen haben.

Chris Davies (ALDE), *schriftlich*. – Obgleich ich die Entscheidung, Guantánamo zu schließen, begrüße, bin ich doch über die Bereitschaft der europäischen Länder besorgt, ehemalige Strafgefangene aufzunehmen, die möglicherweise terroristische Verbindungen unterhalten. Angesichts der Politik des freien Personenverkehrs innerhalb der EU können die Maßnahmen eines europäischen Landes Auswirkungen auf andere Länder haben, und das in Zeiten, in denen wir bereits vor komplexen Terrorismusproblemen

stehen. Weiterhin sind unsere Möglichkeiten, einen verdächtigen Terroristen abzuschieben, durch internationale Konventionen begrenzt (beispielsweise die EMRK), deren Überarbeitung überfällig ist.

Proinsias De Rossa (PSE), schriftlich. – Ich unterstütze diese Entschlieung, die die Schließung der Gefangenenlager in Guantnamo Bay durch Präsident Obama und seine anderen bedeutenden Verfügungen in diesem Zusammenhang begrut; daran erinnert, dass die Vereinigten Staaten die primäre Verantwortung für die Schließung dieser Einrichtungen und die Zukunft der Insassen übernehmen müssen; aber von den EU-Mitgliedstaaten im Sinne einer fairen und menschlichen Behandlung aller und einer Stärkung des Völkerrechts eine positive Reaktion auf jegliche Forderungen der Vereinigten Staaten zur Unterstützung bei der Neuansiedlung der Insassen von Guantnamo Bay innerhalb der Europäischen Union fordert.

Ich bin jedoch sehr über Berichte besorgt, dass die Obama-Regierung die Praxis der Auslieferung fortfhrt.

Edite Estrela und Armando Frana (PSE), schriftlich. – (PT) Wir haben für den gemeinsamen Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu der Möglichkeit der Aufnahme von Guantnamo-Häftlingen gestimmt, denen keine Verbrechen vorgeworfen werden, da wir der Meinung sind, dass die Kooperation der EU wesentliche Voraussetzung ist, um das Völkerrecht und den Respekt der Menschenrechte zu stärken und sicherzustellen, dass die Guantnamo-Häftlinge eine faire, unparteiische Behandlung erfahren.

Wir sehen daher die Initiative der portugiesischen Regierung und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der US-Regierung bei dem Prozess der Schließung des Gefangenenlagers Guantnamo als Beispiel, dem andere Mitgliedstaaten folgen sollten, um die Vereinigten Staaten bei der Lösung dieses komplexen Problems im Rahmen des Respekts der Menschenrechte und des Völkerrechts zu unterstützen.

Vasco Graa Moura (PPE-DE), schriftlich. – (PT) Ich habe gegen diesen gemeinsamen Entschließungsantrag gestimmt. Angesichts der Präambeln D (dritter Punkt) und F halte ich es für nicht akzeptabel, dass die EU ihre Mitgliedstaaten als Reaktion auf einen schlechten, demagogischen Vorschlag des portugiesischen Außenministers auffordert, sich auf die Aufnahme von Gefangenen vorzubereiten, die aus Guantnamo entlassen werden.

Wir sollten unter keinen Umständen zustimmen, dass EU-Mitgliedstaaten Häftlinge aufnehmen, von denen man ausgeht, dass sie eine „potenzielle Bedrohung“ darstellen (Präambel D); und wir sollten auch nicht den Präzedenzfall der 61 ehemaligen Insassen vergessen, die seit ihrer Entlassung terroristische Aktivitäten verfolgen (Präambel F).

Da es unmöglich ist, eine sichere Unterscheidung zwischen denjenigen zu treffen, die eine potenzielle Bedrohung darstellen, und denjenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, muss ganz offensichtlich nicht nur im Kontext von REACH das Prinzip der Vorsicht angewandt werden.

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Obgleich der gemeinsame Entschließungsantrag einige Punkte enthält, die wir gut finden, besonders die Aussage, dass „die Hauptverantwortung für den gesamten Prozess der Schließung des Gefangenenlagers Guantnamo Bay und für die Zukunft seiner Insassen bei den Vereinigten Staaten liegt“, werden die Gesichtspunkte, unter denen wir diese extrem ernste humanitäre Lage betrachten sollen, nicht geklärt.

Wie bereits zuvor betont, sind wir gegen eine Vereinbarung zwischen Ländern oder zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zur Überführung von Gefangenen aus Guantnamo. Das bedeutet nicht, dass Entscheidungen und Forderungen, die von Einzelpersonen frei zum Ausdruck gebracht werden, namentlich der Asylantrag in Portugal, nicht im Kontext des Respekts der nationalstaatlichen Souveränität, der Verfassung der Portugiesischen Republik und des Völkerrechts betrachtet werden.

Aber die Entschlieung:

– verurteilt nicht die Tatsache, dass die neue US-Regierung die Inhaftierung und den illegalen Transport von Bürgern nicht infrage gestellt hat; und

– ignoriert komplett die Notwendigkeit, die ganze Wahrheit über die Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte im Rahmen des so genannten „Kampfes gegen den Terrorismus“ herauszufinden, einschließlich der Verantwortung der Regierungen verschiedener EU-Länder im Hinblick auf die Nutzung des Luftraums und des Staatsgebiets dieser Länder zur Auslieferung und zum Transport illegal inhaftierter Gefangener.

Ona Juknevičienė (ALDE), schriftlich. – (LT) Ich gratuliere US-Präsident Barack Obama zu seiner Entscheidung, mit der Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo zu beginnen, die ich voll unterstütze. Dies ist ein entscheidender Schritt in Richtung Neubeginn der US-Politik. Ich bin überzeugt, dass alle EU-Mitgliedstaaten diese US-Politik unterstützen und Präsident Obamas Aufforderung zur Zusammenarbeit nachkommen werden oder ihn bei der Lösung des Problems entlassener Gefangener unterstützen werden, wenn er darum bittet. Ich habe jedoch gegen den Entschließungsartikel gestimmt, der die Mitgliedstaaten drängt, „Gefangene aus Guantánamo aufzunehmen“, da ich denke, diese Frage sollte unabhängig von jedem Land der Gemeinschaft entschieden werden. Ich habe keinen Zweifel, dass sich jedes Land in einem konkreten Fall positiv äußern und der US-Regierung seine Unterstützung anbieten wird. Das ist dann jedoch eine individuelle Entscheidung, individueller guter Wille und Respekt der Normen der Menschenrechte und des Völkerrechts.

Athanasios Pafilis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei Griechenlands haben gegen den gemeinsamen Entschließungsantrag der politischen Parteien im Europäischen Parlament gestimmt und fordern die sofortige Freilassung aller willkürlichen Gefangenen, die von den USA in Guantánamo festgehalten werden, sowie die sofortige und endgültige Schließung des Lagers, welches illegal auf kubanischem Boden errichtet wurde, entgegen dem Willen des kubanischen Volks und seiner Regierung.

Stattdessen fordert die Entschließung ein „faires Verfahren“ für jeden, gegen den die USA vermeintlich Beweise hat, und fordert die Mitgliedstaaten der EU auf, im Rahmen des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus durch die EU und die USA Häftlinge in ihren Gefängnissen aufzunehmen. Es ist absoluter Hohn und Mittäterschaft, den Verfahren gegen und der Bestrafung von Häftlingen zuzustimmen, wo wir alle von der mittelalterlichen Folter wissen, die diese erleiden mussten, und somit von der Glaubwürdigkeit solcher Beweise nach Jahren der unmenschlichen Gefangenschaft.

Die Feiern und Empfänge um Präsident Obama führen dazu, dass die Leute über die Politik des Imperialismus in die Irre geführt werden. Was dieses spezifische Problem angeht, so lässt der Befehl für Guantánamo die Möglichkeit für die CIA offen, „Terrorismusverdächtige zu entführen“ und zu Geheimgefängnissen zu transportieren.

Tobias Pflüger (GUE/NGL), schriftlich. – (DE) Ich habe dem Bericht „Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Rückkehr und Aufnahme der Insassen des Gefangenenlagers Guantánamo“ zugestimmt, weil ich die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in die Staaten der EU grundsätzlich begrüße. Viele EU-Staaten hatten sich im Zusammenhang mit Guantanamo z. B. durch die Gewährung von Überflugrechten für die illegalen Gefangenentransporte mit schuldig gemacht.

Dennoch enthält der Bericht einige Punkte, die eine Zustimmung nicht leicht machen:

Werden im Bericht die Folterpraktiken in Guantanamo, insbesondere das „water-boarding“ nicht explizit als Folter benannt, sondern als „harte Verhörmethoden, die Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleichkommen“.

Wurden die Änderungsanträge der Linken (GUE/NGL) und der Grünen (Verts), die die Auflösung aller geheimen Gefangenenlager, ein Wiedergutmachungsrecht für die Opfer und eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Guantanamo einforderten, alle abgelehnt.

Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich. – (PT) Die Schwierigkeit Europas, mit der Entscheidung zur Schließung von Guantánamo umzugehen, zeigt deutlich die Lücke zwischen den Absichten, die auf gültigen Prinzipien beruhen, und der Realität, die enorme Schwierigkeiten mit sich bringt.

Die Schließung von Guantánamo ist gut, und zwar sowohl an sich als auch symbolisch. Die Schließung löst jedoch nicht das Problem, aufgrund dessen das Lager errichtet wurde – und das auch das Lager nicht lösen konnte – nämlich den Umgang mit einer Bedrohung der nationalen und internationalen Sicherheit, die sich ganz anders darstellt als herkömmliche Gegner, für die das Völkerrecht entwickelt wurde und auf die es vorbereitet ist.

Anstatt also nur durch die mögliche Aufnahme ehemaliger Häftlinge aus Guantánamo zu kooperieren – eine Maßnahme, die vielleicht erforderlich ist, aber verschiedene Einschränkungen berücksichtigen muss – müssen Europa, die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft gemeinsam eine stabile und dauerhafte rechtliche Lösung für die Herausforderung suchen, die der internationale Terrorismus darstellt. Schaffen wir das nicht, dann folgt auf Guantánamo wieder eine schlechte Lösung.

Hinsichtlich der Aufnahme ehemaliger Gefangener sollte man nicht nur auf europäischer Ebene koordiniert vorgehen, sondern es ist zudem ratsam, keine Personen aufzunehmen, die unter anderen Umständen aus Sicherheitsgründen auch kein Visum erhalten hätten. Die Kriterien lauten Bereitschaft und Vorsicht.

Luca Romagnoli (NI), *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den gemeinsamen Entschließungsantrag zur Rückführung und Neuansiedlung der Insassen des Gefangenenlagers Guantánamo gestimmt. Insbesondere bin ich fest überzeugt, dass die Verantwortung für den gesamten Prozess der Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo und die Zukunft seiner Insassen einzig und allein bei den Vereinigten Staaten von Amerika liegt.

Weiterhin stimme ich nicht mit der Annahme der Entschließung überein, dass die Verantwortung für den Respekt für das Völkerrecht und für die Grundrechte bei allen demokratischen Ländern, insbesondere der Europäischen Union, liegt. Wir können uns nicht in eine Angelegenheit einbringen, für die ausschließlich die Regierung der Vereinigten Staaten zuständig ist. Kurz gesagt, aus den vorgenannten Gründen bin ich gegen die mögliche Aufnahme von Häftlingen aus Guantánamo in der EU.

Catherine Stihler (PSE), *schriftlich*. – Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Teil zur Schließung des Gefängnisses Guantánamo Bay beitragen. Es ist nicht gut, die Amerikaner aufzufordern, das Lager zu schließen, was der neue Präsident auch tut, wenn wir nicht einen Teil der Verantwortung übernehmen können.

Andrzej Jan Szejna (PSE), *schriftlich*. – (PL) Ich habe Die Entscheidung von Barack Obama über zur Schließung des Gefängnisses Guantánamo Bay begrüßt. Während seiner Wahlkampagne hatte Herr Obama bereits hervorgehoben, dass die Schließung dieses berüchtigten Gefängnisses eine seiner Prioritäten sein werde.

Die Angelegenheit der Rückkehr und Überführung der Insassen von Guantánamo kann ein Zeichen für eine bedeutende Verschiebung der US-Politik in die richtige Richtung sein, nämlich in Richtung Respekt der Grundrechte, der Menschenrechte und des Völkerrechts. Nun sollte sich jeder Gefangene vor Gericht verantworten. Wenn er dann für schuldig befunden wird, sollte er seine Strafe in einem Gefängnis in den Vereinigten Staaten verbüßen. Wer als nicht schuldig befunden wird und freiwillig in sein Heimatland zurückkehren möchte, sollte schnellstmöglich zurückgesandt werden. Gefangene, die nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können, weil ihnen dort Folter oder Verfolgung droht, sollten in den Vereinigten Staaten bleiben dürfen, wo sie dann humanitären Schutz und Leistungen erhalten. Derzeit werden in Guantánamo rund 242 Insassen gefangen gehalten. Einige unter ihnen werden nur dort festgehalten, weil es kein sicheres Land gibt, in das sie gehen könnten. Diesen Menschen wird kein Verbrechen vorgeworfen.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist und bleibt eine Priorität der Außenpolitik sowohl der Europäischen Union als auch der Vereinigten Staaten. Wir müssen jedoch betonen, dass dieser immer Hand in Hand mit dem Respekt der Grundrechte und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gehen muss.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.20 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: MECHTILD ROTHE

Vizepräsidentin

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

(Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.)

Nils Lundgren (IND/DEM). – Frau Präsidentin, hinsichtlich der Geschäftsordnung beziehe ich mich auf Artikel 142(2)(a) und (b) zur Zuteilung von Redezeit. Als wir gestern hier im Haus über das Gefängnis Guantánamo sprachen, wurden ich und viele andere Redner gnadenlos unterbrochen, wenn wir unsere Redezeit um ein paar Sekunden überzogen hatten. Diese grobe Behandlung erfolgte durch Herrn Pöttering und Herrn Siwiec, den Vizepräsidenten, der ihn später am Nachmittag vertrat.

Herr Schulz, Vorsitzender der sozialistischen Fraktion, erhielt dagegen von Herrn Pöttering die Erlaubnis, seine Redezeit um deutlich mehr als eine Minute zu überschreiten. Natürlich würde ich nicht im Traum unterstellen, dass dies daran liegt, dass Herr Pöttering und Herr Schulz befreundet sind – *alte Kameraden*, wie

man auch zu sagen pflegt – aber ich erkenne hier doch ein wiederkehrendes Muster. Kollegen aus großen Fraktionen, die die politische Botschaft erarbeiten, die der Vorsitzende hören möchte, werden sehr großzügig behandelt. Kollegen aus kleineren Fraktionen, deren politische Botschaft nicht dem entspricht, was der Vorsitzende hören möchte, werden extrem stringent behandelt. Dies entspricht nicht der Geschäftsordnung, in der klar definiert wird, wie die Redezeit zuzuteilen ist.

Ich möchte Herrn Pöttering und all seine Vizepräsidenten daran erinnern –

(Die Präsidentin teilt dem Redner mit, dass er seine Redezeit überschritten hat.)

Ich wurde hierher entsandt, um die Subsidiarität und Souveränität der Mitgliedstaaten zu verteidigen, und der Präsident und die Vizepräsidenten dieses Parlaments haben keinerlei Recht, zu versuchen, die Stimme von 15 % der schwedischen Wähler zum Schweigen zu bringen.

Die Präsidentin. – Herr Kollege, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort. Sie haben jetzt Ihre Redezeit um mehr als die Hälfte überschritten. Ich nehme zur Kenntnis, was sie gesagt haben. Ich glaube, es ist allen klar geworden.

Nils Lundgren (IND/DEM). – Frau Präsidentin, darf ich Sie daran erinnern, dass das Herrn Schulz nicht passiert wäre. Er wäre von Ihnen nicht unterbrochen worden. Das ist der große Unterschied. Aber Sie beweisen, dass ich Recht habe – vielen Dank.

Die Präsidentin. – Herr Kollege, ich bin sicher, dass Sie sich irren. Ich nehme das auf – es kommt zum einen ins Protokoll, und sicherlich wäre es auch angebracht, dass über die Frage unterschiedlichen Verhaltens, was auch zum Teil an der Zeit liegt, die zur Verfügung steht, im Präsidium beraten wird.

11. Kosovo (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Kosovo.

Hannes Swoboda (PSE). – *(DE)* Frau Präsidentin! Wir diskutieren heute den Kosovo auf der Grundlage eines sehr ausführlichen Berichts des Kollegen Joost Lagendijk, der Berichterstatter ist, natürlich verbunden mit Erklärungen von Kommission und Rat.

Der Berichterstatter hat in diesem Fall keine offizielle Redezeit. Das finde ich eigentlich katastrophal. Wenn der Berichterstatter verzichten und nur den Initiativbericht am Montagabend präsentieren würde, hätte er vier Minuten. Das finde ich eigentlich nicht gerecht. Ich bitte das Präsidium daher, zu überlegen, ob jemandem, der wirklich über Monate als Berichterstatter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten arbeitet, nicht auch eine offizielle Redezeit gegeben werden sollte.

Jetzt hat die Kollegin Gisela Kallenbach ihm aus Solidarität als Abgeordnete der Grünen ihre Minute abgetreten. Vielleicht wäre es möglich, Frau Präsidentin – wenn das in Ihrer Macht steht – Frau Kallenbach beim „Catch the eye“ eine Minute zu geben. Ich möchte Sie aber bitten, sich hierzu grundsätzlich Gedanken zu machen. Wir müssen da eine andere Regelung finden.

Die Präsidentin. – Es ist sicherlich richtig, dass das grundsätzliche Problem behandelt werden sollte. Was die konkrete Situation jetzt anbelangt, empfehle ich einfach der Kollegin Kallenbach – weil es das erheblich vereinfachen würde –, dass sie unter dem Punkt „Catch the eye“ genau die Minute bekommt.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, ich bin dankbar für diese Möglichkeit, einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Kosovo zu geben. In zwei Wochen – am 17. Februar 2009 – feiert der Kosovo den ersten Jahrestag seiner Unabhängigkeitserklärung, und diese Aussprache kommt zweifelsohne zum richtigen Zeitpunkt. Seither hat der Kosovo eine Verfassung und einen ganz neuen rechtlichen und institutionellen Rahmen verabschiedet. Die Unabhängigkeitserklärung schaffte eine neue Situation und neue Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft und insbesondere für die EU.

Die unterschiedlichen Sichtweisen der Mitgliedstaaten in Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung unterminieren keineswegs die politischen Gesamtziele der Union. Wir engagieren uns weiterhin für die Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kosovos im Rahmen des übergeordneten Ziels der langfristigen Stabilität der Balkanstaaten insgesamt.

Für den Kosovo bedeutet dies insbesondere, einen Beitrag zu leisten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, des Respekts der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten, außerdem die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schutz des reichen kulturellen und religiösen Erbes des Kosovos.

Zudem bedeutet es die Betrachtung des Kosovos innerhalb des weiteren Rahmens, der anlässlich des Gipfels in Thessaloniki 2003 für die westlichen Balkanstaaten gesteckt wurde. Die Politik der Unterstützung einer europäischen Perspektive für alle westlichen Balkanstaaten, auf die man sich bei diesem Gipfel einigte, wurde seither erneut bestätigt, zuletzt vom Rat bei seiner Sitzung am 8. Dezember 2008.

Die zügige Ernennung von Pieter Feith als EU-Sonderbeauftragter Anfang vergangenen Jahres, der von Priština aus arbeitet, belegt unser fortgesetztes Engagement, und Sie werden Gelegenheit haben, ihm schon bald im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu begegnen. Seine Aufgabe und die Aufgabe seines Teams besteht darin, wertvolle Unterstützung vor Ort zu leisten, um uns dabei zu helfen, alle politischen Ziele gemeinsam zu erreichen.

EULEX, die bisher ambitionierteste zivile ESVP-Mission, hat ihr Mandat Anfang Dezember 2008 aufgenommen. Ihr Hauptziel ist die Unterstützung der Behörden im Kosovo im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, speziell bei der Entwicklung von Polizei, Justiz und Zollbehörden.

In den kommenden Monaten wird unsere größte Herausforderung darin bestehen, unser Engagement im Kosovo zu intensivieren, insbesondere durch die vollständige Umsetzung der EULEX-Mission. Wir sind realistisch genug, um zu wissen, dass wir 2009 nicht wenige Schwierigkeiten und Hindernisse vorfinden werden.

Auch die Institutionen im Kosovo stehen bei der Umsetzung ihres Engagements für den Aufbau eines stabilen, multiethnischen und demokratischen Kosovo vor zahlreichen Herausforderungen. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist von ausschlaggebender Bedeutung, wenn der Kosovo voll in die übrige Region integriert werden soll.

Die Kommission hat angekündigt, dass sie noch dieses Jahr eine Studie vorlegen wird, welche die Möglichkeiten zur Förderung der politischen und sozioökonomischen Entwicklung des Kosovos untersucht. Dies wurde vom Rat begrüßt. Sie sollte neue Möglichkeiten bieten und auf den bereits erreichten Ergebnissen aufbauen, wobei auch unsere Erfahrungen der kommenden Monate einfließen sollten.

Die Lage im Norden des Kosovos wird in den nächsten Monaten sicherlich schwierig bleiben und besondere Aufmerksamkeit erfordern. Die jüngsten Ausbrüche ethnischer Gewalt in Mitrovica Anfang Januar dieses Jahres waren möglicherweise gefährlich, konnten jedoch unter Kontrolle gebracht werden. Besonders ermutigend ist die Tatsache, dass die Behörden in Priština mit angemessener Zurückhaltung vorgegangen sind. Diese Vorfälle erinnern immer wieder an das weiterhin bestehende Risiko einer Destabilisierung in dieser Region. Wir werden die Lage im Norden des Landes besonders im Auge behalten.

Die Präsidentschaft ist dankbar für das anhaltende Interesse der Parlamentarier und für Ihre Unterstützung für die Rolle der Union in der Region. Ich begrüße insbesondere die vorgeschlagene Entschliebung, die in dieser Tagung vorgelegt wurde. Es ist ermutigend, dass das Parlament unsere Bemühungen in der Region wie auch das Engagement der Union für die Stabilität des Kosovos innerhalb der Region umfassend unterstützen kann.

Die Präsidentschaft wird Sie in Form von regelmäßigen Aussprachen hier im Plenum und durch detaillierte Briefings durch die Ausschüsse weiter auf dem Laufenden halten. Dieses Frühjahr planen wir verschiedene Aktivitäten, unter anderem soll das Gymnich-Treffen Ende März den westlichen Balkanstaaten gewidmet werden. Zudem weiß ich, dass sich Pieter Feith kommende Woche mit dem AFET-Ausschuss trifft und eine umfassende Darstellung der jüngsten Entwicklungen vor Ort vorlegen können.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, nur ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung ist die Lage im Kosovo und in allen westlichen Balkanstaaten im Großen und Ganzen stabil und unter Kontrolle, trotz einiger Vorfälle.

Die Präsenz der Europäischen Union im Kosovo wird Schritt für Schritt umgesetzt, und die Vereinten Nationen werden damit abgelöst. Der Sonderbeauftragte der EU befindet sich in Priština, und die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission (EULEX) wurde im gesamten Kosovo umgesetzt. Ende März wird sie voll funktionsfähig sein.

Ein stabiler und multiethnischer Kosovo hat für die Europäische Union oberste Priorität. Die beste Methode für den Kosovo, sich in Richtung europäische Integration zu bewegen, besteht in der Schaffung einer demokratischen und multiethnischen Gesellschaft, in der die Rechtsstaatlichkeit voll und ganz respektiert wird, man friedlich mit den Nachbarn zusammenarbeitet und zu der regionalen und europäischen Stabilität beiträgt. Hierzu zählen umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Zukunft aller Gemeinschaften im Kosovo, die wiederum die Grundlagen schaffen für eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Der Fortschrittsbericht der Kommission aus November 2008 wurde von den Behörden als objektive und faire Darstellung der Ergebnisse und der künftigen Herausforderungen bewertet. Die Behörden im Kosovo haben sich zur Zusammenarbeit mit der Kommission verpflichtet, um diese Herausforderungen zu meistern. Im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) haben wir dem Kosovo als Teil des Gesamtbetrags von 1,2 Milliarden Euro, der bei der Geberkonferenz im Juli 2008 zugesagt wurde, erhebliche Mittel zugeteilt.

Im Jahr 2008 wurden mit dem Instrument für Heranführungshilfe im Kosovo Projekte im Gegenwert von 185 Millionen Euro unterstützt, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um das Dreifache darstellt. Im Jahr 2009 werden wir weitere 106 Millionen Euro gewähren. Die Verwaltung dieser Mittel liegt in der alleinigen Verantwortung des Verbindungsbüros der Kommission in Priština, das inzwischen voll einsatzfähig ist, über alle wesentlichen Kontrollsysteme verfügt und die Europäische Agentur für Wiederaufbau ablöst.

Die Kommission begrüßt den Entschließungsantrag, der heute hier im Europäischen Parlament besprochen wird. Er behandelt zahlreiche Fragen, von denen wir alle der Meinung sind, dass sie von entscheidender Bedeutung sind, wie den Schutz des kulturellen Erbes des Kosovos, den Ausbau der Kapazität der öffentlichen Verwaltung, die bessere Integration der Gemeinschaften, die Bedeutung einer multiethnischen Bildung und die Lage der Roma-Familien in bleiverseuchten Flüchtlingslagern im Norden.

Die Kommission nimmt all diese Fragen sehr ernst. Vielleicht kann ich daher ein paar Worte zu jedem dieser Themen sagen.

Seit 2004 hat die Kommission den Wiederaufbau von religiösen Stätten und Kulturerbestätten unter enger Einbindung des Europarats finanziert, wobei das Programm über ein Budget von 10 Millionen Euro verfügt. 2008 und 2009 wird die Finanzierung mit weiteren 2,5 Millionen Euro für zusätzliche Projekte fortgeführt. Wir denken, dies ist ein sehr wichtiger Aspekt der Aussöhnung, und haben die Einrichtung der Kulturerbedatenbank des Kosovos unterstützt. Auch Gräber könnten in die Diskussion einbezogen werden, um ihre geeignete Restaurierung und ihren Schutz zu gewährleisten.

Ich möchte dem Europäischen Parlament meinen Dank für den zusätzlichen Betrag von 3 Millionen Euro aus dem EU-Budget für 2008 aussprechen, der für den Wiederaufbau des Kulturerbes in Gebieten der westlichen Balkanstaaten vorgesehen ist, die im Krieg zerstört wurden. Die Kommission hat für den Kosovo die Hälfte dieses Betrags – 1,5 Millionen Euro – im Rahmen eines gemeinsamen Projekts mit dem Kulturministerium in der multiethnischen Stadt Prizren bereitgestellt.

Wir sind für diesen zusätzlichen Betrag unter dieser Rubrik dankbar, der im diesjährigen Budget erneut zugeteilt wird. Unter dem Instrument für Heranführungshilfe 2007 hat die Kommission Projekte im Wert von 3,3 Millionen Euro zur Unterstützung der Rückkehr und Reintegration von Binnenvertriebenen im Kosovo umgesetzt. Weitere Mittel sind vorgesehen – 4 Millionen Euro unter dem Instrument für Heranführungshilfe 2008 und 2 Millionen Euro unter dem Instrument für Heranführungshilfe 2009. Diese Gelder werden ebenfalls zur Verbesserung der lokalen Fähigkeiten zur Reintegration von Heimkehrern in das lokale soziale und wirtschaftliche Umfeld beitragen.

Auch die Gleichstellung der Geschlechter steht ganz oben auf unserer Agenda. Die Kommission hat für die Gleichstellungsagentur des Kosovos technische Unterstützung geboten. Zudem wurden über die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte die Aktivitäten verschiedener lokaler NRO unterstützt, die im Bereich Gleichstellung und Frauenrechte tätig sind.

Hinsichtlich der Kapazität der öffentlichen Verwaltung überwacht die Kommission die Umsetzung der Verwaltungsreformstrategie und des entsprechenden Aktionsplans im Kosovo. Gemeinsam mit den Behörden haben wir die Dringlichkeit der Einführung eines Beamtenrechts hervorgehoben. Durch unsere Mithilfe bei der Errichtung einer regionalen Verwaltungsschule arbeiten wir auch mit dem Kosovo Institute for Public Administration zusammen. Das besondere Augenmerk gilt im Rahmen eines Unterstützungsprojekts von fast 1 Million Euro dem Kommunal- und Verwaltungsministerium.

Die Kommission unternimmt erhebliche Bemühungen, um einen Beitrag zur Reform des Bildungssystems im Kosovo zu leisten. Dabei leisten wir umfassende finanzielle Unterstützung. Diese zielt auf materielle

Bedingungen und Lehrqualität auf Grundschul-, Sekundarschul- und Hochschulebene sowie im Berufsschulsektor ab, zudem sollen die multikulturellen Aspekte als Grundvoraussetzung für die Aussöhnung gestärkt werden.

Nach der Geberkonferenz im Juli wurde von der Weltbank ein von mehreren Gebern finanzierter Treuhandfonds für den sozialen Sektor einschließlich des Bildungswesens aufgelegt. Mit 5 Millionen Euro zählt die Kommission zu den wichtigsten Beitragszahlern des Fonds. Insgesamt beläuft sich die EU-Unterstützung für Bildung im Kosovo für den Zeitraum 2006 bis 2010 auf 30,5 Millionen Euro. Die Eröffnung einer multiethnischen europäischen Hochschule wird von uns unterstützt, sobald alle lokalen Interessenten zu einer Einigung im Hinblick auf die Realisierung eines nachhaltigen Projekts kommen.

Die Lage der Roma-Familien in bleiverseuchten Flüchtlingscamps im Norden ist ein ernstes Problem. Die Kommission leistet aktive Unterstützung bei der Suche nach einer schnellen und nachhaltigen Lösung, die für alle Seiten akzeptabel ist. Wir haben alle Parteien wiederholt aufgefordert, das Problem nicht politisch zu instrumentalisieren und nur im besten Interesse der Roma-Familien zu handeln.

Schließlich profitiert der Kosovo von unseren Mehrländerprogrammen, die die westlichen Balkanstaaten und die Türkei umfassen und den Meldeprozess der Roma finanzieren. Unsere Unterstützung der Roma im Kosovo umfasst auch den Bildungsbereich. Gemeinsam mit dem Europarat unterstützen wir hochwertige Bildung für Kinder der Roma auch in ihrer Muttersprache.

Aus meiner Sicht entspricht dies sehr stark Ihren Vorschlägen. Ich danke allen Abgeordneten dieses Parlaments für ihre Aufmerksamkeit und werde gerne Ihre Fragen beantworten.

Doris Pack, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (DE) Frau Präsidentin! Ich darf dem Berichterstatter und auch dem Schattenberichterstatter gratulieren, weil ich glaube, dass wir gemeinsam hier eine sehr gute EntschlieÙung verfasst haben.

An Rat und Kommission appelliert diese EntschlieÙung, dass man im Kosovo gemeinsam handelt, dass EULEX gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der EU handelt, dass man im Interesse eines wirtschaftlichen und sozialen Lebens, das im Kosovo wirklich angereichert werden muss, Synergieeffekte schafft.

Die EULEX-Mission muss außerdem dafür sorgen, dass die Gerichtsverfahren, die schon über Jahre dort liegen, endlich aufgegriffen und zu Ende gebracht werden. Es gibt noch so viele Gräueltaten, die nicht aufgedeckt sind und nicht vor einen Richter gekommen sind. Auch die Korruption dort muss bekämpft werden. Es laufen noch sehr viele Straftäter ungestraft im Kosovo herum.

Die Europäische Union sollte auch zusätzlich zu dem, was wir gerade gehört haben, daran denken, dass nicht nur großräumig etwas getan werden muss, sondern dass auch das tägliche Leben, die örtlichen Möglichkeiten von Projekten mehr angegangen werden müssen, von Mensch zu Mensch. Diese Arbeit ist sehr wichtig.

An die Regierung im Kosovo müssen wir appellieren, dass die praktische Umsetzung ihrer Verfassung, die ja eigentlich den Matti Ahtisaari-Plan beinhaltet, wirklich endlich angegangen werden muss. Die Menschen im Kosovo müssen in ihrem täglichen Leben merken, dass sie wirklich gemeinsam dort leben, und dass Serben und Albaner und alle anderen Minderheiten im Kosovo als gleichberechtigte Bürger angesehen werden.

Die Kosovo-Regierung muss auch die Dezentralisierung vorantreiben. Ich bin natürlich sehr dafür, dass ein europäisches College eingerichtet wird, ein multiethnisches, damit neben der Universität von Priština und der Universität von Mitrovica noch etwas zusammen gebaut werden kann, was auf eine gemeinsame Zukunft ausgerichtet ist.

Außerdem wünsche ich mir natürlich, dass Serbien endlich daran denkt, dass die Serben im Kosovo nicht angehalten werden wollen, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Sie müssen sich an der Regierung, an der Parlamentsarbeit und am zivilen Leben beteiligen dürfen. Nur dann kann das Kosovo blühen.

Csaba Sándor Tabajdi, im Namen der PSE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, ich spreche im Namen der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament. Wir können bestätigen, dass sich die Lage im Kosovo bessert. Wir danken der tschechischen Präsidentschaft und der Kommission für ihre gute Zusammenarbeit. Ich stimme Frau Pack voll und ganz zu, dass die EULEX-Mission eine enorme Herausforderung für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt, eine der größten Herausforderungen in der gesamten Geschichte der Europäischen Union als Gemeinschaft, die auf Rechtsstaatlichkeit basiert.

Es ist gut, dass es bereits eine Rechtsgrundlage im Anschluss an die Stellungnahme des Präsidenten des Sicherheitsrates gibt, die von der serbischen Regierung begrüßt wurde. Seitens China und Russland gab es ein stillschweigendes Übereinkommen, diese Länder hatten zuvor eine Beilegung des Konflikts abgelehnt.

Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass die EULEX mit den Betroffenen im Kosovo gut zusammenarbeitet. Wir dürfen die Fehler der UNMIK nicht wiederholen, die viel Geld gekostet und die Menschen im Kosovo voneinander entfremdet haben. Frau Pack hat diesen Punkt ebenfalls angesprochen. Es ist sehr wichtig, dass die Kompetenzverteilung zwischen Regierung und Parlament des Kosovo einerseits und der EULEX andererseits geklärt wird.

Wir können keine Verantwortung für die Entwicklung des Kosovo übernehmen. Die Präsenz der EULEX im Norden des Kosovo ist extrem wichtig, um eine Teilung dieses Gebiets zu vermeiden. Zusätzlich ist die volle Umsetzung der Bestimmungen der Verfassung entsprechend dem Ahtisaari-Plan für Minderheiten von essenzieller Bedeutung.

Johannes Lebech, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (DA) Frau Präsidentin, zunächst möchte ich meine tiefe Zufriedenheit mit diesem Entschließungsantrag zum Ausdruck bringen und Herrn Lagendijk für seinen großartigen Einsatz danken. Das Ergebnis ist ein Text, der sehr ausgewogen ist und auf das Wesentliche zu sprechen kommt, dabei aber gleichzeitig alle wichtigen Probleme behandelt. Mit dieser Entschließung setzen wir im Europäischen Parlament in erster Linie für die Menschen im Kosovo und die Völker in den anderen westlicher Balkanstaaten ein Zeichen, das sagt: „Wir haben euch nicht vergessen, ihr gehört zu Europa.“ Das sind keine leeren Worte ohne Bedeutung. Die EULEX-Mission, die bisher größte Mission unter der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist bereits im Gange. Es ist erfreulich, dass die Mission von den Vereinten Nationen unterstützt wird und das ganze Land umfasst.

Mit unserer Entschließung unterstützen wir im Europäischen Parlament den Kosovo in dieser Mission. Wir zeigen auch Bereiche auf, in denen die EU-Mitgliedstaaten dem Kosovo helfen können. Hierbei handelt es sich um Sonderhilfen für die Errichtung einer öffentlichen Verwaltung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und für Bildungsprojekte. Wenn wir Bereich hervorheben, in denen sich die Führung des Kosovo verbessern muss, beispielsweise den Schutz von Minderheiten, dann nur, weil wir es ernst meinen, wenn wir sagen, dass wir dem Kosovo bei seinen Bemühungen zur Schaffung einer demokratischen Gesellschaft zur Seite stehen werden. Einer demokratischen Gesellschaft mit Respekt für Minderheiten, die eine friedliche Koexistenz mit ihren Nachbarländern führt. Hierbei geht es nicht nur um die Zukunft des Kosovo, sondern um die Zukunft der gesamten Balkanregion und Europas insgesamt. Der Weg vor uns ist lang und steinig. Es gibt nur einen Weg, und der geht in Richtung EU und in Richtung der vollständigen Integration des Kosovo und der übrigen westlichen Balkanstaaten in den Rahmen der europäischen Zusammenarbeit.

Ryszard Czarnecki, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin, die Erbsünde bei der Gründung dieses neuen Staats, des Kosovo, betrifft den Eindruck der serbischen Minderheit im Kosovo und in Metochien wie auch in Serbien selbst, dass der neue Staat und die gesamte muslimische Mehrheit gegen die Serben sind. Dies musste sich auf die Beziehungen zwischen Belgrad und Priština, und sicherlich auch auf die Beziehungen zwischen den Menschen im Kosovo und den Serben, die in ethnischen serbischen Enklaven leben, auswirken.

Wenn die Rechte der serbischen Minderheit in punkto Kultur, Bildung und Religion nicht respektiert werden, dann gestalten sich die bilateralen Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien und in anderen Bereichen des Balkans nicht nur schwieriger, sondern der Weg Prištinas zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird auch länger.

Ich stimme mit der Aussage meines Vorredners Herrn Lebech überein. Die Regierung des Kosovo muss verstehen, dass der Respekt für die Rechte von Minderheiten ein europäischer Standard ist. Wir müssen diese Prinzipien strengstens einhalten und in dieser Hinsicht unsere Partner im Kosovo sorgfältig im Auge behalten.

Joost Lagendijk, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (NL) Die EULEX hat fast ein Jahr gebraucht, bevor sie ihr ursprüngliches Mandat ausüben konnte. Es ist gut, wenn wir uns heute kurz daran erinnern, worum es in diesem ursprünglichen Mandat ging.

EULEX, die bisher größte europäische Mission – wie hier bereits gesagt wurde – sollte den Kosovo sowohl im Norden als auch im Süden des Flusses Ibar entwickeln und dort aktiv werden. Zudem sollte sich die EULEX um drei Bereiche kümmern: Zoll, Polizei und Rechtsprechung und, was entscheidend ist, es sollte keine – ich betone: keine – missverständliche Beziehung zwischen der EULEX einerseits und der UNMIK, der UN-Organisation, andererseits geben. Ganz zu schweigen davon, dass die Aktivitäten der EULEX dazu führen könnten, dass das Land in Norden und Süden getrennt wird. Das war absolut nicht im Sinne der Mission.

Sehr lang sah es so aus, als ob es unmöglich sei, das ursprüngliche Mandat wegen der berüchtigten Blockade im Sicherheitsrat auszuüben. Erst seit November letzten Jahres scheint es so, als ob die Dinge endlich in Bewegung kommen. Es ist gut – zwei, drei Monate nach Beginn der Aktivitäten – eine Bestandsaufnahme durchzuführen und zu prüfen, ob die Dinge laufen oder, vorsichtiger ausgedrückt, zu laufen scheinen.

Die kosovarische Polizei ist begeistert von der hervorragenden Zusammenarbeit mit der EULEX. Die Zollbehörden funktionieren endlich wieder, auch und insbesondere in den nördlichen Regionen des Kosovo, nachdem sie letztes Jahr von kosovarischen Serben niedergebrannt wurden. Schließlich wurden die zahlreichen liegen gebliebenen Prozesse im Bereich interethnische Gewalt und Korruption in Angriff genommen, was einmal mehr zeigt, dass die Aktivitäten der EULEX im Interesse aller liegen, nicht nur dem der Albaner oder Serben.

Ich hoffe wirklich, dass sich der Fortschritt der EULEX der letzten Monate in positiver Weise fortsetzt. Auch hoffe ich aufrichtig, dass Belgrad einsieht, dass der derzeitige Ansatz der konstruktiven Arbeit mit der Europäischen Union weitaus effektiver ist als der Versuch, die Geschichte immer wieder neu zu schreiben. Insbesondere hoffe ich, dass es die Behörden im Kosovo schaffen, die zahlreichen Probleme zu lösen, vor denen sie noch immer stehen. Langfristig wird die Korruption beseitigt, wie auch das organisierte Verbrechen, das im Kosovo noch allzu häufig vorkommt. Langfristig wird der Kosovo über eine sichere Energieversorgung auf Grundlage des EU-Rechts verfügen, und langfristig wird sich die Wirtschaft im Kosovo erholen.

Der Kosovo ist ein unabhängiger Staat, und es gibt keinen Weg zurück, ob es das Parlament will oder nicht. Wir, die Europäische Union, profitieren davon, wenn sich der Kosovo in einen lebensfähigen Staat entwickelt. Darum sind wir dort, und darum müssen wir dort bleiben.

Tobias Pflüger, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (DE) Frau Präsidentin! Meine Fraktion GUE/NGL lehnt die vorgelegte Resolution zum Kosovo ab. Die Mehrheit der EU-Staaten, aber nicht alle, haben den Kosovo völkerrechtswidrig anerkannt. Die Linksfraktion pocht darauf, dass jede Regelung für den Kosovo dem Völkerrecht entsprechen und einvernehmlich mit allen Beteiligten – also auch mit Serbien – erfolgen muss. Mit der Anerkennung des Kosovo ist ein fataler Präzedenzfall geschaffen worden. Andere ahmen dies inzwischen nach – siehe Südossetien und Abchasien.

Die EU hat im Kosovo die Mission EULEX gestartet. Diese Mission lehnt die Linksfraktion ab, da sie auf der völkerrechtswidrigen Anerkennung des Kosovo basiert und so etwas wie ein EU-Protektorat schafft. EULEX hat – Zitat – „Exekutivbefugnisse in einigen Bereichen“. So können EULEX-Beamte einfach Beschlüsse kosovarischer Behörden annullieren. Im Rahmen von EULEX gibt es auch 500 Polizisten zur Aufstandsbekämpfung. EULEX und KFOR führten am 26. Januar eine gemeinsame Übung zur Aufstandsbekämpfung durch. Das zeigt auch die bedauerlicherweise sehr enge Zusammenarbeit zwischen der EU und NATO im Kosovo.

Die EU und andere treiben zugleich den neoliberalen Wirtschaftsumbau im Kosovo voran. Das ist nicht im Sinne der Menschen vor Ort. Deshalb fordern wir: Lösungen nur im Sinne des Völkerrechts und ein klares Votum gegen die EU-Mission EULEX. Wenn wir uns wirklich für die Menschen vor Ort einsetzen wollen, ist das mit dieser EULEX-Mission so nicht möglich.

Bastiaan Belder, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (NL) Als ich dem Kosovo vor zwei Monaten einen Arbeitsbesuch abstattete, konnte ich sehen, warum viele es schwierig finden, die internationale Präsenz in diesem Land zu verstehen. Zudem habe ich den Eindruck gewonnen, dass die unterschiedlichen Ebenen nicht immer so gut zusammenarbeiten.

Die europäischen Institutionen sollten nicht einfach mit den Schultern zucken. Wir sind Teil des Problems. Über die EULEX-Mission ist Europa für die Lage vor Ort verantwortlich. Die EULEX sollte eine selbstsicherere Haltung einnehmen und die kosovarischen Behörden wo immer möglich unterstützen, gleich, ob dies gewünscht wird oder nicht.

Zwei Punkte möchte ich unterstreichen. Erstens möchte ich alle Mitgliedstaaten auffordern, die den Kosovo noch nicht anerkannt haben, ihren Standpunkt zu überdenken. Für den Kosovo gibt es keinen Weg zurück in die Grenzen von Serbien. Zweitens fordere ich einen Masterplan für die westlichen Balkanstaaten, der auf konkreter Ebene mit allen betroffenen Ländern arbeitet, um ihnen zu helfen, sich für den Beitritt zur Europäischen Union vorzubereiten. Das ist Europas Verpflichtung hinsichtlich der westlichen Balkanstaaten.

Bernd Posselt (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin! Als EVP-Schattenberichterstatter begrüße ich den ausgezeichneten Text des Kollegen Lagendijk. Wir unterstützen den Reformkurs Serbiens, und wir respektieren

selbstverständlich die winzige Minderheit von EU-Mitgliedstaaten, die den Kosovo noch nicht völkerrechtlich anerkannt hat.

Aber wir warnen vor der Illusion, man könnte diese Entwicklung noch zurückdrehen. 75 % dieses Hauses waren für die Anerkennung des Kosovo. Die Kommission hat sich dafür ausgesprochen, 23 von 27 Mitgliedstaaten, alle G7-Staaten, vier von sechs ehemaligen jugoslawischen Republiken, drei von vier Nachbarstaaten des Kosovo.

Das zeigt, dass diese Entwicklung unumkehrbar ist. Deshalb ist es wichtig, in die Zukunft zu schauen, und da drohen eine Menge Gefahren. Die erste große Gefahr ist die einer Teilung des Kosovo. Bisher ist die Aufteilung des ehemaligen Jugoslawien entlang der alten Republiksgrenzen oder der alten innerjugoslawischen Grenzen der autonomen Gebiete erfolgt. Sollte hier jetzt neu an der Landkarte gezeichnet werden, etwa in Mitrowitz, hätte das zur Folge, dass z. B. auch die Albaner im Preševo-Tal in Serbien, die Menschen im Sandschak von Novi Pazar und andere die Frage stellen würden, wo hier die Grenzen verlaufen sollen. Das würde eine Entwicklung auslösen, die ausgesprochen gefährlich wäre.

Deshalb ist es vernünftig, den Weg des Ahtisaari-Plans zu gehen, nämlich Respektierung der alten innerjugoslawischen Grenzen bei gegenseitigem extrem weitgehendem Minderheitenschutz. Und der Minderheitenschutz des ehemaligen Ahtisaari-Plans, der heute in der kosovarischen Verfassung verankert ist, ist der weitestgehende Minderheitenschutz der Welt. Die Serben im Kosovo sollten diese Chance ergreifen und diesen Minderheitenschutz nutzen.

Herr Ratspräsident, Sie wissen, ich entstamme selbst einer Minderheit, die einmal für Zwecke anderer missbraucht wurde. Das sollten die Serben im Kosovo vermeiden. Die andere Gefahr, die droht, ist die von Chaos und Korruption. Da kann ich nur sagen, wir müssen EULEX stärken, denn UNMIK war nicht Lösung sondern Teil des Problems.

Hannes Swoboda (PSE). – (DE) Frau Präsidentin! Dem Kollegen Joost Lagendijk geht es wie dem Kosovo. Er existiert, wird aber nicht von allen als Berichterstatter anerkannt, obwohl er es de facto ist. In dem Sinn möchte ich ihm – so wie auch mein Kollege Tabajdi – sehr herzlich für seinen Bericht danken.

Natürlich sind wir noch nicht so weit in der Entwicklung, was die Anerkennung des Kosovos betrifft, wie sich das manche – auch im Kosovo – gewünscht haben. Es ist auch – und das müssen wir anerkennen – eine schmerzliche Situation für Serbien gewesen. Wir sollten kein Öl ins Feuer gießen, sondern wir sollten uns bemühen, dass die Entwicklung in einem friedlichen Prozess vorangeht. Ich bin sehr froh, dass Serbiens Verantwortliche, trotz manch scharfer Worte am Anfang, doch versucht haben, die Sache zu legalisieren und zu neutralisieren, so dass die EULEX-Mission eine Chance bekommen hat. Alle, die gegen die EULEX-Mission sind, frage ich, wie wäre denn eigentlich die Situation der serbischen und anderer Minderheiten im Land, wenn es keine EULEX-Mission gäbe?

Es ist doch unsinnig, aus der Warte der serbischen Minderheit oder von Serbien, die EULEX-Mission abzulehnen. Dass hier im Parlament jemand die EULEX-Mission ablehnt, die sogar Serbien befürwortet, halte ich geradezu für grotesk. Es gibt allerdings noch offene Fragen. Das ist richtig. Auch die politisch Verantwortlichen im Kosovo müssen sich bemühen, die Dinge umzusetzen. Den Ahtisaari-Plan in all seinen Aspekten umzusetzen, das ist eine unserer wesentlichen Aufgaben und Forderungen, über die wir hier mit dieser Entschließung morgen abstimmen werden.

Der letzte Punkt: Wir sollten die Integration der gesamten Region vorantreiben. Natürlich müssen alle Länder ihre Hausaufgaben machen. Aber je mehr Serbien auch im Integrationsprozess voranschreitet, je mehr Mazedonien im Integrationsprozess voranschreitet, desto eher ist es auch möglich, dass wir diese Kosovo-Frage und die damit zusammenhängenden offenen Fragen lösen. Nur die Integration aller Länder dieser Region schafft die Voraussetzungen dafür, dass auch der Kosovo eine friedliche Entwicklung nimmt.

Annemie Neyts-Uyttebroeck (ALDE). – (NL) Da alle, die sich zu Wort gemeldet haben, vertraut, sehr vertraut oder außerordentlich vertraut sind mit der Lage im Kosovo, besteht kein Bedarf, dieses Thema weiter zu vertiefen, um uns selbst zu überzeugen, wie vertraut wir mit der Lage sind.

Wir sollten uns zunächst über die Tatsache freuen, dass das Erste Jahr der Unabhängigkeit des Kosovos am Ende sehr gut gelaufen ist, besser, als viele befürchtet haben. Zudem möchte ich meine Freude und Zufriedenheit mit der Tatsache ausdrücken, dass die EULEX-Mission endlich voll läuft, dank des guten Willens vieler und der Fähigkeiten innerhalb des VN-Sicherheitsrats. Von dem Erfolg dieser EULEX-Mission hängt

viel ab, da der Kosovo vor seiner Unabhängigkeit zehn Jahre lang ein Protektorat war. Nun ist es wichtig, den Kosovo in Richtung Reife zu führen.

Sylwester Chruszcz (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, eine einseitige Entscheidung seitens der albanischen Gemeinschaft führte dazu, dass die serbische Provinz Kosovo von Serbien getrennt wurde. Ich persönlich sehe diesen Schritt als beispiellose Verletzung des Völkerrechts. Zudem hat diese Entscheidung weitere Auswirkungen, wie die Vorfälle im Kaukasus aus dem letzten Jahr gezeigt haben.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Vereinten Nationen die Entscheidung der Kosovo-Albaner nicht anerkannt haben. Die EntschlieÙung des VN-Sicherheitsrates 1244 bleibt in Kraft. Daher möchte ich vor jeglichem Entschluss warnen, der getroffen wird, bevor der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag in dieser Sache entschieden hat. Erst dann kennen wir den tatsächlichen gesetzlichen Status einer Provinz, die nach Völkerrecht noch Bestandteil der Republik Serbien ist.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die dramatische Lage richten, in der sich die serbische Gemeinschaft noch immer in der selbst ernannten Republik Kosovo befindet. Lassen Sie uns offen eingestehen, dass die Entscheidung einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dieses Land anzuerkennen, ein fataler Fehler war. Es ist relativ einfach: Der Kosovo gehört zu Serbien.

Erik Meijer (GUE/NGL). – (NL) Seit der Kosovo vor fast einem Jahr seine Unabhängigkeit erklärt hat, ist die Europäische Union in dieser Frage hoffnungslos gespalten. Griechenland ist unentschlossen, Spanien, Rumänien, die Slowakei und Zypern hingegen akzeptieren die Unabhängigkeit aus nationalen Gründen nicht. Das gemeinsame EULEX-Projekt, mit dem die Europäische Union hofft, Einfluss im Kosovo zu erlangen, mutet mehr als alles andere wie ein Instrument an, das diese interne Spaltung verdecken soll.

Vielleicht ist die EULEX gut für die Europäische Union, aber für den Kosovo? Die Menschen im Kosovo möchten der Europäischen Union bald beitreten und ein gleichberechtigter Mitgliedstaat werden. Nach fast einem Jahrhundert der Unterordnung unter Serbien möchte man ganz sicher keine weiteren externen Eingriffe. Ein Projekt wie die EULEX wäre vielleicht kurzfristig, in den ersten Monaten des Jahres 2008, hilfreich gewesen, um Chaos zu vermeiden. Diese Zeit ist jedoch vorbei. Der späte Start der EULEX-Mission führt sehr stark zu dem Eindruck, dass die Europäische Union den Kosovo zu einem Protektorat machen möchte, mit militärischer Präsenz und Einflussnahme auf die Verwaltung, wie es zuvor auch in Bosnien-Herzegowina der Fall war, wo diese Politik jedoch nur wenig Erfolg zeigte.

Um für den Kosovo eine friedliche und harmonische Zukunft zu erreichen, müssen nicht nur die aktuelle Regierung und die regierenden Parteien eingebunden werden. Die Organisation zur Selbstbestimmung Vetëvendosje im Süden, die die Initiative der EU für zwecklosen Kolonialismus hält, und die Vertreter der Serben in den Städten nördlich des Flusses Ibar, die alles tun, was in ihrer Macht steht, um eine dauerhafte Verbindung zu Serbien aufrechtzuerhalten, sind ebenfalls wichtige Kräfte. Ohne diese Kritiker der EULEX wird sich keine langfristige Lösung erreichen lassen. Für die Zukunft des Kosovos sind breit akzeptierte nationale Kompromisse besser als eine demonstrative Machtdarstellung der Europäischen Union.

Patrick Louis (IND/DEM). – (FR) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, vor zehn Jahren hat die NATO Belgrad bombardiert, zweifellos um ihren fünfzigsten Jahrestag zu feiern und ihren Kompetenzbereich neu zu definieren, der durch das Washingtoner Abkommen eingeschränkt wurde. Diese Bombardements haben das Völkerrecht verletzt, ohne jegliche vorherige Zustimmung der Vereinten Nationen.

Vor einem Jahr wurde von Priština einseitig die Unabhängigkeit des Kosovos erklärt, in eklatanter Verachtung der Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien, deren Souveränität und territoriale Integrität jedoch mit der EntschlieÙung des VN-Sicherheitsrates 1244 bestätigt worden war.

Heute hofft die europäische EULEX-Mission in Zusammenarbeit mit US-Experten, dass der Kosovo ein Staat auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit werden kann. Wäre die Lage nicht so schrecklich, dann wäre es unterhaltsam zu sehen, wie sich aus solchen Wurzeln eine solche Frucht entwickeln kann.

In der Zwischenzeit soll die Mission sicherstellen, dass die nationale serbische Minderheit auf dem Boden ihrer Vorfahren respektiert und geschätzt wird. Das scheint uns ein guter Anfang für die Wiedererrichtung der Rechtsstaatlichkeit zu sein.

Anna Ibrisagic (PPE-DE). – (SV) Ich wurde in den Balkanstaaten geboren. Ich habe die Probleme im Kosovo Ende der 1980er Jahre aus nächster Nähe verfolgt. Ich sah, wie Slowenien und Kroatien unabhängige Staaten und Anfang der 1990er Jahre zum Kriegsgebiet wurden. Persönlich habe ich den Krieg in Bosnien erlebt und das Land schließlich als Flüchtling verlassen. Ich weiß, dass es sehr einfach ist, einen Krieg anzufangen, aber

ich weiß auch, dass es erheblich schwieriger ist, Frieden zu errichten und das Vertrauen der Menschen zueinander wiederherzustellen.

Der Kosovo befindet sich derzeit in einer Lage, die für die kommenden Generationen in dieser Region entscheidend ist, und zwar genau im Hinblick auf die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Ich freue mich, dass Herr Lagendijk so klar ist in seiner Entschließung zu der Tatsache, dass wir die Diskussionen über die Unabhängigkeit des Kosovos und die Konflikte in diesem Kontext hinter uns lassen sollten.

Jetzt sollten wir unsere Zeit und Energie auf Diskussionen richten, wie wir die gleichen Rechte aller Menschen stärken, um in Frieden zu leben, um eine bessere Zukunft für den Kosovo zu schaffen. Wir müssen uns auf den effektiven Schutz von Minderheiten, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und den Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen konzentrieren, die noch immer verbreitet sind.

Jeder im Kosovo muss den Beitrag zum Stopp der Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen zu seiner persönlichen Aufgabe machen. Die Gerichte müssen sicherstellen, dass Kriegsverbrechen zur Verhandlung kommen. Einige der Mitglieder dieses Parlaments bedauern die Präsenz und das Engagement der EU im Kosovo, aber diejenigen unter uns, die den Krieg in den Balkanstaaten erlebt haben, bedauern, dass die EU sich nicht deutlicher und umfassender eingebracht hat.

Es gibt noch viel zu tun, und es braucht Zeit, aber am Ende geht es um die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern, so dass kommende Generationen die Möglichkeit haben, eine gemeinsame Bildung zu erhalten, miteinander zu leben und zu arbeiten, in Frieden und mit Respekt für die jeweiligen Unterschiede. Das ist der Kern der europäischen Idee.

(Beifall)

Libor Rouček (PSE). – (CS) Ich möchte kurz die Rolle Serbiens ansprechen. Trotz der schwierigen nationalen Lage verfolgt die serbische Regierung einen sehr konstruktiven und verantwortungsvollen Ansatz im Hinblick auf die EULEX-Mission im Kosovo. In Übereinstimmung mit den Vereinten Nationen hat sie die Ernennung eines Vorgesetzten serbischer Nationalität für die Polizei im Kosovo ermöglicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, um eine schrittweise Integration der Kosovo-Serben und anderer Minderheiten in das politische, wirtschaftliche und soziale Leben im Kosovo zu erreichen. In diesem Kontext möchte ich auch den Hohen Repräsentanten der Europäischen Union bitten, sicherzustellen, dass die Behörden im Kosovo der multilateralen Entwicklung in der Region Mitrovica hinreichende Aufmerksamkeit widmen. Ich bin wie Anna Ibrisagic der Ansicht, dass es jetzt erforderlich ist, der Sicherheit, der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklung des Kosovos viel mehr Aufmerksamkeit zu widmen als zuvor.

Nicholson of Winterbourne (ALDE). – Frau Präsidentin, ich möchte Herrn Lagendijk danken, dessen herausragende politische Fähigkeiten zu einer wunderbaren Entschließung geführt haben, mit der wir arbeiten können.

Besonders danke ich ihm für die Annahme von Ziffer 26, auf die ich die Aufmerksamkeit der Minister und der Kommission lenken möchte. Hier stellen wir die außerordentliche schlechte gesundheitliche Lage von 1 500 Roma fest, die sich aufgrund einer Fehleinschätzung der Vereinten Nationen schon seit neun Jahren am Rand einer Bleimine befinden. Ich akzeptiere voll und ganz, dass dies, wie Minister Vondra gesagt hat, möglicherweise nicht wirklich die Aufgabe der Europäischen Union ist. Nichtsdestotrotz danke ich dem Team der Kommission dafür, dass sie dieses Thema direkt aufgegriffen hat, nachdem ich es angesprochen habe, und die von dem Blei verursachten Schäden vor Ort begutachtet hat. Diese Menschen haben einen enormen Bleigehalt im Blut, sie leiden an irreversiblen Schäden und müssen sofort und dringend umgesiedelt werden und medizinische Versorgung erhalten.

Minister Vondra, Sie haben versprochen, dass sie das Parlament auf dem Laufenden halten. Darf ich Sie als amtierender Präsident bitten, dieser Angelegenheit ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen und mir zu sagen, was Sie unternehmen.

Alojz Peterle (PPE-DE). – (SL) Mein aufrichtiges Kompliment für den Berichterstatter und die Schattenberichterstatter für einen hervorragenden Bericht. Er soll zu der weiteren Stabilisierung und Normalisierung des Kosovos beitragen.

Die Erfolge des Kosovos im vergangenen Jahr haben unsere Hoffnung verstärkt, dass im Kosovo ein multiethnisches und multikulturelles Miteinander möglich ist. Die europäischen Ziele für den Kosovo und für alle westlichen Balkanstaaten können nur umgesetzt werden, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist.

Wir haben hier Fortschritte gemacht, erhebliche Fortschritte, und nun müssen wir darauf aufbauen. Ich begrüße insbesondere die Tatsache, dass die Bemühungen der EULEX dazu beitragen, dass sich die Lage im Kosovo normalisiert. Ich begrüße die kürzliche Aufstellung der kosovarischen Sicherheitskräfte und die Beteiligung eines Teils der serbischen Gemeinschaft an der Polizei des Kosovos. Wenn wir schnelle Fortschritte erzielen möchten, müssen wir an der politischen, wirtschaftlichen, sicherheitstechnischen, sozialen und anderen Fronten handeln, und wir müssen insbesondere darauf achten, was auf lokaler Ebene passiert, wo die Frage der Koexistenz am sensibelsten ist. Wir müssen Projekte unterstützen, die die interethnische Koexistenz und Zusammenarbeit stärken. In diesem Sinne begrüße ich die Absicht der Europäischen Kommission, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um Fortschritte zu erzielen. Genau das braucht der Kosovo.

Richard Howitt (PSE). – Frau Präsidentin, ich begrüße die heutige Aussprache und Entschließung als nächsten Schritt der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo ein Jahr nach der Unabhängigkeit.

Es muss betont werden, dass diejenigen, die wie Herr Van Orden und Herr Tannock von den britischen Konservativen gegen diesen Schritt sind, nachweislich falsch liegen, da nun 54 Länder – einschließlich 22 unserer europäischen Mitgliedstaaten – den Staat rechtlich anerkennen, und unsere EU-Rechtsstaatlichkeitsmission mit der Zustimmung Serbiens durchgeführt wurde. In der Tat haben wir ständig argumentiert, dass eine Lösung der Kosovo-Frage den EU-Zielen Serbiens hilft, und heute wiederholen wir, dass wir wollen, dass Serbien Erfolg hat.

Gestern wurde von der EU-Justizmission der erste Kriegsverbrecherprozess im Kosovo eröffnet. Heute besucht Ihre Königliche Hoheit, Prinzessin Anne von Großbritannien eine Schule für behinderte Kinder in Gjilan, Kosovo. Beides zusammen zeigt das Bestreben Europas, Ungerechtigkeiten der Vergangenheit nie zu vergessen, sondern heute an einer besseren Zukunft für alle zu arbeiten.

Ria Oomen-Ruijten (PPE-DE). – (NL) Ich möchte zunächst Herrn Lagendijk zu dieser sehr objektiven Entschließung gratulieren und die Gelegenheit nutzen, um Frau Pack zu danken, da sie mit ihrer Delegation umfassende und hilfreiche Arbeit auf diesem Gebiet geleistet hat.

Die Ziele der EU sind klar: Der Kosovo darf kein schwarzes Loch werden. Die Hauptverantwortung hierfür liegt bei den kosovarischen Behörden. Die Bevölkerung muss Vertrauen gewinnen, nicht nur in die Regierung, sondern auch in das Rechtssystem. Korruption und Verbrechen unterminieren den Staat. Frauen und Minderheiten müssen ebenfalls voll eingebunden werden.

Die Verantwortung liegt meiner Meinung nach auch bei den Nachbarstaaten, besonders bei den serbischen Behörden. Ein konstruktiver Dialog und die regionale Zusammenarbeit liegen im Interesse aller in der Region.

Schließlich hat die Europäische Union auch eine große Verantwortung. Mit der EULEX-Mission hat sich die Europäische Union anspruchsvolle Ziele gesetzt. Es ist gut, dass nun die richtige Arbeit begonnen hat. Die nächsten zwei Jahre werden zeigen, ob EULEX wirklich weiterhin langfristig einen Unterschied machen kann. Ich hoffe es sehr.

Stabilität, Aussöhnung und die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo sind für die Kosovaren und alle ethnischen Minderheiten im Kosovo von großer Wichtigkeit, aber auch im Interesse der Europäischen Union. Die Wirksamkeit der Hilfe muss hierbei Vorrang haben. Frau Pack und ich haben den Kosovo vor nicht allzu langer Zeit besucht. Es fehlt nicht an Hilfe; aber sie könnte vermutlich noch besser koordiniert und noch wirksamer sein.

Adrian Severin (PSE). – Frau Präsidentin, wie oft muss ein Land anerkannt werden, um unabhängig zu sein? Diese Frage ist nicht entscheidend, weil die Qualität der Anerkennung mehr zählt als die Quantität. Selbstbestimmung zu erklären führt nicht zu Unabhängigkeit, wenn der betreffende Staat nicht von denjenigen anerkannt wird, von denen er Selbstbestimmung fordert.

Die Unabhängigkeit eines Staates ist ohne die Anerkennung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht echt. Außerdem ist ein Staat dann nicht unabhängig, wenn er nicht dazu in der Lage ist, allen in seinem Hoheitsgebiet lebenden Gemeinschaften eine faire Aussicht auf die organische Integration in eine zivile und multikulturelle Gesellschaft zu bieten, und wenn er sich nicht selbst tragen und regieren kann.

Aus all diesen Gründen ist der Athisaari-Plan gescheitert. Den *Status quo ante* zu fordern, ist ebenfalls keine Lösung: Man sollte sich weiterbewegen. Zu diesem Zweck müssen die Europäische Union und die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eine internationale Konferenz einberufen, um eine

nachhaltige Lösung für die demokratische Sicherheit, das geostrategische Gleichgewicht und die sozialwirtschaftliche Stabilität in den westlichen Balkanstaaten zu finden. Innerhalb dieses Rahmens muss der Kosovo wieder zurück auf den Kurs der internationalen Rechtmäßigkeit gebracht werden, und die Region sollte einen klaren Fahrplan für ihre EU-Integration erhalten.

Leider erkundet der Lagendijk-Bericht solche Möglichkeiten nicht und gibt somit realistische Bemühungen um eine bessere Zukunft auf. Die rumänischen Sozialdemokraten werden daher gezwungen sein, gegen diesen Bericht zu stimmen.

Marian-Jean Marinescu (PPE-DE). – (RO) Gemäß den Bestimmungen des internationalen Rechtes und unter Berücksichtigung der 1999 angenommenen Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen kann der Kosovo nicht als Staat betrachtet werden. Es gibt fünf EU-Mitgliedstaaten, die die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovos nicht anerkannt haben. Der Kosovo ist jedoch eine Realität, und wir müssen uns daher mit ihm befassen.

Die Stabilität in den westlichen Balkanstaaten, der Region mit der größten Chance, in naher Zukunft der EU beizutreten, ist äußerst wichtig. Aus diesem Grund muss die EU bei der Regelung der heiklen Lage in diesem Gebiet die Hauptrolle spielen. Die EULEX-Mission, die bereits ihre erste Einsatzfähigkeit erreicht hat, ist ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung, da Unterstützung und Koordinierung erforderlich sind, um vor allem für ein Klima der interethnischen Zusammenarbeit zu sorgen, die die Rückkehr zu einer normalen Lebensweise ermöglicht.

Der Schutz aller Minderheiten im Kosovo muss gewährleistet sein, der Schutz der serbischen Minderheit inbegriffen. Institutionen müssen gestärkt werden, um Chaos zu vermeiden und eine stabile Entwicklung sicherzustellen. Eigentum muss zurückgegeben werden, und das Rückkehrrecht von Flüchtlingen muss gewährleistet sein. Die finanziellen Instrumente der EU, vor allem das Instrument für Heranführungshilfe, müssen verwendet werden, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die Transparenz zu erhöhen und die Aussöhnung zwischen ethnischen Gemeinschaften voranzutreiben. Der Kosovo darf in keiner Weise von den europäischen Prozessen isoliert werden. Er muss die europäische Perspektive in einem regionalen Kontext genießen. Wir müssen in jeder Region dieselben Standards anwenden. Was immer von anderen Ländern in der Region verlangt wird, muss auch für Serbien und für den Kosovo gelten.

Die Europäische Union muss auf eine Wiederaufnahme des Dialoges zwischen Priština und Belgrad bestehen. Meiner Meinung nach spiegelt die Entschließung, so wie sie derzeit vorliegt, nicht die gesamten Standpunkte der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum Kosovo wider. Aus diesem Grund wird die rumänische Delegation der EVP-Fraktion – die Mitglieder des Europäischen Parlamentes ungarischer Herkunft ausgenommen – gegen diese Entschließung stimmen.

Csaba Sógor (PPE-DE). – (HU) Serbien musste bombardiert werden, um zu verstehen, dass die Rechte von Minderheiten zu achten sind. Dies war eine harte Lektion. Anstatt dem Kosovo Autonomie zu gewähren, hat Serbien die Unabhängigkeit des Kosovos akzeptieren müssen. Der Kosovo ist auch eine Warnung für EU-Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat muss dafür sorgen, dass die traditionellen ethnischen Minderheiten innerhalb seines Hoheitsgebietes in Sicherheit leben und sich wie zu Hause fühlen können. Zufriedene Minderheiten sind die stabilste Grundlage für die Sicherheit, Souveränität und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Am 17. Februar 2008 habe ich persönlich an den offiziellen Feierlichkeiten in Priština zur Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovos teilgenommen. Ich hoffe auch erkannt zu haben, dass die kulturelle und territoriale Autonomie der serbischen Minderheit innerhalb des Hoheitsgebietes des Kosovos anerkannt wird. Den Kosovo-Albanern wurde die Möglichkeit für eine Lösung nach europäischem Modell gegeben. Serbien hat eine letzte Chance: Vojvodina. Auch die EU-Mitgliedstaaten können Anstrengungen unternehmen, um den innerhalb ihres Hoheitsgebietes lebenden ethnischen Minderheiten kulturelle und territoriale Autonomie zu gewähren. Es wäre peinlich, wenn einige EU-Mitgliedstaaten diesbezüglich hinter dem Kosovo und hinter Serbien zurückblieben.

Victor Boştinaru (PSE). – (RO) Als Mitglied des Europäischen Parlamentes sowie der Delegation für Südosteuropa erwarte ich – im Interesse unserer gemeinsamen Werte, die wir mit Stolz „europäische Werte“ nennen – zu hören, dass das Europäische Parlament und die Europäische Kommission die politischen Parteien im Kosovo mit all ihrer Macht und Autorität dazu auffordern, sich dem multiethnischen Gedanken zu öffnen, und dass jegliche zukünftige Fortschritte zwischen dem Kosovo und der Europäischen Union von einer solchen Entwicklung abhängig sind.

Ich hatte erwartet, dass dieser Bericht uns sagt, dass das von der EU mit dem Geld europäischer Steuerzahler zu errichten beabsichtigte Modell wirklich multiethnisch, multikulturell und multikonfessionell ist und nicht

auf Segregation basiert. In unseren Diskussionen mit Abgeordneten aus dem Kosovo haben diese uns gesagt, dass ein derartiges Modell vorerst nicht umgesetzt werden kann.

Ich möchte gern mit der folgenden Frage abschließen: Wenn dieses Modell im Kosovo nicht angewendet werden kann und wenn es im Kosovo für unsere europäischen Werte keinen Platz gibt, welches Modell kann die Europäische Kommission dann anwenden?

Gisela Kallenbach (Verts/ALE). – (DE) Frau Präsidentin! Ich danke Joost Lagendijk, aber auch den Kollegen von AFET, dass sie mit dieser EntschlieÙung und mit dieser Diskussion dafür Sorge tragen, dass das Thema Kosovo auf unserer Tagesordnung bleibt. Ich finde, das haben die Menschen dort einfach verdient, nachdem die EU in den neunziger Jahren da tatsächlich versagt hat.

Wir haben eine Bringschuld, nämlich die, dass wir die Menschen im Kosovo und in der gesamten Region ganz intensiv auf ihrem Weg in die EU begleiten. Dazu gehören an allererster Stelle auch die Voraussetzungen für eine verbesserte wirtschaftliche Entwicklung. Denn sonst sind soziale Unruhen nicht mehr auszuschließen.

Ich möchte die Kommission bitten, dass sie Einfluss nimmt, dass die CEFTA-Abkommen von allen Beteiligten tatsächlich umgesetzt werden. Eine Bitte an den Rat: Sorgen Sie bitte dafür, dass die Mitgliedstaaten die zwangsweise Rückführung von Asylbewerbern sehr sensibel behandeln!

Alexandru Nazare (PPE-DE). – (RO) EULEX ist die größte zivile Operation, die je über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik lanciert wurde. Ich möchte hervorheben, dass diese internationale und 1 900 Menschen starke Kontingente 200 Militärpolizisten und normale Polizisten aus Rumänien umfasst. Rumänien nimmt an EULEX teil, weil es Bukarests Pflicht ist, Partner in der Europäischen Union zu unterstützen, obwohl Bukarest nicht immer den von einem Großteil dieser Partner getroffenen Entscheidungen zustimmt.

Rumänien hat die Unabhängigkeit des Staates Kosovo nicht anerkannt. Einer der Gründe hierfür ist die Vermeidung der Legitimation separatistischer Unruhen. Eine durch Verhandlungen erzielte Lösung zwischen Belgrad und Priština, möglicherweise konföderativer Art, wäre für die aktuelle Lage vorzuziehen gewesen. Unter den gegebenen Umständen ist es jedoch wichtig, dass die Europäische Union die Mission erfolgreich abschließt. Es müssen allerdings Situationen vermieden werden, die die Beteiligung der EU ad infinitum verlängern. Der Kosovo darf kein Protektorat der Europäischen Union werden, sondern braucht Unterstützung, um seine internen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Dieser Aspekt ist sowohl für den Kosovo als auch für die Europäische Union wichtig, vor allem in der aktuellen Wirtschaftskrise und mit den begrenzten Ressourcen, die wir haben.

VORSITZ: LUIGI COCILOVO

Vizepräsident

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE). – (RO) Ich stimme vielen der in diesem Haus geäußerten Ideen zu; aber dieses Problem ist weitaus komplexer. Rumänien hat Recht damit, zu äußern, dass die Rechtsgrundlage für die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovos höchst fragwürdig ist, da Minderheiten gemäß internationalem Recht keine kollektiven Rechte haben und auch kein Selbstbestimmungs- und Sezessionsrecht genießen. Ich möchte betonen, dass ethnischen Minderheiten angehörende Personen Rechte haben.

Kosovos Sezession und seine Anerkennung als Staat durch andere Länder haben einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen, dem nur einige Monate später die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit der separatistischen Regionen Südossetien und Abchasien durch Russland folgte. In beiden Fällen verwies Präsident Putin klar auf das Kosovo-Modell. Separatistische Bewegungen in Regionen wie Kaschmir, Berg-Karabach, Transnistrien, Krim, Nordzypern usw. haben unverzüglich dargetan, dass diese Regionen genauso ein Recht auf Unabhängigkeit haben wie der Kosovo.

Meiner Ansicht nach müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten in Zukunft den Grundsatz der territorialen Integrität für alle Staaten konsequent unterstützen und aktiv versuchen, separatistische Tendenzen zu verhindern. Die Europäische Union muss besondere Anstrengungen unternehmen, um die Stabilität in der gesamten Region der westlichen Balkanstaaten zu wahren, und sie muss den europäischen Perspektiven dort Substanz verleihen.

Miloš Koterec (PSE). – (SK) Der Kosovo existiert hier als eine von einigen akzeptierte und von anderen nicht akzeptierte Tatsache. Auch wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten für seine Unabhängigkeit ist bzw.

seine Unabhängigkeit anerkannt hat, gibt es fünf Mitgliedstaaten, die dies nicht getan haben – vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ganz zu schweigen.

Wenn die Entschlieung Einfluss auf die Außenpolitik der Europäischen Union haben soll, muss sie eine vereinende Wirkung haben. Wenn wir erkennen lassen, dass unsere gemeinsame Außenpolitik per Mehrheit, ob im Rat oder im Europäischen Parlament, „durchgeboxt“ wurde, wird dies für die Einheit der Union kontraproduktiv sein. Lassen Sie uns eine auf Einigung basierende Lösung finden, statt Entscheidungen durchzusetzen, die bestenfalls unklar oder sogar verwirrend und nachlässig formuliert sind.

Charles Tannock (PPE-DE). – Herr Präsident, die internationale Eile in Bezug auf die Anerkennung des Kosovos ist für mich schwer nachzuvollziehen. Es gab zahlreiche ältere zu lösende Konflikte, die die Anstrengungen seitens der EU mehr verdient hätten: beispielsweise Kaschmir, Taiwan oder sogar Somaliland am Horn von Afrika.

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos hat auch eine Spaltung unter den Mitgliedstaaten aufgedeckt. Es gibt keine Möglichkeit für den Kosovo, Teil der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen zu sein, solange einige Mitgliedstaaten seine Souveränität nicht anerkennen. Der vom Kosovo geschaffene Präzedenzfall hat Russlands Entrüstung ausgelöst und bewirkt, dass Russland im letzten Sommer die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien als Staaten anerkannt hat.

Die Menschen aus den verschiedenen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens haben eindeutig ein Recht darauf, in Frieden und Wohlstand zu leben. Wir in der Europäischen Union haben die moralische Pflicht zu helfen; aber diese Hilfe sollte nie unbefristet sein. Wir müssen im Kosovo eine echte Reform, wirkliche Anstrengungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels sowie angemessenen Schutz und Chancengleichheit für Minderheiten, beispielsweise Serben, sehen.

Die Kommission und der Rat müssen wachsam bleiben und auf greifbare Fortschritte beharren.

Ingeborg Grle (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Haushaltskontrolle erlaubt sich, der hohen Außenpolitik einige Sätze mit auf den Weg zu geben. Wir haben festgestellt, dass es im Kosovo – dem Drittstaat, der die meiste Hilfe von der Europäischen Union bekommt – uerst Besorgnis erregende Fälle von Korruption mit gravierenden Folgen für die Sicherheit unseres Budgets und die finanziellen Interessen der Gemeinschaft gibt.

Es gibt einen Abschlussbericht einer Taskforce der Vereinten Nationen, dem Amt für Betrugsbekämpfung der Kommission und der *Guarda di Finanza*. Dieser Abschlussbericht ist bis heute nicht umgesetzt. Er datiert von Ende Juni 2008. Dieser Abschlussbericht stellt gravierende Korruptionsfälle mit EU-Geldern fest. Wir erwarten hier Aufklärung.

Dieser Abschlussbericht ist wirklich ein Abschlussbericht. Es gibt keine Follow-up-Organisation. Es gibt im Moment niemanden, der dort unsere Interessen vertritt. Auch hier ist die Kommission aufgerufen, endlich einmal jemand zu benennen. EULEX selbst kann diesen Job nicht machen. Ich bin auch dagegen, dass wir uns weiter mit dem unsicheren Status dieses Staates herausreden.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich möchte zunächst einmal Ihnen allen für die Initiierung dieser Aussprache danken. Meiner Meinung nach war es der richtige Schritt, die Dynamik des bevorstehenden ersten Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos zu nutzen. Dies ist meiner Ansicht nach ein zeitgemäßer Schritt, vor allem in Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftskrise, weil die potenzielle Gefahr besteht, dass dieses Thema irgendwie von unserem Radarbildschirm verschwindet, obwohl wir immer noch viel Verantwortung für den Abschluss der Arbeit tragen: nicht nur im Kosovo, sondern auch im weiteren Gebiet der westlichen Balkanstaaten. Ich ahne, dass das von vielen von Ihnen – wie Herrn Hannes Swoboda und anderen – hier Gesagte viel Aufmerksamkeit verdient. Ich denke, dass der Rat genau der gleichen Ansicht ist.

Wir haben viele Herausforderungen vor uns. Ich möchte die drei wichtigsten Säulen unserer Politik bezüglich des Kosovos hervorheben. Erstens: die Unteilbarkeit und die Stabilität des Kosovos. Zweitens: Dezentralisierung und Chancengleichheit für alle Minderheiten dort. Drittens und vielleicht am wichtigsten sowie am schwierigsten: die Einbeziehung des Kosovos in das regionale und europäische Mainstreaming – regionale Zusammenarbeit in den westlichen Balkanstaaten. Sicherlich sollten wir eines Tages den Kosovo näher an den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess heranführen; aber es bleibt immer noch viel zu tun, und es ist kein Geheimnis, dass im Rat bezüglich bestimmter Themen nur schwer eine Einigung zu erzielen sein wird.

Ich denke, dass unser Ziel darin bestehen sollte, uns statt auf die Vergangenheit eher auf die Zukunft zu konzentrieren, und ich weiß die Stellungnahmen derer, die dies getan haben, wirklich zu schätzen. Natürlich muss der Dialog mit Serbien über die ausstehenden praktischen Fragen mit vollständiger Transparenz und viel Intensität geführt werden; aber ich denke, dass Realismus dabei den Leitsatz für uns darstellen sollte.

Die Wirtschaftslage und ihre Verbesserung sind zum Erreichen von Stabilität von größter Bedeutung. Daher sind die effektive Verwaltung und Mobilisierung der eigenen Ressourcen des Kosovos eine *Conditio sine qua non*, genauso wie die richtige Verwaltung und Mobilisierung internationaler Ressourcen. Auch die Bekämpfung von Korruption und eine transparente Privatisierung stellen wichtige Elemente dar.

Ich denke, dass die Unterstützung des Parlamentes für EULEX hier sehr wichtig ist. Lassen Sie mich Joost Lagendijk zu seiner Arbeit gratulieren. Sie war exzellent. Als ich den Text las, hatte ich persönlich nichts einzuwenden, auch wenn ich vermutlich etwas vorsichtig sein würde: Wir alle kennen die Wirtschaftslage im Kosovo und wissen um die Energieknappheit, sowohl im Kosovo als auch im Balkan allgemein. Die Braunkohleverstromung stellt dort eine der wenigen Möglichkeiten dar, um eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen und diese Wirtschaft in die Region zu integrieren. Ja, Umweltbelange sind wichtig; aber das Florieren der zukünftigen wirtschaftlichen Stabilität ist nicht minder wichtig.

Einige von Ihnen haben die Lage der Roma-Familien in den Minen von Trepca erwähnt. Wir alle wissen, dass dies ein katastrophaler Zustand ist, und Sie wissen sicherlich von der Arbeit der Kommission in Bezug auf dieses Thema. Eine von Pierre Morel geleitete Delegation hat das Gebiet im Dezember besucht und angeboten, sich mit den Führern der Roma-Lager in Trepca zu treffen. Es gibt keine einfache Lösung. Wir wissen, dass ihnen angeboten wurde, aus diesem Gebiet wegzuziehen; aber sie sind bisher nicht dazu bereit. Sie lehnen dies sogar ab, sodass auch hier viel zu tun bleibt. Ich denke, dass das Treffen nächste Woche mit Pieter Feith, der ebenfalls einbezogen ist, eine Gelegenheit zur weiteren Diskussion dieses Themas bieten wird.

Nochmals vielen Dank. Ich denke, dass wir eine sehr erfolgreiche Aussprache geführt haben, und ich hoffe, dass das Parlament all unsere Anstrengungen im Kosovo und in der Region weiterhin unterstützt.

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, die Kommission gratuliert Herrn Lagendijk und begrüßt seine EntschlieÙung: Sie ermöglicht die weitergehende Einbeziehung des Kosovos in den fortlaufenden Prozess, die Region an Europa anzunähern.

Die Kommission hat eine wirksame Art der Zusammenarbeit mit allen im Kosovo arbeitenden lokalen Akteuren etabliert. Dazu zählen auch EULEX und der EU-Sonderbeauftragte. Wir werden diese Zusammenarbeit fortsetzen. Sie ist die einzige Möglichkeit für den Erfolg unserer Arbeit im Kosovo. Eine gute Zusammenarbeit hat sich für die Wahrung des Friedens in diesem Gebiet bisher als unerlässlich erwiesen.

Die Kommission hat ein Rechtsstaatlichkeitsprojekt im Umfang von 7 Millionen Euro finanziert, einschließlich einer Komponente im Umfang von 1 Million Euro zur Bekämpfung von Korruption. Genauer gesagt haben wir im Dezember 2008 Herrn Bösch, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Haushaltskontrolle, ausführliche und umfassende Antworten auf alle sowohl mündlich als auch schriftlich gestellten Fragen geliefert. Dadurch wurden die in Bezug auf die EU-Mittel aufgeworfenen Fragen und die Handhabung dieser Angelegenheit im Kosovo geklärt. Außerdem wurden die Mitglieder über die bestehenden Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Kommission informiert.

Wir haben seitdem keine weiteren Auskunftersuchen erhalten. Wir können Mitgliedern bei Interesse Kopien des an den Ausschuss für Haushaltskontrolle gesendeten Materials bereitstellen.

Ich möchte auf die Anmerkung von Frau Kallenbach zum Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen (CEFTA) Bezug nehmen. Wir hoffen, dass eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo die Integration des Kosovos in das CEFTA ermöglicht. Die Kommission wird ihr Bestes tun, um dies zu unterstützen.

In der EntschlieÙung werden viele wichtige Themen angesprochen, beispielsweise die Wahrung des kulturellen Erbes des Kosovos, die Verbesserung der Kapazität der öffentlichen Verwaltung, die bessere Integration aller Gemeinschaften im Kosovo, die Notwendigkeit der multiethnischen Bildung und die Not von Roma-Familien in bleiverseuchten Flüchtlingslagern im Norden. Die Kommission beabsichtigt, diesen Themen über vorhandene Instrumente und in Zusammenarbeit mit anderen Gebern nachzugehen.

Wir werden unsere Studie zum Kosovo als Teil unseres Erweiterungspaketes im Herbst herausbringen. Ich bin zuversichtlich, dass darin zahlreiche Ideen enthalten sein werden, um sicherzustellen, dass der Kosovo

fest in der europäischen Perspektive verankert bleibt, die er mit den westlichen Balkanstaaten als Ganzes teilt.

Der Präsident. – Ich habe gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung einen Entschließungsantrag⁽¹⁾ erhalten.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 5. Februar 2009.

12. Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich denke, dass wir uns jetzt einem wirklich wichtigen Thema zuwenden. Dies ist unter den gegebenen Umständen etwas, das diskutiert werden muss. Wir danken nochmals für diese günstige Gelegenheit zur Besprechung der Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Automobilindustrie.

Wie viele von Ihnen in Ihren Wahlkreisen sehr genau verfolgen, ist die Automobilindustrie ein Schlüsselfaktor für die gesamte europäische Wirtschaft. Wir haben die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors im Laufe der Jahre durch die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Automobilmarktes und durch Aufruf zu fairerem Wettbewerb beim Handel mit Drittländern gefördert. Wir haben uns in jüngster Zeit auf die Verringerung von Fahrzeugemissionen konzentriert, um die Luftverschmutzung und den Klimawandel zu bekämpfen. Dieses Parlament hat uns in all diesen Bereich konsequent unterstützt.

Dank dieser Anstrengungen – und vor allem dank der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie – zählen europäische Autos heutzutage zu den besten, innovativsten und wettbewerbsfähigsten sowie zu den sichersten, kraftstoffeffizientesten und umweltverträglichsten Autos der Welt. Wir sollten auf die Leistung Europas stolz sein.

Trotz seiner Widerstandsfähigkeit und aufgrund von Faktoren, die außerhalb seiner Kontrolle liegen, ist der europäische Automobilsektor von der globalen Wirtschaftskrise besonders schwer getroffen. Diese Schwierigkeiten zeichneten sich bereits im November letzten Jahres ab, als der Rat einem Ansatz zustimmte, der auf die Förderung noch nachhaltigerer und kraftstoffeffizienterer Autos, realistischer Ziele für Hersteller und wirksamer Anreize zur Ankurbelung der Nachfrage basiert.

In der kurzen Zeit seither ist die Lage ernster geworden. Die Industrie hat berichtet, dass in der Union im letzten Jahr, also 2008, 8 % weniger Autos verkauft wurden als im Jahr davor, 2007. Die Lage wird 2009 wahrscheinlich genauso schlecht bleiben – wenn sie nicht gar schlechter wird – und trifft nicht nur die Automobilhersteller, sondern auch die gesamte Lieferkette der Automobilindustrie.

Am 16. Januar hat sich mein Freund Günter Verheugen, Kommissar und Vizepräsident der Kommission, mit Ministern getroffen, um die spezifischen Probleme zu diskutieren, vor denen die Automobilindustrie steht. Sie hatten vor allem die Sorge, dass die aktuellen Schwierigkeiten viele Arbeitsplätze gefährden könnten und haben betont, welche Wichtigkeit sie der Zukunft dieser Industrie beimessen.

Natürlich trägt diese Industrie selbst die Hauptverantwortung dafür, auf diese Herausforderungen zu reagieren. Sie muss dazu ermutigt werden, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um strukturelle Probleme wie Überkapazität und mangelnde Investitionen in neue Technologien anzugehen.

Die Wichtigkeit dieser Industrie für die europäische Wirtschaft und die Tatsache, dass dieser Sektor von der aktuellen Krise besonders schwer getroffen ist, bedeuten allerdings, dass eine Form der öffentlichen Unterstützung erforderlich ist. Dies spiegelt sich sowohl in dem im letzten Dezember vom Europäischen Rat beschlossenen Europäischen Konjunkturprogramm als auch in den nationalen Programmen der Mitgliedstaaten wider. Natürlich dürfen wir nicht zulassen, dass eine kurzfristige Unterstützung für diese Industrie ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit unterminiert. Dies bedeutet, dass ein klarer Fokus auf Innovation liegen muss.

⁽¹⁾ Siehe Protokoll.

Die Mitgliedstaaten sind sich darüber einig, dass die öffentliche Unterstützung für die Automobilindustrie sowohl gezielt als auch koordiniert sein muss. Sie muss auch einige wichtige Grundsätze wie fairen Wettbewerb und offene Märkte achten. Sie sollte keinen Subventionswettbewerb darstellen und nicht zu Marktverzerrungen führen. Um dies zu erreichen, haben die Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit mit der Kommission bei nationalen Maßnahmen, sowohl auf der Seite des Angebotes als auch der Nachfrage, bekräftigt. Die Kommission hat sich ihrerseits dazu verpflichtet, in Fällen, die ihre Reaktion erfordern, schnell zu reagieren.

Allgemein unterstützt die Ratspräsidentschaft die Kommission voll und ganz bezüglich der Notwendigkeit, die Durchsetzung des Europäischen Konjunkturprogramms zügig voranzutreiben. Die Kommission wurde auch dazu eingeladen, zusammen mit der Europäischen Investitionsbank zu untersuchen, wie die Nutzung der für diesen Sektor vorgesehenen Darlehen in Hinblick auf die schnelle Verfügbarkeit, Projektfinanzierung und Vorverteilung von Darlehen verbessert werden kann, ohne einen Unterschied zwischen Herstellern und Mitgliedstaaten zu machen.

Was das globale Umfeld angeht, so müssen wir eindeutig sowohl mit der neuen US-Regierung als auch mit unseren anderen globalen Partnern frühzeitig in Dialog treten.

Die tschechische Präsidentschaft ist dazu entschlossen, diese allgemeine Politik der Unterstützung der Industrie unter Beachtung der von mir erwähnten Grundsätze und Parameter voranzutreiben. Es gibt bereits zahlreiche Gemeinschaftsinstrumente, die einen Beitrag zur Unterstützung leisten können, nicht zuletzt im Bereich neuer Technologien, beispielsweise bei der Entwicklung sauberer Autos. Das gesamte Potenzial innovativer und umweltverträglicher Antriebstechnologien – Brennstoffzellen, Hybrid-Antrieb, elektrischer Antrieb, Solarantrieb – muss vollständig erforscht und eingesetzt werden.

Es gibt aber auch einsatzbereite und schnell verfügbare Instrumente, beispielsweise die Abwrackaktion für alte Autos. Diese Instrumente könnten den Nachfrageschub für neue Autos mit positiven Externalitäten hinsichtlich der Verkehrssicherheit, Verringerung von Emissionen usw. kombinieren. Es gibt jetzt einige Mitgliedstaaten, die dieses Instrument bereits verwenden. Aus diesem Grund möchte die Präsidentschaft die Kommission dazu aufrufen, unverzüglich einen Vorschlag zur koordinierten Förderung der Erneuerung des europäischen Fahrzeugbestandes im Bereich der Fahrzeugrückführung und des Fahrzeugrecyclings vorzulegen, der auf der Analyse der Auswirkungen dieser Programme in verschiedenen Mitgliedstaaten basiert. Unser Ziel besteht darin, vor der Frühjahrstagung des Europäischen Rates, im Kontext der Bewertung des Konjunkturprogramms, einen Vorschlag von der Kommission zu haben und das Thema im März im Rat für Wettbewerbsfähigkeit diskutieren zu können. Die Leitung dafür werden mein Kollege Martin Říman und der Vizepräsident der Kommission, Günter Verheugen, übernehmen. Solche Programme können der Automobilindustrie einen wichtigen Nachfrageimpuls auf Gemeinschaftsebene verleihen und sollten zudem für gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt sorgen. Ich möchte die zweite Hälfte des Satzes hervorheben, auch im aktuellen Kontext.

Zusammenfassend kann Folgendes gesagt werden: Es geht hierbei nicht bloß um die Unterstützung eines wichtigen Sektors unserer Wirtschaft, sondern um einen Ansatz, von dem wir alle langfristig profitieren.

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – (DE) Herr Präsident, Herr Ratspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Alexandr Vondra hat Ihnen gerade dargestellt, was aus der Besprechung, die ich mit den für die Autoindustrie zuständigen Ministern am 16. Januar durchgeführt habe, herausgekommen ist. Ich kann das alles nur bestätigen, möchte aber gleichwohl zur Vorsicht raten. Wir müssen jetzt auch darauf achten, dass wir keine Erwartungen oder Hoffnungen wecken, die wir gar nicht erfüllen können. Lassen Sie mich darum etwas präziser zur Lage der europäischen Automobilindustrie sprechen.

Autos sind erfahrungsgemäß ein Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung. Es war daher nicht überraschend, dass dem schweren Einbruch in der Nachfrage bei Automobilen, den wir ab Sommer letzten Jahres erlebt haben, ein konjunktureller Einbruch in allen anderen wirtschaftlichen Sektoren gefolgt ist. Warum ist das so?

Der Nachfragerückgang ist ein Ausdruck mangelnden Vertrauens in die wirtschaftliche Entwicklung. Die Verbraucher verhalten sich da nicht anders als Unternehmen auch. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wenn man nicht weiß, was auf einen zukommt, hält man das Geld zusammen. Im privaten Haushalt ist die Anschaffung eines neuen Autos über mehrere Jahre die größte Investition. Sie kann aber verschoben werden, weil natürlich ein europäisches Auto immer auch noch ein Jahr länger fahren kann.

Jeder muss wissen, dass sich die Lage erst dann wieder grundlegend verbessern wird, wenn ganz generell Vertrauen und Zuversicht in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückgekehrt ist. Darum sind die Maßnahmen, die wir gemeinsam in Europa ergreifen, um insgesamt die Krise zu bekämpfen, das Allerwichtigste.

Ich will noch ein paar Zahlen nennen, damit man die Bedeutung erkennt: Die europäische Automobilindustrie beschäftigt direkt und indirekt 12 Millionen Menschen, das sind 6 % aller Arbeitsplätze in der Europäischen Union. Sie ist der wichtigste ökonomische Sektor, was unseren Export angeht. Der größte Exportüberschuss, den wir überhaupt erzielen, ist bei Autos.

Wir haben im Jahr 2007 19,6 Millionen Autos in Europa produziert. Im vergangenen Jahr fast eine Million weniger und in diesem Jahr wird es noch einmal deutlich nach unten gehen. Es stehen zur Zeit etwa 2 Millionen unverkaufter Autos auf Halde. Die Automobilindustrie ist in Europa die Industrie mit dem höchsten Forschungs- und Entwicklungsanteil. Im Durchschnitt geben die Unternehmen für Forschung und Entwicklung 4 % aus, während wir im Durchschnitt der europäischen Unternehmen nur 2 % haben. Also ganz eindeutig: es ist eine europäische Schlüsselindustrie.

Die Krise hat diese Industrie gleichzeitig in allen Sektoren voll erwischt. Das passiert zum ersten Mal, das hatten wir noch nie, und ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass die Öffentlichkeit sich ja nur mit der Lage bei Personenkraftfahrzeugen befasst. Viel dramatischer ist die Situation bei den Nutzfahrzeugen, wo der Auftragseingang in der gesamten europäischen Union praktisch auf Null geschrumpft ist – bei einer Produktionskapazität von fast 40 000 Nutzfahrzeugen im Monat.

Die negativen Beschäftigungsauswirkungen werden nicht ausbleiben, und das im Hinblick vor allem auf zwei Faktoren. Wir haben eine deutliche Überkapazität an Kraftfahrzeugen in der Europäischen Union. Die Industrie selbst räumt ein, dass es 20 % sind. Es gibt Leute, die sagen, dass es wesentlich mehr ist. Aber 20 % ist schon eine sehr hohe Zahl, und wenn Sie das in Vergleich setzen zur Beschäftigtenzahl, dann reden wir jetzt über 400 000 Arbeitsplätze. Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass die europäischen Automobilunternehmen die Strukturmaßnahmen, die bereits seit längerem geplant sind, im Jahr der Krise beschleunigt durchführen werden. Ich sage das in aller Klarheit und Deutlichkeit. Es gibt keine Garantie dafür, dass wir am Ende dieses Jahres noch alle Produktionsstandorte in Europa haben werden, die wir heute haben. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass wir am Ende dieses Jahres eine ganze Reihe von Produktionsstandorten nicht mehr haben werden. Es gibt noch nicht einmal eine Garantie dafür, dass am Ende dieses Jahres noch alle europäischen Hersteller auf dem Markt sein werden.

Der internationale Wettbewerbsdruck in der Automobilindustrie ist sehr stark. Wir hier als europäischer Gesetzgeber haben ihn noch dadurch verstärkt, dass wir der europäischen Automobilindustrie erhebliche Leistungen in den kommenden Jahren abverlangen werden. Sie müssen eine erhebliche Innovationsleistung erbringen. Damit Frau Harms mich nicht gleich wieder kritisiert, möchte ich festhalten: Frau Harms, ich kritisiere das nicht, ich halte das für richtig. Werfen Sie mir nicht gleich vor, dass ich Tatsachen feststelle. Ich kritisiere das nicht, ich stelle nur fest. Wir haben mit unserer Gesetzgebung das europäische Auto erheblich teurer gemacht, und es wird in den nächsten Jahren noch sehr viel teurer werden. Das hat vor allem den Effekt: es erhöht den Wettbewerbsdruck, es erhöht den Kostendruck und es erhöht die Notwendigkeit bei den Unternehmen, Produktivitätssteigerungen zu erzielen. Das ist die einzige Möglichkeit, in dieser Wettbewerbssituation zu bestehen.

Was Produktivitätssteigerung im Automobilsektor heißt, weiß hier jeder. Sie führt jedenfalls nicht zu einem positiven Beschäftigungseffekt. Das ist die Lage, die wir haben.

Unsere Politik verfolgt jetzt gleichzeitig zwei Ziele. Erstens, die europäische Industrie durch diese Krise zu bringen und – ich betone jetzt jedes einzelne Wort – dabei nach Möglichkeit keinen einzigen europäischen Hersteller zu verlieren. Keinen Einzigen. Das zweite ist, langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie zu stärken und Europa als führende Automobilregion der Welt dauerhaft zu etablieren.

Was die Maßnahmen zu Teil I angeht, so haben wir das getan, was getan werden konnte. Wir haben der europäischen Automobilindustrie, die besonders unter der Kreditklemme leidet, den Zugang zu Finanzen eröffnet. Die Europäische Investitionsbank stellt in diesem Jahr allein für diese Industrie neun Milliarden Euro zur Verfügung, und ich muss Ihnen sagen, es hat keinen Sinn, hier mehr zu verlangen. Angesichts der Eigenkapitalausstattung der Europäischen Investitionsbank ist nicht mehr möglich. Neun Milliarden stehen zur Verfügung.

Wir haben die Beihilfenkontrolle dank der Arbeit meiner Kollegin Neelie Kroes so flexibel gestaltet und die Regeln so verändert, dass die Mitgliedstaaten wesentlich mehr Möglichkeiten haben, schnell und gezielt zu reagieren, wenn im Einzelfall geholfen werden muss. Die Kommission übernimmt dabei die Rolle, die ihr gesetzlich zugewachsen ist, nämlich dafür zu sorgen, dass bei diesen Maßnahmen keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen und unsere Politikziele nicht gefährdet werden. Ich will dazu nur ein Beispiel nennen: Es ist vollkommen klar, dass Beihilfen an die europäischen Töchter amerikanischer Unternehmen nur dann genehmigt werden können, wenn klar ist, dass diese ausschließlich der Erhaltung von Arbeitsplätzen in Europa dienen.

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Erneuerung der Flotte voranzutreiben, und damit gleichzeitig das Ziel verfolgt, einen positiven ökologischen Effekt zu erzielen. Nicht alle Mitgliedstaaten werden das System anwenden, Abwrackprämien zu bezahlen, aber diejenigen, die es tun, folgen dabei Grundsätzen, auf die wir uns bereits verständigt haben, nämlich dass diese Maßnahmen gegenüber anderen Herstellern nicht diskriminierend sein dürfen. Um noch einmal ein Beispiel zu nennen: Ein Mitgliedstaat kann nicht sagen: Ich gebe dir eine Prämie, wenn du dein altes Auto verschrottetest, aber das neue Auto muss ein deutsches sein, wenn du in Deutschland lebst, oder ein französisches oder ein tschechisches. Das ist nicht möglich.

Es ist aber z. B. möglich – und ich würde das sehr begrüßen –, solche Abwrackprämien mit ökologischen Zielen zu verbinden. Zu sagen, sie wird nur dann gezahlt, wenn das neue Auto, das angeschafft wird, ein Auto ist, das bestimmte Emissionsstandards erfüllt. Soweit wir das sehen können, wirkt diese Prämie durchaus und hat also den gewünschten positiven Effekt.

Um den Nutzfahrzeugmarkt in Gang zu bringen, gibt es nur eine einzige Möglichkeit. Hier sind Abwrackprämien, wie Sie sich vorstellen können, nicht möglich. Hier geht es darum, vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Sektor den Zugang zu Finanzen zu ermöglichen. Das tun wir. Und es geht darum, bei öffentlichen Investitionen dafür zu sorgen, dass die Beschaffung von umweltfreundlichen Nutzfahrzeugen, beispielsweise im öffentlichen Personenverkehr oder bei anderen öffentlichen Dienstleistungen, für die man Fahrzeuge benötigt, vorgezogen wird. Das haben wir alles schon getan.

Langfristig – das haben wir in diesem Hause bereits öfters besprochen – geht es um die Empfehlungen im Prozess Cars-21, nämlich die Zukunft der europäischen Automobilindustrie durch verstärkte Anstrengungen in Innovation, Forschung und Entwicklung dadurch zu sichern, dass das europäische Auto der Zukunft nicht nur in Bezug auf den Standard der Technik, den Standard der Fertigung und den Sicherheitsstandard das führende Auto der Welt ist, sondern eben auch in Bezug auf Kraftstoffeffizienz, also Verbrauchsarmut, und Umweltfreundlichkeit, also Emissionsarmut. In diese Richtung geht auch die europäische Industrie gemeinsam, und wir fördern diese Projekte im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms, wie Sie alle wissen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, dass das wichtigste Ergebnis in der Absprache mit den Mitgliedstaaten war, dass wir uns gegenseitig fest versprochen haben, keinen protektionistischen Wettlauf in Europa zuzulassen. Bei diesem protektionistischen Wettlauf würden die finanzschwächeren Mitgliedstaaten verlieren, und wir würden das Gebot der sozialen Solidarität in Europa in schwerster Weise verletzen.

Was wir noch tun können, um den Verbrauch anzuregen und um die Automobilindustrie durch diese Krise zu führen und ihr durch diese Krise zu helfen, ist, dafür zu sorgen, dass auch die internationalen Wettbewerbsbedingungen nicht verletzt werden. Das ist eine Frage, die insbesondere an die Vereinigten Staaten zu richten ist. Wir werden sehen, welche Maßnahmen Präsident Obama trifft, um der Krise der amerikanischen Automobilindustrie zu begegnen. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Wir haben aus europäischer Sicht kein Interesse am Bankrott der amerikanischen Automobilhersteller. Die Folgen für Europa wären verheerend, wenn das passieren würde. Wir haben aber auch kein Interesse an einer amerikanischen Politik, die die amerikanische Automobilindustrie zu Lasten der Wettbewerber aus anderen Teilen der Welt begünstigen würde. Ich hoffe, dass das mit unseren amerikanischen Freunden in Ruhe erörtert werden kann.

Die europäische Automobilindustrie steht nicht am Abgrund. Sie ist in einer schwierigen Situation, aber unsere feste Überzeugung ist, dass sie leistungsfähig und stark genug ist, um mit dieser schwierigen Situation fertig zu werden und einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Europa auch in Zukunft zu leisten.

Jean-Paul Gauzès, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich befürchte leider, dass die eben überbrachte Botschaft keine hoffnungsvolle Botschaft sein kann, um das Vertrauen wiederherzustellen. Herr Kommissar, ich stimme Ihrem vorletzten Absatz bezüglich

dessen, was die Automobilindustrie sein sollte, zu. Leider befürchte ich, dass die unterbreiteten Vorschläge nicht den Anforderungen entsprechen und vor allem einige Mitgliedstaaten dazu ermutigen, allein vorzugehen, wenn Europa nicht in der Lage ist, dies koordiniert zu tun.

Was erwarten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger heutzutage? Sie erwarten sehr viel von Europa, gewiss zu viel; aber sie erwarten, dass wir etwas anderes tun. Wie Sie gesagt haben, beschäftigt die Automobilindustrie 12 Millionen Menschen in der Europäischen Union und erwirtschaftet 10 % des BIP. In Frankreich bedeutet dies 2,5 Millionen Arbeitsplätze oder 10 % der Lohn- und Gehaltsempfänger und 15 % der Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Die Automobilindustrie erfährt derzeit eine beispiellose Krise, die durch den Rückgang der Nachfrage, durch Finanzierungsbedarf für Hersteller, Zulieferer und Verbraucher sowie durch eine strukturelle Wettbewerbs herausforderung für Unternehmen, die in einem immer intensiveren weltweiten Wettbewerb stehen, gekennzeichnet ist. Wenn ich keine Angst davor hätte, politisch unkorrekt zu sein, würde ich hinzufügen, dass die an die Automobilindustrie gestellten Anforderungen und die Ermutigung dazu, keine Fahrzeuge zu verwenden, ebenfalls zu dieser Lage beitragen.

Eine koordinierte Reaktion auf europäischer Ebene ist unerlässlich und dringend erforderlich, um die von verschiedenen Regierungen bereits ergriffenen Maßnahmen zu übernehmen und zu verbessern. Zunächst einmal muss das Bankensystem der Automobilindustrie unbedingt Kredite in normalem Umfang einräumen, das heißt zu normalen Zinssätzen und Bedingungen sowie in einem Volumen, das den Erfordernissen dieser Industrie entspricht. Trotz der Anstrengungen seitens der EIB wissen wir, dass der Kreditfluss noch nicht wiederhergestellt ist. Daher sollte Europa aussagekräftig reagieren.

Zweitens geht es nicht nur darum, die Auswirkungen der Krise zu begrenzen, sondern auch darum, der Automobilindustrie eine neue Zukunft zu geben. Eine authentische Industriepolitik ist unbedingt notwendig. Wir müssen die Welt von morgen betreten und vor allem die erforderlichen Entwicklungen in Hinblick auf den Umweltschutz und die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung beschleunigen. Wir müssen eine Science-Fiction-Kultur schaffen. Es ist unbedingt erforderlich, dass der Drang nach Innovation auf keinen Fall die Krise verschlimmert und dass staatliche Beihilfen Maßnahmen in diesem Bereich ermöglichen.

Guido Sacconi, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte Herrn Vondra und Herrn Verheugen für ihre Schnelligkeit in Bezug auf die Abgabe dieser Erklärungen danken. Ich muss sagen, dass ich ihr Anliegen und den von ihnen vorgeschlagenen realistischen Ansatz im Wesentlichen teile.

Im Grunde sind wir uns alle der Lage bewusst. Ich habe eine Schätzung gesehen, die besagt, dass im Verlauf des Jahres möglicherweise 2 Millionen Arbeitsplätze in der Automobilindustrie als Ganzes verloren gehen könnten, der größte Teil davon im Teilesektor. Wir werden Zeuge eines außergewöhnlichen Widerspruchs. Einerseits haben wir – wie Sie richtig gesagt haben – einen Bestand an öffentlichen und privaten Fahrzeugen, die sehr veraltet sind und hohe Emissionen haben. Andererseits ist die Nachfrage drastisch zurückgegangen, wenn sie nicht gar gänzlich eingebrochen ist.

Ich begrüße daher sehr das Konjunkturprogramm, das die Kommission beschlossen hat. Sie hat versucht, alle ihr zur Verfügung stehenden Werkzeuge einzusetzen, obwohl wir wissen, dass diese begrenzt sind, und wir können die Gründe dafür nachvollziehen. Eine echte antizyklische Bewegung ist erforderlich, um die Nachfrage anzukurbeln und sie in Einklang mit den Umweltzielen, an denen wir in den letzten Monaten so schwer gearbeitet haben, stark zu fördern.

Und was geschieht? Was geschieht ist, dass jedes Land unabhängig handelt. Einige greifen ein, während andere nichts tun. Mein Land hat beispielsweise bisher nichts unternommen. Einige tun dies, andere jenes. Ich stimme Ihnen jedoch darin zu, dass wir vor der Tagung des Wettbewerbsrates im nächsten Frühjahr etwas unternehmen müssen, um die Koordinierung – zumindest bezüglich der Grundsätze – zu maximieren, beispielsweise die Verknüpfung von Abwrackaktionen mit bestimmten Emissionszielen. Ich finde die Lösung Frankreichs, Käufern je nach Emissionswert des gekauften Autos unterschiedliche Prämien zu zahlen, gut. Dies würde meiner Meinung nach in Bezug auf die Beschäftigung, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt zu einer Win-win-Situation führen.

Patrizia Toia, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Krise in der Automobilindustrie hat sich im gesamten Sektor – auf Sekundärindustrien, andere verwandte Sektoren, Handelsnetze und somit Dienstleistungen – ausgebreitet und bedeutet furchtbare Aussichten in Bezug auf Beschäftigung.

Meiner Ansicht nach zeigt der erschreckende Rückgang der Zulassungen – sie sind in diesem Monat in einigen Mitgliedstaaten um 33 %, 20 % usw. zurückgegangen –, dass die Krise weder einen technologisch veralteten Sektor getroffen hat noch dass sie eine durch Managementfehler in diesem oder jenem Unternehmen verursachte Krise ist. Es handelt sich um eine systemische Krise, und als solche muss sie von den europäischen Institutionen dringend und entschlossen bewältigt werden.

Es wurde einige Lösungen vorgeschlagen. Wichtig ist jedoch, wie, mit welchen Ressourcen und mit welchen Innovationsaussichten sie erreicht werden können. Natürlich müssen wir die Nachfrage fördern. Verbrauch ist der einzige Weg zur wirtschaftlichen Erholung. Während diese Verbrauchsförderungsmaßnahme, die eine mittelfristige Maßnahme ist, umgesetzt wird, müssen wir jedoch meiner Ansicht nach sagen, dass wir sofortige Kredithilfe benötigen, um die Produktion wieder zu beginnen, um Materialien zu bezahlen und um Mitarbeiter trotz des Rückganges der Aufträge und der Nachfrage zu behalten.

Kredite sind also die Antwort; aber wie wir gesagt haben, ist das Wie entscheidend. Ich rufe ebenfalls Europa dazu auf, eine führende Rolle einzunehmen. Es ist wichtig, dass die europäischen Institutionen eine klare Botschaft aussenden. Die Vereinigten Staaten ergreifen – wie einige europäische Länder auch – Maßnahmen, und ich hoffe, dass mein Land von allgemeinen Vorschlägen zu praktischen Maßnahmen übergehen wird. Ich hoffe auf stärkeres europäisches Handeln, sowohl im Rahmen als auch außerhalb des Konjunkturprogramms, weil ich glaube – und ich habe dies dem Kommissar ausführlich erläutert –, dass das Schicksal der großen europäischen Unternehmen unser gemeinsames Schicksal ist. Große europäische Hersteller sollten innerhalb des gemeinsamen Marktes keinem Wettbewerb in Form verschiedener staatlicher Beihilfen oder besonderer Bedingungen ausgesetzt sein, sondern eine Reaktion von einem starken, entschiedenen und koordinierten Europa sehen, da die Geschicke des europäischen Automobilmarktes an unserer Fähigkeit gemessen werden, uns dem globalen Wettbewerb gemeinsam zu stellen.

Dann gibt es da noch die andere Angelegenheit, die Herr Sacconi erwähnt hat, und ich möchte noch einmal auf Folgendes hinweisen: Diese Unterstützung ist keine Hilfe oder – schlimmer noch – ein Ausgleich, um den Status quo beizubehalten, sondern ein Anreiz für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Sektors in Bezug auf Innovation, umweltfreundliche Fertigung und Technologien, die die Umwelt und die Sicherheit der Passagiere und des Verkehrs besser berücksichtigen.

Guntars Krasts, im Namen der UEN-Fraktion. – (LV) Vielen Dank, Herr Präsident. Wie im Bausektor sind auch in der Automobilindustrie die Ressourcen auf schnelles zukünftiges Wachstum ausgerichtet; aber die Entwicklung in diesem Bereich ist stets eng mit der Verfügbarkeit von Krediten verbunden gewesen und wird dies auch weiterhin bleiben. Die Finanzkrise hat daher die Automobilindustrie besonders schwer getroffen. Eine Stabilisierung in diesem Sektor wird erst nach der Normalisierung der Vergabe von Bankkrediten möglich sein. Dies wiederum ist mit der Bewältigung der Finanzkrise verbunden. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Finanzkrise zu erheblichen Korrekturen in der zukünftigen Struktur des Automobilmarktes führen wird. Unsere derzeitige Aufgabe ist nicht die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze, sondern die Wahrung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Automobilsektors. Aus diesem Grund muss die öffentliche Unterstützung für den Automobilsektor mit zwei Hauptzielen verbunden sein: die Verringerung der Abhängigkeit von Öl und der damit verbundenen Preisschwankungen sowie die deutliche Verbesserung von Umweltindikatoren und die Verringerung von Emissionen. Diese Aufgaben überschneiden sich. Sie sind auch für die europäische Wirtschaft insgesamt wichtig, um das Risiko zu verringern, dass ein Anstieg der Ölpreise – nach der Bewältigung der Krise, teilweise als Folge des erneuten Autokaufes – einem gemeinsamen Wirtschaftsaufschwungsprozess im Weg steht. Danke.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident! Meiner Ansicht nach kommt es in erster Linie darauf an, in der Wirtschaftskrise das Krisenmanagement mit der globalen Herausforderung der Klimakrise zu verbinden. Wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir mit unseren Konjunkturmaßnahmen erneut so wenig ehrgeizig Klimaschutzziele und Energieversorgungssicherheitsziele verfolgen würden wie wir das bei der CO₂-Regulierung für Automobile gemacht haben.

Man darf nicht den Fehler machen, noch einmal falschen Einflüsterungen aus der Automobilbranche zu viel Raum zu geben. Den Irrtum, der da im letzten Winter begangen wurde, kann man ja jetzt überall besichtigen. Dieselben Konzerne, die uns gehindert haben, die ehrgeizige CO₂-Regulierung für Automobile durchzusetzen, haben jetzt ihre großen Spritschlucker auf Halde stehen und können sie nicht mehr verkaufen. Meiner Meinung nach muss es wirklich unser Ziel sein, gegenüber den Konzernen deutlich zu machen, dass die Zukunft den Automobilen gehört, die klein, effizient und klimafreundlich sind, und dass alle Anstrengungen im Zusammenhang mit Fördermaßnahmen diese Modelle durchsetzen müssen. Es muss auch geklärt werden,

wie weit tatsächlich Innovationen wie Elektroantriebe berücksichtigt werden. Das geht aber nur in einem abgestimmten Konzept auch mit der Energiepolitik.

Was ich unbedingt von einem Vorredner aus der konservativen Fraktion aufgreifen und unterstützen möchte: Ich bin fest davon überzeugt, dass, wenn man sich nur auf die Autos konzentriert und jetzt nicht insgesamt im Blick hat, wie wir den Verkehrsbereich umbauen müssen, wie in zehn Jahren der öffentliche Sektor des Transports aussehen muss, wir viel zu kurz springen. Auch da können viele Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Herr Kommissar Verheugen hat mit dem Hinweis darauf, dass ja nicht nur Pkw produziert werden, sondern auch Busse, Bahnen usw., einen wichtigen Hinweis gegeben.

Also: Über den Tag hinaus denken und zukunftsfähige Verkehrssysteme jetzt entwerfen und fördern!

Roberto Musacchio, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist klar geworden, dass die Finanzkrise sich zu einer schlimmen wirtschaftlichen und jetzt sozialen Krise ausgeweitet hat.

Wir können dies anhand des Automobilsektors sehen, und ich stimme Herrn Sacconi zu: Wir können davon ausgehen, dass mehr als 2 Millionen Arbeitsplätze gefährdet sind. Es besteht die Gefahr, dass die Krise zu Entlassungen führt, vor allem derer, die am meisten gefährdet sind. Dazu zählen ältere Beschäftigte sowie jene ohne unbefristeten Vertrag. Es muss schnell und entschieden gehandelt werden. Hilfe ist verfügbar; aber wir müssen entscheiden – und ich sage dies dem Kommissar ganz offen –, ob sie koordiniert auf europäischer Ebene erfolgen soll oder anders, wie einige größere Staaten es vorzuschlagen scheinen.

Ich würde behaupten, dass eine europäische Koordinierung erforderlich ist und auf zwei Bereiche ausgerichtet sein sollte: auf Innovation, und zwar in Bezug auf das Klimawandelpaket, und – wenn ich nochmals erwähnen darf – auf die Sacconi-Emissionsregelung und den sozialen Bereich. Ich bin der Auffassung, dass kein Beschäftigter, weder alt noch mit einem befristeten Arbeitsvertrag, entlassen werden sollte. Innovation kann nicht erreicht werden, indem man die Beschäftigten loswird.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sollte auch in diesem Lichte angepasst werden, ebenso der Europäische Sozialfonds – warum nicht? –, der derzeit von der Schaffung neuer Arbeitsplätze in Europa spricht, aber auch versuchen sollte, Entlassungen zu vermeiden. Die Arbeit muss dann wieder ihren zentralen Platz in Europa einnehmen, um die ihr gebührende Rolle als Gründerin von Demokratie zu spielen.

Patrick Louis, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir sind uns der strukturellen Ursachen der den Automobilsektor und seine Zulieferer betreffenden Krise bewusst. Dieser Sektor ist, wie es auch in der Landwirtschaft und im Textilsektor der Fall war, von Verlagerungen im sozialen Bereich, im Bereich Umwelt und im steuerlichen Bereich sowie von Dumping betroffen.

Was tun wir, wenn die Amerikaner – da der Dollar fällt – ihre „sprintschluckenden“, subventionierten und stark geförderten Allradwagen auf unserem Markt verkaufen, der auch von einfachen Fahrzeugen aus der Türkei, Indien und China belagert ist?

Es gibt eine Lösung. Wir müssen die vom Maastrichter Vertrag abgeschafften gemeinsamen Außenzolltarife wieder einführen. Nur Ausgleichszölle an den Grenzen der Europäischen Union können einen echten und fairen internationalen Handel wiederherstellen. Lassen Sie uns das tun, was der gesunde Menschenverstand sagt, bevor es zu spät ist. Wie Sie jedoch wissen, verbieten Protokoll 27 und Artikel 63 des Vertrages von Lissabon strikt jeglichen Zollschutz des europäischen Marktes.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns konsequent sein. Lassen Sie uns nicht an Gründen festhalten, die für uns so nachteilig sind. Lassen Sie uns diesen schädlichen Vertrag endlich begraben und damit aufhören, die Rolle pyromanischer Feuerwehrleute zu übernehmen.

Karsten Friedrich Hoppenstedt (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident! Ich bedanke mich zunächst bei der Präsidentschaft, aber auch bei der Kommission für die sehr klaren Äußerungen zur Situation. Ich teile, wie auch Herr Kommissar Verheugen, den Optimismus, dass die Automobilindustrie die Zeichen der Zeit im Augenblick erkannt hat und zukunftssträchtige Lösungen für viele Bereiche finden wird.

Aber wir leben natürlich in der Realität, und nach einer Verringerung der Fahrzeugproduktion um 5 % im letzten Jahr rechnet die Industrie 2009 mit weiteren 15 %. Das ist der stärkste Rückgang, den wir seit 1993 in der Europäischen Union erlebt haben, gleichbedeutend mit 3,8 Millionen weniger Fahrzeugen im Vergleich zu 2007. Man muss wissen, dass von jedem Arbeitsplatz direkt in der Automobilindustrie fünf weitere in

verwandten Bereichen und Branchen abhängen. Deshalb wirkt sich die Finanzkrise natürlich besonders stark auf die Autobranche aus, weil sie sowohl die Hersteller selbst als auch ihre Kunden betrifft. Beide brauchen unbedingt besseren Zugang zu Krediten. Es wurde bereits gesagt: die Automobilindustrie hat Zugang zu 9 Milliarden der Europäischen Investitionsbank. Aber sie brauchen eben auch andere Kredite – die Hersteller und Zulieferer, um ihren Betrieb zu finanzieren, und die Kunden, um den Autokauf zu finanzieren. Wir müssen also aufs Gas drücken, um die Nachfrage zu stützen, denn die Pkw-Zulassungen in Europa sind im letzten Quartal 2008 um 19 %, die der Nutzfahrzeuge um 24 % zurückgegangen.

Die Banken sind im bisherigen Verlauf der Krise in Milliardenhöhe unterstützt worden, um das gesamte System zu retten. Dabei sind aber im Großen und Ganzen ausgerechnet die Autobanken vergessen worden. Sie haben bisher keinen Zugang zu den staatlichen Hilfen. Europaweit mussten, wie in den USA bereits geschehen, von der Automobilindustrie für nicht gedeckte Leasing-Restwerte schon mehrere Milliarden Euro zurückgestellt werden. Diese Verluste beruhen darauf, natürlich mit Blick auf die 2 Millionen Fahrzeuge, die auf Halde stehen, dass der Buchwert der Leasingfahrzeuge deutlich sinkt und hier deshalb auch Probleme entstehen. Das heißt also, hier muss sehr schnell gehandelt werden, um diese Banken auch dem Rettungsschirm zu unterwerfen, wie dies bei anderen Banken im System auch passiert ist.

Stephen Hughes (PSE). – Herr Präsident, Nissan hat den Verlust von 1 200 Arbeitsplätzen in seinem Sunderland-Werk in meiner Grafschaft im Nordosten Englands angekündigt. Dies entspricht etwa einem Viertel seiner Arbeitskräfte. Hinzu kommt eine noch unbekannte Anzahl von Arbeitsplätzen innerhalb der Lieferkette.

Das Sunderland-Werk von Nissan gilt als das produktivste Werk in Europa. Wenn schon das Werk mit der höchsten Produktivität in Europa ein Viertel seiner Arbeitskräfte entlassen muss, dann möge uns der Himmel beistehen, wenn diese Krise weniger produktivere Werke voll trifft.

In meiner Region wurde eine Arbeitsgruppe zur wirtschaftlichen Erholung eingerichtet, die alle wichtigen regionalen Akteure einbezieht. Die von ihnen geplanten Maßnahmen – Unterstützung bei der Arbeitsuche, Schulung und Umschulung, Gründung kleiner Unternehmen und Unterstützung der selbständigen Erwerbstätigkeit – sind alle ideal für eine Unterstützung durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung geeignet. Ich begrüße die Vorschläge der Kommission zur Vereinfachung dieses Fonds. Er muss als Teil einer koordinierten europäischen Reaktion auf die Krise in der Automobilindustrie dringend in hohem Maße vereinfacht und mobilisiert werden.

Im letzten Jahr wurde nur ein kleiner Bruchteil dieses Fonds verwendet. Lassen Sie uns keine Vorräte anlegen. Lassen Sie uns ihn einsetzen, um die Menschen mit Arbeit zu versorgen.

VORSITZ: MIGUEL ÁNGEL MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

Josu Ortuondo Larrea (ALDE). – (ES) Herr Präsident, anders als viele andere Sektoren operiert die Automobilindustrie nicht auf der Grundlage von Spekulationen, sondern auf der Basis geringer Margen, die nur dann Gewinn bringen, wenn viele Einheiten verkauft werden.

Natürlich sind Autos eine wesentliche Ursache für Treibhausgase. Es stimmt aber auch, dass diese Industrie zusammen mit ihren angrenzenden Industrien für 10 % des europäischen BIP verantwortlich ist und 12 Millionen Arbeitsplätze ermöglicht, die 6 % der Beschäftigung in Europa darstellen.

Aus diesem Grund handelt es sich dabei um einen für den Wohlstand unserer Bürger sehr wichtigen Sektor. Wir können ihn nicht seinem Schicksal und den strikten Regeln von Angebot und Nachfrage überlassen, da diese genau der Grund dafür sind, warum wir jetzt diese Krise im Finanzsektor und folglich auch in allen anderen Sektoren, einschließlich der Automobilindustrie, haben.

Wie müssen nach unterstützenden Lösungen suchen, die den Grundsatz des freien Wettbewerbes in der Europäischen Union achten und die erforderliche Hilfe bieten, um diesen Fertigungssektor zu retten. Hierfür brauchen wir einen europäischen Rahmen, um eine Harmonisierung über alle Mitgliedstaaten hinweg zu gewährleisten. In den Vereinigten Staaten und an anderen Orten ist bereits Hilfe in Höhe von mehreren Millionen Dollar genehmigt worden. Außerdem haben einige Länder ihre Wechselkurse angepasst und andere Mechanismen eingeführt, um auf unseren Märkten wettbewerbsfähig zu werden.

Wir dürfen uns daher nicht darum sorgen, was der Rest der Welt sagt, sondern müssen stattdessen ohne weitere Verzögerung die notwendigen Maßnahmen einführen.

Michael Cramer (Verts/ALE). – (DE) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bekämpfung des Klimawandels und die Neuordnung der Weltwirtschaft werden wir nur meistern, wenn wir sie gemeinsam anpacken. Wir brauchen den grünen „New Deal“.

Die Krise der Automobilindustrie ist keine reine Wirtschaftskrise. Der Einbruch bei den Autokonzernen ist auch die Quittung für ihre Größer-Schneller-Schwerer-Philosophie der letzten Jahre. General Motors, Daimler und Co. haben noch bis vor wenigen Monaten auf Spritschleudern gesetzt, sie haben in ihrem Marketing den Geländewagen zum neuen Stadtauto erklärt. Sie haben den Klimawandel schlicht und einfach ignoriert. Das rächt sich jetzt!

Wenn wir nun Milliarden an Steuergeldern bereitstellen, dann müssen die Bedingungen klar sein: Mit dem Geld müssen die Autokonzerne umsteuern hin zu einer kleineren, sparsameren Produktpalette, hin zu alternativen Antrieben – nicht nur für die Umwelt, nicht nur für das Klima, sondern auch für die langfristige Sicherung hunderttausender Arbeitsplätze.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus meinem Heimatland Deutschland, wie man es falsch machen kann: Wenn dort, sagen wir, der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, seinen neun Jahre alten Dritt-, Viert- oder Fünftwagen verschrottet und sich einen neuen Porsche Cayenne kauft, kriegt er 4 000 Euro geschenkt. Das ist weder sozial noch ökologisch. Das ist einfach bescheuert! Das darf man nicht nachmachen.

Eva-Britt Svensson (GUE/NGL). – (SV) So wie viele Länder ist auch Schweden – wo ich herkomme – stark von der Automobilindustrie abhängig. Volvo und Saab sind bekannte Marken. Die schwedische Automobilindustrie ist, wie die restliche Automobilindustrie auch, schwer von der Krise betroffen. Mehrere Faktoren haben zu dieser Krise beigetragen; aber ein Faktor im Besonderen ist, dass verpasst wurde, den in der Fertigung erforderlichen Umstieg frühzeitig genug zu machen. Der Umstieg auf die Fertigung kleinerer, weniger Energie verbrauchender und umweltfreundlicherer Fahrzeuge ist erforderlich.

Die EU hat lange Zeit einseitig Flexibilität gefordert: von den Beschäftigten. Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke und ich fordern, auch vom Management großer Unternehmen Flexibilität zu verlangen. Das Fehlen von Flexibilität und neuen Denkweisen hat schließlich zu der Krise beigetragen, die wir jetzt in der Automobilindustrie und anderen Industrien sehen.

Ich möchte abschließend sagen, dass die Automobilindustrie ein wichtiger – häufig vorwiegend „männlicher“ – Arbeitsplatz ist und unsere volle Unterstützung genießt. Ich vertraue darauf, dass die EU denselben Grad an Engagement auch im Fall einer Krise und eines Abschwunges zeigen wird, wenn „weibliche“ Arbeitsplätze betroffen sind.

John Whittaker (IND/DEM). – Herr Präsident, Sie hätten den Inhalt dieser Berichte erraten können. Wir haben ein Problem, und die Europäische Union muss Stellung beziehen. Sie muss den Eindruck vermitteln, dass sie sich auf dem Fahrersitz befindet, um das Problem zu lösen. Wir haben also ein Europäisches Konjunkturprogramm, das die Automobilindustrie umfasst. Aber in Wirklichkeit wird sich jeder Hersteller, so gut er kann, um sich selbst kümmern, und jedes Land wird sich, so gut es kann, um seine Hersteller kümmern.

Es gibt natürlich eine Möglichkeit für ein gewisses Maß an Unterstützung, ein gewisses Maß an finanzieller Unterstützung für die Automobilindustrie und andere Sektoren, um das Kapital und die Fähigkeiten zu erhalten. Dies kann aber nur auf nationaler Ebene entschieden werden, weil die Unterstützung – die von Herrn Verheugen erwähnte Europäische Investitionsbank ausgenommen – nur von nationalen Steuerzahlern bereitgestellt werden kann.

Es gibt jedoch etwas, was die Europäische Union – zumindest bis die Rezession vorbei ist – hier konstruktiv tun könnte, nämlich Automobilherstellern eine Pause in Bezug auf Beschränkungen gewähren, die auf Umweltschutz beruhen. Diese Industrie befindet sich bereits in ernststen Schwierigkeiten. Diese auf Umweltschutz beruhenden Beschränkungen und andere Standardbeschränkungen machen Autos noch teurer. Sie sind dabei, die Vernichtung einer Industrie zu unterstützen, die sich bereits in ernststen Schwierigkeiten befindet.

Malcolm Harbour (PPE-DE). – Herr Präsident, gestern fand in meiner Heimatstadt Birmingham ein Automobil-Krisengipfel statt. Ich fand es bedauerndswert, nicht dort sein zu können, weil ich vor 40 Jahren in der Automobilindustrie zu arbeiten angefangen habe. Ich habe viele Krisen erlebt, aber keine wie diese.

Nie sind die Verkaufszahlen so schnell eingebrochen. Ich möchte meinen Kollegen von den Grünen sagen, dass sie bei einem Blick auf die unverkauften Autos feststellen werden, dass es sich dabei größtenteils um

die kleineren, leichteren, umweltfreundlicheren Modelle handelt. Es handelt sich hierbei um kein Versagen von Geschäftsmodellen: Dies ist ein Versagen des gesamten Wirtschaftssystems.

Den Schätzungen einer der Statistiken des Gipfels zufolge, die von Professor David Bailey von der Birmingham Business School stammt, wurden im Vereinigten Königreich in den letzten sechs Monaten die Autokreditanträge von 300 000 Verbrauchern abgelehnt. Einige von ihnen wären wahrscheinlich sowieso abgelehnt wurden; aber dies zeigt, womit wir es zu tun haben.

Was einige der von uns besprochenen Dinge angeht – und ich stimme dem von Stephen Hughes über Nissan Gesagten vollkommen zu, und er kennt sich mit Nissan sehr gut aus –, so können wir auf nationaler und europäischer Ebene etwas tun, um dieser Industrie bei der Bewältigung dieser Umstrukturierung zu helfen. Es ist viel besser, dieser Industrie dabei zu helfen, die wichtigen Personen weiter zu beschäftigen, als sie gehen zu lassen und dann später wieder einzustellen.

Wir haben die Anreize, um in die neuen Autos zu investieren, die Frau Harms und andere möchten. Die Tatsache, dass die Grünen elektrisch angetriebene Autos als eine Lösung ansehen, zeigt lediglich, wie sehr ihnen der Bezug zur realen Welt fehlt: Solche Autos liegen mindestens 10 Jahre entfernt, und wir alle wissen das.

Das Problem besteht eigentlich darin, die Käufer und die Nachfrage wieder zurück in die Wirtschaft zu bekommen. Wir müssen das Kreditproblem lösen. Wir müssen öffentlichen Käufern zurück in den Markt verhelfen, um die grünen Busse, die grünen Lastwagen und die grünen Autos zu kaufen. Schließlich werden dort einige Dinge durchgesetzt. Wir wollen keinen Wettlauf zwischen Unternehmen. Herr Vondra hat deutlich gemacht, dass dies ein Binnenmarkt ist, und wir möchten darin keine wettbewerbsorientierten Aktivitäten.

Vor allem müssen wir aber die Tatsache berücksichtigen, dass die Autohändler da sein müssen, um Autos zu verkaufen und sich um diese zu kümmern.

Der letzte Punkt ist an Sie gerichtet, Herr Kommissar. Sie haben gesagt, dass Frau Kroes sich hiermit zuvor befasst hat: Sagen Sie Frau Kroes bitte, dass sie diesen gänzlich unerwünschten und destabilisierenden Vorschlag zur Änderung der gesamten Struktur der Händlerverträge zurückziehen soll. Niemand hat dies gefordert, und wir möchten dies nicht.

Monica Giuntini (PSE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben die Zusagen des Rates und der Kommission gehört. Ich möchte Sie jedoch daran erinnern, dass der Umsatzrückgang in diesem Sektor 2008 bei insgesamt 8 % lag. Es gibt jetzt Tausende von Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind. Herr Sacconi hat uns vorhin statistische Daten geliefert.

Dies betrifft nicht nur die großen Automobilunternehmen, sondern auch alle mit der Automobilindustrie verknüpften Unternehmen. Ich denke dabei an die Toskana, wo ich herkomme. Wie ich kürzlich aus gegebenem Anlass erwähnt habe, besteht nach Angaben des Verbindungsausschusses der Kraftfahrzeugteile- und -zubehörindustrie in der EWG in den kommenden Monaten für ein von zehn Unternehmen Insolvenzrisiko. Aus diesem Grund glaube ich, dass ein schnelles, sicheres und realistisches Eingreifen erforderlich ist, und ich weiß, dass Herr Verheugen dem aufmerksam und wohlgesinnt gegenüberstehen wird.

Es gibt keine Zeit zu verlieren, Herr Kommissar. Eine Koordinierung zwischen europäischen Ländern ist äußerst wichtig; andernfalls besteht die Gefahr, dass wir am Ende verschiedene zerstreute Maßnahmen haben, die keine Früchte tragen werden, weder für die EU-Wirtschaft noch in Bezug auf die Unterstützung für Beschäftigte. Wir müssen auf europäischer Ebene koordinierte Anreize haben, wie jene von Herrn Sacconi erwähnten, die die Investition in saubere Autos und die Unterstützung für Forschung und neue Technologien zulassen. Wir müssen unverzüglich handeln, um die Kriterien des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu überprüfen, der für die Unterstützung von europäischen Beschäftigten zu verwenden ist, und ich glaube, dass noch mehr finanzielle Mittel nötig sind, von ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Ivo Belet (PPE-DE). – (NL) Herr Kommissar, die Rettung der europäischen Automobilindustrie droht in eine antieuropäische Chronik auszuarten. Jeder Mitgliedstaat kocht sein eigenes Süppchen und lanciert nationale Unterstützungsmaßnahmen. Es gibt Mitgliedstaaten – und Sie wissen dies besser als wir –, die Automobilherstellern vorteilhafte Darlehen versprechen, wenn diese Zubehör von lokalen Lieferanten in

diesem Land kaufen. Natürlich ist dies völlig verrückt, und es ist gut, dass Sie hier vor einigen Minuten gesagt haben, dass Sie dies nicht tolerieren werden und beabsichtigen, strenger gegen diese Praxis vorzugehen.

Was Hersteller derzeit brauchen – wie Herr Harbour bereits gesagt hat –, sind Maßnahmen zum heutigen Zeitpunkt und Investitionsunterstützung für die Zukunft, und zwar für neue umweltfreundliche Autos und Hybridautos. Dies ist alles schön und gut, löst aber die heutigen Probleme nicht. Aus diesem Grund ist es eine sehr gute Nachricht und ein Hoffnungsschimmer, dass die tschechische Präsidentschaft vor dem bevorstehenden Frühjahrsgipfel heute hier eine neue Initiative ankündigt, nämlich einen Vorschlag zur Implementierung einer europaweiten Maßnahme, die dem Kauf umweltfreundlicher Autos einen deutlichen Impuls verleihen würde.

Außerdem – und dies ist nichts Neues – werden neue Kredite und Kreditbürgschaften für Automobilhersteller benötigt. Die Europäische Investitionsbank hat einen beträchtlichen Geldbetrag freigesetzt; aber es wird noch viel mehr benötigt, um diese schwere Zeit zu überstehen. In vielen Fällen handelt es sich bei den betreffenden Unternehmen um kleine und mittlere Unternehmen in der Zulieferindustrie, die die Kredite jetzt brauchen, um zu überleben.

Andererseits sollten wir, Herr Kommissar, diese Krise als Chance nutzen, um endlich einen Durchbruch im Bereich der Kraftfahrzeugsteuer zu forcieren. Wir streiten seit Jahren über den Vorschlag der Kommission zur Anpassung der Kraftfahrzeugsteuer. Es ist an der Zeit, endlich in der gesamten Europäischen Union den Hebel umzulegen und die Kraftfahrzeugsteuer dauerhaft in ein System zu verwandeln, das die Verbraucher, die sich für umweltfreundliche Autos entscheiden, auch dafür belohnt.

Mia De Vits (PSE). – (NL) Die Automobilindustrie stellt in Belgien einen sehr wichtigen Beschäftigungssektor dar. Im Opel-Werk Antwerpen, Belgien, und um das Werk herum stehen derzeit 2 700 direkte Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Entscheidungen werden in Detroit getroffen, und alle Opel-Standorte stehen vor einer Überproduktion. Natürlich stehen die zuständigen Behörden mit Rettungspaketen bereit, die aus staatlichen Beihilfen und Bankbürgschaften bestehen. Damit diese Hilfe wirksam ist, möchte ich heute die Europäische Kommission – vertreten durch Kommissar Verheugen und Ihre Kollegin Frau Kroes – dringend dazu aufrufen, sich mit den Behörden und den betroffenen Standorten zusammenzusetzen, um eine maximale Anzahl von Arbeitsplätzen auf europäischer Ebene zu sichern und um einen koordinierten Ansatz auf europäischer Ebene vor dem 17. Februar zu gewährleisten, dem Tag, an dem in Detroit die Entscheidung fällt. Wie Sie selbst gesagt haben, muss dies erfolgen, um einen Protektionismuswettbewerb unter den Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Marie-Noëlle Lienemann (PSE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir müssen die großartigen Industriepolitiken wiederbeleben, auf denen die Europäische Union gegründet wurde. Dies war für Kohle und Stahl der Fall.

Die Stärke dieser Politiken lag in der Tatsache, dass sie Modernisierungsinstrumente waren – so wie es die Verringerung des CO₂-Ausstoßes für den Automobilsektor sein muss –, aber auch gleichzeitig soziale Politiken für die Unterstützung, Verteidigung, Schulung und den Schutz von Beschäftigten. Aus diesem Grund möchte ich vier Vorschläge unterbreiten.

Wir müssen erstens einen Europäischen Unterstützungsfonds für Beschäftigte im Automobilsektor schaffen, der über den Modernisierungsfonds hinaus geht, weil es wichtig ist, in diesen schweren Zeiten Beschäftigte in den Unternehmen zu behalten, indem die Höhe ihres Arbeitsentgeltes im Fall von Kurzarbeit abgesichert sowie ihre Weiterbildung innerhalb des Unternehmens gefördert wird. Wir können uns nicht mit der hypothetischen Umschulung von entlassenen Beschäftigten zufrieden geben.

Wir müssen zweitens eine Agentur für Innovation schaffen und die Finanzierung von Forschung und Entwicklung beschleunigen, um schnell voranzukommen und die technologische Lücke zwischen sauberen Fahrzeugen und sicheren Fahrzeugen zu schließen.

Drittens muss die Erneuerung der Fahrzeuge auf der Straße beschleunigt werden. Prämien für das Abwracken von Fahrzeugen können wirksam sein. Diese müssen auf der Ebene der Europäischen Union harmonisiert werden, um die Folgen eines unlauteren Wettbewerbes zu vermeiden.

Ich möchte jedoch mit diesem Punkt abschließen. Ich verstehe die Bedeutung des Wortes „Wettbewerb“ voll und ganz, aber es ist auch erforderlich ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, an dieser Stelle werden dem Präsidenten zusätzliche Wortmeldungen vorgelegt. Wir haben jedoch ein Problem, da viele Mitglieder um das Wort gebeten haben. Ich werde mich daher sehr strikt an die Entscheidung des Präsidiums halten, fünf Mitgliedern das Wort zu erteilen. Diesen Mitgliedern wird das Wort automatisch entzogen, sobald die ihnen zugeteilte Minute vorbei ist.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE-DE). – (RO) Inmitten all der Aussprachen über die Krise in der Automobilindustrie und die daraus folgenden Entscheidungen dürfen wir die Probleme der Autoteilehersteller nicht übersehen. Sie wiederum sind als Folge des Dominoeffektes von der Krise betroffen, weil sie den Produktionsstillständen der Kunden ausgeliefert sind.

In Rumänien gibt es beispielsweise mehr als 400 Unternehmen, die an der Herstellung von Autoteilen beteiligt sind, wodurch 2008 ein Gesamtumsatz von 8 Milliarden Euro erzielt wurde. Drei Viertel dieser Unternehmen sind kleine Unternehmen und arbeiten in der Regel für einen einzigen Kunden. Dies ist der Grund, weshalb die Folgen der Krise so extrem spürbar sind. Unter diesen Umständen müssen Unternehmen auf Entlassungen zurückgreifen oder Lösungen finden, beispielsweise die Kürzung von Arbeitszeiten oder die Erteilung unbezahlter Urlaube. Die Reifenhersteller sind genauso schwer betroffen.

Aufgrund der großen Anzahl von Beschäftigten innerhalb dieser Unternehmen müssen wir meiner Meinung nach die Autoteile- und Reifenhersteller in jegliche zukünftige Lösungen zur Bereitstellung wirtschaftlicher Unterstützung während dieser Krise einbeziehen.

Matthias Groote (PSE). – (DE) Herr Präsident! Herr Kommissar Verheugen hat uns hier gerade geschildert, wie dramatisch die Zahlen sind und wie es zur Zeit auf dem Automobilmarkt aussieht. Dramatische Ereignisse erfordern dann auch ein einheitliches Handeln. Wir haben 2006 im Europäischen Parlament einen Initiativbericht auf den Weg gebracht: Harmonisierung der Kraftfahrzeugsteuer – und das dann bitte CO₂- und verbrauchsorientiert. Ich glaube, das wäre ein Konjunkturprogramm, bei dem der Rat in Geschlossenheit – denn das muss ja einstimmig entschieden werden – zeigen könnte, wie verbrauchsorientierte Kraftfahrzeugsteuern auf den Weg gebracht werden können.

In Bezug auf das, was die Kollegin Mia De Vits angesprochen hat, nämlich General Motors, hätte ich gerne an die Kommission die Frage gestellt, ob es von Seiten der Kommission Vorkehrungen für den Fall gibt, dass es zum Kollaps des Mutterkonzerns kommt. Wird die Kommission dann einheitlich vorgehen, um eine europäische Lösung für die Tochterunternehmen von General Motors zu finden?

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – (PL) Herr Präsident, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf drei Themen in dieser Aussprache lenken.

Die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten bieten Automobilherstellern eine erhebliche finanzielle Unterstützung, die sich auf Zigmilliarden Euro beläuft. Die deutsche Regierung hat beschlossen, zusätzlich zu den deutschen Herstellern auch die Fahrzeugnutzer zu unterstützen. Jeder, der sich für das Abwracken seines alten Autos entscheidet, erhält 2 500 Euro.

Die Europäische Kommission, die die Einhaltung der Vorschriften für die Bereitstellung staatlicher Beihilfen für Unternehmen bis heute streng überwacht, hat ihre Zustimmung in all diesen Fällen sehr schnell erteilt und ihre Beschlüsse im Allgemeinen an frühere Beschlüsse der Regierungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich dieser Angelegenheiten angepasst.

Ohne die Grundsätze hinter der Maßnahme zur Unterstützung der Automobilindustrie in Europa in Frage zu stellen, möchte ich Sie nochmals daran erinnern, wie überaus unfair der Beschluss der Europäischen Kommission war, nämlich dass die von der polnischen Regierung für polnische Werften bereitgestellte staatliche Beihilfe zurückgezahlt werden muss. Als Folge dieses Beschlusses werden nun im polnischen Schiffbausektor selbst 50 000 Arbeitsplätze abgebaut, während in Zukunft mehr als zehntausend Arbeitsplätze in den verwandten Industrien verloren gehen werden.

Zita Pleštinšká (PPE-DE). – (SK) Herr Kommissar Verheugen, die Europäische Kommission muss konkrete Schritte unternehmen, um der Automobilindustrie wieder auf die Beine zu helfen. Wir müssen in erster Linie Verzerrungen des Binnenmarktes verhindern. Mit den von einigen Staaten vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen kann die aktuelle Krise nicht bewältigt werden. Ich rufe die Kommission dazu auf, so schnell wie möglich Maßnahmen für eine europäische Abwrackaktion vorzulegen.

Herr Vondra, ich erwarte vom Rat, dass die Mitgliedstaaten während der Tagung des Europäischen Rates im März einer Abwrackaktion zustimmen, die zur direkten Förderung der Kaufkraft der Verbraucher beiträgt, die neue Autos zu kaufen beabsichtigen.

Ich bin fest von Folgendem überzeugt: Wenn die EU der größte Exporteur von Autos sein und gleichzeitig im Kampf gegen den Klimawandel eine weltweit führende Rolle übernehmen möchte, muss sie ihrer Automobilindustrie helfen, die der größte private Investor in Forschung und Entwicklung ist. Durch die Finanzierung von Forschung und Entwicklung, durch die Unterstützung von Investitionen ...

Ivo Strejček (PPE-DE). – Herr Präsident, ich habe die Aussprache ziemlich aufmerksam verfolgt, und ich werde nichts Neues erwähnen. Ich möchte einfach nur einige der gehörten Anmerkungen hervorheben, die meiner Meinung nach die gesamte Aussprache umspannen sollten.

Ich verweise auf die Worte von Herrn Vondra, nämlich dass wir auf einen fairen Wettbewerb achten und eine Marktverzerrung vermeiden sollten, und ich verweise auf die Anmerkungen des Kommissars, nämlich dass wir fair sein und keine falschen Erwartungen wecken sollten. Vor allem danke ich Ihnen, Herr Kommissar, dass Sie gesagt haben, dass wir unseren Herstellern durch weniger Bestimmungen, weniger Gesetze und weniger exorbitanter Bürokratie mehr Flexibilität ermöglichen sollten.

Der Präsident. – Lassen Sie mich Ihnen in 30 Sekunden die vom Präsidium eingeführte Regelung erklären, weil ich weiß, dass die Mitglieder äußerst unerfreut darüber sind, wenn sie um das Wort bitten und es nicht erhalten.

Das Präsidium hat beschlossen, dass die eigentliche Aussprachezeit jene Zeit ist, die den verschiedenen parlamentarischen Fraktionen zugewiesen ist und während derer ihre Mitglieder sprechen. Anschließend wird im „catch the eye“-Verfahren fünf Mitgliedern für jeweils eine Minute das Wort erteilt, angefangen bei der größten Fraktion bis hinunter zur kleinsten Fraktion. Wenn jedoch sechs Wortmeldungen vorliegen und wir noch sechs Minuten zur Verfügung haben, können alle berücksichtigt werden. Das Verfahren kann auf sechs Minuten ausgedehnt werden, eventuell sieben. Im vorliegenden Fall haben jedoch 12 Mitglieder um das Wort gebeten. Wie vom Präsidium für diesen Zeitpunkt der Aussprache festgelegt, wurde nur fünf von ihnen das Wort erteilt. Ich bin dabei, dies zu klären, sodass dies in Zukunft berücksichtigt werden kann.

Herr Vondra hat jetzt das Wort, um im Namen des Rates auf die verschiedenen Reden zu antworten. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich möchte den Mitgliedern für eine sehr nützliche Aussprache danken. Der Rat weiß all Ihre Beiträge zur Aussprache zu würdigen und wird sein Bestes tun, um zusammen mit der Kommission seinen Beitrag dazu zu leisten, so viele Probleme wie möglich in der Automobilindustrie zu lösen.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass es kurzfristige Maßnahmen geben sollte, und sie werden auf der Ebene der Mitgliedstaaten bereits durchgeführt. Ich denke daher, dass wir uns darüber einig sind, dass diese Maßnahmen sowohl in finanzieller als auch in sonstiger Hinsicht in Bezug auf die Nachhaltigkeit realistisch sein müssen. Sie sollten gezielt und wirksam sein und vor allem in einer Weise durchgeführt werden, die mit den im Rahmen des Gemeinschaftsrechtes festgelegten strengen Vorschriften für staatliche Beihilfen kompatibel ist. Ich habe Sie beispielsweise über unsere Initiativen bezüglich der Abwrackaktion informiert. Es ist daher wirklich wichtig, dass bei den unternommenen Schritten die Wettbewerbsregeln und Vorschriften für staatliche Beihilfen eingehalten werden und dass eine Verzerrung des Binnenmarktes vermieden wird.

Der zweite Punkt ist, dass wir dennoch im Hinterkopf behalten sollten, dass die europäische Automobilindustrie weltweit führend ist. Wir sind Exporteure, jene, die die Autos herstellen. Vor diesem Hintergrund sollten wir nicht vergessen, dass es notwendig ist, sowohl die langfristige Leistungsfähigkeit als auch die Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrie aufrechtzuerhalten. Daher müssen die ergriffenen Maßnahmen bestimmte Kriterien bezüglich der langfristigen Lebens- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erfüllen, einschließlich Investitionen in Innovation, saubere Autos usw.

Aus diesem Grund unternimmt der Rat alle erforderlichen Anstrengungen, um sicherzustellen, dass alle für die Forschung und technologische Entwicklung (FTE) sowie Innovationen in der Automobilindustrie unternommenen Anstrengungen, aber auch die kurzfristigen Maßnahmen in diesem Bericht, in vollem Einklang mit den übergreifenden Zielen der Lissabon-Strategie stehen.

Der dritte Punkt ist, dass wir die Entwicklungen außerhalb Europas verfolgen müssen. Natürlich sind wir uns dessen bewusst, dass die Krise im US-Automobilsektor strukturell und tief ist, und die US-Hersteller

befinden sich in einer viel schlechteren Lage als die europäischen Automobilhersteller. Daher ist es klar – und Günter Verheugen hat dies erwähnt –, dass die Vereinigten Staaten nicht zulassen dürfen, dass ihre Automobilindustrie einfach zu Grunde geht, weil dies für uns nicht von Vorteil wäre.

Wir müssen dennoch mit unseren internationalen Partnern politisch zusammenarbeiten, insbesondere über die WTO, um sicherzustellen, dass weitestgehend gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Dasselbe gilt auch für die anderen Automobilhersteller und -industrien in Asien. Wir verfolgen auch die Entwicklungen in Korea, Japan usw.

Wir befinden uns im Vorfeld der Tagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit, die Anfang März stattfinden wird, und wir hoffen einen qualitativ hochwertigen und natürlich einvernehmlichen Beschluss für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates zu erzielen, bei der es hauptsächlich um wirtschaftliche Themen gehen wird.

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – (DE) Herr Präsident! Ich stimme dem zu, was viele Redner gesagt haben, insbesondere Frau Harms. Die kurzfristigen Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, dürfen in keinem Widerspruch zu unseren langfristigen Zielen stehen. Das ist das absolut Entscheidende.

Weil Sie so nett waren, will ich jetzt auch einmal nett sein und einen Satz sagen, der Ihnen ganz bestimmt gefallen wird und den ich schon im Jahr 2006 hier gesagt habe: Die Zukunft der europäischen Automobilindustrie wird grün sein, oder diese Industrie wird keine Zukunft in Europa haben. Damit das völlig klar ist. Man kann darüber streiten, ob die Modellpolitik der europäischen Hersteller, insbesondere der deutschen, verantwortlich war für die Krise, die wir jetzt haben. Ich weiß es nicht. Es hat in der Vergangenheit umweltfreundliche Autos gegeben, auch kraftstoffarme – denken Sie an den Smart von Mercedes, mit dem Mercedes sich Milliarden an Verlusten eingefahren hat. Also, ganz so einfach ist das Bild nicht. Ökologisch gesehen war die Modellpolitik eindeutig falsch, und dass die Umstellung jetzt – in einer Krise – erfolgt, macht die Sache nicht einfacher, ändert aber nichts daran, dass diese Umstellung erfolgen muss und dass sie schnell erfolgen muss. Wir sind uns da vollkommen einig.

Einen Zollschutz gegenüber amerikanischen Autos, Herr Louis, werden wir ganz bestimmt nicht einführen. Wenn wir etwas nicht tun sollten, dann ist es das. Amerikanische Autos spielen auf dem europäischen Markt nun wirklich keine Rolle, wohingegen europäische Autos auf dem amerikanischen Markt eine große Rolle spielen. Wenn jemand im Europäischen Parlament verlangt, wir sollten unseren Markt vor amerikanischen Autos schützen, fürchte ich, wird sich im Kongress in Washington jemand finden, der sagt, wir sollten unseren Markt vor europäischen Autos schützen. Dann sähen wir nicht besonders gut aus. Ich bitte Sie wirklich, diesen Gedanken nicht weiter zu verfolgen.

Herrn Groote kann ich nur vollkommen unterstützen in dem, was er über die Kraftfahrzeugsteuer gesagt hat. Und auch die spitzen Anmerkungen, die es hier spezifisch zu diesem Thema gegeben hat, haben mir gut gefallen. Die Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer auf eine CO₂-basierte Grundlage wird von der Kommission seit langem verlangt, und ich bin traurig darüber, dass der Fortschritt in dieser Frage so schleppend verläuft.

Herr Groote, Sie werden verstehen, dass ich mich nicht öffentlich zu der Frage äußern kann, die Sie zu General Motors und Opel gestellt haben. Es muss Ihnen jetzt genügen, wenn ich sage, wir behalten diese Entwicklung sehr sorgfältig im Auge und sind mit allen, die da in Frage kommen, im Gespräch.

Ich möchte noch diejenigen, die sich mit Recht besonders mit der Beschäftigungsproblematik auseinandergesetzt haben, darauf aufmerksam machen, dass die Kommission ja bereits einen Vorschlag gemacht hat, wie der Fonds zur Anpassung an die Globalisierung flexibler und wirkungsvoller gemacht werden kann. Wenn das, was die Kommission vorgeschlagen hat, schnell geschähe und schnell realisiert würde – und ich bitte Sie dringend darum, das zu tun –, würden wir insbesondere den Zeitarbeitnehmern in der Automobilindustrie und den ungelernten Arbeitnehmern, die ja diejenigen sind, die jetzt als erste auf der Kippe stehen, helfen können.

Die Regeln für die Abwrackprämie – das ist mehrfach angesprochen worden und ich will es noch einmal sagen – sind klar. Es kann hier nicht eine europäische Vorschrift geben, dass das alle zu machen haben. Das ist völlig ausgeschlossen. Es kann auch keine europäische Vorschrift geben, dass es überall in gleicher Höhe sein muss. Die Eckwerte müssen europäisch festliegen, und das ist der Fall. Darauf haben wir uns ja bei dem Treffen am 16. Januar in Brüssel verständigt.

Als letzten Punkt möchte ich nochmals sehr unterstützen, was von mehreren gesagt wurde: Wir müssen über die Kraftfahrzeugindustrie hinaus denken, wenn wir über die derzeitige Krise reden. Es ist in der Tat vollkommen richtig, wenn gesagt wird, dass intelligente Verkehrssysteme, intelligente Verkehrsleitsysteme, ganz moderne, innovative Lösungen für den Individualverkehr und für den Massenverkehr der Zukunft gefunden werden müssen und dass die Krise vielleicht eine Chance bietet, das stärker voranzubringen. Ich jedenfalls würde es mir sehr wünschen.

Christoph Konrad (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident! Sie haben gerade eine Erklärung zur Entscheidung des Präsidiums abgegeben und erläutert, warum das System bei der „catch the eye“-Debatte verändert worden ist. Ich will unter diesem Aspekt formell gegen diese Änderung protestieren. Dieses Verfahren ist eingeführt worden, um die Debatten zu beleben, um einen Dialog mit der Kommission herzustellen, um die Debattenkultur zu verstärken. Was das Präsidium jetzt beschlossen hat, ist komplett kontraproduktiv, und ich möchte Sie sehr herzlich bitten, im Rahmen der Konferenz der Präsidenten diesen Punkt anzusprechen und diesen Protest entgegenzunehmen.

Der Präsident. – Ja, Herr Konrad, natürlich haben Sie jedes Recht hierzu, und wir nehmen Ihren Protest zur Kenntnis. Sie gehören jedoch einer sehr verantwortungsvollen Fraktion in diesem Haus an, und Sie werden verstehen, dass einzelnen Mitgliedern nicht mehr Zeit zustehen kann als den Fraktionen. Die Fraktionen haben eine gesetzliche Pflicht zur Teilnahme an den Aussprachen.

Diese Entscheidung wurde vom Präsidium einstimmig getroffen. Ich finde diese Entscheidung vernünftig, gerade um zu verhindern, dass Mitglieder, die von ihrer Fraktion nicht vorgeschlagen wurden – weil die Fraktion nicht möchte, dass sie zu diesem Zeitpunkt sprechen –, im Nachhinein das Wort ergreifen. Aus diesem Grund ist die Zeit begrenzt worden: fünf Minuten für fünf Reden, angefangen bei der größten Fraktion bis hinunter zur kleinsten Fraktion, während zudem darauf geachtet wird, dass nicht alle Redner die gleiche Nationalität haben.

So sieht die Entscheidung aus. Natürlich kann diese Regelung geändert werden. Wenn die Konferenz der Präsidenten dem Präsidium eine Änderung des Verfahrens vorschlägt, wird das Präsidium dies mit der gebotenen Sorgfalt prüfen.

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Konrad. Er ist vermerkt worden.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

John Attard-Montalto (PSE), schriftlich. – Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass die Wirtschaftskrise in der Automobilindustrie der maltesischen Inseln durch einen schwerwiegenden Verwaltungsfehler verstärkt wird. Autos unterliegen in Malta einer hohen Zulassungssteuer. Die Regierung hat auf diese Zulassungssteuer außerdem Mehrwertsteuer erhoben. Mittlerweile wurde festgestellt, dass die Regierung das Geld Tausender Autobesitzer kassiert hat, obwohl es ihr nicht zustand. Die Regierung weigert sich, Tausenden von Fahrzeugbesitzern die beträchtlichen Beträge zurückzuerstatten, die sie zu Unrecht bezahlen mussten.

Die Regierung Maltas behauptet, dass die Rückerstattung sich auf Millionen von Euro belaufen wird. Genau aus diesem Grund hat die Regierung die Aufgabe und die Pflicht, die zu Unrecht auferlegten Steuern zurückzuerstatten. Dies ist ein so schwerwiegender Fehler, der in jedem anderen Mitgliedstaat der EU dazu geführt hätte, dass die Regierung zum Rücktritt gezwungen wäre. In Malta hat die Regierung nicht einmal den Anstand, die Verantwortung hierfür zu übernehmen und sich bei den Tausenden betroffenen Menschen in Malta und auf Gozo zu entschuldigen. Die Lösungen könnten so aussehen, dass den Besitzern dieser Fahrzeuge beispielsweise Rabatte für Jahreslizenzen angeboten werden. Die Regierung scheint für solche Vorschläge vollkommen taub zu sein.

Sebastian Valentin Bodu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Wenn wir uns die Europäische Union als lebenden Organismus vorstellen, dann ist die europäische Automobilindustrie ihr Rückgrat. Sie macht 3 % des BIP der EU aus und generiert einen Handelsüberschuss in Höhe von 35 Milliarden Euro. 2008 war jedoch ein schwieriges Jahr für diese Industrie. In der ersten Hälfte des Jahres nahm der Verkauf von Autos aufgrund des Kraftstoffpreisanstieges ab, und in der zweiten Hälfte ging der Verkauf als Folge der Finanzkrise um 19,3 % zurück.

Diese Probleme sind nicht die einzigen Probleme, vor denen dieser Sektor steht. Zwischen 2009 und 2015 muss der Automobilsektor neue Standards für Schadstoffemissionen, Kraftstoffverbrauch usw. implementieren, während all dies Milliarden von Euro zu den Kosten dieser Industrie hinzufügt.

Die oben genannten Zahlen sind auch deshalb relevant, weil die Automobilindustrie das Einkommen von mehr als 12 Millionen Familien sichert. Ein einziger Arbeitsplatz in einem Automobilunternehmen ist mit vier weiteren Arbeitsplätzen bei Lieferanten sowie weiteren fünf in verwandten Sektoren und im Vertrieb verknüpft. Aus diesem Grund ist es klar, dass die „Gesundheit“ dieses Sektors der europäischen Wirtschaft für die gesamte Wirtschaft der EU entscheidend ist. Unter diesen Umständen ist eine schnelle, koordinierte Intervention seitens der europäischen Regierungen und Institutionen ein absolutes Muss, beispielsweise die Einführung von Programmen zur Abgabe älterer Autos gegen eine entsprechende Senkung des Kaufpreises eines neuen Autos, finanzielle Unterstützung usw.

Elisa Ferreira (PSE), schriftlich. – (PT) Die Finanzkrise hat Kredite lahmgelegt, sie hat Unternehmen und Familien in Mitleidenschaft gezogen, und die Nachfrage ist mit katastrophalen Folgen für das wirtschaftliche Wachstum und für die Beschäftigung zurückgegangen.

Eine solche Situation rechtfertigt außergewöhnliche Maßnahmen, insbesondere im Fall strategischer Sektoren wie der Automobilherstellung, die 6 % der Arbeitsplätze darstellt.

Dennoch basiert fast das gesamte Europäische Konjunkturprogramm, für das ich die Ehre habe, Berichterstatterin dieses Parlamentes zu sein, gänzlich auf nationalen Initiativen.

Wie kann die Kommission eigentlich dafür garantieren, dass sie zur Stelle ist, um die Koordinierung zu prüfen, und gewährleisten, dass Länder keinen Krieg der Unterstützungsmaßnahmen beginnen?

Welche Mechanismen gibt es, um Arbeitsplätze in Ländern zu sichern, die nicht über die finanzielle Struktur verfügen, um die für sie entscheidenden Arbeitsplätze zu gewährleisten?

Für einige Länder sind Textilien oder Elektronik möglicherweise genauso wichtig wie die Automobilherstellung. Welche Maßnahmen sind zu erwarten?

Wird die Kommission sich der Rolle der europäischen Industrie für das Überleben Europas bewusster werden?

Es gibt Grenzen bezüglich dessen, was von der Europäischen Investitionsbank erwartet werden kann. Werden wir über ein Budget verfügen, das den Herausforderungen entspricht, denen Europa gegenübersteht?

Krzysztof Hołowczyc (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Die Wirtschaft der Europäischen Union gilt als die weltweit stärkste. Einerseits macht uns dies besonders für jegliche in Bezug auf den Binnenmarkt unternommene Maßnahmen verantwortlich. Andererseits hat eine globale Wirtschaft, mit der Union an ihrer Spitze, spezifische Folgen. Eine dieser Folgen ist, dass nur schwer definiert werden kann, welche Automobilhersteller wirklich europäisch sind. Zahlreiche Unternehmensfusionen, die Bildung globaler Konzerne und die jahrzehntelange Präsenz amerikanischer oder asiatischer Unternehmen im Binnenmarkt der Europäischen Union haben die Grundlage für einen vielfältigen und wettbewerbsfähigen europäischen Automobilherstellungssektor geschaffen.

Es scheint richtig, dass unsere Anstrengungen zur Schaffung eines Europäischen Konjunkturprogramms hauptsächlich von den Grundsätzen des freien Marktes und seiner Wettbewerbsfähigkeit geleitet werden sollten. Wir sollten auch daran denken, dass die Automobilindustrie, die so stark von der Finanzkrise betroffen ist, eines der vielen Glieder in der Kette der europäischen Wirtschaft ist. Dies veranlasst uns, den von der Präsidentschaft vorgeschlagenen Aktionsplan anzunehmen, nämlich zur Ausarbeitung eines allgemeinen Ansatzes, der alle am Binnenmarkt Beteiligten einbezieht.

Dieser Ansatz sollte die Marktnachfrage ankurbeln, die die Lage der Wirtschaft bestimmt. Der Mechanismus für die Bereitstellung von Hilfe sollte auch von dem für gezielte Investitionen in technologische Innovationen vorgesehenen Geld in Einklang mit den Leitlinien zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes Gebrauch machen.

Alexandru Nazare (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die Wirtschaftskrise hat starke Auswirkungen auf die Automobilindustrie, einen Sektor, der einen beträchtlichen Beitrag zum BIP vieler europäischer Staaten leistet. Obwohl die EU über keine direkten Interventionsmechanismen verfügt, müssen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Zusammenbruch einer Industrie zu verhindern, an der die Arbeitsplätze Tausender europäischer Bürger hängen. Die rumänische

Automobilindustrie ist ebenfalls schwer von der Krise betroffen. Ich brauche nur den Fall Dacia Renault und das Einschränken seiner Aktivitäten sowie den Fall Ford und die von ihm geforderte Unterstützung vom rumänischen Staat erwähnen.

Die ernste Lage auf europäischer Ebene erfordert die sofortige Einleitung entsprechender Maßnahmen. Damit meine ich keine protektionistischen Maßnahmen, die den Markt verzerren, sondern Maßnahmen, die der europäischen Industrie Chancengleichheit bieten und es den Beschäftigten in dieser Industrie ermöglichen, ihre Arbeitsplätze zu behalten.

Es genügt nicht, dass wir nur nationale Maßnahmen ergreifen, da wir auch auf europäischer Ebene handeln müssen. Das Konjunkturprogramm ermöglicht dies, weil es neue Kreditregelungen im europäischen Bankensystem vorschlägt, die den Zugang zu Krediten vereinfachen. Es ist außerdem wichtig, dass die von den Mitgliedstaaten beantragten Programme zur staatlichen Beihilfe schnell und einfach zugänglich sind. Dies ist ein wichtiger Aspekt für strategische Investoren, beispielsweise jene im Automobilmarkt.

13. Konsularischer Schutz von EU-Bürgern in Drittländern (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zum konsularischen Schutz von Bürgern der Europäischen Union in Drittländern.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, diese Aussprache über den konsularischen Schutz ist wieder einmal eine zeitgemäße. In den letzten Jahren hat eine Reihe von Ereignissen die Wichtigkeit der konsularischen Zusammenarbeit unter den EU-Mitgliedstaaten deutlich gemacht. Angefangen beim Libanon im Jahr 2006, über den Tschad bis hin zu den aktuellen tragischen Ereignissen in Mumbai: Alle diese Ereignisse haben die zunehmenden Risiken für Unionsbürger bei Reisen ins Ausland gezeigt. Das Ausmaß dieser Risiken ist sogar noch größer, da zunehmend mehr Menschen Billigreisen nutzen, um immer fernere Regionen der Welt zu besuchen.

Daher ist die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in diesem Bereich wichtig. Sie ermöglicht einen besseren Service und einen höheren Grad an konsularischem Beistand. Dies ist für EU-Bürger von direktem Nutzen.

Die Verträge bieten uns eine Basis für diese Zusammenarbeit. In Artikel 20 heißt es eindeutig, dass jeder Unionsbürger im Hoheitsgebiet eines Drittlandes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaates unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates genießt. Ferner heißt es darin, dass Mitgliedstaaten die notwendigen Regeln untereinander vereinbaren und die für diesen Schutz erforderlichen internationalen Verhandlungen einleiten.

Die in diesem Artikel erwähnten Vorschriften sind in einem 1995 angenommenen Beschluss dargelegt. In diesem Beschluss ist festgelegt, dass innerhalb eines Drittlandes Beistand von einem anderen Mitgliedstaat als dem eigenen ersucht werden kann, wenn es dort keine zur Verfügung stehende ständige Vertretung bzw. keinen zur Verfügung stehenden Honorarkonsul gibt, die bzw. der für solche Angelegenheiten zuständig ist.

In der Praxis bedeutet dies, dass ein Konsul, der von einem Bürger eines anderen Mitgliedstaates um Beistand gebeten wird, diesen Beistand ablehnen sollte, wenn die Behörden (Konsulat oder Botschaft) des Staates, dessen Staatsangehörigkeit dieser Bürger besitzt, ebenfalls vertreten sind.

Der Beschluss von 1995 ist ein Beschluss zwischen den Mitgliedstaaten und spiegelt die Tatsache wider, dass konsularischer Beistand und Schutz ausschließlich im nationalen Zuständigkeitsbereich liegen und dass konsularische Beziehungen hauptsächlich durch das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen geregelt werden.

Die Vorschriften für die Zusammenarbeit in diesem Bereich spiegeln auch die Tatsache wider, dass konsularischer Beistand und Schutz in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich angesehen werden. Einige betrachten sie als Grundrecht aller Bürger. Andere betrachten sie als einen vom Staat bereitgestellten Service. Aus diesem Grund spricht der Vertrag vom Genießen konsularischen Schutzes, nicht von einem Recht darauf.

Seit der Jolo-Krise im Jahr 2000 ist die konsularische Zusammenarbeit weiterentwickelt worden, um Aspekte des Krisenmanagements zu berücksichtigen. Die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten haben gezeigt,

dass selbst Drittländer mit hochentwickelter Infrastruktur es unter extremen Umständen schwierig finden können, mit der Lage fertig zu werden.

Die Mitgliedstaaten haben daraufhin Leitlinien zur Handhabung solcher Krisen ausgearbeitet. Obwohl sie nicht verbindlich sind, sind sie mehrfach wirksam angewendet und unter Berücksichtigung der gewonnenen Erfahrungen weiterentwickelt worden.

Der Rat hat kürzlich das Konzept des federführenden Staates entwickelt. Dies bedeutet, dass bei einem schwerwiegenden Vorfall, vor allem in einem Land, in dem wenige Mitgliedstaaten vertreten sind, ein oder zwei Mitgliedstaaten die Führung bei der Koordinierung der Maßnahmen in Bezug auf Schutz und Evakuierung übernehmen können.

Es gibt zudem eine verstärkte Zusammenarbeit mit einigen Ländern außerhalb der Union, beispielsweise mit den Vereinigten Staaten, mit denen wir jährliche Konsultationen zu konsularischen Themen führen. Norwegen, die Schweiz und Kanada haben ebenfalls mit der EU bezüglich bestimmter Vorfälle zusammengearbeitet, beispielsweise während der Krise im Libanon, im Tschad und in Mumbai.

Die Kommission und das Ratssekretariat sind ebenfalls Teil der europäischen konsularischen Zusammenarbeit. Vor einigen Jahren hat das Ratssekretariat ein sicheres Internetforum eingerichtet, über das konsularische Stellen Informationen austauschen, beispielsweise bezüglich der Aktualisierung von Reisehinweisen. Der Rat hat den Mitgliedstaaten außerdem ein hochentwickeltes Telekonferenzsystem zur Verfügung gestellt, das während konsularischer Krisen häufig verwendet wird.

Vor etwa drei Jahren wurde eine Plattform für den Austausch von Informationen und die politische Koordinierung von Maßnahmen auf EU-Ebene eingerichtet. Diese Plattform wird CCA (EU-Regelungen zur Koordinierung in Krisen und Notfällen) genannt. Die zwei CCA-Hauptakteure sind folgende: erstens die Präsidentschaft, die vom Ratssekretariat und von der Kommission unterstützt wird und entscheidet, ob EU-Regelungen zur Koordinierung in Krisen und Notfällen eingeleitet werden sollen; zweitens AsTV II, die „Aktionsplattform“, die für die Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten oder für die Vorbereitung jeglicher möglicherweise auf EU-Ebene zu treffender Entscheidungen zuständig ist.

Das wichtigste operationelle Instrument ist das Gemeinsame Lagezentrum der EU (SITCEN) des Ratssekretariates. SITCEN stellt logistische Unterstützung und Informationen bereit.

Außerdem haben die aufeinander folgenden Präsidentschaften regelmäßige Übungen zum konsularischen Krisenmanagement organisiert, die sich als besonders wertvoll erwiesen haben. Ende 2008 wurde ein europäisches Programm zur konsularischen Schulung lanciert, um die Zusammenarbeit zwischen Konsularbeamten sowohl in den Hauptstädten als auch im Außendienst zu verbessern. Außerdem wird über die Zusammenlegung konsularischer Einrichtungen nachgedacht.

Sicherlich kann noch mehr getan werden. Viele andere Themen, beispielsweise Haftbedingungen, elterliche Kindesentführungen und die konsularische Informationspolitik, werden regelmäßig diskutiert. Wir müssen jedoch auch die Tatsache akzeptieren, dass während die Erwartungen und Anforderungen von Bürgern kontinuierlich zunehmen, die Ressourcen für konsularische Stellen immer begrenzt sind. Nicht immer stehen der Unterstützung der verbesserten Zusammenarbeit im konsularischen Bereich entsprechende Finanzmittel auf nationaler Ebene gegenüber. Dies zu schaffen, wird eine Herausforderung bleiben.

Die Erfahrung zeigt, dass die Zusammenarbeit im konsularischen Bereich geschätzt wird, und es gibt zahlreiche Fälle, in denen wir mit den Ergebnissen zufrieden sein können. Die erfolgreiche Evakuierung von über 20 000 EU-Bürgern aus dem Libanon im Jahr 2006 ist nur ein Beispiel. Die Präsidentschaft ist entschlossen, diese Arbeit voranzubringen, und ich möchte dem Parlament für seine Unterstützung danken.

Günter Verheugen, *Vizepräsident der Kommission*. – (DE) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich vertrete heute meinen Kollegen Jacques Barrot, der gerne selber hier gewesen wäre, aber eine andere institutionelle Verpflichtung hat.

Nach Artikel 20 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft genießt jeder Unionsbürger in einem Drittland, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Artikel 20 sieht ebenfalls vor, dass die Mitgliedstaaten untereinander die notwendigen Regeln vereinbaren, um dieses Recht zu gewährleisten. Darüber hat Herr Vondra gerade berichtet. Deshalb haben die Mitgliedstaaten insbesondere mit den 2006 und 2008 festgelegten Leitlinien für den konsularischen

Schutz Koordinierungsmechanismen eingeführt, die rechtlich nicht verbindlich sind, aber dazu beitragen, dass die Vertretungen vor Ort ihre Zusammenarbeit ausbauen können.

Außerdem sind die diplomatischen Vertretungen und Konsulate der Mitgliedstaaten und die Delegationen der Kommission gemäß Artikel 20 des Vertrags der Europäischen Union verpflichtet, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen.

Der Rat hat sich im Dezember 2008 auf Leitlinien für die Umsetzung des Konzepts des so genannten federführenden Staates bei der konsularischen Zusammenarbeit verständigt. Danach soll bei einer größeren Krise mit Auswirkungen auf den konsularischen Schutz in dem betreffenden Drittland ein Mitgliedstaat als „federführender Staat“ bestimmt werden, der im Namen der anderen Mitgliedstaaten den Schutz der Unionsbürger übernimmt. Der federführende Staat koordiniert die Maßnahmen der Mitgliedstaaten vor Ort und sorgt dafür, dass alle Unionsbürger Unterstützung erhalten. Jede Person, die konsularischen Schutz ihres Mitgliedstaats in Anspruch nehmen kann, kann den federführenden Staat um Hilfe bitten.

Das soll also die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vor Ort erleichtern, zusätzliche Ressourcen in Form von Personal, Finanzmitteln, Ausrüstung und medizinischen Teams sollen zur Verfügung gestellt werden. Der federführende Staat hat außerdem die Aufgabe, Maßnahmen der Unterstützung, Zusammenführung und gegebenenfalls Evakuierung an einen sicheren Ort mit Unterstützung der übrigen betroffenen Mitgliedstaaten zu koordinieren und zu leiten. Die Mitgliedstaaten müssen sich allerdings noch darüber einigen, was genau unter der Formulierung in Artikel 20 EG-Vertrag zu verstehen ist, wo es heißt „nicht vertretener Mitgliedstaat“. Damit sollen auch Situationen erfasst werden, in denen ein EU-Bürger, aus welchem Grund auch immer, keine erreichbare Vertretung seines Heimatstaats vorfindet. Die Mitgliedstaaten arbeiten momentan daran, dafür gemeinsame Kriterien zu erarbeiten.

Soweit steht das auf dem Papier. Dass die Praxis etwas anders aussehen kann, können einige Mitglieder des Europäischen Parlaments bestätigen. Ich habe auf der Rednerliste gesehen, dass Herr Guardans Cambó, Herr Sajjad Karim und Frau Erika Mann sich äußern wollen. Sie werden uns sicher etwas darüber erzählen, was sie im vergangenen Dezember in Mumbai erlebt haben. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass – obwohl nur drei Mitgliedstaaten keine Botschaft in Neu-Delhi haben und nur sieben kein Konsulat in Bombay unterhalten, dass es trotzdem sehr schwierig war, einen adäquaten Schutz – ich drücke mich sehr vorsichtig aus – der betroffenen europäischen Bürger zu finden.

Ich sage das jetzt deshalb, weil man aus solchen Erfahrung ja auch etwas lernen soll. Nach dieser Erfahrung ist die Europäische Kommission der Ansicht, dass noch viel zu tun ist, um sicherzustellen, dass die Bürger der Europäischen Union das ihnen in Artikel 20 EG-Vertrag gewährleistete Recht auch wirklich in vollem Umfang in Anspruch nehmen können. Die Bürger erwarten sich für ihren Schutz in einem Drittland einen Mehrwert von der Europäischen Union. Der Schutz seitens der diplomatischen und konsularischen Vertretungen beschränkt sich schließlich nicht auf Krisensituationen, sondern umfasst auch Hilfeleistungen in Alltagssituationen.

Die Kommission schlägt unter anderem eine bessere Information der EU-Bürger vor – wir haben bereits empfohlen, den Wortlaut von Artikel 20 in alle Pässe drucken zu lassen, in den Flughäfen und Reisebüros wurden Poster verteilt, die Kommission arbeitet zusammen mit dem Generalsekretariat des Rates an einer Website zum konsularischen Schutz, auf der eine aktuelle Liste der Botschaften und Konsulate der Mitgliedstaaten in Drittländern zu finden sein wird.

Im Rahmen ihrer Aufgabe, den EU-Bürgern besser zu vermitteln, was die Unionsbürgerschaft für sie bedeutet, ist die Kommission bereit, sich in diesem Bereich mit jedem Problem auseinander zu setzen, das ihr von den Bürgern zur Kenntnis gebracht wird, und alles, was sie kann, zu tun, um den Schutzrechten, auf die sich die Unionsbürger kraft Artikel 20 berufen können, Wirkung zu verleihen.

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon würde eine klare Rechtsgrundlage für EU-Rechtsvorschriften in diesem Bereich zur Verfügung stehen. Der neue Wortlaut von Artikel 20 EG-Vertrag (Artikel 23 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ermöglicht die Annahme von Richtlinien „zur Festlegung der notwendigen Koordinierungs- und Kooperationsmaßnahmen zur Erleichterung dieses Schutzes“. Die Kommission könnte daher für diesen Bereich in naher Zukunft Legislativvorschläge vorlegen.

Ioannis Varvitsiotis, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (EL) Herr Präsident, ich begrüße diese Aussprache, und ich danke sowohl dem Rat als auch der Kommission für ihre Informationen und Darstellungen. Ich war der Berichterstatter für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres für das Grünbuch über

den diplomatischen und konsularischen Schutz von Unionsbürgern in Drittländern und interessiere mich daher sehr für die Entwicklungen in diesem Bereich.

Ich war damals der Auffassung, dass Artikel 20 weitgehender angewendet werden und mehr Rechte für europäische Bürger umfassen sollte, weil dies das Konzept einer europäischen Nationalität stärken, die von der Europäischen Union täglich ermöglichten Vorteile konkret demonstrieren und schließlich die europäische Solidarität stärken würde.

Der jüngste Terroranschlag in Mumbai hat die Nützlichkeit und Notwendigkeit der stärkeren Koordinierung des Schutzes für die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in solchen Zeiten gezeigt. Die vom Rat im letzten Dezember vorgenommene Veröffentlichung von Leitlinien für die Umsetzung des Konzeptes des federführenden Staates bei der konsularischen Zusammenarbeit im Fall einer Krise ist ein erster positiver Schritt. Sie enthalten viele wichtige Ideen. Dennoch warten wir mit sehr großem Interesse auf rechtsverbindliche Vorschläge.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass es enorme praktische Schwierigkeiten gibt. Meiner Meinung nach ist es jedoch äußerst wichtig, dass Klarheit darüber herrscht, wie europäische Bürger im Fall einer Krise darüber informiert werden sollen, welcher Staat federführend ist. Ich finde nicht, dass das bislang Gesagte zufriedenstellend ist. In jedem Fall begrüße ich die von der französischen Präsidentschaft diesem Thema beigemessene Bedeutung, und ich rechne damit, dass die Initiativen von der tschechischen Präsidentschaft fortgeführt werden.

Martine Roure, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, das Recht auf konsularischen oder diplomatischen Schutz stellt eine der Säulen der Unionsbürgerschaft dar. Herr Minister, Sie haben Artikel 20 des Vertrages erwähnt. Es ist unmissverständlich. Jeder Bürger hat das Recht auf konsularischen Schutz. Dies ist keine Option, sondern ein Recht.

Die dramatischen Ereignisse in Mumbai zeigen uns, dass dieses Recht keineswegs gewährleistet ist. Der Grad des Schutzes variiert von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat, was zur unterschiedlichen Behandlung von Bürgern führt, die keine Informationen über das im Notfall zu kontaktierende Konsulat erhalten. Es mangelt sichtbar an finanzieller Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten. Europäische Bürger, die alles verloren haben, haben es oft mit konsularischen Stellen zu tun, die die finanziellen Kosten nur sehr widerwillig tragen.

Die Mitgliedstaaten haben die Pflicht, dieser Situation ein Ende zu setzen. Es ist erforderlich, Leitlinien bindend und Informationen für Bürger zugänglich zu machen. Die Union muss Verhandlungen mit Drittländern beginnen, um den erforderlichen diplomatischen Schutz zu gewährleisten.

Wie Sie jedoch gesagt haben, Herr Kommissar, haben die Ereignisse in Mumbai auch die nicht zu akzeptierende fehlende Gewährleistung diplomatischen Schutzes für Mitglieder des Europäischen Parlamentes gezeigt. Die Europäische Union und vor allem die Kommission müssen unverzüglich verhandeln, und wir haben gehört, was Sie uns gesagt haben, Herr Kommissar. Außerdem muss der Rat Ad-hoc-Vereinbarungen mit Drittländern treffen, um spezifischen diplomatischen Schutz für die Mitglieder des Europäischen Parlamentes zu gewährleisten. Dies ist das Mindeste, was wir tun können.

Ignasi Guardans Cambó, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (ES) Herr Präsident, heutzutage können die Bürger in Europa frei von Grenzen reisen, in einem anderen Mitgliedstaat als dem eigenen wählen und ihre Rente sowie Sozialleistungen in jedem beliebigen Mitgliedstaat beziehen, den sie als Wohnort für sich wählen. Außerdem arbeiten die Polizeikräfte zusammen. Ein Staatsanwalt in Stockholm kann über einen Europäischen Haftbefehl jemanden in Sevilla festnehmen lassen, ohne dass er direkt in die lokalen Verfahren einbezogen werden muss.

Wenn es um die Maßregelung von Bürgern für ihre Handlungen geht, sind die Mitgliedstaaten bereit, Souveränität aufzugeben. Was den Schutz genau dieser Bürger außerhalb der Europäischen Union angeht, ist es jedoch so, als würden sie per Zeitmaschine reisen; sobald sie die Union verlassen, stellen sie fest, dass die Zeit stehen geblieben ist.

Außerhalb der Union sind wir nur 27 Staaten, 27 Regierungen, 27 Flaggen und 27 konsularische Einrichtungen, und in einigen Fällen sind wir nicht einmal das. In einer Krise verlieren europäische Bürger ihren europäischen Status. So etwas wie eine Unionsbürgerschaft gibt es nicht.

Die um die Welt reisenden 180 Millionen Europäer stellen fest, dass sie nur dann Schutz erhalten, wenn sie sich in Deutsche, Spanier, Polen oder Italiener zurückverwandeln. Außerhalb der Europäischen Union

existieren sie nicht als Europäer. Dies ist eine gravierende Nichteinhaltung des Vertrages und verwandelt – bei allem Respekt – die vom Rat vor einigen Minuten abgegebene Erklärung in Science-Fiction.

Alles was der Rat über die vermeintliche Umsetzung von Artikel 20 des Vertrags, den „federführenden Staat“, Videokonferenzen und gemeinsame Zentren gesagt hat, ist reine Science Fiction in einer Notsituation. Darüber hinaus haben einige von uns, wie der Kommissar bereits sagte, diese Sachlage aus erster Hand erfahren.

Artikel 20 des Vertrags ist ineffektiv: es gibt keine Protokolle für die Umsetzung; es gibt keine gesetzlichen Regelungen; es gibt keinerlei Informationen für Bürger; es gibt keine Konsequenzen für Personen, die den Artikel ignorieren.

Bestenfalls helfen sich die Konsule gegenseitig. Der gute Wille ist da, wie beispielsweise im 19. Jahrhundert oder in Peking um 1800. Die Situation ist folgende: es gibt eine Zusammenarbeit unter Konsulen, die darin besteht, gemeinsam essen zu gehen statt sich zu verpflichten, gemeinsam in Einhaltung einer Vorschrift des europäischen Rechts den Bürgern zu dienen.

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission die Pflicht, und zwar schon bevor der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt und natürlich auch danach, Artikel 20 umzusetzen, damit die europäischen Bürger auf ihren Reisepass stolz sein können und um dafür zu sorgen, dass gewisse Beamte verstehen, dass das 19. Jahrhundert vorüber ist und Europa da ist, wann immer ein europäischer Bürger in Neu Delhi, Beirut oder wo auch immer in Schwierigkeiten steckt.

Ryszard Czarnecki, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, ich möchte gerne zum Ausdruck bringen, dass ich die sehr kritische Haltung bezüglich des Vorschlags, der heute vom Vizepräsident der Europäischen Kommission im Auftrag des Rates vorgelegt worden ist, nicht teile. Ich denke nicht, dass es darum geht, ob wir einen Vertrag haben oder nicht, sondern eher darum, ob die europäische Solidarität ein Konzept ist, das es nur in politischen Erklärungen gibt, oder ob es eine spezifische politische Praxis ist, die auf die Bürger mehrerer Mitgliedstaaten Anwendung findet. Ist Letzteres der Fall, ist der Vertrag keine unbedingte notwendige Anforderung.

Während der slowenischen Präsidentschaft der Europäischen Union hat Frankreich die Europäische Union in vielen Ländern vertreten, darunter in Asien, Afrika und Lateinamerika, da Slowenien keine Botschaften in diesen Ländern hatte. Ich bin neugierig, ob die slowenischen Bürger wie auch die Bürger, die in den kleineren Mitgliedstaaten leben, nun eine geeignete Unterstützung erhalten würden, wenn sie sich an die französischen Konsulate in diesen Ländern wenden würden. Dies ist eine angemessene Frage.

Wir sollten das Konzept der europäischen Solidarität ausweiten. Mir scheint, dass der Vertrag von Lissabon in Wirklichkeit keine absolute Notwendigkeit ist.

Irena Belohorská (NI). – (SK) Gemäß Artikel 20 des Vertrags, mit dem die Europäische Gemeinschaft gegründet wird, hat jeder Bürger in der Union auf dem Gebiet eines Drittlandes Anspruch auf Schutz durch diplomatische Vertretungen oder Konsulate zu denselben Bedingungen wie die Staatsangehörigen dieses Landes. Es ist wichtig, die Notwendigkeit zu unterstreichen, dass die Union für diese Zwecke eine Kooperation mit Konsulatsdiensten anstrebt.

Die Europäer zählen zu den mobilsten Gesellschaften der Welt; knapp 9 % ihrer Bürger reisen in Länder, in denen ihr Heimatland nicht vertreten ist. So hat beispielsweise die Slowakische Republik, das Land, das ich im Europäischen Parlament vertrete, eine sehr geringe konsularische Präsenz in Zentral- und Lateinamerika – Regionen, in die viele unserer Bürger reisen. Ich muss hinzufügen, dass trotz der Verpflichtungen in Bezug auf Konsulatsdienste viele Europäer ihre Rechte nicht kennen, und es ist eine traurige Tatsache, dass selbst die Angestellten dieser Organisationen nicht darüber Bescheid wissen.

Um sicherzustellen, dass die Menschen besser über den konsularischen Schutz informiert werden, sollten wir anstreben, dass europäische Standardreisepässe einen Auszug aus Artikel 20 beinhalten. Die Bedeutung des konsularischen Schutzes in Drittländern zeigt sich in Krisensituationen wie dem Tsunami im Jahr 2004 oder dem Libanonkonflikt von 2006. Aufgrund der Unterschiede in den konsularischen Gesetzgebungen müssen die Bürger der EU mit so vielen Systemen zurecht kommen, wie es Mitgliedstaaten gibt, und diese Systeme können eine unterschiedliche Rechtskraft und Geltung haben.

Die jüngsten Ereignisse in Mumbai zeigen, dass wir im Bereich der Konsulatsdienste noch einen weiten Weg vor uns haben. Die Errichtung gemeinsamer europäischer Vertretungen würde die funktionale Kohärenz

sicherstellen und gleichzeitig die strukturellen Kosten der von Mitgliedstaaten unterhaltenen diplomatischen und konsularischen Netze senken.

VORSITZ: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS

Vizepräsident

Sajjad Karim (PPE-DE). – Herr Präsident, es wurde bereits erwähnt, dass die Bürger der Union viel reisen. Nun, es werden jährlich rund 180 Millionen Reisen außerhalb der Europäischen Union unternommen. Diese stehen im Rahmen des Artikels 20 unter Schutz, wie es der Kommissar und auch die Präsidentschaft des Rates in dieser Aussprache bereits erwähnt haben.

Artikel 20 sieht für Mitgliedstaaten lediglich die Verpflichtung vor, für nicht vertretene EU-Bürger denselben konsularischen Schutz anzubieten wie für ihre eigenen Staatsangehörigen. Dieser unterschiedliche Ansatz unter den Mitgliedstaaten wird im Aktionsplan von 2007 und 2009 anerkannt.

Natürlich muss es Kriterien geben, wann und wie andere Konsulatsdienste beteiligt werden sollen, und das wird dann im Grunde in drei Teile aufgeschlüsselt. Ich werde nicht auf alle eingehen, aber die ersten zwei sind absolut vernünftig. Im dritten ist eine Vorschrift vorgesehen, dass ein Bürger seine Staatsangehörigkeit nachweisen muss, entweder durch einen Reisepass, einen Personalausweis oder andere Dokumente, damit die diplomatische Vertretung oder das Konsulat diese überprüfen kann.

Hier gibt es ein echtes Problem, denn ein europäischer Bürger, der vor einer bestimmten Situation flieht, ist nicht immer im Besitz solcher Unterlagen.

Unterstützung wird im Fall des Todes, eines schweren Unfalls, einer ernsten Verletzung, Verhaftung, Festnahme, für Gewaltopfer und die Hilfe und Rückführung von in Not geratenen Bürgern der Union gewährt. Diese Liste ist zwar umfassend, aber nicht erschöpfend. Hier muss noch viel getan werden.

Damit all dies geschehen kann, haben wir etwas über das Konzept eines federführenden Staates gehört, der sich darum kümmern wird, dass alle EU-Bürger Unterstützung erhalten. Zudem wird er die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten übernehmen.

Das alles ist in der Theorie sehr gut, aber in der Praxis habe ich in Mumbai nichts davon gesehen. Es gab keinen echten Informations- und nachrichtendienstlichen Austausch – nicht gerade die Art von Kooperation, die ich erwartet hätte. Stattdessen habe ich nur Konkurrenz unter den Mitgliedstaaten gesehen. Eine weitere Zentralisierung oder Konsolidierung von Konsulatsdiensten birgt die Gefahr, dass die Flexibilität verloren geht, die Missionen bei sich schnell ändernden Umständen erfordern.

Erika Mann (PSE). – (DE) Herr Präsident! Mein Kollege Karim hat völlig Recht. Das Problem liegt einfach in der Formulierung, in den Grundlagen von Artikel 20 selber begründet. Man muss sich ja auch die Realitäten vor Ort anschauen. Natürlich ist das notwendig. Erstmal haben nicht alle Mitgliedstaaten einen Konsularschutz, und in vielen Fällen ist dieser Konsularschutz eben sehr begrenzt, und die Sicherheitsstrukturen sind noch nicht einmal für die Konsule selber ausreichend.

Ich habe das im Fall des deutschen Konsuls erlebt, der dann in der Nacht herumgefahren ist, um Kollegen einzusammeln, ohne Sicherheitsschutz, mit seinem Fahrer, unterwegs auf Straßen, die absolut unsicher waren. Das sind einfach Bedingungen, die nicht akzeptabel sind. Man kann nicht in Länder wie Indien oder in lateinamerikanische Länder gehen – es gibt viele andere Länder, wo man in einem so kritischen Umfeld wie Mumbai vor Ort präsent sein muss – und dann vor Ort kleine Stäbe ohne ausreichende Sicherheitsstrukturen. Nachrichtendienstliche Informationen werden überhaupt nicht übermittelt, Zugang zu den Daten liegen den Mitgliedstaaten nicht vor, usw. Das heißt, die Begrenzungen sind unendlich, und man braucht sich nicht zu wundern, dass die Mitgliedstaaten ihren Schutz für ihre Bürger oder für ihre Abgeordneten gar nicht in dem Umfang ausüben können, wie sie es vielleicht sogar wollen.

Deshalb ist es wichtig, dass Sie im Rat und auch in der Kommission eine sorgfältige Analyse vornehmen. Man kann nicht predigen, immer weltweit präsent zu sein und Europa als globalen Partner zu sehen, und dann nicht einmal eine Sicherheitsstruktur haben und über keine intelligenten Informationssysteme verfügen. Wir machen uns einfach lächerlich, wenn wir unsere eigenen Strukturen nicht sauber analysieren und den entsprechenden Schutz, den wir dann noch brauchen, gewährleisten.

Ich würde also dringend raten, dass Sie die Strukturen wirklich noch einmal sauber analysieren, dass Sie eine Simulation durchführen, wie das auch andere Staaten machen, und dass Sie sich nicht nur auf die zentralen

Hauptstädte, also die Metropolen konzentrieren, sondern in solchen Mega-Ländern und Mega-Cities sich einfach auch einmal vergegenwärtigen, dass sie eben auch in den anderen großen Städten dieser Welt entsprechende Vertretungen brauchen.

Mumbai ist nicht zum letzten Mal passiert. Es wird ein neues Mumbai geben, genau wie es andere Katastrophen gegeben hat. Vergegenwärtigen Sie sich das und stellen Sie sich bitte darauf ein!

Sarah Ludford (ALDE). – Herr Präsident, Herr Guardans Cambó und andere wie Herr Karim und Frau Mann haben die Lücke zwischen Lippenbekenntnissen und Realität aufgezeigt. Wir können uns nicht darauf einigen, was Artikel 20 meint. Der Minister, der seine Rede auf Englisch hielt, sagte, dass er lediglich einen „Anspruch“ und kein Recht gewährt, während Frau Roure den französischen Wortlaut zitierte, in dem es „*un droit*“ (ein Recht) heißt. Aber er ist auch in der EU-Grundrechtecharta enthalten, und dort wird eindeutig von einem Recht gesprochen.

Wir werden sicher keine Fortschritte erzielen, solange rechtlich bestätigt wird, dass es sich um ein Recht aufgrund bindender EU-Beschlüsse und gemeinsamer Standards handelt, sowie um das Recht, eine Verweigerung des Schutzes in den Gerichten anzufechten.

Der Minister hat darüber gesprochen, dass die Konsulatsangestellten eine Koordination erwägen. Meine Erfahrung auf dem Gebiet der Visapolitik ist die, dass versucht wird, einen Stein nach oben zu rollen, um die Mitgliedstaaten dazu zu bringen, koordiniert zu handeln.

Kommissar Verheugen verwies darauf, dass praktische Maßnahmen in Vorbereitung sind. Aber diese wurden bereits im Aktionsplan für 2007 versprochen: ein Verweis im Reisepass, auf Postern und die Entwicklung einer Website. Wo sind diese geblieben? Ich suchte auf der Europa-Website nach konsularischem Schutz und habe nichts gefunden.

Auf der Reise-Website des Rates heißt es „Under Construction“, was meiner Meinung nach eine Metapher für den Umstand ist, dass wir nicht in der Lage sind, unsere Bürger zu schützen, indem wir unseren Worten zur europäischen Bürgerschaft Taten folgen lassen.

Eoin Ryan (UEN). – Herr Präsident, ich denke, es ist äußerst wichtig – und ich schließe mich da vielen meiner Vorredner an – dass sich die EU-Bürger sicher fühlen können, und meiner Ansicht nach muss es eine Priorität für uns sein, für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen, während sie sich außerhalb der Europäischen Union aufhalten, insbesondere in Krisensituationen wie wir sie in Mumbai hatten.

Ich halte es für absolut wesentlich, dass europäische Bürger Informationen in Krisensituationen erhalten können, sei es eine allgemeine Krise oder eine persönliche Krise, und wir brauchen weitaus mehr Klarheit in dieser Angelegenheit.

Mumbai ist ein gutes Beispiel dafür, wie es nicht sein sollte. Ich begrüße den Gedanken eines federführenden Staates, der kürzlich angesprochen wurde. Meiner Ansicht nach ist dies sehr wichtig, aber es ist recht offensichtlich, dass das System momentan nicht funktioniert. Ich denke, wir sollten es als Priorität von uns allen betrachten, das System wieder in Gang zu bringen, da man sich, wie bereits erwähnt wurde, wirklich viel mehr als Europäer fühlen würde, wenn sich die Botschaft eines Mitgliedstaates um einen kümmern würde, wenn man in Fernost, Südafrika oder irgendwo sonst außerhalb der Europäischen Union in Schwierigkeiten gerät, und ich denke, dass es äußerst wichtig ist, sich als Europäer fühlen zu können.

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Luca Romagnoli (NI). – *(IT)* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die stetig zunehmende Mobilität der europäischen Bürger ist ein klares Indiz dafür, dass die Konsulate zusammenarbeiten müssen.

Der Vorschlag der Kommission ist zu begrüßen, vor allem deshalb, weil er versucht, die Verfahren zur Gewährung finanzieller Vorschüsse an Bürger in Not zu vereinfachen. Ohne jeden Zweifel ist das Recht auf konsularischen Schutz derzeit lückenhaft und ungleich verteilt. Eine europäische Bürgerschaft gibt es im Ausland oftmals nicht, und die Menschen wünschen sich, sie wären Bürger eines anderen Landes oder selbst der Union. Ich möchte sehen, dass nicht nur dann an den europäischen Stolz appelliert wird, wenn es den Institutionen nutzt, sondern auch dann, wenn es dem Bürger hilft, der sich möglicherweise in Schwierigkeiten befindet und hofft, dass ihm seine europäische Bürgerschaft zumindest einmal etwas nützt.

Javier Moreno Sánchez (PSE). – *(ES)* Herr Präsident, meine Damen und Herren, konsularischer Schutz ist ein Grundpfeiler der europäischen Bürgerschaft. Die Bürger wollen sich als Europäer fühlen, ganz gleich, ob

sie sich innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union aufhalten. Sie wollen, dass die Union auf ihre Bedürfnisse reagiert, insbesondere, wenn sie sich in einer Notlage befinden.

Die Union hat in Mumbai nicht angemessen reagiert, wie es auch schon in anderen Krisensituationen der Fall war. Lassen Sie mich diese Minute nutzen, um eine Idee zu erklären – eine Idee, die kein Patentrezept ist, aber den europäischen Bürgern in Drittländern echte Unterstützung bietet.

Ich möchte heute nochmals den Vorschlag unterbreiten, eine europäische Notfall-Hotline einzurichten. Diese Telefonnummer, die in den Reisepässen neben Artikel 20 stehen würde, würde es den Bürgern ermöglichen, in ihrer eigenen Sprache Zugang zu wichtigen Informationen über die Konsulate von Mitgliedstaaten der Union zu erhalten, die Ihnen, wie ich betone, helfen müssten.

Die Bürger erwarten Taten und nicht nur leere Worte von der Union.

Gay Mitchell (PPE-DE). – Herr Präsident, wenn wir Abgeordnete des Parlaments werden, bekommen wir einen Passierschein – wie viele andere Leute auch, die für die Institutionen der Union arbeiten. Ich frage mich, ob sich die Präsidentschaft und der Rat bewusst sind, wie wertlos dieses Dokument in den Mitgliedstaaten ist.

Ich hatte ernste Schwierigkeiten, als ich von meiner Dienstreise für dieses Parlament von Afrika in die Niederlande zurückkehren wollte. Ich weiß ferner von einem anderen Abgeordneten aus Großbritannien, der in Dublin Schwierigkeiten hatte. Wir müssen unsere Mitgliedstaaten wirklich darüber aufklären, dass dies ein Reisedokument des Parlaments, der Kommission und der Union ist, das volle Gültigkeit hat. Diejenigen, die mit der Organisation von Reisen an Flughäfen und Häfen zu tun haben, sollten umfassend über die Gültigkeit dieses Dokuments in Kenntnis gesetzt werden.

Ich möchte Sie bitten, sich mit allen Mitgliedstaaten in Verbindung zu setzen und sicherzustellen, dass das Dokument anerkannt wird, da sich diese Art von Schutz auch auf Angestellte und Abgeordnete des Parlaments erstrecken sollte, die Dienstreisen im Auftrag des Parlaments machen.

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Herr Präsident, als Abgeordnete habe ich mich bereits mehrfach an Botschaften und Konsulate gewandt, weil jemand verletzt war, verschwunden ist, ausgeraubt oder entführt wurde oder weil tragischerweise jemand gestorben ist. Ich bin mir sicher, dass auch viele andere Abgeordnete ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Ich freue mich, sagen zu können, dass ich mit einer irischen Botschaft zu tun hatte, deren Arbeit und Kooperation hervorragend waren. Aber mein eigenes Land wir nicht in jedem Land vertreten, weshalb wir uns auf die Botschaften anderer europäischer Länder verlassen mussten.

Aus meiner Erfahrung möchte ich ohne abzuschweifen sagen, dass ich gerne mehr Koordination und Unterstützung unter den Botschaften in den größeren Ländern sehen würde, wo es Botschaften und Konsulate in fast jedem Land gibt, um allen anderen Mitgliedstaaten zu helfen, die nicht mit einer Botschaft vertreten sind.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich denke, es war wieder einmal eine sehr nützliche Debatte. Ich verstehe sehr wohl, wie wichtig dies für Sie als Abgeordnete des Europäischen Parlaments ist, da dies ein äußerst heikles Thema ist, bei dem sie mit den Erwartungen ihrer Bürger konfrontiert werden, die Sie in den kommenden Monaten wählen sollen. Deshalb habe ich vollstes Verständnis dafür, dass Sie das Thema vorsichtig angehen und dass Sie so kritische Einblicke vorbringen.

Der zweite Grund für mein Verständnis ist der, dass ich aus der Tschechischen Republik, einem mittelgroßen Staat komme, der keine ehemalige Imperialmacht ist, weshalb wir nicht in jeder Ecke der Welt eine Botschaft oder ein Konsulat haben. Deshalb ist das, was die Iren und andere hier von der Europäischen Union erwarten, meiner Ansicht nach sehr logisch.

Aber nun muss ich hier im Auftrag des Rates sprechen, weshalb Sie gewisse Rechtsgrundsätze, die uns zur Verfügung stehen, und den Umstand, dass der Haushalt und alle diese Themen wichtig sind, respektieren müssen. Des Weiteren müssen wir in der Lage sein, anzuerkennen und zu differenzieren, was das tatsächliche Problem ist und wie die Frage oder das Thema lautet, das einer weiteren Klärung bedarf.

Ich war nicht in Mumbai, und ich habe den kritischen Ausführungen von Herrn Guardans Cambó und einiger anderer, die zum Zeitpunkt, als dieser tragische Anschlag stattfand, an der Mission des Europäischen Parlaments in Indien beteiligt waren, sehr aufmerksam zugehört. Als ich mich gestern auf die besondere Aussprache vorbereitet habe, stellte ich mir als erstes die Frage, ob es in Mumbai ein spanisches Konsulat gibt? Ich bin nie dort gewesen, weshalb mir dies nicht persönlich bekannt ist. Mir wurde wiederholt versichert,

dass die Spanier über ein Konsulat in Mumbai verfügen und dass diejenigen, die dort waren, dies wissen. Ich denke, es war einfach eine Angelegenheit einer formellen Verpflichtung für die Deutschen. Herrn Guardans und seiner Delegation zu helfen. Ich verweise hiermit auf Artikel 20 und den Beschluss als Ganzes.

Die Spanier schickten meinen Informationen zufolge ein Flugzeug, um dazu beizutragen, ihre Bürger zu evakuieren, wie es auch die Franzosen und die Deutschen taten. Aus irgendwelchen Gründen, die ich nicht kenne, weigerte sich Herr Guardans Cambó, das Angebot eines Rückflugs im spanischen Flugzeug zu nutzen. Stattdessen kehrte er später mit dem französischen Flugzeug zurück.

Ich weiß es also nicht. Ich habe nur die Informationen, die mir zur Verfügung stehen. Allgemein denke ich, dass wir alle der Meinung sind, dass gewisse Verbesserungen des Rechtsrahmens sicherlich wünschenswert sind. Ich möchte Sie hier zumindest über einige Teilaktivitäten der tschechischen Präsidentschaft unterrichten, um den konsularischen Schutz innerhalb des aktuellen Rechtsrahmens zu stärken.

So gibt es beispielsweise ein Projekt bezüglich der Aufnahme einer Anmerkung in nationale Reisepässe, die ihre Inhaber darüber in Kenntnis setzen würde, dass sie um konsularischen Schutz der Botschaft oder des Konsulats jedes anderen Mitgliedstaats in einem Drittland ersuchen können, wenn ihr eigenes Land dort nicht vertreten ist. Dies ist zumindest ein Versuch, die diesbezügliche Situation zu klären.

Zweitens plant die Präsidentschaft, die Verwendung von Notfallreisedokumenten zu intensivieren und zu vereinheitlichen, die von den Vertretungen aller Mitgliedstaaten an jeden Bürger eines Mitgliedstaates ausgegeben werden können, der seinen Reisepass verloren hat bzw. der ihm gestohlen wurde.

Drittens und letztens wird die Präsidentschaft auch die beiden konsularischen Seminare oder Schulungskurse organisieren, um diesem Team für konsularischen Schutz auf sehr praktische und effektive Weise behilflich zu sein.

Diese Veranstaltungen werden auf das CCA-System eingehen, und es wird eine echte konsularische Krise simuliert. In der Schulung werden praktische Tests aller relevanten Mechanismen im CCA-Kader definiert und durchgeführt, darunter eine Kooperation zwischen allen beteiligten Behörden und Instituten. Die Erfahrung wird den Teilnehmern anhand von Feldarbeit sogar zeigen, wie man sich in einer Situation extremen psychologischen und zeitlichen Drucks verhalten und schnell reagieren sollte. Ich weiß nicht, ob uns dies vor den Wahlen genug amüsieren wird, aber es ist zumindest ein Beitrag, den wir in Bezug auf dieses wichtige Thema leisten.

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Herr Präsident, die Verträge übertragen der Kommission im Bereich des konsularischen Schutzes keinerlei Initiativrechte. Im Rahmen ihrer begrenzten Befugnisse versucht die Kommission, so gut sie kann die Wirksamkeit der Bürgerrechte, auf die die europäischen Bürger Anspruch haben, zu steigern, sehen Sie dazu beispielsweise den Aktionsplan 2007–2009 der Kommission.

Ich wiederhole nochmals, dass die Annahme des Lissabonner Vertrags diese Situation sicherlich in hohem Maße verbessern würde. Ich hoffe, dass Frau Sinnott, die ihre Erfahrungen mit uns geteilt hat, den Umstand, dass der Vertrag von Lissabon die Lage und ihre Erfahrungen ändern würde, dazu nutzen wird, dazu beizutragen, um Unterstützung für die Annahme des Lissabonner Vertrags in Irland zu werben.

Die beklagenswerten Ereignisse in Mumbai zeigen, dass es bereits heute einen großen Spielraum für Verbesserungen gibt, wenn wir in der Lage sind, die legitimen Erwartungen der EU-Bürger zu erfüllen.

Erika Mann (PSE). – Herr Präsident, ich habe nur eine kurze Empfehlung an den Rat. Ich schätze sehr, was Sie gesagt haben, aber können Sie sicherstellen, dass Sie, wenn Sie heute diese Art von Simulation ansetzen, ein paar Leute einladen, die tatsächlich in Mumbai dabei waren? Diese könnten Ihnen sicherlich gute Einblicke geben.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE), schriftlich. – (PL) Die zunehmende Mobilität der EU-Bürger macht es erforderlich, dass wir unsere derzeitigen Grundsätze des konsularischen Schutzes anpassen, um neue Umstände zu berücksichtigen. Die EU-Bürger müssen über die diplomatischen Vertretungen und Konsule Zugang zu Schutz und Unterstützung von Seiten ihrer eigenen Länder haben (Artikel 3 der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen und Artikel 1 der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen) und im Rahmen der Bestimmungen des Maastricht-Vertrags zu zusätzlichem diplomatischem

und konsularischem Schutz über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, was sich aus ihrem Status als EU-Bürger ableitet. In der Praxis bedeutet dies, dass alle EU-Bürger, die sich in einem Drittland aufhalten, in dem der Mitgliedstaat, deren Bürger sie sind, keine Vertretung hat, das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz von jedem der anderen Mitgliedstaaten haben, und zwar gemäß denselben Grundsätzen, die für die Bürger dieses Landes gelten.

Bedauerlicherweise hat die kritische Situation in Mumbai nach den Bombenangriffen im vergangenen Jahr die Defizite vieler diplomatischer Vertretungen aufgezeigt, was die praktische Anwendung der Gemeinschaftsbeschlüsse in Bezug auf die Sicherheit der EU-Bürger anbelangt. Viele dutzend Europäer, darunter die Delegation des Europäischen Parlaments, die sich zu dieser Zeit in Indien aufhielt, sahen sich administrativen Problemen und unangemessen langen Wartezeiten für den Erhalt von Kopien verlorener Dokumente ausgesetzt. Dies stellte unter Beweis, dass es nicht leicht ist, das Konzept der europäischen Solidarität umzusetzen.

Das Recht auf konsularischen Schutz in Drittländern ist eines der Hauptmerkmale der Unionsbürgerschaft. Die Mitgliedstaaten sollten alles tun, was in ihrer Macht steht, um dafür zu sorgen, dass es ordentlich umgesetzt wird, und um eine Gleichbehandlung aller und eine gleiche Sorge für alle EU-Bürger zu gewährleisten.

Toomas Savi (ALDE), *schriftlich*. – Nach Artikel 20 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft „genießt jeder Unionsbürger in einem Drittland, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates“.

Ende November vergangenen Jahres war unser Kollege Ignasi Guardans Cambó während der Terroranschläge in Mumbai und war Zeuge mehrerer Verstöße von Diplomaten einiger Mitgliedstaaten gegen den Vertrag; Bürger der Europäischen Union wurden auf der Grundlage ihrer Staatsangehörigkeit unterschiedlich behandelt und diskriminiert.

Das Verhalten der Diplomaten einiger Mitgliedstaaten in Mumbai verstieß nicht nur gegen die Rechte der EU-Bürger, sondern es zeigte auch Defizite im EU-Integrationsprozess auf. Daher ist es für die EU von entscheidender Bedeutung, in diesem speziellen Fall zu ermitteln und Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass sich eine solche Situation nicht noch einmal wiederholt.

Ich würde es sehr schätzen, wenn der Rat und die Kommission zusichern könnten, dass die Umsetzung von Artikel 20 des Vertrags eng überwacht wird und dass jede Abweichung davon gründlich untersucht wird.

14. Fragestunde (Anfragen an den Rat)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Fragestunde (B6-0006/2009).

Die folgenden Anfragen wurden dem Rat vorgelegt.

Anfrage Nr. 1 von **Marian Harkin** (H-1034/08)

Betrifft: KMU

Welche konkreten Schritte wird der Rat in Anbetracht dessen, dass die Wirtschaft neben der Energie und den Außenbeziehungen zu den Prioritäten der tschechischen Präsidentschaft zählt, unternehmen, um das Vertrauen kleiner und mittlerer Unternehmen in die Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage zu stärken?

Alexandr Vondra, *amtierender Präsident des Rates*. – Zu Beginn möchte ich gerne sagen, dass ich die Frage bezüglich der KMU begrüße, denn in der derzeitigen Wirtschaftskrise sind die Großkonzerne und -unternehmen stets stark genug, um eine Lobby für gewisse Entlastungen zu bilden, aber für KMU ist dies weitaus schwieriger, weshalb sicherlich ein systemischer Ansatz erforderlich ist.

Am 1. Dezember 2008 unterstützte der Rat das europäische Konjunkturprogramm, wie Sie wissen. Dieser wurde der Kommission am 26. November 2008 vorgelegt. Als Reaktion auf die Finanzkrise unterstützte der Rat ein Konjunkturpaket, das rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts der EU entspricht, um Unternehmen und das Verbrauchervertrauen wieder aufzubauen. Des Weiteren beinhaltet das Programm bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung der KMU, von denen diejenigen, die den Zugang zu Finanzierungen für KMU verbessern und die Bürokratie mindern, die wichtigsten sind.

Der Rat hat ferner zugestimmt, dass die Verbesserung der Rahmenbedingungen für europäische Unternehmen, insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen, wesentlich war, um der Auswirkung der Krise auf die Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern und auszubauen.

Des Weiteren hat der Rat zwei Schlussfolgerungen abgesegnet, in denen es darum geht, die KMU im Zusammenhang mit der insgesamt Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Erstens: die Schlussfolgerungen, die die Vorschläge zur Unterstützung von KMU berücksichtigten. Diese wurden, wie Sie wahrscheinlich wissen, in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Vorfahrt für KMU in Europa: Der Small Business Act“ vorgestellt. Dieser SBA beinhaltet einen Aktionsplan, in dem die vorrangigen Maßnahmen umrissen werden, die einer speziellen Aufmerksamkeit bedürfen.

Zweitens: die Schlussfolgerungen aus der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Auf dem Weg zu Clustern von Weltrang in der Europäischen Union: Umsetzung der breitbasierten Innovationsstrategie“. Wenngleich Cluster nicht ausschließlich für die KMU gedacht sind, spielen sie bei vielen Clustern eine Rolle, die in der gesamten EU eingeführt worden sind.

In seiner Sitzung Mitte Dezember 2008 billigte der Europäische Rat dieses europäische Konjunkturprogramm und unterstützte die volle Umsetzung des Aktionsplans für den Small Business Act. Er hat insbesondere mehr Interventionen von Seiten der Europäischen Investmentbank in Höhe von 30 Milliarden Euro für die Jahre 2009-2010 unterstützt, vor allem für Darlehen an KMU, was einem Anstieg um 10 Millionen Euro bezogen auf die übliche Kreditvergabe der EIB in diesem Sektor entspricht.

Der Rat hat darüber hinaus eine vorläufige Befreiung von zwei Jahren über die *De-minimis*-Grenze hinaus für Staatshilfen in Höhe von bis zu 50 000 Euro und die Anpassung des Staatshilferahmens wie gefordert zur Erhöhung der Unterstützung von Unternehmen, insbesondere KMU, unterstützt.

Des Weiteren hat der Rat auch für die Nutzung der beschleunigten Verfahren für die Zuteilung öffentlicher Aufträge plädiert, die im EU-Recht vorgesehen sind, sowie für den Abbau der Bürokratie in Bezug auf die Unternehmen.

Die tschechische Präsidentschaft wird diese Anstrengungen weiter verfolgen, da unsere Wirtschaft stark auf KMU basiert, damit wir unsere eigenen Erfahrungen damit haben. Daher wird in beiden bevorstehenden Competitiveness Councils unter der tschechischen Präsidentschaft – einer wird schon bald Anfang März stattfinden, während der informelle in Prag abgehalten wird – die Frage des Abbaus der Bürokratie angegangen, da wir der Auffassung sind, dass eine bessere Regulierung ein wichtiger Faktor für die Verbesserung des Wettbewerbs ist, vor allem für KMU, der in Zeiten der Wirtschaftskrise eine noch wichtigere Rolle spielt.

Darüber hinaus wird die Präsidentschaft versuchen, bei der Umsetzung des Aktionsplans Fortschritte zu erzielen und dieser KMU-Politik oberste Priorität in der Gesellschaft beimessen. Auch wird sie versuchen, die Umsetzung des Aktionsplans an die nationalen Reformprogramme aller Mitgliedstaaten zu knüpfen.

Des Weiteren wird die Präsidentschaft ihre zunehmenden Anstrengungen fortsetzen, Legislativvorschläge in Bezug auf KMU zu diskutieren, darunter die Verordnung über das Statut für eine europäische Privatgesellschaft, das KMU eine Gesellschaftsform bieten würde, die sie in die Lage versetzt, Vorteile aus ihrem Potenzial zu ziehen und grenzüberschreitende Aktivitäten zu entwickeln.

Ein weiterer Legislativvorschlag, den ich erwähnen möchte, ist die vorgeschlagene Richtlinie für ermäßigte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen, über die in den anberaumten ECOFIN Councils diskutiert werden wird.

Ferner wird sich der Rat mit der Überprüfung der Richtlinie zur Verzugszahlung befassen, die nun erstellt wird und mit der sichergestellt werden soll, dass kleine und mittelgroße Unternehmen rechtzeitig Zahlungen für alle Geschäftstransaktionen erhalten. Auch dies ist in der derzeitigen Lage äußerst wichtig.

Der Präsident. – Da uns die Zeit davonläuft, schlage ich vor, dass der Rat auf alle ergänzenden Fragen zusammen antwortet. Wie Sie wissen, kann ich nur zwei ergänzende Fragen zusätzlich zu den ursprünglichen des Verfassers annehmen. Aufgrund dessen habe ich zwei der fünf vorgelegten Fragen ausgewählt, wobei ich darauf geachtet habe, unterschiedliche politische Gruppierungen und Nationalitäten zu Wort kommen zu lassen. Die Abgeordneten, die ich ausgewählt habe, sind Philip Bushill-Matthews und Silvia-Adriana Țicău.

Olle Schmidt, Verfasser. – Normalerweise benutze ich meine eigene Muttersprache, aber da ich Marian Harkin ersetze, werde ich es in gebrochenem Englisch versuchen. Dies ist eine gängige Sprache in diesem Parlament.

Herr Minister, Sie haben die Bürokratie und das Ziel erwähnt, diese bis 2012 um 25 % abbauen zu wollen. Glauben Sie wirklich, dass das ein ehrgeiziges Ziel ist? Könnten wir nicht mehr tun, und könnten Sie nicht etwas spezifischer sein und erklären, was bislang getan wurde? Welche Ziele haben Sie? Könnten Sie nicht z. B. sagen 25 % bis 2010? Das wäre wirklich ehrgeizig.

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE). – Sie haben die Überprüfung der Richtlinie zur Verzugszahlung erwähnt, was meiner Ansicht nach äußerst wichtig ist. Ich hatte jedoch Sorgen wegen des Ablaufs des Beratungszeitraums Ende August, kurz bevor uns die Finanzkrise getroffen hat. Wäre der Beratungszeitraum verlängert worden, hätten wir meiner Auffassung nach viel konkretere Antworten als Grundlage für eine bessere Überprüfung der Richtlinie erhalten. Lohnt es sich zu erwägen, ob wir einen weiteren kurzen Beratungszeitraum zulassen wollen, um die aktuellsten Informationen berücksichtigen zu können, auf denen dann eine Überprüfung basiert werden könnte?

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Ich möchte dem Rat gerne eine Frage zum europäischen Konjunkturprogramm stellen. Dieses Programm sieht eine Summe in Höhe von 30 Milliarden Euro für kleine und mittelgroße Unternehmen vor. Die Kommission hat uns gesagt, dass die Mittel nach dem Grundsatz „first come, first served“ zugeteilt werden.

Ich möchte den Rat fragen, welche Maßnahmen er ergreift, damit alle Mitgliedstaaten nationale Programme entwickeln, um ihre kleinen und mittelgroßen Unternehmen zu unterstützen, damit diese Zugang zu diesen Mitteln haben.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Ich werde es versuchen. Was die erste Frage über die Ziele für den Bürokratieabbau anbelangt, hat mein Land zusammen mit anderen gleichgesinnten Ländern bereits ein wenig im Voraus mit diesem Prozess begonnen. Wir, die Niederlande und einige andere Länder haben uns ein nationales Ziel eines 20%igen Abbaus bis 2010 gesetzt. Wir werden sehen, ob wir bis 2012 noch mehr erreichen können.

Die Kommission hat eine Roadmap für Ende Januar 2009 angekündigt, die aufzeigen soll, wie sichergestellt wird, dass alle benötigten Vorschläge zur Erreichung eines 25%igen Bürokratieabbaus auf Gemeinschaftsebene vor Ende 2009 vorgelegt werden. Der Rat wird unter der jeweiligen Präsidentschaft auf die während des ersten Halbjahres in diesem Bereich vorgelegten Vorschläge reagieren, weshalb wir mit Sicherheit damit zu tun haben werden. Wir werden den Prozess während des Frühjahrsgipfels des Europäischen Rates bewerten. Ich hoffe, dass wir in der Lage sein werden, so sorgfältig wie möglich zu handeln. Das ist sicher das, was sich die Präsidentschaft vorgenommen hat.

Bezüglich der Richtlinie zur Verzugszahlung plant die Kommission die Veröffentlichung des Vorschlags für Ende Februar 2009. Die Präsidentschaft wird in den vorbereitenden Organen des Rates mit der Debatte über diese Angelegenheit beginnen.

Die letzte Frage – die ich verpasst habe – befasste sich mit dem europäischen Konjunkturprogramm. Insbesondere ging es um die Höhe des potenziellen Darlehens der EIB. Ich hoffe, dass die KMU in der Lage sein werden, mit den anderen großen Industriegesellschaften zu konkurrieren. Wir hatten vor einer Stunde eine wichtige Aussprache zur Automobilindustrie, weshalb ich denke, dass der allgemeine Wunsch dahin geht, dass die KMU davon profitieren können.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 2 von **Manuel Medina Ortega** (H-1035/08)

Betrifft: Grundlagen für ein neues Welthandelsabkommen

Ist der Rat nach dem Abbruch der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Doha-Runde im vergangenen Sommer und nach den Erklärungen des G-20-Gipfels in Washington vom November 2008 der Ansicht, dass die Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Europäische Union neue, für die Entwicklungsländer zufriedenstellende Vorschläge im Bereich des Handels unterbreitet?

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Was Herrn Medina Ortegas Frage anbelangt, die sich auf die WTO bezieht, halte ich die Angelegenheit für wichtig. Wir haben alle die Berichte vom Weltwirtschaftsforum in Davos gelesen – und einige von uns haben sich sogar aktiv daran beteiligt – und wir haben die jüngsten Kommentare von Pascal Lamy und anderen gehört. Es besteht kein Zweifel daran, dass es eine Furcht vor zunehmendem Protektionismus gibt, weshalb wir uns alle der vor uns liegenden Herausforderungen sehr bewusst sind.

Ich möchte herausstellen, dass die G20-Mitglieder am 15. November letzten Jahres die Bedeutung der Ausarbeitung der Modalitäten für ein Abkommen bis Ende 2008 unterstrichen, das nun bereits hinter uns liegt. In diesem Zusammenhang intensivierten die Delegationen der WTO-Mitglieder, darunter die Europäische Kommission im Auftrag der EU ihre Arbeit in Genf mit dem Ziel, einen politischen Impuls zu geben.

Es wurde eine Menge getan, und die Anstrengungen führten zu der neuen Revision der AGRI- und NAMA-Texte. Darüber hinaus erklärte der Europäische Rat angesichts der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Mitte Dezember letzten Jahres in seinen Schlussfolgerungen, dass er das Ziel des Abschlusses eines Abkommens innerhalb der WTO noch in diesem Jahr über die Modalitäten unterstütze, der zum Abschluss der Doha-Runde mit einem ehrgeizigen globalen und ausgewogenen Bericht und Ergebnis beitragen wird.

Der Rat und die Kommission erklärte sich für eine konstruktive Beteiligung der EU an der Ministerkonferenz bereit, sofern und wenn diese abgehalten wird. Allerdings hat der WTO-Generaldirektor Pascal Lamy am 12. Dezember 2008 auf einer informellen Sitzung der Delegationsleiter angedeutet, dass er die Minister nicht zur endgültigen Festlegung der Modalitäten zum Jahresende einberufen würde, da die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ministerkonferenz trotz intensiver Beratungen nicht gegeben wären.

Ziel der Doha Development Agenda (DDA) ist es, eine transparente Liberalisierung des Handels auf multilateraler Ebene zu erreichen, die langfristige Vorteile mit sich bringen und die Weltwirtschaft stark anschieben wird, insbesondere für Entwicklungsländer aufgrund des entwicklungsorientierten Charakters dieser Runde.

Daher engagiert sich der Rat trotz des Umstands, dass Ende 2008 kein Abschluss möglich war, weiterhin in vollem Maße für das multilaterale Handelssystem sowie für das Erreichen ehrgeiziger und umfangreicher Ergebnisse der Doha-Runde der WTO. Dies ist angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzlage noch wichtiger.

Wenngleich sich die Präsidentschaft der Hindernisse, die es auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluss des gesamten Prozesses gibt, sehr wohl bewusst ist, will sie zweifellos versuchen, dieses Engagement durch das Arbeiten an den neuen Diskussionen über die DDA unter Beweis zu stellen, sobald es die Bedingungen erlauben. Sie wird ferner eine intensivere Arbeit im Rahmen anderer WTO-Agenden unterstützen, insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen und TRIPS.

Manuel Medina Ortega (PSE). – (ES) Herr Ratspräsident, ich möchte mich für diese Antwort bedanken, die ich für recht umfangreich halte. Ich möchte jedoch den amtierenden Ratspräsidenten daran erinnern, dass im Sommer 2008 die Doha-Runde kurz vor dem Abschluss stand, aber es konnte kein Abkommen erzielt werden, da einige BRIC-Länder nicht bereit waren, Konzessionen jeglicher Art zu machen.

Unter Anbetracht dessen, dass die BRIC-Länder auf der Washington-Sitzung eine größere Rolle spielten, ist es möglich, dass die früher fehlende Bereitschaft dieser Länder, Zugeständnisse zu machen, darauf zurückzuführen war, dass sie dachten, ihnen wäre eine zweitrangige Position zugewiesen worden, während ihnen in der Washington-Sitzung eine vorrangige Rolle zuteil wurde. Liegen der Ratspräsidentschaft Informationen darüber vor, dass die BRIC-Länder infolge der in Washington eingegangenen Verpflichtungen bereit wären, eine aktivere Rolle zu übernehmen und zum erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde beizutragen?

Syed Kamall (PPE-DE). – Ich habe mich ergänzend zu dieser Frage gefragt, ob er angesichts der neuen Vorschläge der Europäischen Union bzw. wenn die Europäische Union neue Vorschläge vorlegen würde, zustimmt, dass diese Vorschläge Schritte zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten in der Gemeinsamen Agrarpolitik beinhalten sollten, damit wir mit den NAMA-Verhandlungen und auch mit den Verhandlungen über Dienstleistungen vorankommen, die rund 70 % des BIP der EU stellen. Würde er ferner zustimmen, dass es nun Zeit für die EU ist, sich wirklich für den Freihandel zu engagieren?

Gay Mitchell (PPE-DE). - Ich möchte den Minister gerne fragen, ob seine Aufmerksamkeit auf die protektionistischen Elemente im Konjunkturprogramm in den USA gelenkt wurde, insbesondere diejenigen, die vom Repräsentantenhaus und vom Senat eingebracht wurden, und ob er im Auftrag des Rates die diesbezügliche Besorgnis der Europäischen Union gegenüber der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht hat.

Dies verheißt nichts Gutes für eine neue Doha-Runde. Würde er dafür sorgen, dass unsere Besorgnis kommuniziert wird, bevor die hierfür nötige Gesetzgebung vom US-Kongress verabschiedet wird?

Alexandr Vondra, *amtierender Präsident des Rates*. – Ich denke, wir wissen alle, wo das Problem liegt. Es liegt nicht an der Europäischen Union. Ich denke, der Europäischen Union liegt viel daran, die Doha-Runde abzuschließen, und wir haben im Verlauf des letzten Jahres alles Nötige dafür getan. Beinahe hätten wir es auch geschafft.

Wo liegt dann das Problem? Zunächst müssen wir auf die US-Regierung warten, und obwohl bereits einige Posten besetzt worden sind, sind manche noch offen und es bleibt zu sehen, ob sich die neue US-Regierung weiterhin für eine Handelsliberalisierung einsetzen wird. Unter den derzeitigen Umständen können Zweifel hinsichtlich eines schnellen Ansatzes aufkommen. Indien ist ein weiteres Land, mit dem wir dies erörtern müssen. Dort kommt es bekanntermaßen im Frühjahr zu Neuwahlen.

Als Vertreter des Rates, der aus einem kleinen oder mittelgroßen Land kommt, das traditionell eine offene Wirtschaft hat, möchte ich dies gerne fördern und Ihnen mitteilen, dass unser primäres Ziel darin besteht, die Gespräche so bald wie möglich erfolgreich zu Ende zu bringen, aber ich fürchte, wir müssen auch realistisch sein, und ich kann Ihnen keine Luftschlösser versprechen.

Das optimistische Szenario sieht folgendermaßen aus: eine klare und günstige Botschaft von der G20-Sitzung, die Anfang April in London stattfinden wird, und anschließend die Erfüllung und Umsetzung der Verpflichtung, der eine Ministerkonferenz in Genf im Juni oder Juli folgen könnte. Dort könnten Agrar- und NAMA-Modalitäten (NAMA = Non-Agricultural Market Access) beschlossen werden. Wir hoffen alle darauf. Wir werden hart daran arbeiten, aber wir werden sehen, wenn wir hier am Ende unserer Präsidentschaft zusammenkommen, ob wir erfolgreich waren oder nicht.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 3 von **Silvia-Adriana Țicău** (H-1038/08)

Betrifft: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden

Der Rat will bis 2020 erreichen, dass die Treibhausgasemissionen um 20 % gesenkt werden, die Energieeffizienz um 20 % verbessert wird und 20 % des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt wird. 40 % aller Treibhausgasemissionen werden in Gebäuden erzeugt. Folglich könnte die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen. Die Kommission hat im November eine Überprüfung der Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden vorgeschlagen.

Die energieeffiziente Gebäudenutzung ist aufgrund der Möglichkeiten, die sich in diesem Zusammenhang für Einsparungen bei Elektrizitäts- und Heizkosten eröffnen, für die Bürger ein wichtiges Thema. Kann der Rat Auskunft darüber geben, welche Priorität er diesem Thema im Zeitraum Januar bis April 2009 einräumen wird?

Alexandr Vondra, *amtierender Präsident des Rates*. – Ich möchte Frau Țicău für ihre Frage danken, die ebenfalls zum richtigen Zeitpunkt gestellt wurde. Der Wohnungsbau bzw. das Thema der zunehmenden Energieeffizienz und das Engagement, die Energieeffizienz bis 2020 um 20 % zu steigern, muss sehr ernst genommen werden.

Der Rat teilt die Auffassung, dass der überarbeitete Entwurf der Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden von wesentlicher Bedeutung für das Erreichen der Ziele der Gemeinschaft hinsichtlich einer gesteigerten Energieeffizienz, neuer Energie und weniger Treibhausgasemissionen ist. Die jüngste Gaskrise hat einmal mehr die Verletzlichkeit der EU aufgrund ihrer Energieabhängigkeit offenbart. Sollten wir erfolgreich sein und ein ehrgeiziges Senkungsziel erreichen, ohne die Energieversorgungssicherheitsrisiken zu erhöhen, müssen wir eine Reihe kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen ergreifen, die unsere Energieabhängigkeit mindern.

Die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden zählt definitiv zu den wichtigsten von ihnen. Infolge dessen beginnt die Präsidentschaft, den Entwurf dieser Richtlinie auf Arbeitsgruppenebene zu prüfen. Ziel der Prüfung ist es, Schwierigkeiten im Vorschlag zu erkennen. Wir erwarten, dass die Frage über den Geltungsbereich der Richtlinie zuerst beantwortet werden wird. Diese Frage bezüglich des Geltungsbereichs ist die wichtigste, nicht nur im Hinblick auf mögliche Energieeinsparungen, sondern auch auf die bürokratische Last von Haushalten. Daher wird die tschechische Präsidentschaft sicherstellen, dass in den kommenden Monaten weiterhin intensiv daran gearbeitet wird. Ich führe regelmäßig Gespräche mit Martin Bursík, meinem Kollegen in der Regierung und Umweltminister, der den Vorsitz im entsprechenden Rat innehat.

Der Rat wird die Arbeit an diesem Thema im ITRE-Ausschuss ebenfalls streng überwachen. Zu ihrer Information, ich treffe den Vorsitzenden des Ausschusses nach dieser Fragestunde. Die Präsidentschaft

unternimmt alle ihr möglichen Anstrengungen, um so viele Fortschritte wie möglich zu erreichen, mit dem Ziel, die Richtlinie frühzeitig zu verabschieden. Zu diesem Zweck plant sie, dem TTE-Rat Mitte Juni einen Fortschrittsbericht vorzulegen. Die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates in Bezug auf die „zweite strategische Energierevision“ dürfte im ersten TTE-Rat erfolgen, der am 19. Februar abgehalten wird. Sie werden den Input für die Sitzung des Europäischen Rates im März bilden.

Auch dem jüngsten Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland und dessen Folgen wird Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zum Entwurf der Ratsrichtlinie wird es eine politische Debatte zu den Ölvorräten geben. Im Allgemeinen hält es der Rat für wichtig, dass dem Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über das dritte interne Energiemarktgesetzgebungspaket in den kommenden Monaten die höchste Priorität beigemessen wird. Der Rat erinnert ferner daran, dass die Energieeffizienz in Bezug auf die breitere Frage der Energieversorgungssicherheit, den Umweltschutz und den Kontext der Prüfung der zweiten strategischen Energierevision angegangen werden wird.

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Ich möchte Sie darüber in Kenntnis setzen, dass ich in meinem Bericht die Schaffung eines europäischen Fonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energie vorschlagen werde, mit dem dazu beigetragen werden kann, öffentliche und private Mittel für die Umsetzung spezifischer Energieeffizienzprojekte in der Europäischen Union zu beschaffen, und ich würde mir die Unterstützung des Rates für diese wichtige Initiative wünschen.

Zita Pleštinšká (PPE-DE). – (SK) Die Energieeffizienz von Gebäuden kann direkt zu Einsparungen für die europäischen Verbraucher führen. Ich sehe in der großflächigen Einführung von automatisierten Verbrauchsmessungssystemen und von Systemen, die minutengenaue Messungen des Energieverbrauchs bereitstellen, darunter solche für die Verwendung in Haushalten, eine Lösung.

Was kann der Rat tun, um diese Lösung umzusetzen? Welche Art von Zeitplan halten Sie für realistisch? Kann der Rat das Europäische Technologieinstitut in Budapest dazu inspirieren, sich dem Problem der Energieeffizienz von Gebäuden zu stellen?

Colm Burke (PPE-DE). – Hat es im Rat Diskussionen über den Versuch gegeben, die Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, finanzielle Anreize für zunehmende Energieeffizienz bereitzustellen, insbesondere für ältere Menschen? Einerseits würde es die Energieeffizienz steigern, und andererseits würde es für Beschäftigung sorgen.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Ich teile die Ansicht voll und ganz, dass die Energieeffizienz ein wichtiges Instrument für den Umgang mit ökologischen und energieversorgungssicherheitsrelevanten Bedürfnissen ist.

Tatsächlich haben wir das eben erst bei uns zuhause diskutiert – nun werde ich meine Rolle als Präsident einmal hinter mir lassen – und in Prag halten wir zwei Maßnahmen für wirklich wichtig. Die anderen sind ebenfalls wichtig, aber entweder auf lange Sicht oder sie haben nicht so große Auswirkungen. Eine davon ist die Gebäude- und Energieeffizienz. Die andere ist Atomenergie, aber ich weiß, dass dieses Thema für einige Mitgliedstaaten heikel ist. Diese sind für den Kampf gegen den Klimawandel und den Umgang mit Energieversorgungssicherheit am wichtigsten. Daher ist das Finden der geeigneten Instrumente zur Förderung der Energieeffizienz von Gebäuden die Herausforderung unserer Zeit.

Ich würde gerne auf die Fragen zur Finanzierung eingehen. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung könnte wie von der Kommission vorgeschlagen dazu verwendet werden, Ressourcen für Investitionen in die Gebäude- und Energieeffizienz zu finden, denn dies ist ein Instrument, das uns bereits jetzt zur Verfügung steht, auch im Rahmen des Konjunkturplans.

Eine weitere Möglichkeit für Länder wie Rumänien – ich kenne das auch aus meinem eigenen Land – ist einfach die Nutzung des Emissionshandelsprogramms, der im aktuellen Kyoto-Protokoll verankert ist. Es ist also möglich, die Erträge daraus zu verwenden.

Ich denke, wir verfügen über die notwendigen Instrumente. Was diese neue Richtlinie anbelangt, erachten wir die Debatte über den Geltungsbereich als am wichtigsten. Sicherlich werden wir im Rahmen der tschechischen Präsidentschaft in Zusammenarbeit mit der bevorstehenden schwedischen Präsidentschaft – für die dies eine Priorität darstellt – versuchen, unser Bestes zu tun und nicht zu viel Zeit zu verschwenden.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 4 von **Colm Burke** (H-1040/08)

Betrifft: Energie, Außenbeziehungen und Wirtschaft während der tschechischen Ratspräsidentschaft

Kann die Präsidentschaft vor dem Hintergrund der erklärten Schwerpunkte ihres Mandats bitte genau angeben, wie sie diese drei Schwerpunkte in konkrete Initiativen umsetzen will? Der Fragesteller bezieht sich dabei auf Diskussionen mit Partnern aus dem Osten über strategische Energiekorridore, die dazu dienen könnten, die Energiesicherheit und die künftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU zu gewährleisten.

Alexandr Vondra, *amtierender Präsident des Rates*. – Ich möchte Herrn Burke für seine Frage bezüglich der Südkorridorpläne und die Sitzungen während der bevorstehenden tschechischen Ratspräsidentschaft danken. Energie, Außenbeziehungen und Wirtschaft sind die drei Prioritäten, die voll integriert und miteinander verflochten sind und sich auf eine konkrete Initiative beziehen, unter anderem diese. Sie wird sich insbesondere auf das Ziel der Sicherstellung einer zuverlässigen Energieversorgung über den Aufbau einer Reihe von Energiebeziehungen mit Drittländern und -regionen sowie über eine größere Streuung der Energieressourcen und Transportwege konzentrieren.

Die Präsidentschaft beabsichtigt, diese Arbeit auf der Grundlage der Elemente voranzutreiben, die in der Mitteilung der Kommission über die zweite strategische Energierevision enthalten sind. Vom Rat wird erwartet, dass er im Februar eine Entschließung zu dieser Mitteilung fasst, und die Energieversorgungssicherheit wird im Europäischen Rat im Frühjahr 2009 stark im Vordergrund stehen.

Als Teil seiner Arbeit sind viele Meetings mit Drittländern oder Organisationen von Drittländern geplant. Diese Meetings werden sich entweder exklusiv mit energiebezogenen Themen befassen oder unter anderen Themen auch Energie abdecken. Was die spezifischen Diskussionen über strategische Energiekorridore anbelangt, auf die sich der Abgeordnete bezieht, organisiert die Präsidentschaft folgende Meetings. Die wichtigsten sind folgende: erstens, die internationale Investitionskonferenz zur Modernisierung der ukrainischen Gaspipeline, die am 23. März 2009 in Brüssel abgehalten wird. Zweitens, der so genannte Südkorridor-Gipfel, den wir zusammen mit der Veranstaltung zur Ostpartnerschaft organisieren wollen. Dieser wird Anfang Mai in Prag stattfinden. Ziel dieses Gipfels ist der Beginn eines gegenseitig vorteilhaften Dialogs zwischen der EU und den Transit- und Erzeugerländern aus des Kaspischen Meeres. Dieser dürfte zu einer größeren Diversifizierung der Energieversorgungsrouten, der Energieanbieter und -quellen führen und damit die Energieversorgungssicherheit der EU erhöhen. Einer der spezifischen Zwecke ist die Förderung des Nabucco-Vorhabens.

Zudem ist es wahrscheinlich, dass das Thema des strategischen Energiekorridors auf der Sitzung des ständigen Partnerschaftsrats EU-Russland angesprochen wird, die ebenfalls während der tschechischen Präsidentschaft – voraussichtlich im Mai – abgehalten wird, um den Gipfel zwischen der EU und Russland, den wir für den 22. Mai 2009 planen, vorzubereiten. Die Bedeutung des strategischen Energiekorridors, auf die die verehrten Parlamentarierinnen und Parlamentarier verwiesen haben, ist durch den Gaskonflikt zwischen der Ukraine und Russland Anfang Januar klar zum Ausdruck gebracht worden.

Der Rat nahm auf seiner außerordentlichen Sitzung vom 12. Januar 2009, die diesem Thema gewidmet wurde, Entschließungen an, die eine Reihe von Maßnahmen beinhalten, die kurz-, mittel- und langfristig ergriffen werden sollen. Die Präsidentschaft wird daher aufgrund der hohen Priorität, die sie dem Thema der Energieversorgungssicherheit beimisst, daran arbeiten, sicherzustellen, dass für diese Maßnahmen ein geeignetes und konkretes Follow-up durchgeführt wird.

Colm Burke (PPE-DE). – Ich möchte dem amtierenden Präsidenten für seine äußerst umfangreiche Antwort danken. Tatsächlich wurde diese Frage gestellt, bevor der Streit zwischen der Ukraine und Russland aufkam. Ich ahnte, dass er zu dem Zeitpunkt, als er entstand, beginnen würde. Ich möchte ihm gerne folgende Frage stellen: im Rahmen des Lissabon-Vertrags sprachen wir über eine gemeinsame Energiepolitik. Vielleicht könnte er in seiner Eigenschaft als amtierender Präsident seine Ansichten über die verbesserten Instrumente äußern, die Lissabon bietet, um diesen künftigen Herausforderungen zu begegnen, sowie über die Vorteile der Annahme des gesamten Lissabon-Konzepts und -Vertrags.

Justas Vincas Paleckis (PSE). – (LT) Vielen Dank für Ihre Erklärung dieses äußerst wichtigen Themas. Ich möchte gerne fragen, wie die Tschechische Republik, das Land, das derzeit die Präsidentschaft innehat, das Nordstream-Projekt sieht, das sowohl positive als auch negative Aspekte hat, und wir wissen, dass es gewisse Bedenken angesichts seiner Auswirkung auf die Umwelt gibt. Wie schätzen Sie also dieses Projekt ein, jetzt, da Sie am Anfang Ihrer Präsidentschaft stehen? Danke.

Paul Rübzig (PPE-DE). – (DE) Mich würde es interessieren, ob es im Rahmen des ECOFIN-Rats und von Seiten des Kommissars Kovács eine Initiative zum Anstoß einer progressiven Steuerabschreibung in ganz Europa für Energieprojekte gibt, die derzeit anstehen, darunter die Nabucco-Pipeline oder der Neubau neuer Kraftwerke, um Anreize zu schaffen und damit diese strategischen Initiativen voranzutreiben.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Alle diese Fragen drehen sich um Themen, die wir nun beinahe täglich diskutieren. Was den Lissabon-Vertrag angeht, wissen wir alle, dass er Solidaritätsbekundungen beinhaltet, die uns dabei helfen dürften, den Rechtsrahmen für eine bessere Kooperation im Energiebereich innerhalb der EU durchzusetzen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Gleichzeitig denke ich, dass wir im Verlauf der Krise einige Lektionen gelernt haben. Eine Sache ist die Solidarität als politischer Slogan. Die andere ist die Notwendigkeit, in Krisenzeiten schnell zu handeln und zu reagieren, zum Beispiel auf eine schwierige Situation, die wir während der Krise in Bulgarien oder der Slowakischen Republik hatten. Deswegen brauchen wir besonders in Mittel- und Osteuropa im Bereich der Gasversorgung einige Verbesserungen bei der Interkonnektivität. Wir benötigen einen Kompressor für die Pipeline, um in der Lage zu sein, den Fluss umzukehren. Mein Land zum Beispiel hat ihn, weil wir modernisiert und investiert haben, aber die Slowaken haben dies nicht getan.

Das bringt mich zu Ihrer Frage darüber, ob es ein Investitionsprogramm gibt, um den kurz- oder mittelfristigen Bedarf zu decken – das gibt es tatsächlich. Gerade heute habe ich mich mit den jeweiligen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung getroffen, da 5 Milliarden Euro übrig geblieben sind, die im vergangenen Jahr nicht ausgegeben wurden, und man hat sich darauf geeinigt, diese Mittel im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms für einige Infrastrukturprojekte zu verwenden. Nach dem Vorschlag der Kommission Ende letzten Monats sollen 3,5 Milliarden Euro von den insgesamt fünf Milliarden den Interkonnektivitätsprojekten zugewiesen werden, die in den kommenden zwei Jahren 2009 und 2010 im Bereich der Zusammenschaltung von Gas- und Stromnetzen und der Anbindung der Gasnetze an die Offshore-Windanlagen in Nordeuropa realisiert werden können.

Also ja, es gibt einen Plan. Sie wollten meine Meinung zum Nord-Stream-Vorhaben wissen: das wird derzeit diskutiert, das ist uns allen bekannt. Ich denke, eine Lehre aus der aktuellen Krise zwischen Moskau und Kiew ist folgende: wir sollten über die Mittel verfügen, eine Lösung dieser Probleme möglich zu machen, wenn sie künftig erneut auftreten, sowohl was Russland als auch die Ukraine anbelangt.

Es gibt das Nabucco-Projekt, mit dem wir in der Lage sein sollten, Gas aus anderen Ländern als Russland nach Europa zu bringen – in anderen Worten aus dem Kaspischen Becken. Wir sollten aber auch die Gastransportwege nach Europa diversifizieren können, damit sie nicht nur in einem Land verlaufen. Ich glaube, in dieser Hinsicht ist die Ukraine das einzige Land, das uns auf dem Landweg mit Gas beliefert.

Deshalb gibt es einige Bedenken über die möglichen Auswirkungen auf die Umwelt. Einige Mitgliedstaaten stellen diese Frage, weshalb dies kein Geheimnis ist, aber ich denke, dass wir am Ende des Tages sowohl eine Diversifikation der Transportwege als auch der Lieferanten brauchen.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 5 von **Avril Doyle** (H-1044/08)

Betrifft: Tabakkontrolle und Einstellung des Tabakkonsums

Das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO Framework Convention on Tobacco Control, FCTC) ist das erste internationale Gesundheitsübereinkommen, das von der Europäischen Union und all ihren Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Tschechischen Republik, unterzeichnet wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass die Tschechische Republik die Debatten über das FCTC leiten wird, welche Pläne hat der tschechische Vorsitz, das Übereinkommen selbst zu ratifizieren?

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Ich sehe Avril Doyle und ich frage mich, ob ich die Gegenseite zu dieser Frage repräsentiere: das letzte Mal, als wir hierüber diskutiert haben, befanden wir uns am einzigen Ort in diesem Gebäude, an dem ich als starker Raucher rauchen darf. Ich schätze, dass Ihnen dies nicht entgangen ist, und das ist einer der Gründe, warum ich nun verpflichtet bin, Ihre Frage zu beantworten. Meine Mutter hat mir immer den Rat gegeben, stets die Wahrheit zu sagen, weshalb ich mich jetzt in einem Dilemma befinde: soll ich das vorlesen oder aus meinem Herzen sprechen?

Ich sollte diese Gelegenheit nutzen, auf persönlichem Niveau zu beginnen. Ich gehöre als starker Raucher zu der 30%igen Minderheit in Europa und fühle mich in diesem Gebäude entsetzlich diskriminiert. Ich

appelliere als Person an Sie, nicht im Namen des Rates, bessere Bedingungen für das Pflegen unserer Gewohnheiten zu schaffen. Aber ich weiß, ich muss auf diese Frage antworten.

Die Frage dreht sich um den Status des Ratifizierungsprozesses in der Tschechischen Republik. Ich kann Ihnen versichern, dass der Ratifizierungsprozess der Rahmenkonvention in der Tschechischen Republik im Gange ist. Das ist er schon seit 2003. Derzeit wird ein neuer Versuch unternommen, grünes Licht vom tschechischen Parlament zu erhalten. Die neue tschechische Gesundheitsministerin – die übrigens wie ihr Vorgänger raucht – hat den neuen Vorschlag eingebracht, die Ratifizierung erneut durchzuführen und wird ihn an den ressortübergreifenden Prozess weiterleiten. Er wird also recht bald dem Parlament vorgelegt werden.

Der Ratifizierungsprozess dürfte zum Abschluss gebracht werden, wenn genügend Abgeordnete im Parlament dafür stimmen. Ich kann Ihnen versichern, dass es im Senat nicht einfach ist. Unsere Senatoren reisen durch Europa und sehen sich demselben Problem ausgesetzt wie ich in diesem Gebäude. Aber ich denke, eines ist wichtig: die Gesetzgebung wird voll umgesetzt, weshalb alle Gesetze mit den Verpflichtungen, die Teil der Konvention sind, in Einklang gebracht werden.

Was unsere Haltung als Vorsitzende anbelangt: die nächste formelle Sitzung im Rahmen der FCTC wird die dritte Sitzung des internationalen Verhandlungsgremiums über ein Protokoll zum illegalen Handel mit Tabakerzeugnissen sein. Diesbezüglich setzt sich mein Land wie auch die Präsidentschaft voll und ganz für die Bekämpfung des illegalen Tabakhandels ein. Die Sitzung wird vom 28. Juni bis zum 5. Juli in Genf abgehalten. Wir werden diese gewissermaßen mit unseren schwedischen Freunden gemeinsam durchführen, da der Termin in den Zeitraum fällt, an dem wir Tschechen die Präsidentschaft an unsere Freunde in Stockholm übergeben werden. Das ist im Wesentlichen meine Antwort.

Avril Doyle (PPE-DE). – Ich möchte dem amtierenden Präsidenten meinen Dank aussprechen. Ich habe nicht beabsichtigt, ihn mit meiner Frage in Bedrängnis zu bringen. Schließlich wurde sie im vergangenen Dezember gestellt.

Ich bin gegen das Rauchen, nicht gegen Raucher. Wir alle sind uns einig, dass sie alle Hilfe brauchen, die sie bekommen können: Nikotinersatztherapien, usw. Aber wir müssen auch sehen, wie schädlich das Passivrauchen für Nichtraucher ist, also fühlen Sie sich bitte nicht persönlich an den Pranger gestellt.

Können Sie mir also nun garantieren, dass Sie vor dem Ablauf der tschechischen Präsidentschaft die Rahmenkonvention ratifiziert haben werden – ja oder nein? Es wäre äußerst wichtig, dass Sie mir dies garantieren könnten. Schließlich sind Zigaretten die einzigen legalen Produkte in den Regalen unserer Läden, die, wenn sie nach der Gebrauchsanweisung von den Verbrauchern konsumiert werden, jeden zweiten Raucher töten. Das ist wirklich unglaublich.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Herr Präsident, vielen Dank für Ihre Aufrichtigkeit. Sie haben sich auf Ihre Mutter bezogen – nun, als Mutter möchte ich Sie dringend bitten, mit dem Rauchen aufzuhören, statt auf die Misere in diesem Gebäude zu verweisen. Wenn Sie in Irland wären, würden Sie nun komplett draußen in der Kälte stehen.

Meine Frage: haben Sie jemals erwogen, eine Führungsrolle zu übernehmen und diese schlechte Gewohnheit abzulegen? Damit könnten Sie Ihre Senatoren dazu ermutigen, Ihrem Beispiel zu folgen.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Um diese eher ungewöhnliche Abenddebatte zum Abschluss zu bringen, möchte ich Folgendes sagen: meine Mutter hat geraucht, während sie mit mir schwanger war, und hier stehe ich als stellvertretender Premierminister der Tschechischen Republik. Auch mein Bruder und meine Schwester befinden sich in einer sehr guten Verfassung. Meine Frau rauchte ebenfalls und tut dies immer noch. Wir haben drei nette, äußerst intelligente Kinder – das sind jetzt meine privaten Ansichten dazu.

Ich bemerke, dass dieses Thema in Irland von besonderem Interesse ist, und ich weiß, dass Sie die Maßnahmen beschlossen haben. Der Termin unserer Ratifizierung liegt in den Händen der Abgeordneten des tschechischen Parlaments und des Senats. Das Parlament ist souverän.

Ich kämpfe in meinem Land zurzeit für die frühestmögliche Ratifizierung des Lissabon-Vertrags. Im Rahmen der Debatte über den Lissabon-Vertrag werde ich häufig von den Senatoren gefragt, ob die Annahme des Lissabon-Vertrags dazu beitragen wird, dass ihre Freiheit, an einigen öffentlichen Plätzen zu rauchen, gewahrt wird.

Sie sehen also, ich habe ein Dilemma. Was ist wichtiger: der Lissabon-Vertrag oder das? Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Regierung alles in ihrer Macht stehende tun wird, um die Ratifikation beider Verträge zu erreichen. Wir haben beide Verträge unterzeichnet. Nun obliegt es der Regierung, ihr Bestes zu geben.

Der Präsident. – Die Fragen, die aufgrund der fehlenden Zeit nicht durchgenommen worden sind, werden schriftlich beantwortet (siehe Anhang).

Der Präsident. – Dies schließt die Fragen an den Rat ein.

(Die Sitzung wird um 19.15 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: GÉRARD ONESTA

Vizepräsident

15. Die dramatischen Folgen des Sturmtiefs „Klaus“ in Südeuropa (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zu den dramatischen Folgen des Sturmtiefs „Klaus“ in Südeuropa.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, die Europäische Kommission möchte ihr Bedauern angesichts der Zahl der Todesopfer zum Ausdruck bringen, die das Sturmtief Klaus gefordert hat und sendet ihr Mitgefühl an die französischen, spanischen und italienischen Familien, die ihre Lieben beklagen. Dies ist wahrhaft eine menschliche Tragödie, die schwere Folgen für das Leben, die Häuser und die Unternehmen der Menschen nach sich gezogen hat. Es ist auch eine Umweltkatastrophe.

Während der Sturm am stärksten war, war nur ein enger Landstrich davon betroffen und die staatlichen Hilfskräfte sind in der Lage gewesen, schnell auf die Katastrophe zu reagieren.

Aus diesem Grund wurde das Zivilschutzsystem der Gemeinschaft nicht aktiviert. Allerdings stand das Monitoring and Information Centre der Kommission von den ersten Momenten der Sturmwarnung an in engem Kontakt mit den betroffenen Mitgliedstaaten.

Andere Mitgliedstaaten waren sich der Lage bewusst und bereiteten sich darauf vor, in den betroffenen Regionen Hilfe zu leisten. So bot beispielsweise die Tschechische Republik spontan ihre Unterstützung an.

Die Kommission arbeitet nun mit den Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten zusammen, um Optionen für Hilfsmaßnahmen der EU auszuloten. Als Möglichkeiten stehen der EU-Solidaritätsfonds oder eine Neuplanung der Mittel für die strukturelle und ländliche Entwicklung offen.

Das Sturmtief Klaus hat uns wieder einmal unangenehm daran erinnert, dass Naturkatastrophen eine wachsende Bedrohung für alle EU-Mitgliedstaaten darstellen. In den Jahren 2000 und 2002 gab es in Mitteleuropa große Überschwemmungen, 2007 in Großbritannien und im vergangenen Jahr traf es Rumänien und die Nachbarstaaten der EU. Die Hitzewelle von 2003 forderte mehrere zehntausend Todesopfer. Portugal und Griechenland wurden 2003 und 2007 von Waldbränden heimgesucht. Diese Vorfälle geben uns eine Vorstellung davon, wie der Klimawandel voraussichtlich die Zukunft der EU beeinflussen wird, denn mit dem sich ändernden Klima können wir mit extremeren Wetterbedingungen rechnen.

Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft müssen ihre Stärken vereinen, um Katastrophen vorzubeugen, ihre Auswirkungen zu begrenzen und die Reaktionsfähigkeit der Union auf Katastrophen zu verbessern.

Die Kommission wird in Kürze eine Mitteilung über „ein Konzept der Gemeinschaft zur Vermeidung von Natur- und von Menschen verursachten Katastrophen“ herausgeben. Wir freuen uns darauf, vom Parlament ein Feedback zu den vorgeschlagenen Ideen zu bekommen.

Die Kommission möchte auch die Wichtigkeit unterstreichen, mit der Revision der Verordnung zum Solidaritätsfonds voranzukommen. Der Vorschlag trägt dazu bei, die Reaktionszeit zu beschleunigen, indem Vorschüsse ermöglicht werden, und er enthält einfachere Kriterien für eine Aktivierung des Fonds in kürzerer Zeit. Wenngleich das Parlament den Kommissionsvorschlag größtenteils unterstützt hat, hat es im Rat keinen Fortschritt gegeben.

Diese Initiativen tragen dazu bei, eine echte europäische Katastrophenmanagementpolitik zu entwickeln, und die Kommission hofft, dass das Europäische Parlament seine Anstrengungen zur Stärkung der Fähigkeit der EU, mit Natur- und von Menschen verursachten Katastrophen umzugehen, weiter unterstützen wird.

VORSITZ: RODI KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

Christine De Veyrac, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, ich spreche ebenfalls im Namen meines Kollegen Alain Lamassoure. Im November 1999 bin ich nach dem Sturm, der in Südwestfrankreich gewütet hat, schon einmal hier gestanden, um an die europäische Solidarität zu appellieren, wenn große Naturkatastrophen unsere Länder verwüsten. Zehn Jahre zuvor wurde mir gesagt, dass es keinen europäischen Fonds gäbe, mit dem Mitbürgern in derart schlimmen Notlagen geholfen werden könnte.

Seit 1999 sind, nachdem sich in Europa bedauerlicherweise weitere Naturkatastrophen ereignet haben, die Menschenleben forderten und für große Zerstörungen sorgten, die Aktionen der EU glücklicherweise verstärkt worden: so wurde 2002 der EU-Solidaritätsfonds gegründet – eine Initiative der Kommission und von Herrn Barnier. Dieser Fonds ermöglicht es uns, innerhalb eines flexiblen Zeitrahmens schnell und effektiv zu handeln.

Wie die Dinge stehen, denke ich, dass wir diesen Fonds mobilisieren müssen, um den betroffenen Regionen zu helfen. In dieser Hinsicht unterstütze ich die Appelle der französischen Regierung, dies so schnell wie möglich zu tun. Frau Vassiliou, ich nehme vom Wunsch der Kommission Kenntnis, die Dinge zu beschleunigen. Es besteht in der Tat eine dringende Notwendigkeit, wenn die Infrastruktur beschädigt wird.

In Bezug auf den Wald gilt dasselbe. Ich möchte diesen Punkt besonders betonen, denn der Sturm hat zwischen 60 % und 70 % des Waldes südlich von Gironde und Landes vernichtet, da es dieser Wald – einer der größten in Europa – kaum geschafft hat, sich von den 1996 und 1999 entstandenen Schäden zu erholen. Ihnen ist bewusst, dass es keine Versicherung für diese Art von Schäden gibt, und angesichts dieser Katastrophe sind die Förster nun vollkommen pleite. Wir müssen ihnen unsere Solidarität zeigen und sie darin unterstützen, das natürliche Erbe dieser Regionen wieder aufzubauen.

Lassen Sie mich, bevor ich zum Ende komme, der Opfer des Sturmtiefs Klaus in Frankreich, Spanien und Italien gedenken und ihren Familien meine Unterstützung aussprechen.

Kader Arif, im Namen der PSE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Vassiliou, meine Damen und Herren, die Bilder des Sturms von 1999, der eben erwähnt worden ist und dem Südwesten Frankreichs erhebliche Schäden hinterließ, sind noch immer in unserem kollektiven Gedächtnis eingraviert.

Es ist eine Untertreibung, zu sagen, dass Europa nicht darauf vorbereitet war, sich so bald schon wieder mit einer solchen Tragödie auseinanderzusetzen. Es gibt Leute, die dies als Schicksalsschlag betrachten, aber ich sehe es eher als entsetzliches Beispiel für den Klimawandel, auf den sich Frau Vassiliou gerade bezogen hat und für den wir nur grobe Lösungen vorschlagen, obgleich wirklich dringend gehandelt werden muss. Dies ist eine Situation, mit der wir verantwortungsvoll umgehen müssen. Bedauerlicherweise müssen wir uns auf weitere Naturkatastrophen einstellen.

Am 24. und 25. Januar dieses Jahres tötete das Sturmtief Klaus, das Südeuropa verwüstet hat, 11 Menschen in Frankreich, 14 in Spanien und drei in Italien. Es verursachte erhebliche Schäden, zerstörte Schulen und viele Häuser, sorgte bei mehreren tausend Menschen für Stromausfall, es gab keine Heizung, kein Trinkwasser und kein Telefonnetz, und bestimmte Wirtschaftssektoren gerieten in eine kritische Lage, wie beispielsweise die Holzindustrie.

Ich möchte gerne den Familien der Opfer und allen Betroffenen meine Solidarität versichern und den Lokalpolitikern meine Unterstützung anbieten. Auch möchte ich dieses Forum dazu nutzen, an die Europäische Gemeinschaft zu appellieren, da diese Situation eine Reaktion der EU verlangt, zuallererst jedoch die Solidarität Europas.

Zugegeben, in Frankreich wurde der Notstand ausgerufen, was die Weiterleitung von Hilfsmitteln an die Opfer der Naturkatastrophe erleichtert, aber dies mindert in keiner Weise die Notwendigkeit, koordinierte europäische Maßnahmen in Ergänzung der Anstrengungen der Mitgliedstaaten zum Schutz der Menschen, der Umwelt und des Eigentums in von Katastrophen heimgesuchten Städten und Regionen durchzuführen.

In praktischer Hinsicht müssen hierfür in erster Linie Informationen auf europäischer Ebene zentralisiert werden, um eine genaue Beurteilung der Schäden durchführen zu können. Anschließend müssen wir die erforderlichen Mittel freigeben, um die lokalen Behörden, die sich mit enormen Herausforderungen konfrontiert sehen, zu unterstützen. Insbesondere sollten wir die öffentlichen Dienste unterstützen, die hervorragende Arbeit geleistet haben und die wir unbedingt brauchen, um die Infrastruktur und Anlagen in den Sektoren Energie, Wasserversorgung, Abwasserreinigung, Transport und Telekommunikation, Gesundheit und Bildung zu reparieren.

Die Katastrophen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass auf europäischer Ebene dringend gehandelt und die Vermeidung von Naturkatastrophen als eines der Ziele des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung berücksichtigt werden muss. Von nun an muss Europa seine Fähigkeit unter Beweis stellen, reagieren und seine Solidarität in praktische Maßnahmen umsetzen zu können. Daher hoffe ich, auch wenn Sie das eben erst gesagt haben, dass die Kommission die Botschaft ernst nehmen und alle erforderlichen Mittel mobilisieren wird, um auf diese dringliche Situation zu reagieren, insbesondere durch Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds und des Finanzinstruments für den Katastrophenschutz.

Abschließend möchte ich Sie daran erinnern, dass wie die Waldbrände 2007 in Griechenland der gewaltige Sturm die Notwendigkeit für Katastrophenschutztruppen aufgezeigt hat, die in allen Krisengebieten eingesetzt werden können. Frau Vassiliou, ich würde gerne Ihre Meinung zu diesem Thema hören, wie auch Ihre Antwort auf den Antrag des Parlaments in seiner Entschließung vom 27. April 2006, in dem die Schaffung eines europäischen Beobachtungsnetzes für Naturkatastrophen gefordert wird, um eine effizientere europäische Reaktion zu gewährleisten, wenn es zu diesen bedauerlichen Vorfällen kommt.

Jean Marie Beaupuy, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Vassiliou, am 18. November letzten Jahres habe ich genau hier Folgendes gesagt: „Wir wissen nicht, wie die nächste Katastrophe aussehen oder welchen Schaden sie anrichten wird, aber eines wissen wir sicher: die nächste Katastrophe steht schon vor der Tür. Wenn es soweit ist, werden uns unsere Mitbürger, die 50 Jahre lang erlebt haben, dass ein vermeintlich vereintes Europa aufgebaut wird, fragen, was wir denn eigentlich getan haben. Ich wiederhole nochmals, dass ich das im letzten November hier in diesem Hause gesagt habe.“

In dieser Kammer sagte ich im November 2006, also zwei Jahre zuvor, mehr oder weniger dasselbe: „Wenn es einen Bereich gibt, in dem alle Europäer wirksame Reaktionen der Gemeinschaft erwarten, ist es der großer Naturkatastrophen.“

Ich sagte, dass jeder das beobachten kann, wann immer es zu Katastrophen wie dem Tsunami kommt und fuhr wie folgt fort: „Aus diesem Grund bin ich wie auch meine Fraktion für die Umsetzung von Präventivmaßnahmen und die Schaffung der Fähigkeit, sehr schnell auf die Folgen von Tragödien reagieren zu können. In diesem Zusammenhang möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Qualität des Barnier-Berichts lenken, der das Problem gut darstellt und Lösungen vorschlägt, die nicht nur in Bezug auf ihre Effizienz, sondern auch auf die Subsidiarität konstruktiv sind. Frau Vassiliou, wir sind alle begeistert über diesen Bericht, denn er enthält äußerst praktische und konkrete Vorschläge. Er geht sogar auf Haushaltsthemen ein und erklärt, dass 10 % des Solidaritätsfonds für Finanzierungen verwendet werden können. Er erklärt auf sehr pragmatische Weise, wie man mit den Interessengruppen in jedem Staat zusammenarbeiten kann.“

Mit den zwölf im Barnier-Bericht enthaltenen Vorschlägen hatten wir nun alles Notwendige zusammen, um auf europäischer Ebene aktiv zu werden. Was ein paar Wochen vor den Wahlen im kommenden Juni ein weiteres Indiz für die Nützlichkeit und Wirksamkeit echter europäischer Solidarität wäre.

Frau Vassiliou, Sie haben uns eben mitgeteilt, dass Sie auf eine Unterstützung des Parlaments hoffen. Sie hatten diese Unterstützung und das bleibt auch so. Was tut denn der Rat, denn Sie behaupten ja, der Rat sei das Problem? Der Rat ist heute Abend nicht anwesend. Wir hoffen, dass er nach dieser Debatte aufmerksam auf unser Appell hören wird, das weder ein Hilferuf noch ein weiterer Ausdruck der Überraschung angesichts der kürzlichen Tragödie ist, sondern vielmehr ein Appell an ihn, auf die Frage einzugehen, die ich vor Kurzem gestellt habe: „Was haben Sie getan?“.

Gérard Onesta, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Vassiliou, geschätzte Damen und Herren, ich möchte, dass wir kurz über die Art dieser Abendveranstaltung nachdenken. Mir scheint, dass wir dies oft tun, zu oft. Jedes Mal, wenn eine Katastrophe eingetreten ist, treffen wir uns hier, in dieser Kammer, und beginnen, im Chor zu lamentieren. Wir pflegen zu sagen, dass das, was passiert ist, eine Tragödie ist, und wir beugen unser Haupt im Respekt für die Opfer.

Natürlich tue ich dasselbe wie jeder andere auch, aber meiner Ansicht nach endet unsere Rolle hier nicht. Unsere Rolle besteht möglicherweise darin, wie es mein Kollege eben erwähnt hat, für die Zukunft zu planen, da mit weiteren Naturkatastrophen zu rechnen ist. Erst heute Morgen bekräftigten wir dies erneut mit unserer Abstimmung über den Florenz-Bericht. Wir wissen, dass das Klima zunehmend instabil wird. Jahrhundertstürme ereignen sich nun alle zehn Jahre und bald jedes Jahr. Wenn es kein Sturm ist, gibt es eine Überschwemmung, und ist es keine Überschwemmung, dann kommt es zu schweren Waldbränden.

Was tut Europa angesichts all dessen? Ich bin mir wohl bewusst, dass der Rat nicht in der Lage ist, sich mit Dingen zu befassen, die über seinen nationalen Tellerrand hinausgehen. Das Aufeinandertreffen von 27 Nationen macht ein erfolgreiches Kontinentprojekt nicht gerade einfach. Wir leiden bei jeder Tragödie unter den Folgen dessen. Uns wird gesagt, wir sollen an die Solidarität appellieren, aber welche Mittel sollen dafür verwendet werden? Ich erinnere mich daran, dass wir einmal im Haushaltsausschuss über Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels diskutiert haben, über ein paar zehn Millionen Euro gesprochen haben. Dieser Sturm allein hat 1,4 Milliarden Euro gekostet. Wie viel müssen wir für Versicherungsprämien bezahlen, bevor wir feststellen, dass ein Schutz der Umwelt und des Klimas keine Last, sondern eine Investition in die Zukunft ist?

Heute diskutieren wir immer noch über die Notwendigkeit, die europäischen Interessengruppen zu mobilisieren, wenn es zu einer Tragödie kommt. Aber wie ich mich erinnere, haben wir dies bereits hier in dieser Kammer nach der Explosion der AKF-Fabrik 2001 in meiner Stadt gesagt. Wir kamen darin überein, dass wir eine europäische Eingreiftruppe in Erwägung ziehen müssen, um zu zeigen, dass im Falle einer menschlichen Katastrophe in Europa das Wort „Solidarität“ nicht nur ein bedeutungsloses Konzept ist, sondern dass wir praktische Maßnahmen ergreifen. Was ist nun, viele Jahre später, aus dieser europäischen Eingreiftruppe geworden?

Meine Damen und Herren, ich befand mich in meinem Haus in Toulouse, als der Sturm aufkam. Ich weiß nun, was eine größere Umweltkatastrophe nach sich zieht. Wenn ich etwas lernen musste, habe ich dies nun angesichts der Schäden an meinem Haus, der abgedeckten Dachziegel und der entwurzelten Bäume am eigenen Leib erfahren. Daher ist mir nur zu gut bewusst, was diese Menschen durchgemacht haben: Menschen, deren Lebenswerk in nur einer Nacht vollkommen zerstört wurde.

Allerdings, solange wir hier im Parlament und Sie, Frau Vassiliou, die Mitglieder der Kommission und auch diejenigen, die heute Abend abwesend waren – man betrachte nur die erschreckend leeren Ratsbänke – solange wir nicht einsehen wollen, dass wir echte Haushaltsmittel zur Katastrophenbekämpfung locker machen müssen, anstatt uns mit hohlen Worten zu begnügen. solange es uns nicht gelingt, durch die tatsächliche Schaffung einer schnell reagierenden zivilen Einsatztruppe auf kontinentaler Ebene europäische Solidarität zu zeigen, werden wir so weitermachen wie bisher, Tragödie für Tragödie, und einfach erneut zu lamentieren beginnen.

Die echte Reaktion auf das Sturmtief Klaus ist möglicherweise heute morgen erfolgt, als wir uns auf Kopenhagen vorbereiteten, oder vielleicht erfolgt sie morgen, Frau Vassiliou, indem endlich Mittel freigegeben werden und diese Eingreiftruppe beschlossen wird, die auf europäischer Ebene so sehr fehlt.

Jean-Claude Martinez (NI). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Vassiliou, das Sturmtief, das in Deutschland „Klaus“ bzw. im Frankreich „Nicolas“ genannt wurde, hat acht Départements in meinem Wahlkreis in Südwestfrankreich und Landes in besonderem Maße verwüstet, denn den Hauptschaden trug der Wald davon. Sechs Jahre Forstwirtschaft liegen nun am Boden, das heißt, 50 Millionen Kubikmeter Sturmholz über 300 000 Hektar.

Als erstes muss der Wald gesäubert werden, um ein Verrotten des Holzes zu verhindern. Pro Kubikmeter beseitigtes Holz fallen Kosten in Höhe von 5 bis 10 Euro an, was in etwa einer Gesamtsumme von 500 Millionen Euro entspricht – dem Betrag für die Hilfsmittel, den Frankreich der Presse mitgeteilt hat. Danach muss der Wald neu eingesät und wiederaufgeforstet werden, was die Holzindustrie zu einem 20-jährigen Pausieren zwingt. Nun, dieser Industriezweig erstreckt sich angefangen von den Holzfällern über die Cafés, wo diese etwas trinken, bis hin zu den Transportunternehmen, den Baumschulen, Verkäufern, und so weiter.

Die am zweitstärksten betroffene Branche ist die der Geflügel-, Schaf- und Viehzucht. Dächer wurden abgedeckt, Tiere gingen verloren und Futtermittel wurden zerstört. Wir sehen die Notwendigkeit für einen europäischen Landwirtschaftsversicherungsfonds gegen Klima- und Gesundheitsrisiken. Die französische Präsidentschaft hat hierüber gesprochen und die tschechische sollte dies ebenfalls tun.

Die dritte Art der Opfer sind stumm, denn diese Opfer werden nie erwähnt: alte Menschen und die in den Dörfern Frankreichs Abgeschnittenen, die noch immer keinen Strom haben. Wir müssen eine europäische Klima-Strategie für ältere Menschen der vierten Generation nach dem Vorbild der „Klima-Energie“-Strategie verfolgen, das heißt, wir müssen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Millionen Menschen über 80 oder 85 angehen. Wir müssen eine moderne, auf ältere Menschen ausgerichtete Wirtschaft anstreben, um die Krise zu überwinden und ein geriatrisches Ruanda in Europa zu vermeiden, auf das wir zusteuern, eine Wirtschaft mit einer modernen Baubranche, pharmazeutischer und medizinischer Forschung und einem neuen Netzwerk zur Vermeidung dessen, dass Europa ein Gesundheitswesen wie Gabun bekommt. Vor allem müssen wir verhindern, dass diese klimatischen Vorfälle eine Gelegenheit für Darwin und die natürliche Auslese bieten. Stattdessen sollten wir ein lebendiges Europa aufbauen.

Maria Badia i Cutchet (PSE). – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich der Kommission für ihre solidarischen Worte danken.

Wie bereits erwähnt wurde, litten mehrere Länder im Süden der Union am 24. und 25. Januar unter den Auswirkungen eines schweren Sturms mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 200 km pro Stunde. Weite Teile der iberischen Halbinsel waren davon betroffen und rund 30 % der gesamten jährlichen Niederschlagsmenge sind in nur wenigen Stunden gefallen.

Die Folge des Sturms waren schwere Sachschäden, Schäden bei Dienstleistungs- und öffentlichen Einrichtungen, sowohl in ländlichen Gebieten als auch in Städten, sowie verbreitete Stromausfälle. Am schlimmsten war jedoch der Verlust von 11 Leben in ganz Spanien infolge von herabstürzendem Mauerwerk und Unfällen durch starke Windböen.

Zu den tragischsten Vorfällen gehörte der Tod von vier Kindern im Alter zwischen neun und zwölf Jahren in Sant Boi de Llobregat in Katalonien. Der Wind zerstörte eine Turnhalle, in der sie Baseball spielten.

Die Europäische Union muss neben dem Beklagen des Verlustes so vieler unersetzlicher Menschenleben und dem Ausdruck unserer Solidarität mit den trauernden Familien handeln, wie sie es auch bei anderen Vorfällen getan hat, indem sie entweder den Solidaritätsfonds mobilisiert oder einen anderen, geeigneteren Fonds, um die von dieser Naturkatastrophe verursachten Sachschäden zu reparieren.

Zwanzigtausend Hektar Wald fielen dem Sturm in Katalonien zum Opfer, von denen 75 % entweder stark oder sehr stark beschädigt sind. Wir müssen handeln, um die künftige Gefahr von Waldbränden zu verringern; diese Aufgabe muss vor dem Sommer abgeschlossen sein.

Des Weiteren gelangten Unmengen von Unrat jeglicher Art in Flüsse, Ströme und andere Wasserläufe. Dieser kann den Wasserfluss blockieren, und besteht die Gefahr lokaler Überschwemmungen.

Angeichts dieser und vieler anderer Folgen sowie des Umstands, dass uns noch keine endgültigen Zahlen für die Sachschäden vorliegen, die Spanien selbstverständlich in seinem Antrag auf Hilfsmittel aus dem Fonds vorlegen wird, denken wir, dass die Europäische Kommission diesen Regionen dabei helfen sollte, zur Normalität zurückzukehren. Dies würde die immensen öffentlichen Anstrengungen in den betroffenen Mitgliedstaaten ergänzen und der Behebung der schweren Schäden Priorität geben, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Stabilität in diesen Gebieten so schnell wie möglich wiederherzustellen. Die betroffenen Regionen sehen sich mit einem Abschwung der wirtschaftlichen Tätigkeit, Umweltschäden, Verlusten bei der Agrarproduktion, Produktionsausfällen bei vielen Unternehmen, einem massiven Baumverlust und vielem mehr konfrontiert.

Angeichts der Merkmale und Auswirkungen des Sturmtiefs fordere ich die Kommission dazu auf, diese Mittel schnellstmöglich verfügbar zu machen. Sie sind vorwiegend für Hilfen bei Naturkatastrophen mit schweren Auswirkungen auf das Leben, die Umwelt und die Wirtschaft eines Mitgliedsstaats oder einer Region der Union gedacht. Zu den Zielen der Operationen, die Subventionen erhalten würden, gehören die Wiederherstellung der Infrastruktur, die Reparatur von Strom- und Wasserversorgungsanlagen und die Reinigung der betroffenen Gebiete.

Herr Kommissar, aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese Mittel so schnell wie möglich zu mobilisieren, sobald alle erforderlichen Informationen eingegangen sind.

Anne Laperrouze (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, wie es uns unsere Kollegen bereits in Erinnerung gerufen haben, ist die Bilanz dieses Sturms schwerwiegend. In Frankreich und Spanien haben wir Opfer zu beklagen, und heute Abend werden wir ihrer und ihren Familien gedenken. 200 000 Hektar Wald sind im Südwesten Frankreichs vernichtet worden.

Tatsächlich sind diesem Sturm 60 % des Waldes in Landes zum Opfer gefallen. 1,7 Millionen Haushalte hatten während des Höhepunkts des Sturms keinen Strom, und 3 200 von ihnen sind immer noch vom Stromausfall betroffen. Mehrere tausend Telefonleitungen wurden gekappt und auch die Wasserversorgung war unterbrochen. Viele Straßen sind aufgrund von Hindernissen wie umgestürzte Bäume, Strommasten, Überschwemmungen oder Erdrutsche nach wie vor unpassierbar. Es wird versucht, alles so schnell wie möglich wieder in Ordnung zu bringen.

Wenngleich ich mich freue, dass sich die französische Regierung förmlich dazu verpflichtet hat, einen Antrag zu stellen, damit die betroffenen Gebiete in Frankreich von diesem Fonds profitieren können, beklage ich den Umstand, dass es die französische Präsidentschaft nicht für notwendig erachtet hat, auf eine Revision dieses Fonds zu drängen.

Dieser Fonds wird, wie Sie, Frau Kommissarin, und meine Vorredner bereits erwähnt haben, noch immer vom Ministerrat blockiert. Soweit das Parlament betroffen ist, vertritt es die Ansicht, dass alle größeren Naturkatastrophen, die ernste Schäden für die Bevölkerung und die Umwelt nach sich ziehen, wie Überschwemmungen, Waldbrände und Dürren, abgedeckt werden sollten. Allerdings gehen wir einen Schritt weiter und beziehen auch von Menschen verursachte Phänomene wie Katastrophen durch Terroranschläge mit ein.

Unser Parlament hat sich ferner für die Herabsetzung der Schwellen für die Hilfsmittel ausgesprochen. Nun, wenn wir fragen, ob dieser Solidaritätsfonds für die betroffenen Regionen in Anspruch genommen werden kann, können wir erkennen, dass wir Gefahr laufen, unter der Schadensgrenze zu liegen. Dies ist eine Situation, von der letztendlich mehrere Länder betroffen sind. Daher denke ich, dass diese Grenze ebenfalls revidiert werden sollte, um zu zeigen, dass es tatsächlich eine europäische Solidarität geben kann.

Wie Sie, Frau Kommissarin, und meine Vorredner bereits unterstrichen haben, wird sich ein solcher Vorfall infolge des Klimawandels wiederholen. Die Kommission hat schon eine Mitteilung über die Anpassung an den Klimawandel angekündigt.

Von nun an ist es wichtig, dass der Solidaritätsfonds ein echtes europäisches Instrument für den Katastrophenschutz wird. Es ist an der Zeit, dass Europa zeigt, dass es in tragischen Situationen parat steht, um seine Bürger zu schützen.

Gilles Savary (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, zunächst möchte auch ich natürlich mein Beileid und mein Mitgefühl vor allem denjenigen Familien aussprechen, die jetzt um ihre Lieben trauern sowie all denen, die Opfer sind, insbesondere den vielen Menschen, die Stromausfälle erlitten und heute immer noch ohne Strom, Wasser oder öffentliche Dienste ausharren müssen.

Frau Kommissarin, ich habe vernommen, dass Sie uns versprochen haben – und ich denke, Sie hatten Recht – dass die Maßnahmen zur Krisenprävention konsolidiert werden würden, aber das Thema heute Abend, wenn ich das sagen darf, ist eine Entschädigung für die letzte Krise.

Dies ist der dritte katastrophale Sturm in 20 Jahren. Der erste ereignete sich, wie Sie sich erinnern werden, im Juli 1988 in der Bretagne. Er hält nach wie vor den Rekord der Windgeschwindigkeiten: es waren über 250 km/h. Der zweite, der noch nie da gewesene Ausmaße erreichte, war der Sturm vom 27. Dezember 1999. Er vernichtete erstmals den Großteil unserer Wälder. Zum dritten Sturm kam es am 24. Januar 2009. Der Grund, weshalb ich daran erinnere, ist der, dass ich in Gironde lebe, sehr nahe an den Wäldern der Gironde.

Als erstes müssen wir uns fragen, wie die Europäische Union helfen kann. In der Forstwirtschaft ist die Lage katastrophal, und wir sehen uns der Bedrohung ausgesetzt, dass die Förster ihre Arbeit eingestellt haben, womit ich meine, dass einige von ihnen denken, ihr Beruf würde sich nicht mehr lohnen.

Deshalb müssen wir einen Plan umsetzen, und ich gehöre zu denen, die nun bereits seit knapp 10 Jahren dazu bereit sind, eine gemeinsame Krisenorganisation zu erwägen, so dass wir das gesamte Holz, das nun eher unfreiwillig auf den Markt gekommen ist, verkaufen können, ohne dass der Preis darunter leidet: wir könnten dies durch die Blockierung der Lieferungen aus anderen europäischen Regionen, durch die Subventionierung des Transports und durch die Sicherstellung erreichen, dass dieses Land rasch wieder aufgeforstet werden kann. Andernfalls könnte es meiner Ansicht nach Gegenstand von Spekulationen werden oder sogar verrotten. Hier haben wir ein Problem, das für die Europäische Union von direktem Interesse ist.

Zweitens denke ich auch an die Austernzüchter. Heute befindet sich dieser Berufsstand in einer Notlage. Er war bereits 2002 infolge einer anderen Katastrophe in Schwierigkeiten, die mitnichten natürlichen Ursprungs

war: dem Sinken der *Prestige*, und derzeit verlieren die Austernzüchter des Arcachon Basin alle Hoffnungen, wieder auf die Beine zu kommen.

Abschließend möchte ich um die Mobilisierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bitten. Es ist wohl offensichtlich, dass ich mit dem, was Frau Laperrouze gesagt hat, sympathisiere. Heute ist der Rat nicht vertreten. Das macht nichts, aber ich denke, es ist sehr enttäuschend, dass er es abgelehnt hat, die Regel zu ändern und dass der Fonds heute so schwer in Anspruch genommen werden kann.

Ich frage Sie ferner, ob ihn die französische Regierung selbst mobilisiert hat. Ich zähle mich zu denen, die dies gerne sehen würden, denn meiner Ansicht nach ist es ein paar Monate vor den Wahlen sehr wichtig, dass unsere Bürger wissen, dass es europäische Solidarität gibt und dass Europa nicht nur vom Markt beherrscht wird.

Rosa Miguélez Ramos (PSE). – (ES) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, am 23. Januar war ich in Galizien, als meine Region von Windböen mit einer Geschwindigkeit von annähernd 200 km pro Stunde heimgesucht wurde. Mehr als 40 000 Hektar Wald wurden vernichtet.

Galizien verfügt über die größte bewaldete Fläche in der Europäischen Union. Nachdem der Sturm vorüber war, sind mehrere hunderttausend Bäume umgeknickt, Straßen waren blockiert und mehr als 500 km Hoch- und Niederstromkabel lagen auf dem Boden und sind noch immer nicht vollständig repariert worden.

Mehr als 300 000 Stromkunden, ich eingeschlossen, litten unter Stromausfällen, die in manchen Fällen mehrere Tage andauerten. Auch viele Telefonleitungen waren tot.

Der Sturm verursachte Verletzungen und schwere Schäden an Wohnhäusern, der Infrastruktur, Bauernhöfen, Unternehmen, Industrieanlagen, Sporteinrichtungen sowie öffentlichen und kommunalen Gebäuden.

Die Reaktion der galizischen Regierung auf den Sturm, dem bisher schlimmsten seit den Aufzeichnungen, ermöglichte eine schnelle Genehmigung von Hilfgeldern in Höhe von 17 Millionen Euro für erste Entschädigungen der Betroffenen sowie Subventionen für Beseitigungen der Schäden.

Wie wir wissen und wie es hier erwähnt wurde, beantragten die am meisten betroffenen Mitgliedstaaten Frankreich und Spanien am 26. Januar Hilfgelder von Europa für die vom Sturm verursachten Schäden. Da der Schaden, den wir erlitten haben, im Rahmen der aktuellen Verordnung zum Solidaritätsfonds als außerordentliche Katastrophe definiert werden kann, gaben die Regierungen der beiden Mitgliedstaaten bekannt, dass sie nun an einem Antrag für Hilfsmittel aus dem Fonds arbeiten.

Allerdings müssen wir wieder einmal wie bei den kürzlichen Überschwemmungen in Rumänien feststellen, Frau Kommissarin, dass die Anforderungen der Verordnung so restriktiv sind, dass sie de facto verhindern, dass diese Katastrophe als schwerwiegend eingestuft werden kann.

Ich möchte in Erinnerung rufen, wie Sie und andere Kollegen es ebenfalls bereits getan haben, dass die Kommission ihren Vorschlag 2005 vorgelegt und das Parlament 2006 die Reform der Fondsverordnung befürwortet hat. Seit damals wird diese Angelegenheit vom Rat blockiert, der sich seit über zwei Jahren mit der vorgeschlagenen Reform beschäftigt.

Aus all diesen Gründen, Frau Kommissarin, und angesichts dessen, dass diese Umstände außergewöhnlich sind und die Katastrophe ernste Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Stabilität der betroffenen Regionen gehabt hat, möchte ich Sie bitten, die Mittel des Fonds als Beweis der Solidarität mit den betroffenen Mitgliedstaaten und vor allem mit den betroffenen Bürgern freizugeben. Sie sollten meiner Meinung nach finanzielle Unterstützung erhalten, selbst wenn die Schadenssumme nicht so hoch ist. Dies wäre ein direkter und dringend benötigter Ausdruck der europäischen Solidarität.

Flaviu Călin Rus (PPE-DE). – (RO) Zunächst möchte ich den Familien, die infolge dieser Katastrophe gelitten haben, meine Unterstützung versichern. Ich habe wie jeder andere auch die dramatischen Folgen gesehen, die das Sturmtief Klaus mit sich brachte. Ich habe auch die ersten Interventionsanstrengungen in den verwüsteten Gebieten beobachtet, die von den betroffenen Ländern, aber auch von anderen europäischen Staaten unternommen wurden.

Da wir hauptsächlich über die Auswirkungen und Hilfsmittel gesprochen haben, möchte ich der Kommission gerne Fragen zu spezifischen Projekten stellen, mit denen tatsächlich Präventionsmechanismen für Vorfälle wie diese umgesetzt werden können, damit wir zumindest in der Zukunft keine Menschenleben mehr beklagen müssen.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich möchte kurz wie meine Vorredner heute Abend den Familien, die von diesem Sturm schwer getroffen wurden, mein Mitgefühl aussprechen und meine Unterstützung für Appelle für mehr Flexibilität im Solidaritätsfonds anbieten.

Es gibt jedoch noch etwas Wichtiges, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit gerne lenken möchte. Es ist nicht so gravierend wie das, worüber Sie hier diskutieren, aber in allen Mitgliedstaaten gibt es gelegentlich Naturkatastrophen und ich denke dabei auch an die Countys, die ich vertrete – Offaly, http://en.wikipedia.org/wiki/County_Laois – und Louth – wo es außerhalb der üblichen Saison äußerst ungewöhnliche Überschwemmungen gab. Eine kleine Zahl von Familien wurde hiervon stark getroffen, nicht genug, damit man dies zur Kenntnis nehmen würde, aber sie werden ernste Konsequenzen zu tragen haben. Vielleicht müssen wir Hilfeleistungen im Rahmen der ländlichen Entwicklung oder der gemeinsamen Agrarpolitik in Betracht ziehen und einen Härtefallfonds einrichten, der bei Fällen wie diesen einspringt, die es nun einmal gibt und für die Hilfe benötigt wird.

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Frau Präsidentin, die Kommissarin erwähnte mehrere Katastrophen in ihrer Eröffnungsrede, darunter die Hitzewelle in Frankreich vor ein paar Jahren, die das Leben von 12 000 bis 14 000 Menschen forderte. Nur der Richtigkeit halber: es war weder ein Sturm noch eine Überschwemmung oder etwas mit den anderen Naturkatastrophen vergleichbares. Diese Hitzewelle zog sich über fünf bis sechs Wochen hin, und die Todesfälle ereigneten sich ebenfalls in einem Zeitraum von fünf bis sechs Wochen. Fast alle Menschen, die gestorben sind, waren entweder behindert oder alt und wohnten in Pflegeheimen oder nahmen häusliche Pflege bzw. Kurzzeitpflege in Anspruch, während ihre Familienangehörigen Urlaub machten. Die französische Regierung hat zu keinem Zeitpunkt die Familien oder das Pflegepersonal aufgefordert, aus ihrem Urlaub zurückzukehren, noch schaltete sie die Armee oder andere Rettungsdienste ein. Sie ließ es einfach zu, dass Menschen starben – Woche für Woche.

Ich habe mit vielen Leuten in Frankreich über dieses Ereignis gesprochen, da ich mich am von der Kommission finanzierten Projekt zur Rettung Behinderter in Katastrophensituationen beteilige. Es war ein Skandal, und zwar einer, auf den niemand hingewiesen und den niemand erkannt hat. Ich möchte die Kommission gerne bitten, diese Hitzewelle wie auch die Anzahl der Todesopfer zu untersuchen, um zu erkennen, dass Frankreich nichts getan hat, um Abhilfe zu schaffen. Als dann der Herbst kam und all diese Menschen begraben waren, hatte man 14 000 Sozialhilfeempfänger weniger auf der Liste.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, lassen Sie mich sagen, dass jeder von uns schon einmal Umwelt-, Natur- oder von Menschen verursachte Katastrophen in unseren jeweiligen Ländern erlebt hat. Deshalb teile ich sowohl Ihre Gefühle als auch Ihre Bedenken voll und ganz.

Der Solidaritätsfonds hat bislang 20 Mitgliedstaaten Hilfe angeboten, darunter viermal für Frankreich, für Deutschland, Griechenland, Zypern, Portugal und viele andere – 20 insgesamt – aber ich weiß, und ich teile Ihre Ansicht, dass wir dies verbessern sollten. Wir sollten ihn noch praktischer gestalten und den Mitgliedstaaten mehr Hilfe anbieten. Wir sollten unsere Anstrengungen fortsetzen, um diese Verbesserungen vom Rat genehmigt zu bekommen. Ich bin froh, dass wir die Genehmigung des Parlaments hierfür haben, und Ihre Unterstützung wird eine große Hilfe bei unseren Bemühungen sein.

Wie ich bereits in meiner Eröffnungsrede sagte, engagiert sich die Kommission in vollem Maße dafür, Frankreich und Spanien zu helfen, die beide vom Wintersturm Klaus getroffen wurden, und wir werden alle europäischen Instrumente mobilisieren, um ihnen gegenüber die europäische Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Die Kommission ist dazu bereit, die Möglichkeit zu prüfen, den Solidaritätsfonds zu mobilisieren, aber als erstes benötigen wir hierfür einen Antrag von Frankreich und Spanien. Sie haben 10 Wochen Zeit, um diese Hilfsmittel zu beantragen.

Ich wurde gefragt, ob uns andere Maßnahmen zur Verbesserung des Systems der Solidarität gegenüber Mitgliedstaaten im Fall von Naturkatastrophen in petto haben, weshalb ich ebenfalls gerne erwähnen möchte, dass wir neben der Revision des Solidaritätsfonds eine Mitteilung vorbereiten, deren Ziel es ist, Maßnahmen zu finden, die in eine Strategie der Gemeinschaft zur Prävention von Natur- und von Menschen verursachten Katastrophen einbezogen werden könnten.

Kurzum, die Kommission erachtet den Solidaritätsfonds bereits jetzt für ein äußerst nützliches Instrument, aber natürlich gibt es Spielraum für Verbesserungen und wir sollten unsere diesbezüglichen Anstrengungen fortsetzen.

Die Präsidentin. - Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Zita Pleštinšá (PPE-DE), schriftlich. – (SK) Das Sturmtief Klaus zog am 23. bis 25. Januar über den Südwesten Europas hinweg und verursachte erheblichen Schaden. Während dieses Sturms kam es zu Windgeschwindigkeiten von bis zu 194 km/h. Der Sturm forderte in Spanien, Frankreich und Deutschland 18 Todesopfer, und die Anzahl der Opfer wäre noch höher gewesen, wenn das Frühwarnsystem nicht funktioniert hätte.

In der Slowakischen Republik verfolgten wir die Fernsehnachrichten mit tiefem Mitgefühl, als die schreckliche Tragödie im Dorf Sant Boi de Llobregat ihren Lauf nahm, wo vier Kinder ihr Leben verloren, als das Dach einer Turnhalle abgedeckt wurde. Ich möchte allen Familien, die Angehörige verloren haben, mein aufrichtiges Beileid aussprechen.

Der Solidaritätsfonds ist ein nützliches Instrument. Er wurde nach den Überschwemmungen im August 2002 eingerichtet. Hilfsmittel aus dem Fonds werden den Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern zugeteilt, die große Naturkatastrophen erlitten haben. Dies gilt für Katastrophen, die Schäden verursachen, die auf mehr als 0,6 % des BIP des betroffenen Landes geschätzt werden. Nach dem Sturm im November 2004, der 2,5 Millionen Kubikmeter Holz vernichtet hat, erhielt die Slowakische Republik 5 667 578 Euro aus diesem Fonds.

Die Anzahl der Katastrophen nimmt in Europa infolge des Klimawandels stetig zu, was uns dazu zwingt, Regelungen zu verabschieden, die nicht nur die rasche und flexible Bereitstellung finanzieller Unterstützung unmittelbar nach einer Katastrophe sicherstellen, sondern auch die Umsetzung von Präventivmaßnahmen gegen diverse Naturkatastrophen.

16. Verwendung von PCB-haltigem Altöl in einer Anlage zur Speiseresteverwertung in Irland (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission über die Verwendung von PCB-haltigem Altöl in einer Anlage zur Speiseresteverwertung in Irland.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, die Kommission ist sich der hohen Risiken von polychlorierten Biphenylen (PCB) für die Volksgesundheit und die Umwelt bewusst.

Vorfälle wie die von 1999 in Belgien und vom vergangenen Jahr in Irland haben einmal mehr gezeigt, dass selbst kleine Mengen PCB die Tierfutter- und Lebensmittelkette erheblich kontaminieren können.

In den letzten dreißig Jahren hat die EU Gesetze erlassen, um die Freisetzung von PCB und Dioxinen in die Umwelt zu senken, mit dem Ziel, Menschen und die Umwelt vor dieser chemischen Verbindung zu schützen.

Nichtsdestotrotz werden, da PCB-haltige Geräte in der Regel eine längere Lebensdauer haben, selbst nach dem Verbot von PCB im Jahr 1985 weiterhin erhebliche Mengen davon eingesetzt und stellen dadurch eine Quelle für mögliche schädliche Auswirkungen auf den Menschen dar.

Insbesondere die Richtlinie über die Entsorgung von PCB, die Richtlinie 96/59/EG vom September 1996, sieht geeignete Werkzeuge vor, um die schnellstmögliche Entsorgung von PCB-haltigen Geräten und Abfällen zu gewährleisten. Große Geräte müssen vor Ende 2010 entsorgt werden.

Allerdings gibt es nach wie vor erhebliche Lücken bei der vollen Umsetzung dieser Gesetzgebung. Die Kommission musste Vertragsverletzungsverfahren gegen die meisten Mitgliedstaaten wegen eines Verstoßes gegen die Pflicht einleiten, Verzeichnisse der großen PCB-haltigen Geräte und der PCB-Entsorgungsanlagen zu erstellen.

Infolge dieser Vertragsverletzungsverfahren hat sich die Gesamtsituation verbessert. Derzeit sind nur noch zwei dieser Fälle offen, aber auch diese werden bald abgeschlossen sein.

Alle Mitgliedstaaten haben ihre Pläne für die Dekontaminierung bzw. die Entsorgung der in den Verzeichnissen aufgeführten Geräte und des darin enthaltenen PCBs sowie für die Einziehung und anschließende Entsorgung von Geräten vorgelegt, die weniger als fünf Kubikdezimeter PCB enthalten (wie in Artikel 11 der Richtlinie gefordert).

Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich. Um die Effizienz der PCB-Entsorgungsanlagen sicherzustellen, müssen die Mitgliedstaaten die Umsetzung der bestehenden Gesetzgebung zu PCB und der europäischen Abfallentsorgungsgesetze im Allgemeinen weiter verbessern.

Die Kommission misst der ordnungsgemäßen Umsetzung der EU-Abfallentsorgungsgesetze immer mehr Bedeutung bei und unterstützt Mitgliedstaaten aktiv dabei, die Umsetzung ihrer nationalen Abfallentsorgungsgesetze voranzutreiben.

Die Futtermittelhygiene-Verordnung Nr. 183/2005 sieht Mindestanforderungen für die Futtermittelhygiene vor, die von der primären Futtermittelproduktion an (auf Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe) über die Erzeugung, die Verarbeitung und den Vertrieb bis hin zur Fütterung der Tiere gelten.

Futtermittelunternehmer (FMU) sollten Verfahren auf der Grundlage der HACCP-Grundsätze einführen, umsetzen und beibehalten. Dies bedeutet, dass kritische Kontrollpunkte und unter anderem mögliche chemische Kontaminationen während der Durchführung des Direkterhitzungsverfahrens zur Trocknung von Futtermitteln erkannt werden müssen.

Die Verantwortung für die Einhaltung dieser Anforderungen obliegt den Futtermittelunternehmen, wenngleich die Eignung der von den FMU ergriffenen Maßnahmen von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten überprüft werden muss. In den meisten Fällen muss dies vor Ort geschehen.

Des Weiteren verlangen die allgemeinen Grundsätze über die Durchführung amtlicher Kontrollen, wie sie in der Verordnung über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen dargelegt sind, von den Mitgliedstaaten, dass sie gewährleisten, dass die Kontrollen regelmäßig auf Risikobasis und mit angemessener Häufigkeit durchgeführt werden. Diese amtlichen Kontrollen müssen Kontrollen der Futtermittelunternehmen beinhalten.

Die Rolle der Kommission ist in Artikel 45 der Verordnung über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen (EG) Nr. 882/2004 beschrieben. Experten der Kommission führen Prüfungen der zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten durch, um sicherzustellen, dass die Kontrollen im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht stattfinden.

Eine allgemeine Prüfung Irlands im Rahmen dieses Artikels wurde 2008 in einer Reihe von Sektoren durchgeführt, und in Kürze wird der Bericht darüber vorliegen. Die Liste der zu prüfenden Einrichtungen wird gemeinsam von den nationalen zuständigen Behörden und den Prüfern des FVO festgelegt.

Die in der Frage erwähnte Anlage gehörte nicht zu denen, die im Rahmen der allgemeinen Prüfung von 2008 einer Inspektion unterzogen wurden.

Bei dem Dioxinkontaminierungsvorfall in Irland wurde der Einsatz kontaminierter Brotkrumen als Tierfutter als Kontaminierungsquelle festgestellt. Die Brotkrumen wurden aus Bäckereiabfällen hergestellt (Brötchen mit abgelaufenem Verfallsdatum), die unter Anwendung eines Direkterhitzungsverfahrens getrocknet werden. Bei einem Direkterhitzungsverfahren kommen die Abgase in direkten Kontakt mit den zu trocknenden Futtermitteln. Der verwendete Kraftstoff war offensichtlich mit PCB-haltigem Transformatorenöl kontaminiert. Die jeweiligen Verantwortungen der diversen Akteure, angefangen vom Hersteller der Brotkrumen bis hin zum Kraftstoffanbieter, usw. werden in den laufenden Ermittlungsverfahren festgestellt werden.

Ich möchte die große Bedeutung eines umfassenden Ansatzes zur Gefahrenklassifizierung unterstreichen, die mögliche Gefahren nicht nur in Bezug auf die Art des eingesetzten Materials, in diesem Fall Brotkrumen, berücksichtigt, sondern auch Gefahren im Prozess selbst.

Mairead McGuinness, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich möchte der Kommission für diese äußerst detaillierte Erklärung zu dieser Angelegenheit danken.

Ich denke, der Grund, weshalb wir heute Abend hierüber debattieren ist der, dass wir Lehren daraus ziehen und sicherstellen wollen, dass dies nicht wieder vorkommt. Die Schwierigkeit ist, dass wir damals im Jahr 1999, als wir ein Problem in Belgien entdeckten, dachten, wir hätten unsere Vorschriften ausreichend verschärft, damit es keinen anderen Vorfall dieser Art mehr geben würde. Allerdings wissen wir es jetzt besser und wir kennen die Folgen des Versagens des Systems, nicht nur im Hinblick auf finanzielle Aspekte – wenngleich diese für die Europäische Union, das irische Finanzministerium und die Steuerzahler von enormer Bedeutung sind – sondern auch in Bezug auf den Vertrauensverlust bei den Verbrauchern und den Schaden, der dem irischen Nahrungsmittelproduktionssektor bezogen auf die Märkte zugefügt wurde.

Ich freue mich, dass wir nun Fortschritte erzielt haben und unseren Ruf auf dem internationalen Markt wiederhergestellt haben, aber ich bin mir auch durchaus bewusst, dass auch die Landwirte in der ganzen

Europäischen Union aufgrund des Vorfalls in Irland mit Problemen konfrontiert werden. Darum denke ich, dass sich die Aussprache heute Abend nicht nur um Irland dreht. Meiner Ansicht nach geht aus Ihrer Aussage hervor, dass sich dieser Vorfall in Irland möglicherweise in anderen Mitgliedstaaten wiederholen kann. Das sollte, nehme ich an, der Ausgangspunkt für diese Debatte sein.

Uns ist bekannt, dass dieses Öl nicht in die Tierfutterkette hätte gelangen dürfen. Was wir versuchen, herauszufinden, ist die Art, wie dies geschehen konnte, und – wie Sie richtig gesagt haben – ist dies Gegenstand einer polizeilichen Ermittlung mit grenzüberschreitender Dimension. Wir werden, so hoffe ich, den Ablauf der Ereignisse genau klären, damit wir derartiges künftig vermeiden können.

Dies wirft jedoch eine weitere Frage auf, auf die Sie bereits angespielt haben, und zwar die, wie wir mit Abfällen und überschüssigen Nahrungsmitteln umgehen. Wiederverwertung ist nun das richtige Stichwort. Jeder ist dafür, denn wir alle wollen umweltfreundlich und nachhaltig handeln. Wir haben es hier also mit zwei Themenbereichen zu tun: zuallererst mit dem Thema der Wiederverwertung von Ölen – das Sie alle angesprochen haben – und ich denke, diesem sollten wir uns sorgfältig widmen, nicht nur in Bezug auf PCB, sondern auch allgemeiner in Bezug auf die Einsammlung, Weiterleitung, Behandlung, usw. von Altölen, wenngleich wir uns speziell wegen des PCBs Sorgen machen.

Was die überschüssigen Nahrungsmittel – oder Lebensmittelabfälle, wie diese gelegentlich genannt werden – vertrete ich persönlich die Ansicht, dass es angemessen ist, diese in der Tierfutterkette zu verwenden, aber ich möchte sehr klar zum Ausdruck bringen, dass wenn wir ihre Sicherheit und die Art ihrer Verarbeitung bzw. den Umgang damit nicht garantieren können, ich fürchte, dass wir ein Verbot derselben in der Nahrungsmittel- und Futterkette in Erwägung ziehen müssen.

Ich möchte nicht, dass es so weit kommt, aber ich möchte auch nicht sehen, dass sich ein Vorfall wie der in Irland und dessen Folgen noch einmal wiederholen. Was wir wollen ist, dass diese überschüssigen Nahrungsmittel bzw. die Lebensmittelabfälle verwendet werden, weil sie von guter Qualität sind, nicht weil die Tierfutterkette eine Deponie für sie ist. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt.

Wir müssen auch sehr offen über das gesamte Thema der Mischung von Tierfutter sprechen. Landwirte kaufen gerne Zutaten und mischen ihre eigenen Rationen zusammen. In der Regel tun dies vor allem größere landwirtschaftliche Betriebe. Das ist in Ordnung, wenn wir strenge Kontrollen dafür haben. Ich habe erfahren, dass regelmäßige Überprüfungen durchgeführt werden, aber in diesem Fall gab es eindeutig einige Lücken bei den Kontrollen auf diesem Markt. Die Landwirte, die unter den Folgen der Verwendung des Produkts gelitten haben, fragten mich zu Recht, warum niemand vorbeigekommen ist, um zu prüfen, was auf ihre Höfe kommt.

Was das Regulierungsthema betrifft, denke ich, dass es äußerst strenge Kontrolle für zugelassene Tierfutteranbieter gibt – für die gesamte Futterindustrie der Europäischen Union. Diese wurden wegen Praktiken in der Vergangenheit eingeführt und mussten dann verstärkt werden.

Ich habe das Gefühl, dass wir in den Mitgliedstaaten die Gesetzestreuern besonders scharf regulieren und die potenziellen Gesetzesbrecher nicht genügend im Auge behalten. Wir sind keine Querdenker. Es gibt möglicherweise eine Tendenz dazu, dass sobald die Entlastungspapiere korrekt sind und die entsprechenden Häkchen gemacht worden sind, alles unter den Teppich gekehrt wird und nur an der Oberfläche gekratzt wird.

Meiner Ansicht nach müssen wir uns die Gesetzgebung nochmals vornehmen. Wir tun dies bereits im Finanzsektor und im Nahrungsmittelsektor müssen wir dasselbe tun. Ich denke ferner, dass die landwirtschaftlichen Betriebe die Inspektoren manchmal als den Leibhaftigen betrachten, der ihre Höfe heimsucht. Warum freuen sich die Landwirte nicht über ihr Kommen und warum sehen sie sie nicht als Beschützer ihrer Betriebe an?

Ich denke, wir müssen die Denkweise nun basierend auf dieser Erfahrung in der gesamten Nahrungsmittelkette ändern. Ich begrüße die Ankündigung des irischen Bauernverbands ganz besonders, eine Nahrungsmittelarbeitsgruppe einrichten zu wollen. Es ist höchste Zeit, dass die Landwirte eine gewisse Kontrolle über die Nahrungsmittelkette ausüben, die quasi mit ihnen beginnt.

Abschließend möchte ich das Thema der Billigzutaten auf später verschieben, aber der Druck auf die Erzeuger, immer billiger zu produzieren, ist ein Teil dieses Themas, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Proinsias De Rossa, im Namen der PSE-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich habe eine Reihe von Anmerkungen zu diesem Thema zu machen, und natürlich bin ich nicht ganz damit einverstanden, was Frau McGuinness

gesagt hat, nämlich, dass es hier nicht um Irland geht. Selbstverständlich geht es hier um Irland. Es ist der jüngste Skandal im Zusammenhang mit Lebensmittelrisiken.

Der Schutz der Volksgesundheit muss bei diesem Thema oberste Priorität haben, und wir sprechen hier über die Umsetzung einer Richtlinie von 1996. Nun, bedauerlicherweise war Irland einer der Mitgliedstaaten, die unter Androhung rechtlicher Schritte dazu gezwungen werden mussten, diese Richtlinie tatsächlich umzusetzen, und das war fünf Jahre später im Jahr 2001. Natürlich ist der Umsetzungsprozess immer noch im Gange, und die Inspektionsverfahren zur Sicherstellung ihrer Einhaltung scheinen große Schwächen aufzuweisen. Nachdem, was ich erfahren und darüber gelesen habe, ist der Informationsmangel darüber, was in diesem speziellen Fall der Kontaminierung des Schweinefleisches genau passiert ist, eines der erstaunlichsten Dinge. Man bekommt den Eindruck, dass die betreffende Fabrik, die das Futtermittel hergestellt hat, schon seit Langem nicht mehr kontrolliert worden ist.

Ich muss auch sagen – und ich bin mir sicher, die Regierung wäre überrascht, mich dies sagen zu hören – dass ich davon überzeugt bin, dass sie die richtige Entscheidung getroffen hat, indem sie den Vertrieb des Schweinefleisches sofort untersagt hat und das Fleisch aus den Verkaufsregalen beseitigen ließ. Natürlich litten viele unschuldige und gesetzestreue Erzeuger, Metzger und andere darunter: 90 % oder mehr der Produkte waren schließlich nicht verseucht. Die betreffende Fabrik belieferte nur rund 10 Abnehmer, weshalb es ein großer Schritt war, aber es war der richtige. Das Wichtigste ist, dass wir versuchen sicherzustellen, dass die Bevölkerung und die Verbraucher sicher sein können, dass die Lebensmittel, die sie in den Supermärkten oder in den Läden um die Ecke kaufen, sicher sind. Wenn wir nicht umgehend drastische Schritte unternehmen, um dies zu garantieren, dann kommen wir meines Erachtens unserer Verantwortung nicht nach.

Ich möchte der Kommissarin zwei Fragen stellen. Die erste dreht sich darum, wie ich bereits erwähnt habe, dass wir hier über die Umsetzung der Richtlinie von 1996 sprechen. Gibt es denn kein Argument dafür, diese Richtlinie zu überarbeiten? Sind die von uns in dieser Richtlinie gesetzten Standards nun geeignet oder nicht? Sollten wir uns nicht ernsthafter darum bemühen, dieses PCB wesentlich schneller als vorgesehen aus dem Verkehr zu ziehen, insbesondere angesichts der späten Umsetzung der Richtlinie von Seiten vieler Mitgliedstaaten?

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Bewirtschaftungsplan, den die Umweltschutzbehörde in Irland 2008 verspätet umgesetzt hat, und in dem es ebenfalls um die Durchführungsvorschriften bezüglich der Nichtverwendung von PCB und PCB-haltigen Geräten geht. Ich möchte gerne wissen, ob die Durchführungsvorschriften tatsächlich mit der Richtlinie im Einklang stehen. Sollten wir nicht eine strengere Anwendung der Vorschriften in Bezug auf den Umgang mit PCB anstreben? Ich bin nicht für Geldbußen für jeden, der hier und da gegen eine Vorschrift verstößt, aber ich denke, dass wenn es um die Lebensmittelsicherheit geht, strafrechtliche Sanktionen gegen diejenigen verhängt werden sollten, die ihre Position fahrlässig ausnutzen.

Liam Aylward, im Namen der UEN-Fraktion. – Frau Präsidentin, die irische Schweinefleischindustrie spielt eine entscheidende Rolle im irischen Agrar- und Lebensmittelsektor. Diese Industrie wird auf einen Wert von rund 1 Milliarde Euro geschätzt, und sie ist direkt und indirekt für die Beschäftigung von 10 000 Menschen verantwortlich.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Konjunkturklimas und der steigenden Lebensmittelpreise ist es entscheidend, dass wir in Irland unser Möglichstes tun, um den irischen Schweinefleischsektor zu verteidigen, der sich an die höchsten Standards der Europäischen Union und die höchsten internationalen Standards hält.

Der Nachweis von Dioxinen über der Mindestgrenze in einer Schweinefettprobe im Rahmen des National Residue Monitoring Programme ermöglichte das rasche Auffinden der Kontaminierungsquelle in einer einzelnen Futterproduktionsfabrik. Wenngleich jede Kontaminierung unserer Lebensmittel bedauerlich ist, zeigt dieser Vorfall, dass wir über sehr gut greifende Lebensmittelsicherheitskontrollen verfügen, die die irischen Behörden zur Gewährleistung der Integrität der Lebensmittelkette eingeführt haben. In anderen Worten, die Kontrollen funktionierten.

Ich möchte daher die Kompetenz und Schnelligkeit der von der irischen Regierung und dem Agrarministerium ergriffenen Maßnahmen bezüglich der Entscheidung anerkennen, alle Produkte vom Markt zurückzurufen. Dies wurde von den europäischen und internationalen Märkten sehr gut aufgenommen, ja, selbst von der Europäischen Kommission. Es hat gezeigt, wie ernst wir als Land die Angelegenheiten rund um die

Lebensmittelsicherheit nehmen, und es hat dazu beigetragen, unseren Ruf im In- und Ausland als Qualitätslebensmittelerzeuger zu wahren.

Die irischen Verbraucher kauften weiterhin Schweinefleisch, als es in den Supermarktregalen wieder angeboten wurde, und der Handel mit den meisten europäischen und internationalen Märkten kam frühzeitig wieder in Schwung. Offensichtlich muss weitere Arbeit geleistet werden, um wieder das volle Handelsvolumen zu erreichen, darunter verstärkte Werbekampagnen, usw.

Ich möchte den Agrarausschuss des irischen Parlaments für seine umfassende Untersuchung des Dioxinvorfalls loben, in deren Rahmen eine Reihe von Anhörungen stattfand, an denen Ministerien, staatliche Behörden und Vertreter der Schweinefleischindustrie beteiligt waren. Ich freue mich auch, dass das Agrarministerium eine weitere Untersuchung unter dem Vorsitz von Herrn Professor Patrick Wall, einem äußerst bekannten Experten in europäischen Kreisen durchführt.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! In Irland ist es durch Kontrollen wenigstens aufgefallen. Vor zehn Jahren in Belgien sind noch die Hühner von der Stange gefallen. In beiden Fällen spricht man von Unfällen, die passiert sind, aber die Unfälle sind nie belegt worden. Nach zehn Jahren ist in Belgien jetzt der Prozess abgeschlossen. Es hat jemand anderthalb Jahre auf Bewährung bekommen. Aber wie das hereingekommen ist, ist nicht klar. Also müssen wir weiterhin davon ausgehen, dass hier toxische Stoffe bewusst untergemischt werden, dass Futtermittel dazu gebraucht werden, die Entsorgungskosten zu sparen. Man verschneidet dann das Öl und bringt es in die Futtermittel. Beide Male geht es um Transistorenöl.

Solange die Unfälle nicht nachgestellt sind und bewiesen ist, dass es tatsächlich an der Verbrennung lag, muss man auch in Irland davon ausgehen, dass wieder ein krimineller Akt vorgenommen wurde, bei dem diese toxischen Stoffe, dieses PCB, eingemischt wurde. Das heißt, wir müssen die Kontrollen erhöhen, damit sich die kriminelle Energie nicht auf diese Futtermittel konzentriert, dass man meint, man könne hier Kosten sparen.

Von daher ist die offene Deklaration, die wir morgen hier verabschieden, eine weitere Möglichkeit, zwar nicht gegen kriminelle Energie, aber diese Kontrollen zu verschärfen. Und man muss Risiken nicht nur daran messen, um welche Fabriken es sich handelt, sondern man muss diese Risiken auch daran messen, wer bitteschön diese Fabriken führt und aus welchen dunklen Kanälen dieses Öl stammt. Man kennt seine Pappenheimer, und dies muss dann auch bei den Kontrollen klar sein, bei den Institutionen, dass diese ein höheres Risiko darstellen und damit schärferen Kontrollen unterworfen sein müssen.

Bairbre de Brún, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (GA) Der Vorfall, bei dem große Mengen Dioxin in irischen Fabriken gefunden wurden, sorgt für enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Landwirte im Norden und Süden. Das sind schlechte Nachrichten im derzeit schwierigen Wirtschaftsklima. Da so schnell Maßnahmen ergriffen wurden, kann der Markt sicher sein, dass das irische Schweinefleisch sicher ist. Sei es wie es wolle, es darf nicht erwartet werden, dass die Betroffenen die Konsequenzen alleine tragen. Ich weiß, dass sich einige dieser Wirtschaftsfragen auf andere Kommissare beziehen, aber es ist wichtig, dass die folgenden Punkte geklärt werden.

Ziel des Schweinefleischrückrufprogramms der irischen Regierung im Dezember 2008 war die Herausnahme des kontaminierten irischen Schweinefleischs vom Markt. Sei es wie es wolle, es scheint nicht, dass dieses Programm die 4 000 kontaminierten Schweine abdeckte, die zwischen dem 1. September und dem 6. Dezember 2008 zur Schweinefleischfabrik in Cookstown im County Tyrone, meinem Wahlkreis, gebracht wurden.

Glücklicherweise können wir uneingeschränkt sagen, dass irisches Schweinefleisch vollkommen sicher ist. Wenn diese Fabrik keinen Anspruch auf Ausgleichszahlungen im Rahmen des EU-Hilfsprogramms hat, besteht jedoch die echte Gefahr, dass sie ihren Betrieb nicht fortführen kann.

Die EU muss dafür sorgen, dass dieses Verarbeitungswerk nicht mit den Konsequenzen aus dem Umstand, 4 000 Schweine angenommen zu haben, allein gelassen wird.

Wenn sie keine Ausgleichszahlungen im Rahmen des Schweinefleischrückrufprogramms erhält, das zwischen der Kommission und der irischen Regierung vereinbart wurde, muss ein ähnliches Programm zwischen der Kommission und dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der Parlamentsversammlung in Belfast vereinbart werden.

Im Geiste der Solidarität sollte die Europäische Union die Kofinanzierung der erforderlichen Ausgleichszahlungen für die Betroffenen beschließen. 2009 wird für jeden ein schwieriges Jahr werden – vergessen wir die sehr außergewöhnlichen Umstände nicht, durch die viele Menschen im Nahrungsmittelsektor in ein Dilemma gerieten, das sie nicht verursacht haben.

Die Minister in der Parlamentsversammlung in Belfast und in der irischen Regierung werden bald eine Strategie zur Tiergesundheit für die ganze Insel beschließen.

Wir müssen einen Ansatz für die Gesamtinsel haben, der weiter geht als die Tiergesundheit, und der ein einziges regulatorisches Konzept für Irland beinhaltet. Das heißt, die EU-Verordnungen sollten auf Gesamtinselsbasis verwaltet und umgesetzt werden. Jeder irische Landwirt würde von einer Situation wie dieser profitieren, und die Vermeidung von Doppelregulierungen würde die Effizienz der Überwachung der EU-Verordnungen erhöhen.

Kathy Sinnott, *im Namen der IND/DEM-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Kollegin erwähnte die dunklen Kanäle, über die PCB in die Nahrungsmittelkette in Irland gelangte. Ich denke, es ist vielleicht noch schlimmer, blickt man auf die Geschichte von PCB zurück. Polychlorierte Biphenyle gibt es nun schon seit fast 100 Jahren. Sie sind vom Menschen gemacht, und von Anfang an gab es keinen Zweifel daran, dass sie sehr gefährlich sind.

Sie wurden viele Jahre lang in Kondensatoren, Hydraulikkraftstoffen und Fußbodenholzlacken verwendet: eindeutig Stoffe, die wir nicht in der Nahrungsmittelkette haben wollen. Aber fast von Anfang des 20. Jahrhunderts an bis 1966, als ein schwedischer Wissenschaftler ihre Gefährlichkeit nachwies, schauten die Menschen weg und ermöglichten somit ihren Einsatz, selbst noch, nachdem es zu zahlreichen Industrieunfällen gekommen war.

Aber selbst nachdem der wissenschaftliche Beweis vorlag, dauerte es noch bis in die 1970er Jahre – 1972 –, bis PCB in öffentlichen Gebäuden verboten wurde; und auch dann noch wurde ihre Verwendung weiter erlaubt, bevor sie im Jahr 2000 endgültig verboten wurden. Es gibt also noch viel PCB in der Umwelt, seit beinahe 100 Jahren, obwohl wir wussten, wie gefährlich das ist.

Trotz der Richtlinie der Kommission von 1996, die die Entsorgung von PCB vorschreibt, tauchen sie immer wieder auf, insbesondere in Belgien und Irland, wie kürzlich gesehen.

Aber ich habe festgestellt, dass die Menschen in Irland eine Sache wirklich verwirrt hat. Ich erinnere mich daran, zu dieser Zeit einen Metzger besucht zu haben, und er konnte es einfach nicht verstehen. Er sagte, wir hätten so viele Möglichkeiten zur Rückverfolgbarkeit eingeführt. Wir können genau prüfen, woher das Ei kommt und an welchem Tag es gelegt wurde, und wenn wir wirklich ein wenig tiefer graben wollen, können wir exakt klären, von welchem Bauernhof es stammt, und so weiter. Und selbst nachdem wir die Quelle des PCBs kannten, wurde dieser Metzger, der nur sein eigenes Schweinefleisch verkauft und alle Code-Nummern, usw. besitzt, gezwungen, Schweinefleisch wegzuworfen und zu vernichten.

Ich verstehe nicht, wie das passieren konnte. Wir haben doch wirklich so hart im Unterausschuss gearbeitet, und auch Sie haben sich so sehr angestrengt, eine Rückverfolgbarkeit zu ermöglichen, und als es dann zu dem Vorfall kam, wurden diese Systeme nicht genutzt. Vielleicht wurden sie ja dazu eingesetzt, die Bauernhöfe ausfindig zu machen, aber definitiv nicht dazu, den Ruf der Unschuldigen zu wahren, und das hat die Menschen sehr viel Geld gekostet – und auch für mein Land war dies sehr teuer, denn es betraf nicht nur diese bestimmte Lieferkette. Das ganze Land wurde an den Pranger gestellt.

Auch andere Dinge sorgten für Verwirrung. Wir sprechen heute über PCB und Dioxine, und das ist gut so, aber werden wir weitere 100 Jahre brauchen, bevor wir die Verbindung zwischen Dioxinen und der Abfallverbrennung erkennen? Das ist etwas, das ich ebenfalls ständig versuche zu tun, nämlich die Dioxine aus den Verbrennungsanlagen von der Nahrungskette fern zu halten.

Jim Allister (NI). – Frau Präsidentin, mehrere Landwirte und ein Verarbeitungsunternehmen in meinem Wahlkreis haben einen Verlust von mehreren Millionen Pfund erlitten, den sie nicht selbst verschuldet haben, weil kontaminierte Futtermittel in gutem Glauben von einem Futtermittelanbieter gekauft wurden, der mutwillig unverantwortlich gehandelt und gegen die guten Praktiken verstoßen hat. Es überrascht nicht, dass es in den betroffenen Wahlkreisen viel Ärger gibt.

Ich habe eine Reihe von Fragen an die Kommissarin. Wenn Sie heute Abend nicht beantwortet werden können, würde ich mir gerne eine schriftliche Beantwortung wünschen, wenn dies möglich ist.

Erstens: gab es früher schon Verstöße des betreffenden Futtermittelunternehmens gegen EU-Verordnungen? Gibt es ein spezielles Gesetz hierfür, wie vorgeschlagen?

Zweitens: hatte Millstream eine Genehmigung zur Verwendung des besagten Öls? Falls nicht, lag es nicht in der Verantwortung des Mitgliedstaates, sicherzustellen, dass eine derartige Missachtung grundlegender rechtlicher Vorschriften erkannt und geahndet wird?

Drittens: führte Millstream eine HACCP-basierte Risikoanalyse und einen Plan zur Selbstkontrolle durch, wie dies in der Lebensmittelhygieneverordnung vorgeschrieben ist?

Viertens: ist die Kommission mit der Art und Häufigkeit der Inspektionen und Überwachungen zufrieden, die der Mitgliedstaat in diesem Werk und seiner Produktion durchgeführt hat, wobei der Umstand zu berücksichtigen ist, dass der Mitgliedstaat verpflichtet ist, einen risikobasierten amtlichen Kontrollplan zu haben? Gab es Fahrlässigkeit von Seiten der irischen Behörden bei der strengen Durchsetzung des Futtermittelgesetzes und der Vorschriften zur Nahrungsmittelsicherheit?

Fünftens: in meinem Wahlkreis müssen legitime Lebensmittelunternehmen im Rahmen der Qualitätssicherungsprogramme strenge Kontrollen durchführen und strenge Standards erfüllen. Warum wurde beim Recycling in der Millstream-Fabrik nicht mit derselben Sorgfalt vorgegangen?

Sechstens: Vertraute man auf die Selbstzertifizierung der Sicherheit von Futtermittelunternehmen, und wenn ja, warum durfte es in diesem Fall eine solche geben, obwohl dies nur kleinen Betrieben erlaubt ist?

Abschließend möchte ich fragen, auf welcher rechtlichen Grundlage genau die Kommission die Auszahlung einer großen Geldsumme an den irischen Staat genehmigt hat, da der Sprecher der Kommission zu Beginn erklärt hat, es gebe keine solche Grundlage? Gibt es ein Follow-up bezüglich der Verstöße, wenn festgestellt wird, dass dieser Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt?

Maria Petre (PPE-DE). – (RO) Es ist sinnvoll, dass wir heute Abend eine Aussprache über die Erklärung haben können, die die Kommission und Sie, Frau Kommissarin, bereits in Bezug auf die Verwendung von Altölen in der Futtermittelproduktion in Irland abgegeben haben.

Ich möchte diese Debatte gerne etwas erweitern, um Ihnen mitzuteilen, dass eine große Zahl von Mitgliedstaaten, darunter auch Rumänien, über das ich noch sprechen werde, von diesem Vorfall betroffen war, bzw. um mich präziser auszudrücken, der Vorfall hat die Fleischindustrie betroffen, vor allem aber die Verbraucher. Die geschädigte Branche musste hohe Verluste in einem extrem kurzen Zeitraum hinnehmen, und die Verbraucher wurden zu einer Zeit getroffen, in der, zumindest in Rumänien, in Wahrung der Tradition der Weihnachtsfeierlichkeiten große Mengen an Schweinefleisch verzehrt werden.

Das einzige, was wirklich äußerst gut funktioniert hat, war die Benachrichtigung der Veterinärbehörden über das europäische Frühwarnsystem. Allerdings gab es außer dieser Mitteilung keinerlei Informationen. Man fragte sich, welche Mengen an Fleisch kontaminiert wurden, wohin es vertrieben wurde und wo diese Nahrungsmittelerzeugnisse zu finden waren. Diese Fragen wurden wenn überhaupt, nur teilweise beantwortet. Welche Auswirkungen hatte all das? Es kam zu einer Panikreaktion unter den Verbrauchern und zu enormen Verlusten für die Produzenten. Zudem sahen sich die zuständigen Behörden kaum in der Lage, effizient mit einem solchen Vorfall umzugehen.

Meines Erachtens haben wir es mindestens mit zwei Problemen zu tun. Das erste ist die Dioxinkontamination infolge der Verwendung von Altölen. Uns allen ist bekannt, dass Dioxin eine Substanz ist, die hochgradig gefährlich und für den menschlichen Organismus stark giftig ist, selbst in geringen Mengen. Was können wir tun, um dafür zu sorgen, dass sich ein solcher Vorfall nicht mehr wiederholt?

Das zweite Problem ist die Frage, wie wir die Fähigkeit der zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten verbessern können, in derart gefährlichen Situationen angemessen zu reagieren und Maßnahmen zu ergreifen?

Abschließend hoffe ich, dass uns diese Aussprache einige Antworten geben wird, zumindest auf diese zwei Fragen.

Petya Stavreva (PPE-DE). – (BG) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das Problem der Verwendung von PCB-haltigen Altölen in einer Anlage zur Speiseresteverwertung hat erneut die Frage der Notwendigkeit der Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit in der Europäischen Union aufgeworfen.

Zunächst müssen wir betonen, dass das Problem nicht durch eine Tierkrankheit, sondern durch die ungeeignete Überwachung vorgeschriebener Maßnahmen zur Sicherstellung der Futterhygiene und -sicherheit in der Europäischen Union verursacht wurde. Trotz der eingeführten Kontrollen gelangten große Mengen Dioxin in das Schweinefleisch. Die logische Frage ist nun, warum dies nicht schon früher geschah?

Viele europäische Bürger fragen sich heute, ob die European Union die erforderlichen Gesetze verabschiedet hat, die den Mitgliedstaaten vorschreibt, eine geeignete Überwachung der Sicherheit der Futtermittel durchzuführen, die an die Tiere verfüttert werden. Die Antwort auf diese Frage wird dringend benötigt, berücksichtigt man den Umstand, dass die Nichtanwendung von Sicherheitsnormen in nur einer Nahrungsmittelverarbeitungsfabrik fatale Folgen haben und zu Verlusten von mehreren hundert Millionen Euro führen kann.

Ich möchte an die Europäische Kommission appellieren, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Überwachung zu verstärken, denn dies ist ein untrennbarer Teil der Politik der Europäischen Union zum Schutz der Verbrauchersicherheit. Stark dioxinhaltiges Schweinefleisch kam auch nach Bulgarien und in viele andere europäische Länder. Solche Vorfälle dürfen jedoch künftig nicht mehr erlaubt werden, da der finanzielle und soziale Preis, der danach gezahlt werden muss, zu hoch ist.

Abschließend möchte ich Frau McGuinness zu ihrer Initiative gratulieren, der Kommission diese Angelegenheit zur sorgfältigen Prüfung vorzulegen.

Elisabeth Jeggle (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wir reden heute Abend über die Verwendung von PCB-haltigem Altöl in einer Anlage zur Speiseresteverwertung in Irland. Morgen werden wir über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln reden. Morgen werden wir feststellen, dass wir gemeinsam schon eine Reihe wichtiger und zielführender Vorgaben in diesem Sektor gemacht haben. Und trotzdem gibt es in diesem Bereich immer wieder Probleme. Deswegen sind die fünf Fragen, die Frau McGuinness in ihrer mündlichen Anfrage gestellt hat, ernst zu nehmen und auch ernst zu beantworten.

Frau Kommissarin, Sie selbst sprachen von Lücken, die bei der Umsetzung unserer Gesetzgebung in manchen Mitgliedstaaten noch nicht geschlossen sind. Richtig ist, dass der Futtermittelsektor im Ganzen in den letzten Jahren seine Zuverlässigkeit durchaus bewiesen hat, aber einige Betriebe sind sich entweder der Risiken nicht bewusst, oder sie wollen diese Risiken nicht sehen. Und die Kontrolle auf entsprechender Risikobasis ist wohl in manchen Mitgliedstaaten durchaus noch verbesserungsbedürftig.

Wir alle – wir hier, die abnehmenden Landwirte und ebenso die Verbraucher – erwarten eine korrekte Anwendung der EU-Gesetzgebung mit den entsprechenden Kontrollen. Da denke ich, dass das allgemeine Lebensmittelrecht, Lebensmittel- und Futtermittelhygiene und ebenso die Bedingungen zur Zulassung von Lebensmittelverwertungsbetrieben betrachtet werden müssen.

Ja, wir wollen überschüssige Lebensmittel verwenden. Ich zumindest will, dass wir das können und dass wir diese nicht vernichten. Aber die Rückverfolgbarkeit muss gewährleistet werden. Unerwünschte Stoffe und Erzeugnisse müssen sicher und kontrolliert ausgeschlossen werden können. Die berufliche Befähigung des Betriebspersonals im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit muss gegeben sein, wenn Futtermittelunternehmen zugelassen werden sollen.

Futtermittel sind die Grundlage von Lebensmittelsicherheit, und die Landwirte müssen die Sicherheit haben, damit der Verbraucher sichere und gute Nahrungsmittel hat.

James Nicholson (PPE-DE). – Frau Präsidentin, zuallererst möchte ich sagen, dass ich die Gelegenheit für diese Aussprache begrüße. Es wurde deutlich, wie anfällig Landwirte für Dinge sind, die von anderen verursacht werden.

Dieser Vorfall hat sich in der Republik Irland ereignet, aber die Ironie liegt darin, dass das Altöl, das die vermeintliche Ursache für das Problem ist, ursprünglich aus Nordirland kam. Es dehnte sich jedoch auf das gesamte Futtermittel aus der Republik Irland aus.

Soweit es mich betrifft, entstand das Problem, dass die Landwirte der Republik Irland, ganz gleich, ob sie nun Schweine oder Rinder hielten, entschädigt wurden und Hilfe und Unterstützung durch Europa erhielten. Die Landwirte in Nordirland jedoch wurden im Regen stehen gelassen, ohne jegliche Hilfe und Unterstützung. Sie wurden vernichtet. Viele von ihnen stehen kurz vor der Aufgabe ihrer Bauernhöfe und dem Verlust ihrer Arbeit, und das ohne eigenes Verschulden. Sie haben nichts falsch gemacht, gegen nichts verstoßen, und ich muss dies diesem Haus und der Kommission heute Abend geradeheraus sagen, dass die Landwirte in Nordirland ernsthaft im Stich gelassen worden sind, nicht nur von unserem eigenen Agrarministerium, dem

DARD, wie es in Irland genannt wird, sondern vor allem vom Minister, der inkompetent, schwach und unfähig zu sein scheint, das Problem zu lösen.

Der Agrarminister in der Republik Irland hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er sich zuallererst um sich selbst kümmert. Ich verstehe das. Ich würde der Kommissarin gerne folgende Frage stellen: Werden Sie Informationen über ein Ermittlungsverfahren erhalten, das angeblich von der Polizei auf beiden Seiten der Grenze durchgeführt wird? Werden Sie darauf vorbereitet sein, nach den Informationen zu handeln, die Sie erhalten, und werden Sie sicherstellen, dass die Erzeuger in Nordirland dieselbe Unterstützung erhalten wie die Landwirte in der Republik Irland, und dass sie finanziell in keiner Weise entrechtet werden? Und vor allem, das ist mein letzter Punkt, werden Sie dafür sorgen, dass sich ein solches Problem nie wieder ereignen wird? Alles, was bislang erreicht worden ist, ist ein Vertrauensverlust der Verbraucher und vor allem die Vernichtung der Erzeuger.

Avril Doyle (PPE-DE). – Frau Präsidentin, wie die Kommissarin bereits erwähnte, ist die Nahrungsmittelkette eine Quelle, über die wir PCB ausgesetzt sein können. Allerdings stellen offene Feuer und Zigarettenrauch weit größere Gefahrenquellen für viel mehr Menschen dar. Wir dürfen die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verlieren und müssen versuchen, während der Aussprache nicht in Hysterie zu verfallen. Stattdessen muss mehr Licht in die Sache gebracht werden.

Die Mindestanforderungen für die Futterhygiene sind in der Tat sehr wichtig und müssen rigoros durchgesetzt werden, aber sie müssen auch mit einer vollen Identifizierung und Rückverfolgbarkeit für alle Fleischerzeugnisse einhergehen – nicht nur für Rindfleisch, sondern auch für Geflügel-, Schweine- und Lammfleisch. Ich habe zu diesem Zweck Änderungsanträge zur aktuellen Gesetzgebung eingereicht, und wir werden in Kürze hier darüber diskutieren.

Das betreffende Schweinefutter wurde tatsächlich durch Brotkrumen kontaminiert, da Millstream Recycling versehentlich Kraftstoff zur Trocknung derselben verwendet hat, nachdem er diesen in gutem Glauben von einem Unternehmen gekauft hat, mit dem es seit vielen Jahren Geschäfte macht und mit dem es bislang keine Probleme gab. Zurzeit wird eine polizeiliche Untersuchung durchgeführt, und das betreffende Unternehmen kooperiert vollumfänglich mit der Polizei.

Ich möchte Herrn Allisters Behauptung, das Unternehmen hätte grob fahrlässig gehandelt, energisch widersprechen. Es wird sich herausstellen, dass dies nicht der Fall war, also seien wir vorsichtig mit dem, was wir sagen.

Das größte Problem bestand darin, dass wir 100% aller Schweinefleischerzeugnisse zurückrufen und ihre Vernichtung veranlassen mussten, wenn auch nur über einen kurzen Zeitraum hinweg. Das Auskommen vieler irischer Landwirte, und in der Tat auch der Ruf der irischen Nahrungsmittelerzeugnisse im Ausland nahmen erheblichen Schaden, weil wir so unverhältnismäßig reagieren mussten, obwohl nur sechs oder sieben Prozent unserer Schweinefarmen kontaminiert waren, da das irische Identifizierungs- und Rückverfolgungssystem bei den Schlachthäusern versagte. Alle Schweine müssen in Irland Ohr- oder andere Markierungen aufweisen, aber aus irgendeinem Grund konnten wir auf Ebene der Schlachthäuser nicht zwischen den Schweinen, die das kontaminierte Futter erhalten haben, und der großen Mehrheit der anderen, die kein solches Futter bekommen haben, unterscheiden.

Wir müssen uns näher mit dieser Angelegenheit befassen. Die Kommission muss ihre gesamte Rolle der Identifikation und Rückverfolgbarkeit überprüfen, und vor allem müssen wir die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen abwarten, die die Menschen meiner Ansicht nach überraschen werden.

Die betroffenen Unternehmen, und das habe ich auch öffentlich gesagt, bedauern die Schäden sehr, die sowohl der Nahrungsmittelkette als auch dem Ruf Irlands entstanden. Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Schäden, die viele Landwirte erlitten, die bis dato ausgezeichnete Futtermittel gekauft hatten. Sie sind nun wieder im Geschäft und die Futtermittelunternehmen produzieren wieder, wie ich sagen darf, eine erstklassige Futterqualität, die von den Landwirten individuell gemischt werden können.

Dies war ein schrecklicher Vorfall. Niemand hätte sich gewünscht, dass es dazu kommt.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich habe versucht, mich nicht als Richterin aufzuspielen und über diesen Vorfall in Irland zu urteilen, denn wir sind heute Abend nicht deshalb zusammengekommen. Ich möchte der Kommission vielmehr drei Fragen stellen: Wie viel PCB ist noch immer in Umlauf? Können Sie garantieren, dass nichts davon die Nahrungsmittelkette in den kommenden 23 Monaten kontaminieren

wird, während sie sich noch im Entsorgungsprozess befinden? Wird die Kommission einen Bericht über den Status der Umsetzung der Futterhygiene-Verordnung vorlegen, den dieses Haus gerne hören würde?

Ich möchte Jim Allister sagen, dass dies *durchaus* eine grenzübergreifende Angelegenheit ist. Die Kontaminierung, wie wir es verstehen, kam – wie es Jim Nicholson richtig gesagt hat – von außerhalb der Landesgrenze. Deshalb kann ich mich Herrn Proinsias nicht anschließen. Dies ist eine europäische Angelegenheit, weil sie grenzüberschreitende Ausmaße hat. Was in Irland geschehen ist, könnte in jedem anderen Mitgliedstaat auch passieren, denn es sind – wenn ich das richtig verstanden habe – noch mehrere tausend Tonnen PCB im Umlauf. Vielleicht könnte die Kommissarin diesen Punkt klären.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Verts/ALE). – (DE) Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, hat die Kommission den Unfallhergang geprüft oder nachgestellt? Ich halte es für geradezu lächerlich zu glauben, dass man durch das Verbrennen von Altöl und den Rauch, der dann durch ein paar Brotkrümel zieht, eine derartige Dioxinkontamination auslösen kann, bei der zweihundertfache Dioxinwerte im Schweinefleisch – nicht im Futter, sondern im Schweinefleisch – aufgetaucht sind! Ich gehe weiterhin davon aus, wenn das Gegenteil nicht bewiesen wird, dass es hier zu einer bewussten Beimischung gekommen ist.

Jeder Verkehrsunfall wird nachgestellt, und man prüft dann, wie es denn zu diesem Unfall kommen konnte. Also muss man diesen Unfall – wenn es denn einer war – nachstellen und prüfen, ob da über diese Art der Verbrennung und den durchziehenden Rauch tatsächlich überhaupt so viel Dioxin hineinkommen kann. Ich als Praktiker sage: Das ist alles Quatsch, was da geredet wird! Es hat sich um eine bewusste Untermischung gehandelt, und wir werden zu Endlagerstätten für dieses Gift gemacht, das sich nicht abbaut, und sich dann über Generationen in den Menschen fortsetzt.

Jan Mulder (ALDE). – (NL) Dies war eine äußerst interessante Debatte. Ich fürchte, dass wir auch künftig mit solchen Fällen rechnen müssen. Wir können nie kriminelles Verhalten oder das Ausnutzen des Systems durch gewisse Personen ausschließen.

Eines der Themen, die heute Abend nicht zur Sprache gekommen sind, ist das System der privaten Gütesiegel. Warum ermutigt die Kommission die Branche nicht dazu, ihre eigenen Inspektionen durchzuführen und private Gütesiegel zu entwickeln? Die Kommission kann dann sagen: „Wir können am Ende Prüfungen durchführen, aber zunächst liegt es an Ihnen, sicherzustellen, dass Sie ihre Geschäftspartner kontrollieren und dafür sorgen, dass diese Dinge nicht mehr geschehen können. Wenn sie ein angemessenes System entwickeln, werden wir es fördern und anerkennen.“ Mir scheint, dass wir die Branche von Grund auf ermutigen müssen, damit Praktiken dieser Art künftig nicht mehr vorkommen.

Jim Allister (NI). – Frau Präsidentin, es gibt keinen Zweifel darüber, dass das Öl aus Nordirland kam. Das ist nicht das Thema.

Der relevante Punkt ist der, dass sich Millstream dazu entschied, sich in dieses Öl einzukaufen, und zwar in dem Wissen, dass das Öl für Trockenanlagen verwendet werden sollte, mit denen Futtermittel verarbeitet und Brotkrumen getrocknet werden. Warum hat das Unternehmen also Öl dieser Art gekauft, ganz gleich, woher es kam?

Warum wurde es von den staatlichen Inspektoren und dem Unternehmen selbst nicht geprüft? Die Verwendung von Öl unter diesen Umständen ist meines Wissens illegal und stellt einen Verstoß gegen die Lebensmittel- und Hygieneverordnungen dar. Also spielt es keine Rolle, woher es kam – es kommt vielmehr darauf an, warum es überhaupt gekauft und für diese Zwecke eingesetzt wurde.

Avril Doyle (PPE-DE). – Frau Präsidentin, die Unterstellung von Herrn Graefe zu Baringdorf, dass das kontaminierte Öl wissentlich dem Futter beigemischt wurde, ist verächtlich und jedes professionellen Politikers unwürdig. Lassen wir es zu, dass der ordnungsgemäße Prozess des Ermittlungsverfahrens seinen Lauf nimmt.

Das betroffene Unternehmen Millstream Recycling kooperiert vollumfänglich. Sie haben eine vollständige Dokumentation vorgelegt, um zu beweisen, dass sie dieses Öl von einem zugelassenen Unternehmen in Dublin gekauft haben, das Öl anbietet. Sie haben es als wiederaufbereitetes Leichtöl gekauft, was das richtige Öl für den Einsatz in diesem bestimmten Trocknungsverfahren gewesen wäre. Es wurde ihnen von einem zugelassenen Unternehmen verkauft, und was sie anbelangt, kauften sie wiederaufbereitetes Leichtöl. Sie räumen jedoch ein, dass sie Kondensatorenöl erhalten haben, das zu dem Dioxinproblem führte.

Es gibt ein gerichtliches und ein polizeiliches Ermittlungsverfahren. Lassen wir den rechtlichen Verfahren ihren Lauf und gebieten wir dem Inumlaufbringen dieser Gerüchte Einhalt, denn dies ist eine sehr ernste Angelegenheit, bei der hysterische und übertriebene Reaktionen nicht hilfreich sind.

James Nicholson (PPE-DE). – Frau Präsidentin, wir sind uns alle darin einig, und niemand bestreitet dies, dass das Öl aus Nordirland kam. Wir können dies nicht bestreiten. Aber während wir hier diskutieren, verlieren gerade acht Landwirte in Nordirland und auch in der Republik Irland ihre Arbeit. Sie haben auch gelitten, das gebe ich zu. Das sind keine Politiker. Es sind ganz normale Leute, die leiden, und es sind unsere Landwirte, die finanzielle Einbußen hinnehmen müssen.

Die Wahrheit ist die – und sowohl wir als auch Sie, Frau Kommissarin, müssen uns ihr stellen – dass es viele Tonnen Schweinefleisch gab, die nicht zurückverfolgt werden konnten. Niemand wusste, woher es kam bzw. von welchen Schweinen es stammte. Frau Kommissarin, es ist Zeit, höchste Zeit, dass Sie eine eindeutige, klare Ursprungskennzeichnung einbringen, um feststellen zu können, woher es stammt. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätten wir zumindest gewusst, womit wir es zu tun haben und wo es ist.

Ich möchte dies nicht politisieren, weil es für mich nichts mit Politik zu tun hat. Ich rede jeden Tag mit meinen Landwirten, und manche davon werden höchstwahrscheinlich ihre Höfe aufgeben müssen. Das ist wirklich ein ernstes Thema. Wenn wir auf die Ergebnisse der Ermittlungsverfahren bis zum endgültigen Urteil warten müssen, werde ich das tun, aber ich möchte, dass meine Landwirte währenddessen geschützt werden, damit sie ihre Höfe nicht aufgeben müssen. Ich möchte sie gut durch Sie geschützt wissen, so dass sie dieselben Rechte und denselben Schutz erhalten wie die Landwirte in der Republik Irland.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, diese Diskussion ist wirklich sehr lebendig gewesen, und es wurden viele Fragen gestellt. Auch viele Behauptungen wurden aufgestellt, und ich schließe mich Frau Doyle an, dass wir geduldig sein und den Abschluss dieser Ermittlungen abwarten müssen. Danach können wir unsere Schlussfolgerungen ziehen und Entscheidungen für die Zukunft treffen. Eines muss ich noch sagen – ich war zu dieser Zeit nicht persönlich involviert, habe aber davon gehört: es gab wohl ähnliche Vorfälle in Deutschland und Belgien, und damals wurde in allen Mitgliedstaaten eingehend über diese Vorfälle informiert. Ich dachte, ein umsichtiger Mitgliedstaat hätte strengere Kontrollmaßnahmen ergriffen. Aber selbst mit den strengsten Kontrollmaßnahmen kann so etwas geschehen, entweder aufgrund von Betrug, Fahrlässigkeit, oder was auch immer. Es unterliegt unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir eine Gesetzgebung haben – die meines Erachtens nun zufriedenstellend ist – und dass sich die Mitgliedstaaten an diese halten. Unsere Pflicht als Kommission besteht darin, über Kontrollen zu verfügen und sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten ihre Pflichten erfüllen.

Die Lebensmittel- und Veterinärämter (FVO) führen ihre Inspektionen durch, und ihre Berichte stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung, weshalb das Ausmaß, in dem unsere Gesetze eingehalten werden, aus diesen Berichten abgeleitet werden kann, die sogar auf Einzellandbasis erstellt werden.

Einige von Ihnen haben das Thema der Rückverfolgbarkeit angeführt, die tatsächlich eines der Hauptsäulen des allgemeinen Lebensmittelrechts ist und in der Verantwortung der Unternehmen der Lebensmittelindustrie liegt, die in der Lage sein müssen, anzugeben, wo sie einkaufen und an wen sie verkaufen. Allerdings ergibt sich aus dem vom jeweiligen Unternehmen der Lebensmittelindustrie gewählten Genauigkeitsgrad der internen Rückverfolgbarkeit der letztendliche wirtschaftliche Verlust, den das Unternehmen im Fall eines Rückrufs tragen muss. In diesem bestimmten Fall enthielt die Rückverfolgbarkeitsvorschrift in Irland lediglich die Anforderung, dass das Produktionsdatum angegeben werden muss, nicht aber der landwirtschaftliche Betrieb, von dem das Fleisch stammte. Deshalb musste alles Fleisch, das in diesen zwei Monaten produziert wurde, zurückgerufen werden. Hätten strengere Rückverfolgungsvorschriften Anwendung gefunden (was natürlich kostspieliger gewesen wäre), hätte nur das Fleisch, das nachgewiesenermaßen von diesem speziellen landwirtschaftlichen Betrieb stammte, zurückgerufen werden müssen. Man muss sich also entscheiden: zahlt man mehr, um bessere Rückverfolgungsvorschriften zu haben, oder weniger, um letztendlich den Verlust tragen zu müssen.

Es wurde erwähnt, dass wir als Kommission Hilfe bereitgestellt haben – obwohl die Zahlung einer Entschädigung nicht in meiner Verantwortung liegt, sondern in der von Kommissar Fischer Boel – und ich muss sagen, dass das, was in diesem Fall gezahlt wurde, auf derselben Grundlage der Republik Irland und Nordirland zugute kam. Ich habe hier einige Zahlen vorliegen. Die Kommission hat ein Programm für Beihilfen zur privaten Lagerhaltung für Nordirland eingeführt, und im Rahmen dieses Programms dürfen bis zu 15 000 Tonnen für maximal sechs Monate eingelagert werden. Die für diese Maßnahme benötigten Haushaltsmittel belaufen sich auf 6,9 Millionen Euro. In der Republik Irland wurde ein ähnliches Programm zur privaten Lagerhaltung beschlossen. Im Rahmen dieses Programms dürfen bis zu 30 000 Tonnen für maximal sechs Monate eingelagert werden, wofür Haushaltsmittel von bis zu 13,9 Millionen Euro vorgesehen waren. In der Republik Irland gab es ferner ein Entsorgungsprogramm, das von der Gemeinschaft kofinanziert wurde und 20,6 Millionen Euro kostete. Weder in der Republik Irland noch in Nordirland wurden

Direktzahlungen von der Kommission an die Landwirte geleistet, da es keine Rechtsgrundlage für solche Ausgleichszahlungen gibt.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass wir gute Gesetze haben, zukünftig aber stets wachsam sein müssen. Wir müssen sicherstellen, dass diese Gesetze in den Mitgliedstaaten Anwendung finden, und wir sind auf die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten angewiesen. Auf Seiten der Kommission müssen wir unsere Kontrollen aufrechterhalten und dafür sorgen, dass sich die Mitgliedstaaten an unsere Verordnungen halten.

Zudem können wir, sobald die Ergebnisse der Untersuchungen und Ermittlungsverfahren vorliegen, über die Zukunft nachdenken. Wenn wir der Auffassung sind, dass es bezüglich unserer Verordnungen Spielraum für Verbesserungen gibt, sollten wir nicht zögern, diese in Angriff zu nehmen.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

17. Tagesordnung der nächsten Sitzung

18. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.45 Uhr geschlossen.)